Deutsches Institut
für Menschenrechte

Monitoringstelle UN-Behindertenrechtskonvention

Praxis

Menschenrechte in der sozialgerichtlichen Praxis

Die UN-Behindertenrechtskonvention

Das Institut

Das **Deutsche Institut für Menschenrechte** ist die unabhängige Nationale Menschenrechtsinstitution Deutschlands. Es ist gemäß den Pariser Prinzipien der Vereinten Nationen akkreditiert (A-Status). Zu den Aufgaben des Instituts gehören Politikberatung, Menschenrechtsbildung, Information und Dokumentation, anwendungsorientierte Forschung zu menschenrechtlichen Themen sowie die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Es wird vom Deutschen Bundestag finanziert. Das Institut ist zudem mit dem Monitoring der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention betraut worden und hat hierfür entsprechende Monitoring-Stellen eingerichtet.

Die Autorin

Dr. Sabine Bernot ist Volljuristin und seit 2017 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte. Dort arbeitet sie gegenwärtig in dem Projekt zur Umsetzung der Menschenrechte in der sozialgerichtlichen Praxis. Weitere Arbeitsschwerpunkte sind das Europa- und Völkerrecht sowie das Arbeits-, Asyl- und Sozialrecht.

Fachredaktionelle Betreuung:
Dr. Valentin Aichele, LL.M., Leiter der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Deutsches Institut
für Menschenrechte

Monitoringstelle UN-Behindertenrechtskonvention

Praxis

Menschenrechte in der sozialgerichtlichen Praxis

Die UN-Behindertenrechtskonvention

Vorwort

Die UN-Behindertenrechtskonvention verbrieft als Menschenrechtsübereinkommen der Vereinten Nationen wichtige Grundlagen der deutschen Rechtsordnung. Wegen ihrer inhaltlichen Breite und ihrem hohen Grad der Ausdifferenzierung von Rechten und Prinzipien bietet sie eine ergiebige Rechtsquelle. Kaum eine Rechtsmaterie des deutschen Rechts scheint davon unberührt.

Seit ihrem Inkrafttreten im Jahr 2009 spielt sie in sozialgerichtlichen Verfahren im Vergleich zu anderen Menschenrechtsübereinkommen besonders häufig eine Rolle. Aber nicht nur in den Bereichen des Sozialrechts spiegelt die gerichtliche Praxis, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen als normative Bezugsgröße aufgegriffen werden. Über die Bedeutung und Tragweite der UN-Behindertenrechtskonvention im konkreten Fall entscheidet nicht zuletzt das Verständnis der Rechte und die inhaltliche Dimension der völkerrechtlichen Regelungen. Die UN-Behindertenrechtskonvention hat in Deutschland den Rang eines Bundesgesetzes. Sie kann also prinzipiell angewandt werden und sollte – wo geboten – zum Einsatz kommen.

Vor diesem Hintergrund hat die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte in den Jahren 2017 und 2018, mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, bundesweit Fachveranstaltungen für die Richterschaft der Landessozialgerichtsbarkeit angeboten. Ziel dieser Angebote war es, über Potenzial und auch Grenzen der UN-Behindertenrechtskonvention in der sozialgerichtlichen Praxis zu informieren und fachlich zu diskutieren. Aus diesem Projekt und den Erfahrungen in den Ländern wurde die vorliegende Materialsammlung entwickelt. Sie bündelt Erfahrung und Wissen, gibt den Diskussionsstand wieder und – das ist ihr eigentliches Ziel – soll den Rechtsanwender_innen zur Verfügung gestellt werden. Ad usum proprium!

Dafür gilt zunächst mein großer Dank Dr. Sabine Bernot, die als wissenschaftliche Mitarbeiterin der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte das zweijährige Projekt hauptverantwortlich durchgeführt hat und die Hauptlast der Arbeit getragen und insbesondere die Kurzdarstellungen in Kapitel 2 erstellt hat.

Besonders hervorzuheben sind außerdem die Mitglieder des Expertenkreises zum Projekt, die gemeinsam mit der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention die sozialgerichtlichen Fachtage gestaltet haben. Sie fungierten als unersetzliche Schnittstelle zwischen Praxis und Wissenschaft und berieten uns auch bei Detailfragen dieser Publikation. Ihnen – Dr. Stephan Gutzler, Präsident des Sozialgerichts Trier, Prof. Dr. Helge Loytved, Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht a. D., Honorarprofessor der Universität Bielefeld, Monika Paulat, Präsidentin des Deutschen Sozialgerichtstages e. V., Präsidentin des Landessozialgerichts Berlin-Brandenburg a. D., Carl-Wilhelm Rößler, Rechtsanwalt, Beratungsstelle „Selbstbestimmt Leben“ Behinderter Köln e. V., Susann Holzhey, Direktorin am Sozialgericht Meiningen, Dr. Joachim Steinbrück, Landesbehindertenbeauftragter Bremen, Arbeitsrichter am Arbeitsgericht Bremen – gilt besonderer Dank für das Gelingen des Projekts.

Dr. Valentin Aichele, LL.M., Leiter der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention

Inhalt

1	**Einleitung**	**9**
2	**Grundlagen**	**10**
2.1	Das UN-Menschenrechtssystem	10
2.2	Überblick über die UN-Behindertenrechtskonvention	12
2.3	Anwendbarkeit der UN-Behindertenrechtskonvention	13
2.4	Auslegung der UN-Behindertenrechtskonvention	17
2.5	Inklusion	19
2.6	Begriff der Behinderung	20
2.7	Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung	22
2.8	Kurzdarstellung ausgewählter Rechte	24
2.8.1	Das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht, Artikel 12 UN-BRK	24
2.8.2	Zugang zur Justiz, Artikel 13 UN-BRK	25
2.8.3	Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft, Artikel 19 UN-BRK	27
2.8.4	Persönliche Mobilität, Artikel 20 UN-BRK	29
2.8.5	Das Recht auf inklusive Bildung, Artikel 24 UN-BRK	30
2.8.6	Das Recht auf Gesundheit, Habilitation und Rehabilitation, Artikel 25 und 26 UN-BRK	31
2.8.7	Arbeit und Beschäftigung, Artikel 27 UN-BRK	33
3	**Rechtsgrundlagen und Rechtserkenntnisquellen**	**36**
3.1	Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und Fakultativprotokoll	37
3.2	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Auszug)	89

3.3 Allgemeine Bemerkungen des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 92
3.3.1 Allgemeine Bemerkung Nr. 1 92
3.3.2 Allgemeine Bemerkung Nr. 4 105
3.3.3 Allgemeine Bemerkung Nr. 5 (englische Fassung) 127
3.3.4 Allgemeine Bemerkung Nr. 6 (englische Fassung) 144

4 Ausgewählte Gerichtsentscheidungen 162

4.1 Deutsche Gerichte 162
4.1.1 Verfassungsgerichtsbarkeit 162
4.1.2 Sozialgerichtsbarkeit 165
4.1.3 Verwaltungsgerichtsbarkeit 177
4.1.4 Arbeitsgerichtsbarkeit 178

4.2 Europäische Gerichte 180
4.2.1 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte 180
4.2.2 Gerichtshof der Europäischen Union 181

5 Literaturempfehlungen 183

5.1 Kommentierungen und Sammelbände zur UN-BRK 183

5.2 Die UN-BRK und Sozialrecht 183

5.3 Literatur und Dokumente zu einzelnen Rechten der UN-BRK (Auswahl) 184

1 Einleitung

Die vorliegende Publikation gibt einen praxisorientierten Überblick über die wesentlichen Fragestellungen zur Anwendbarkeit sowie über einzelne grundlegende inhaltliche Aspekte der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK). Sie richtet sich in erster Linie an Richter_innen der Sozialgerichtsbarkeit und an Rechtsanwält_innen des Sozialrechts. Sie soll die Recherche zu Rechtsfragen, die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen berühren, erleichtern. Das erste Kapitel bietet einen Überblick über die Grundlagen zum internationalen Menschenrechtsschutz allgemein und zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen. Das zweite Kapitel enthält die zentralen Rechtsdokumente, zum einen die UN-BRK selbst sowie die in dem Wiener Vertragsrechtskonvention von 1969 kodifizierten Grundsätze zur Auslegung von Völkerrecht, zum anderen einzelne völkerrechtliche Dokumente des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die für den Bereich des Sozialrechts besonders relevant sind. Im dritten Kapitel werden ausgewählte Gerichtsentscheidungen deutscher und europäischer Gerichte mit Bezug zur UN-BRK vorgestellt. Das vierte Kapitel beschließt diese Publikation mit strukturierten Leseempfehlungen, die eine vertiefte Befassung mit den Rechten der UN-BRK ermöglichen.

2 Grundlagen

2.1 Das UN-Menschenrechtssystem

Die Vereinten Nationen (United Nations) wurden 1945 gegründet, um ein System kollektiver Sicherheit zu schaffen, und lösten den Völkerrechtsbund (League of Nations) von 1919 ab.[1] Mitglieder der Vereinten Nationen können nur Staaten sein. Die Vereinten Nationen haben sechs Hauptorgane, wobei insbesondere der Sicherheitsrat, die Generalversammlung und das Sekretariat namentlich zu nennen sind.[2]

1946 gründete die UN-Generalversammlung die Menschenrechtskommission (mittlerweile ersetzt durch den Menschenrechtsrat) und beauftragte sie mit der Ausarbeitung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR).[3] Diese am 10. Dezember 1948 verabschiedete Erklärung war zunächst rechtlich unverbindlich, ihre Inhalte sind mittlerweile jedoch in weiten Teilen in verbindlichen Übereinkommen aufgegriffen worden. 1966 folgten der Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR)[4] sowie der Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR)[5], die beide 1976 in Kraft traten. Diesen universell geltenden[6] und sachlich umfassenden Menschenrechtsübereinkommen[7] folgten weitere Übereinkommen, die die Menschenrechte in Bezug auf spezifische Situationen behandeln: das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (ICERD),[8] das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW),[9] das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT),[10] das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC),[11] das Übereinkommen zum Schutz der Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen

---

1 Zur Geschichte der Vereinten Nationen statt vieler: Gareis, Sven Bernhard/Varwick, Johannes (2014): Die Vereinten Nationen: Aufgaben, Instrumente und Reformen, Stuttgart: UTB Verlag 5. Auflage, S. 23–35.

2 Organigramm der Vereinten Nationen („UN System Chart"): http://www.un.org/en/index.html (aufgerufen am 20.08.2018).

3 UN, General Assembly (1948): Universal Declaration of Human Rights, Resolution A/RES/217, UN Doc. 217/A-(III).

4 UN, General Assembly (1966): International Covenant on Civil and Political Rights, Resolution 2200A (XXI). BGBl. 1973 II, S. 1553.

5 UN, General Assembly (1966): International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, Resolution 2200A (XXI). BGBl. 1973 II S. 1569.

6 Der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte hat 172 Vertragsstaaten, der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte hat 169 Mitglieder (Stand: 20.08.2018); einsehbar unter http://indicators.ohchr.org/ (aufgerufen am 20.08.2018).

7 Arnauld, Andreas von (2016): Völkerrecht, 3. Auflage, Heidelberg: C. F. Müller Verlag, S. 263. Sommermann, Karl-Peter (2018): Kommentar zum Grundgesetz von Mangoldt/Klein/Starck, Bd. II, , München, C. H.Beck, 7. Auflage 2018, Art. 20, Rdnr. 136.

8 UN, General Assembly (1965): International Convention on All Forms of Racial Discrimination, Resolution 2106A (XX). BGBl. 1969 II, S. 961.

9 UN, General Assembly (1979): Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, Resolution A/Res/34/180. Gesetz zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, BGBl. 1985 II, S. 647.

10 UN, General Assembly (1984): Convention Against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, Resolution A/Res/39/46. Gesetz zu dem VN-Übereinkommen vom 10. Dezember 1984 gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, BGBl 1990 II, S. 247.

11 UN, General Assembly (1989): Convention on the Rights of the Child, Resolution A/Res/44/25. Gesetz zu dem Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes vom 17.02.1992, BGBl. 1992 II, S. 121.

(ICRMW),[12] das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (CRPD)[13] und das Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen (CEPD)[14].

Die Umsetzung der menschenrechtlichen Übereinkommen wird jeweils von einem UN-Fachausschuss (Treaty Body) überwacht.[15] Die UN-Fachausschüsse (auch: Vertragsorgane, Expertenausschüsse) bestehen aus unabhängigen Expert_innen. Bezogen auf einzelne Länder prüfen die UN-Fachausschüsse die Staatenberichte (State Reports) und geben dazu Abschließende Bemerkungen (Concluding Observations) heraus, die Empfehlungen zur Umsetzung der Menschenrechte im jeweiligen Staat beinhalten; zusätzlich entscheiden sie durch Mitteilungen (Views) über Individualbeschwerden gemäß dem Fakultativen Zusatzprotokoll (Optional Protocol)[16] zu dem jeweiligen Menschenrechtsübereinkommen. Auch wenn es sich bei den Mitteilungen nicht um gerichtliche Urteile handelt, orientieren sich die UN-Fachausschüsse an den Urteilen der Menschenrechtsgerichtshöfe und gliedern ihre Entscheidungen in Zulässigkeit und Begründetheit. In der Sache sprechen sie in der Regel Empfehlungen dahingehend aus, wie einer konkret festgestellten Konventionsverletzung abgeholfen werden kann. Weiterhin verabschieden die UN-Fachausschüsse Allgemeine Bemerkungen (General Comments oder General Recommendations), die vergleichbar einer Kommentierung in der deutschen Rechtstradition die Bestimmungen der Menschenrechtsübereinkommen interpretieren und die staatlichen Verpflichtungen präzisieren. Die Allgemeinen Bemerkungen sind nicht rechtsverbindlich, dienen aber gleichwohl als international anerkannte und maßgebliche Interpretationshilfe für den Inhalt der Übereinkommen. Schließlich arbeiten UN-Sonderberichterstatter_innen (Special Rapporteurs) zu bestimmten Menschenrechtsthemen oder Ländern. Dabei handelt es sich um unabhängige Expert_innen, die vom Menschenrechtsrat (Human Rights Council – HRC)[17] beauftragt werden, zu bestimmten Ländern oder Themen zu arbeiten. Sie dokumentieren ihre Ergebnisse in öffentlich zugänglichen Jahresberichten. Viele von ihnen nehmen auch individuelle Beschwerden an. Seit 2014 gibt es auch eine_n Sonderberichterstatter_in für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Für die Koordination der Menschenrechtsarbeit im System der Vereinten Nationen ist das Hochkommissariat für Menschenrechte (Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights, OHCHR) mit Sitz in Genf zuständig.[18] Es unterstützt den Menschenrechtsrat, die Sonderberichterstatter_innen und die UN-Fachausschüsse in administrativer Hinsicht. In inhaltlicher Hinsicht erstellt das Hochkommissariat ebenfalls thematische Studien zu einzelnen menschenrechtlichen Fragen und arbeitet darüber hinaus mit Regierungen, Gesetzgebungsorganen, Gerichten, nationalen Menschenrechtsinstitutionen, regionalen und

12 UN, General Assembly (1990): International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families (ICRMW), Resolution A/Res/45/158.

13 UN, General Assembly (2006): Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD), Resolution A/Res/61/106. Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, BGBl. 2008 II, S. 1419.

14 UN, General Assembly (2006): International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance, Resolution A/Res/61/177. Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen vom 30. Juli 2009, BGBl. 2009 II, S. 932.

15 Statt vieler: Keller, Helen/Ulfstein, Geir (Hg.) (2012): UN Human Rights Treaty Bodies: law and legitimacy. Cambridge: Cambridge University Press.

16 Zu fast jedem Menschenrechtsübereinkommen gibt es ein Fakultatives Zusatzprotokoll (FP), welches nach Erschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges die Möglichkeit zur Einleitung eines Individualbeschwerdeverfahrens beim jeweiligen UN-Fachausschuss vorsieht.

17 Der Menschenrechtsrat löste 2006 die Menschenrechtskommission ab. Er besteht aus 47 Mitgliedsstaaten und stellt für den Menschenrechtsbereich das zentrale intergouvernementale Organ dar. Er ist ein Unterorgan der UN-Generalversammlung. Siehe hierzu: Spohr, Maximilian (2014): Der neue Menschenrechtsrat und das Hochkommissariat für Menschenrechte der Vereinten Nationen – Entstehung, Entwicklung und Zusammenarbeit, Berlin: Duncker & Humblot.

18 Die Gründung des Hochkommissariats für Menschenrechte wurde auf der Wiener Weltmenschenrechtskonferenz 1993 von der UN-Generalversammlung beschlossen. UN General Assembly (1993): Resolution A/RES/48/141.

internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft zusammen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat alle menschenrechtlichen Übereinkommen mit Ausnahme der Wanderarbeitnehmerkonvention ratifiziert und ist auch Vertragsstaat der meisten Zusatzprotokolle.[19] Deutschland ist Vertragsstaat der UN-Behindertenrechtskonvention sowie des dazugehörigen Fakultativprotokolls.[20]

2.2 Überblick über die UN-Behindertenrechtskonvention

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist das erste Völkerrechtsübereinkommen, das die anerkannten, allgemeinen Menschenrechte aus der Perspektive der Menschen mit Behinderungen weiterentwickelt.[21] Die Weiterentwicklung liegt weniger auf der Seite der Rechte als vielmehr auf der Ebene der staatlichen Verpflichtungen, damit Menschen mit Behinderungen auch praktisch denselben Status und Schutz genießen können.

Die UN-BRK ist keine Spezialkonvention für Menschen mit Behinderungen, sie schafft keine Privilegien oder Sonderrechte, sondern konkretisiert die bereits anerkannten Menschenrechte und bildet damit die Grundlage für eine Wende in der Gesellschaftspolitik – weg von der Fürsorge, hin zu einer Politik der Rechte.

Art. 1 S. 1 UN-BRK formuliert das Ziel der Konvention: Die Konvention soll den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen fördern, schützen und gewährleisten. Das in Art. 1 S. 2 UN-BRK niedergelegte Verständnis von Behinderung zielt darauf ab, Behinderung nicht als medizinisches Problem zu fassen, sondern als Prozess und Ergebnis, das aus der Wechselwirkung zwischen einer Person mit einer längerfristigen Beeinträchtigung und ihrer physischen und sozialen Umwelt entsteht. In Art. 2 nimmt die Konvention verschiedene Begriffsbestimmungen vor. In diesem Zusammenhang definiert sie Schlüsselbegriffe wie beispielsweise Diskriminierung und die für die Konvention zentralen „angemessenen Vorkehrungen“. Art. 3 UN-BRK enthält acht Prinzipien, die Staaten auf schrittweise erreichbare Zielvorgaben verpflichten und in diesem Zuge die einzelnen Rechte in Bestand, Verständnis und Umsetzung flankieren. Sie fächern die einzelnen normativen Bestimmungen weiter auf und stecken den Auslegungsrahmen ab, insbesondere im Hinblick auf Sinn und Zweck. Dabei handelt es sich um: (1) Respekt vor der Würde und individuellen Autonomie, einschließlich der Freiheit, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen, (2) Nichtdiskriminierung, (3) volle und effektive Partizipation an der und Inklusion in die Gesellschaft, (4) Achtung vor der Differenz und Akzeptanz von Menschen mit Behinderungen als Teil der menschlichen Diversität und Humanität, (5) Chancengleichheit, (6) Barrierefreiheit, (7) Gleichheit zwischen Männern und Frauen und (8) Respekt vor den sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern

---

19 Status der Ratifikationen der menschenrechtlichen Übereinkommen auf der Seite des Hochkommissariats: http://indicators.ohchr.org/ (aufgerufen am 16.04.2018); siehe hierzu auch Krajewski, Markus (2017): Schmückendes Beiwerk oder echte Ergänzung? Zur Wirkung der Menschenrechte im innerstaatlichen Recht. In: Zeitschrift für Menschenrechte 1/2017, S. 10–23 (10).

20 Bisher hat der UN-Fachausschuss über eine Beschwerde gegen Deutschland entschieden: Gröninger vs. Deutschland, CRPD/C/11/D/2/2010. Die Entscheidung wird u. a. besprochen von Tolmein, Oliver (2015): Soziale Menschenrechte vor Gericht – ein Fallbeispiel. In Banafsche, Minou/Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.) (2015): Soziale Menschenrechte und Arbeit: multidisziplinäre Perspektiven. Baden-Baden: Nomos. S. 185–192.

21 Zur Entstehungsgeschichte: Bernstorff, Jochen von (2007): Menschenrechte und Betroffenenrepräsentation: Entstehung und Inhalt eines UN-Antidiskriminierungsübereinkommens über die Rechte von behinderten Menschen. In: Zeitschrift für ausländisches und öffentliches Recht (ZaöRV) 2007, S. 1041–1063; Rothfritz, Lauri Philipp (2010): Die Konvention der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen: eine Analyse unter Bezugnahme auf die deutsche und europäische Rechtsebene. Frankfurt am Main u. a.: Lang, S. 103–115; Kanter, Arlene S. (2015): The Development of Disability Rights Under International Law – From Charity to Human Rights. New York: Routledge; ausführlich: Degener, Theresia/Begg, Andrew (2017): From Invisible Citizens to Agents of Change: A Short History of the Struggle for the Recognition of the Rights of Persons with Disabilities at the United Nations. In: Della Fina, Valentina/Cera, Rachele/Palmisano, Giuseppe (Hg.), The United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities – A Commentary, Berlin u. a.: Springer-Verlag, S. 1–39.

mit Behinderungen und Achtung ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität. Die nachfolgenden Rechte sind stets im Lichte dieser Prinzipien auszulegen.

Das Spektrum der in der UN-BRK verbrieften Rechte umfasst fast[22] alle der anerkannten Menschenrechte, ihre Ziele und Prinzipien beziehen sich auf sämtliche Lebens- und Gesellschaftsbereiche. Zu den Einzelrechten zählen etwa das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht und der Schutz der Rechts- und Handlungsfähigkeit (Art. 12), das Recht auf Zugang zur Justiz (Art. 13), das Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 14), das Recht auf unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gesellschaft (Art. 19), das Recht auf inklusive Bildung (Art. 24), das Recht auf Arbeit und Beschäftigung (Art. 25), das Recht auf Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben (Art. 29) und das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport (Art. 30).

Die UN-BRK selbst enthält keine ausdrückliche Schrankenbestimmungen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass alle dort verankerten Menschenrechte absolut gelten. Menschenrechte – mit Ausnahme der Ius-cogens-Normen[23] – können unter ähnlichen Voraussetzungen eingeschränkt werden wie sie aus der deutschen Verfassungsrechtsdogmatik bekannt sind, also zum Schutz anderer Menschenrechte unter strikter Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes sowie unter der Voraussetzung, dass der unantastbare Kerngehalt des jeweiligen Menschenrechts gewahrt wird.[24]

2.3 Anwendbarkeit der UN-Behindertenrechtskonvention

Die UN-BRK und das dazugehörige Fakultativprotokoll (zur Schaffung eines quasi gerichtlichen internationalen Individualbeschwerdeverfahrens) vom 13. Dezember 2006 gelten seit dem 26. März 2009 in Deutschland. Der Bundestag verabschiedete mit einstimmiger Zustimmung des Bundesrates das Vertragsgesetz und Deutschland erklärte die Ratifikation. Die Konvention wurde damit nicht in Gesetzesrecht überführt, sondern ist Völkerrecht geblieben; sie hat lediglich in ihrer Gesamtheit – als Normkomplex – den Rang von Bundesrecht erhalten.[25] Der entscheidende Unterschied zwischen einem Bundesgesetz und Völkerrecht mit dem Rang von Bundesrecht liegt darin, dass sich die Auslegung von Völkerrecht auch weiterhin nach dem völkerrechtlichen Verständnis richtet. Hintergrund ist, dass nur ein einheitlicher Maßstab auch die einheitlich-effektive Anwendung der Konvention in allen Vertragsstaaten sichert.[26] Anderenfalls könnten dieselben Regelungen

---

22 Einzelne Menschenrechte, wie beispielsweise die Religionsfreiheit oder die Pressefreiheit, sind nicht in der UN-BRK erwähnt. Diese Menschenrechte, die nur in den anderen Menschenrechtsübereinkommen zu finden sind, gelten gleichwohl selbstverständlich auch für Menschen mit Behinderungen.

23 Ius-cogens-Normen, also zwingende Normen des Völkerrechts, gelten absolut und dürfen unter keinen Umständen eingeschränkt werden. Zu den Ius-cogens–Normen zählen im Völkerrecht das Verbot des Völkermords, der Folter, der Sklaverei, der Zwangsarbeit sowie rassistischer Diskriminierung. Artikel 53 der Wiener Vertragsrechtskonvention bestimmt zudem: „Ein Vertrag ist nichtig, wenn er im Zeitpunkt seines Abschlusses im Widerspruch zu einer zwingenden Norm des allgemeinen Völkerrechts steht. Im Sinne dieses Übereinkommens ist eine zwingende Norm des allgemeinen Völkerrechts eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft in ihrer Gesamtheit angenommen und anerkannt wird als eine Norm, von der nicht abgewichen werden darf und die nur durch eine spätere Norm des allgemeinen Völkerrechts derselben Rechtsnatur geändert werden kann."

24 Zur Reichweite der Menschenrechte allgemein: Künzli, Jörg (2001): Zwischen Rigidität und Flexibilität. Der Verpflichtungsgrad internationaler Menschenrechte. Ein Beitrag zum Zusammenspiel von Menschenrechten, humanitärem Völkerrecht und dem Recht der Staatenverantwortlichkeit. Berlin: Duncker & Humblot; Jayawickrama, Nihal (2002): The Judicial Application of Human Rights Law. National, Regional and International Jurisprudence. Cambridge: Cambridge University Press, S. 182 ff.; zur UN-BRK: Trenk-Hinterberger, Peter (2013): Einleitung. In: Kreutz, Marcus/Lachwitz, Klaus/Trenk-Hinterberger, Peter (Hg.) (2013): Die UN-Behindertenrechtskonvention in der Praxis. Erläuterungen der Regelung und Anwendungsgebiete. Köln: Luchterhand, S. 20.

25 Aichele, Valentin (2012): Die UN-Behindertenrechtskonvention: ihre Bedeutung für Ämter, Gerichte und staatliche Stellen, Position Nr. 6, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte – Monitoring Stelle UN-Behindertenrechtskonvention, S. 1.

26 Kotzur, Markus/Richter, Clemens (2012): Anmerkungen zur Geltung und Verbindlichkeit der Behindertenrechtskonvention im deutschen Recht. In: Welke, Antje (Hg.) (2012): UN-Behindertenrechtskonvention. Kommentar mit rechtlichen Erläuterungen. Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 81–92 (88).

international und innerstaatlich einen unterschiedlichen Inhalt bekommen.[27]

Im Verhältnis zu anderen Bundesgesetzen steht das die UN-BRK inkorporierende Zustimmungsgesetz formal auf der Stufe einfachen Rechts. Hinsichtlich der allgemeinen Kollisionsregeln gelten bei den Menschenrechten – die im Gegensatz zu anderen völkerrechtlichen Regelungen insbesondere durch Art. 1 Abs. 2 GG eine spezifische Verankerung in der deutschen Rechtsordnung erfahren haben[28] – nach gefestigter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts jedoch Besonderheiten:

„Gesetze sind im Einklang mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland auszulegen und anzuwenden, selbst wenn sie zeitlich später erlassen worden sind als ein geltender völkerrechtlicher Vertrag; denn es ist nicht anzunehmen, daß der Gesetzgeber, sofern er dies nicht klar bekundet hat, von völkerrechtlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland abweichen oder die Verletzung solcher Verpflichtungen ermöglichen will."[29]

Das Vertragsgesetz zur Umsetzung der UN-BRK stellt nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in Verbindung mit dem Rechtsstaatsprinzip (gemäß Art. 59 Abs. 2 i. V. m. Art. 20 Abs. 3 GG) einen Rechtsanwendungsbefehl dar. Dieser richtet sich an alle staatlichen Stellen der vollziehenden und rechtsprechenden Gewalt. Gebunden sind also Behörden und Gerichte in Bund und Ländern, darüber hinaus auch Körperschaften des öffentlichen Rechts wie beispielsweise Universitäten, Träger der gesetzlichen Versicherungen und Kirchen, mindestens soweit ihnen hoheitliche Aufgaben übertragen sind.[30] Aus völkerrechtlicher Sicht ist der Staat umfassend gebunden, unabhängig davon, welche Stellung das Organ innerhalb des Staatsaufbaus einnimmt und ob es sich um ein Organ der Zentralregierung oder einer Gebietseinheit des Staates handelt.[31] Der Umstand, dass es für die völkerrechtliche Verpflichtung gleichgültig ist, ob ein Staat einen föderalen oder einen zentralen Aufbau gewählt hat,[32] wird auch in Art. 27 der Wiener Vertragsrechtskonvention (WVK) deutlich. Dort heißt es: „Eine Vertragspartei kann sich nicht auf ihr innerstaatliches Recht berufen, um die Nichterfüllung eines Vertrages zu rechtfertigen."[33]

Auch in der UN-BRK selbst findet sich in Art. 4 Abs. 5 die ausdrückliche Regelung, dass alle Bestimmungen für alle Teile eines Bundesstaates gelten. Die Schwierigkeit wird darin gesehen, dass die UN-BRK auch Bereiche regelt, die der

---

27 Uerpmann-Wittzack, Robert (2016): Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben für die Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. In: Rolf, Christian (Hg.): 50 Jahre deutscher Sozialrechtsverband – Inklusion behinderter Menschen als Querschnittsaufgabe. Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e. V. am 8./9. Oktober 2015 in Hamburg, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 29–76 (48).

28 Bundesverfassungsgericht (2004): Beschluss vom 14.10.2004 – Az.: 2 BvR 1481/04 (BVerfGE 111, 307–332). Ein Treaty Override, also die Möglichkeit, von völkerrechtlichen Vereinbarungen innerstaatlich durch ein später erlassenes Gesetz abzuweichen, kann nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts in anderen Bereichen zulässig sein: 2015 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass das Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung zwischen Deutschland und der Türkei aus dem Jahr 1985 (DBA-Türkei 1985) durch den Gesetzgeber innerstaatlich überschrieben werden durfte. Gleichzeitig stellte es in diesem Beschluss klar, dass „zwischen zwingenden, der Disposition des Verfassungsgebers entzogenen Regelungen, insbesondere den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten (Art. 1 Abs. 2 GG) und sonstigem Völkerrecht" zu unterscheiden ist. Beschluss vom 15.12.2015 – 2 BvL 1/12. Siehe hierzu auch die Entscheidungsbesprechung von Payandeh, Mehrdad (2016): Grenzen der Völkerrechtsfreundlichkeit – Der Treaty Override – Beschluss des BVerfG. In: NJW 2016, S. 1279–1282.

29 Bundesverfassungsgericht (1987) zur Unschuldsvermutung gemäß der EMRK, BVerfGE 74, 358 (370).

30 Aichele, Valentin (2012): Die UN-Behindertenrechtskonvention: ihre Bedeutung für Ämter, Gerichte und staatliche Stellen, Position Nr. 6, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte – Monitoring Stelle UN-Behindertenrechtskonvention, S. 2.

31 Art. 4 der von der International Law Commission vorgelegten Articles on Responsibilities of States for Internationally Wrongful Acts, deren Beachtung die UN General Assembly den Mitgliedsstaaten mit der Resolution A/Res/56/83 vom 28.01.2002 empfahl. Siehe hierzu auch Rauschning, Dietrich (2013): Verfassungspflicht zur Befolgung völkerrechtlicher Verträge. In: Breuer, Marten u. a. (Hg.) (2013): Der Staat im Recht. Festschrift für Eckart Klein zum 70. Geburtstag. Berlin. Duncker-Humblodt. S. 287–303 (294).

32 UN, Human Rights Committee (2004): General Comment Nr. 31 [80] The nature of the general legal obligations imposed on state parties, 26/05/2004, UN Doc. CCPR/C/21/Rev.1/Add. 13.

33 „A party may not invoke the provisions of its internal law as justification for its failure to perform a treaty."

ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz der Länder zufallen, beispielsweise Art. 24 UN-BRK (Recht auf inklusive Bildung) und befürchtet wird, dass der Bund durch den Abschluss völkerrechtlicher Verträge das innerstaatliche Kompetenzgefüge aushöhlen könnte.[34] Die Staatspraxis hat dieses Problem anhand des Lindauer Abkommens gelöst, wonach der Bund das Einverständnis der Länder herbeiführen soll, bevor er einen völkerrechtlichen Vertrag ratifiziert.[35] Hält der Bund das gebotene Verfahren ein, dann erfolgt die Verabschiedung des Ratifikationsgesetzes nur mit Zustimmung des Bundesrates. Auch im Fall der UN-BRK hat kein Bundesland von seiner Möglichkeit, im Bundesrat ein Veto einzulegen, Gebrauch gemacht. Zudem führt das Gebot der Bundestreue[36] zu dem Ergebnis, dass die Länder – wie bei allen anderen menschenrechtlichen Übereinkommen auch – verfassungsrechtlich gehalten sind, die Verpflichtungen aus der UN-BRK zu erfüllen und umzusetzen.[37]

Es gibt für Behörden und Fachgerichte folgende Möglichkeiten, die Normen der UN-BRK anzuwenden: die nationale Norm menschenrechtskonform auszulegen oder die völkerrechtliche Norm unmittelbar anzuwenden, das heißt das Völkerrecht selbst zu vollziehen.[38]

Die erste Variante ist die praktisch relevantere Anwendungsart. Bei der menschenrechtskonformen Auslegung von gesetzlichen oder untergesetzlichen Vorschriften wird die jeweilige menschenrechtliche Norm in die Rechts- und Entscheidungsfindung einbezogen. Die UN-BRK dient dann der Bestimmung von Inhalt und Reichweite innerstaatlichen Rechts und kommt insbesondere zum Tragen bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe sowie im Rahmen von Verhältnismäßigkeitsprüfungen und Ermessensentscheidungen.[39] Wenn ein konventionsgemäßer Rechtszustand nicht bereits durch das bestehende einfache Recht erreicht wird, so kann durch eine entsprechende menschenrechtskonforme Auslegung ein konventionskonformes Ergebnis erzielt werden und damit letztlich auch eine anderenfalls erforderliche Gesetzesänderung entbehrlich gemacht werden.[40] Nicht nur das einfache Recht, auch die Grundrechte und verfassungsrechtlichen Normen sind nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts nach dem Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes im Lichte menschenrechtlicher Übereinkommen auszulegen.[41] Bei der Auslegung der in einem völkerrechtlichen Übereinkommen verankerten Menschenrechte soll sich, so das Bundesverfassungsgericht, das nationale Gericht auch „mit den Auffassungen eines zuständigen internationalen Vertragsorgans in gutem Glauben

---

34 Ausführlich hierzu: Bernhard, Thomas (2016): Anforderungen an ein inklusives Bildungssystem nach der UN-Behindertenrechtskonvention. Eine Untersuchung der Rechtslage im Freistaat Bayern. Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 99–150.

35 Uerpmann-Wittzack, Robert (2016): Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben für die Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. In: Rolf, Christian (Hg.): 50 Jahre deutscher Sozialrechtsverband – Inklusion behinderter Menschen als Querschnittsaufgabe. Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e. V. am 8./9. Oktober 2015 in Hamburg, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 29–76 (39).

36 Kotzur, Markus/Richter, Clemens (2012): Anmerkungen zur Geltung und Verbindlichkeit der Behindertenrechtskonvention im deutschen Recht. In: Welke, Antje (Hg.) (2012): UN-Behindertenrechtskonvention: Kommentar mit rechtlichen Erläuterungen. Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 81–92 (91).

37 Degener, Theresia (2016): Völkerrechtliche Grundlagen und Inhalt der UN BRK. In: Degener, Theresia u. a. (2016): Menschenrecht Inklusion, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 11–51 (22).

38 Kroworsch, Susann (2015): Einfluss internationaler Menschenrechtsübereinkommen auf die deutsche Sozialpraxis. In: NDV Nachrichtenbrief 2015, S. 337 f..

39 Nieding plädiert dafür, insbesondere bei unbestimmten Rechtsbegriffen auf Tatbestandsseite auf vertypte Leitbilder der UN-BRK abzustellen, um den Zielvorgaben der UN-BRK Rechnung zu tragen. Nieding, Joachim (2016): Die Rechtsprechung zur Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland. In: Rolf, Christian (Hg.): 50 Jahre deutscher Sozialrechtsverband – Inklusion behinderter Menschen als Querschnittsaufgabe. Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e. V. am 8./9. Oktober 2015 in Hamburg, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 77–92 (88).

40 Roller, Steffen (2016): Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention auf das sozialgerichtliche Verfahrensrecht. In: Die Sozialgerichtsbarkeit – Zeitschrift für aktuelles Sozialrecht, Bd. 63, Berlin: Erich Schmidt Verlag. S. 18.

41 Bundesverfassungsgericht (2004): BVerfGE 111, 307–332 (zur EMRK); Bundesverfassungsgericht (2011): BVerfGE 128, 282–322 (zur UN-BRK).

argumentativ auseinandersetzen“[42]. Dabei setzt die UN-BRK-konforme Effektivierung des innerstaatlichen Grundrechtsregimes nicht voraus, dass ein ausdrückliches Pendant des Rechts im Grundgesetz zu finden ist.[43] Durch die menschenrechtskonforme Auslegung erhalten die Bestimmungen der UN-BRK ungeachtet aller Umsetzungsfragen eine verfassungsrechtliche Dimension, und zwar auch die Rechte der UN-BRK mit einem stärker leistungsrechtlichen Bezug und solche, die ein Handeln des Staates erforderlich machen.[44]

Für unbestimmte Rechtsbegriffe, die im Lichte der UN-BRK auszulegen sind, gibt es viele Beispiele; nur einige sollen zur Illustration genannt werden, etwa der Begriff der „Zumutbarkeit“, der eine breite Verwendung hat, im Sozialrecht etwa im Rahmen des Mehrkostenvorbehalts[45], oder der Begriff der „Werkstattfähigkeit“[46] oder die „Notwendigkeit“ einer Arbeitsassistenz[47]. Auch die für die Bestimmung der Regelbedarfsstufe maßgebliche „eigene Haushaltsführung“[48], der Begriff des „Grundbedürfnisses“[49] oder das „Angewiesensein“ auf ein Kraftfahrzeug sind sozialrechtliche Tatbestandsmerkmale, deren Gehalt im Wege einer menschenrechtskonformen Auslegung zu ermitteln ist.

Ihre Grenzen findet die menschenrechtskonforme Auslegung in den methodischen Standards der richterlichen Auslegung,[50] namentlich der Wortlautgrenze, einem klar erkennbaren entgegenstehenden Willen des Gesetzgebers und den Schranken, die sich aus dem Grundgesetz ergeben.[51] Die Auslegung der Gesetze durch die Fachgerichte muss die gesetzgeberische Grundentscheidung respektieren.[52] Soweit der Wortlaut, die Entstehungsgeschichte, der Gesamtzusammenhang der einschlägigen Regelung und deren Sinn und Zweck mehrere Deutungen zulassen, von denen eine zu einem verfassungsmäßigen Ergebnis führt, so ist diese geboten.[53] Sollte dies nicht der Fall sein und die innerstaatliche

---

42 Bundesverfassungsgericht (2016): Beschluss vom 26.07.2016, Az.: 1 BvL 8/15, Rdnr. 90.

43 Kotzur, Markus/Richter, Clemens (2012): Anmerkungen zur Geltung und Verbindlichkeit der Behindertenrechtskonvention im deutschen Recht. In: Welke, Antje (Hg.) (2012): UN-Behindertenrechtskonvention: Kommentar mit rechtlichen Erläuterungen. Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 81–92 (85).

44 Ebd.

45 Das sozialrechtliche Leistungsrecht bestimmt, dass ambulante Leistungen Vorrang vor teilstationären und stationären Leistungen haben. Dies sollte gemäß § 13 Abs. 1 S. 3 SGB XII jedoch nicht der Fall sein, wenn eine stationäre Einrichtung zumutbar und eine ambulante Leistung mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Um diesen Mehrkostenvorbehalt, der jetzt in § 104 SGB IX n. F. normiert ist, menschenrechtskonform anzuwenden, ist es erforderlich, zu überprüfen, ob eine Einrichtung überhaupt mit den Vorgaben des Art. 19 UN-BRK vereinbar, mithin „geeignet“ ist. Siehe hierzu u. a.: Aichele, Valentin (2012): Die UN-Behindertenrechtskonvention: ihre Bedeutung für Ämter, Gerichte und staatliche Stellen, Position Nr. 6, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte – Monitoring Stelle UN-Behindertenrechtskonvention, S. 3; Welti, Felix (2016): Potenzial und Grenzen der menschenrechtskonformen Auslegung des Sozialrechts am Beispiel der UN-BRK. In: Faber, Ulrich (2016): Gesellschaftliche Bewegungen – Recht unter Beobachtung und in Aktion, Baden-Baden,: Nomos, S. 635 – 658 (657; Uerpmann-Wittzack, Robert (2016): Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben für die Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. In: Rolf, Christian (Hg.): 50 Jahre deutscher Sozialrechtsverband – Inklusion behinderter Menschen als Querschnittsaufgabe. Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e. V. am 8./9. Oktober 2015 in Hamburg, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 29–76 (S. 69).

46 Nach Nieding ist bei der Beurteilung der Werkstattfähigkeit eines Menschen die Verwertbarkeit von Arbeitsleistungen im Lichte der UN-BRK auszulegen, mit der Folge, dass die Anforderungen abzusenken sind. Nieding, Joachim (2016): Die Rechtsprechung zur Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland. In: Rolf, Christian (Hg.): 50 Jahre deutscher Sozialrechtsverband – Inklusion behinderter Menschen als Querschnittsaufgabe. Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e. V. am 8./9. Oktober 2015 in Hamburg, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 77–92 (89).

47 Bundesverwaltungsgericht (2018): Urteil vom 23. Januar 2018 – Az.:5 C 9.16. In diesem Fall hatte ein Beamter freiwillig seine bisherige Tätigkeit reduziert, um noch einer anderen Erwerbstätigkeit nachgehen zu können, für die er eine Arbeitsassistenz benötigt. Das Bundesverwaltungsgericht entschied, dass die Notwendigkeit auch in diesem Fall zu bejahen ist.

48 Bundessozialgericht (2014): Urteil vom 23.07.2014, Az.: B 8 SO 14/13 R.

49 Bundessozialgericht (2011): Urteil vom 10.03.2011, Az.: B 3 KR 9/10 R.

50 Degener, Theresia (2016): Völkerrechtliche Grundlagen und Inhalt der UN-BRK. In: Degener, Theresia u. a. (2016): Menschenrecht Inklusion, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 23.

51 Welti, Felix (2016): Potenzial und Grenzen der menschenrechtskonformen Auslegung des Sozialrechts am Beispiel der UN-BRK. In: Faber, Ulrich (2016): Gesellschaftliche Bewegungen – Recht unter Beobachtung und in Aktion, Baden-Baden: Nomos, S. 635–658 (643).

52 Bundesverfassungsgericht (2018): Beschluss vom 06.06.2018 – 1 BvL 7/14, 1 BvL 7/14, 1 BvR 1375/14.

53 Bundesverfassungsgericht (2014): Beschluss vom 16.12.2014 – 1 BvR 2142/11, Rdnr. 86; zu den Voraussetzungen des Vorlageverfahrens bei gesetzgeberischem Unterlassen: Bundesverfassungsgericht (2016): Beschluss vom 26.07.2016, 1 BvL 8/15, Rdnr. 54 ff..

Rechtsgrundlage mit der im Lichte der UN-BRK gesehenen Verfassung unvereinbar erscheinen, so ist eine Vorlage an das Bundesverfassungsgericht nach Art 100 Abs. 1 GG geboten.[54]

Die zweite Variante ist die unmittelbare Anwendung der völkerrechtlichen Norm. In diesem Fall stützt die entscheidende Instanz ihre Entscheidung unmittelbar auf eine Norm der UN-BRK. Theoretisch steckt in jeder völkerrechtlichen Norm das Potenzial, im Einzelfall unmittelbar anwendbar zu sein. In Anbetracht der hohen Normdichte in Deutschland, der fehlenden Drittwirkung der UN-BRK und der Beschränkung auf das Rechtsverhältnis Bürger–Staat sowie wegen der alternativen verfassungsrechtlichen Referenzpunkte, etwa in Gestalt des Nachteilsverbots gemäß Art. 3 GG, kommt die Prüfung und Annahme einer unmittelbaren Anwendbarkeit jedoch nur ausnahmsweise zum Tragen. Eine unmittelbar anwendbare Norm liegt vor, wenn die Bestimmung keines weiteren Vollzugsaktes bedarf, sie klar und hinreichend bestimmt ist und Einzelne berechtigt oder verpflichtet („self-executing“).[55] Die Vertragsbestimmung muss mithin wie eine innerstaatliche Vorschrift nach Wortlaut, Zweck und Inhalt geeignet sein, unmittelbar rechtliche Wirkung im konkreten Einzelfall auszulösen.[56] Dies ist wie gesagt für jede völkerrechtliche Norm gesondert festzustellen.[57] Generell anerkannt ist die unmittelbare Anwendbarkeit für die sogenannten Kernbereiche menschenrechtlicher Garantien sowie für die Diskriminierungsverbote.[58]

2.4 Auslegung der UN-Behindertenrechtskonvention

Dass die Konvention den Rang von Bundesrecht hat, ihrer Rechtsnatur nach jedoch Völkerrecht ist, bildet den Ausgangspunkt für die Überlegungen zur „Auslegung der UN-BRK“. Zunächst folgt daraus, dass die Vorschriften der Konvention im Wege der völkerrechtlichen Auslegung zu bestimmen sind. Die völkerrechtlichen Auslegungsmethoden sind in Art. 31 bis 33 der Wiener Vertragsrechtskonvention (WVK) von 1969 geregelt. Demnach sind internationale Verträge nach ihrem Wortlaut, ihrer Systematik, ihrem Telos und, dies jedoch hilfsweise, nach ihrer Entstehungsgeschichte auszulegen.[59]

Für die Auslegung ist der Wortlaut in seinem gewöhnlichen Verständnis heranzuziehen. Gemäß Artikel 50 UN-BRK sind dafür die sechs UN-Sprachen[60] gleichermaßen verbindlich. Die deutsche Übersetzung ist hingegen nicht rechtsverbindlich.

Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde im Bundesgesetzblatt in englischer, französischer und deutscher Sprache ausgegeben, wobei über der deutschen Fassung in Klammern der Vermerk „Übersetzung“ angebracht wurde.[61] Mit einem Übersetzungsvermerk im Bundesgesetzblatt bringt der Gesetzgeber einerseits zum Ausdruck, wie er im Zeitpunkt der Verabschiedung den Originaltext

---

54 Welti, Felix (2016): Potenzial und Grenzen der menschenrechtskonformen Auslegung des Sozialrechts am Beispiel der UN-BRK. In: Faber, Ulrich (2016): Gesellschaftliche Bewegungen – Recht unter Beobachtung und in Aktion, Baden-Baden: Nomos, S. 635–658 (641).

55 Bundessozialgericht (2012): Urteil vom 06.03.2012 – B 1 KR 10/11 R –, BSGE 110, 194–204, SozR 4-1100 Art. 3 Nr. 69, Rdnr. 24 m. w. N..

56 Nieding, Joachim (2016): Die Rechtsprechung zur Bedeutung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland. In: Rolf, Christian (Hg.): 50 Jahre deutscher Sozialrechtsverband – Inklusion behinderter Menschen als Querschnittsaufgabe. Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e. V. am 8./9. Oktober 2015 in Hamburg, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 77–92 (81).

57 Masuch, Peter (2011): Die UN-Behindertenrechtskonvention anwenden! In: Hohmann-Dennhardt/Masuch, Peter/Villinger, Mark (2011): Festschrift für Renate Jaeger. Grundrechte und Solidarität – Durchsetzung und Verfahren. Kehl: N. P. Engel Verlag, S. 245–263 (256).

58 UN, Committee on Economic, Social and Cultural Rights (1990): General Comment No. 3: The Nature of States Parties' Obligations, UN Doc. E/1991/23; Bundessozialgericht (2012): Urteil vom 06.03. 2012 – B 1 KR 10/11 R, Rdnr. 29 ff..

59 Kotzur, Markus/Richter, Clemens (2012): Anmerkungen zur Geltung und Verbindlichkeit der Behindertenrechtskonvention im deutschen Recht. In: Welke, Antje (Hg.) (2012): UN-Behindertenrechtskonvention: Kommentar mit rechtlichen Erläuterungen. Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 81–92 (87 f.).

60 Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch.

61 Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21. Dezember 2008, BGBl. (2008) II, S. 1419, 1420.

verstanden hat, zum anderen weist er darauf hin, dass er um eine wort- und inhaltsgetreue Wiedergabe des fremden Vertragstextes bemüht ist.[62] Die Übersetzung dient dazu, den Rechtsunterworfenen den völkerrechtlichen Vertrag in allgemein verständlicher Weise nahezubringen, gleichzeitig beabsichtigt der Gesetzgeber, dem von allen Vertragsstaaten vereinbarten Inhalt des Übereinkommens zur innerstaatlichen Geltung zu verhelfen.[63] Dementsprechend ist die deutsche Übersetzung stets im Lichte der verbindlichen Fassungen zu lesen.[64]

Angemerkt sei, dass der Heranziehung ausländischer Sprachfassungen als Rechtserkenntnisquelle auch § 184 S. 1 GVG, der über § 61 SGG auch im sozialgerichtlichen Verfahren anzuwenden ist, nicht entgegensteht. Regelungsgegenstand des Gerichtsverfassungsgesetzes ist der formelle Verfahrensablauf, § 184 GVG betrifft nur die Verfahrensbeteiligten und das Verfahren selbst, eine Aussage über die Gestalt des anzuwendenden Rechts ist darin nicht enthalten.[65]

Bei der systematischen Auslegung ist auf den Regelungszusammenhang abzustellen und die einzelnen menschenrechtlichen Garantien sind im Gesamtzusammenhang zu betrachten. Besondere Bedeutung hat insofern Art. 2 UN-BRK, der wichtige Begriffsbestimmungen enthält. Auch die Präambel gehört, ebenso wie Anlagen, Protokolle, vertragsexterne Verpflichtungen und Völkerrechtsgrundsätze, zum Auslegungszusammenhang. Als Teil der Völkerrechtsordnung ist die UN-BRK im Lichte dieser Ordnung und im Zusammenhang mit anderen völker- und insbesondere menschenrechtlichen Verträgen auszulegen.

Die teleologische Auslegung stellt Ziel und Zweck der Norm in den Mittelpunkt, wobei die menschenrechtlichen Normen autonom und dynamisch interpretiert werden. Autonom bedeutet, dass die Normen für sich stehen und nicht durch die Brille der nationalen Rechtsordnungen sinnvoll erschlossen werden können. Dynamisch heißt diese Auslegungsform, weil sie sich immer neuen Gegebenheiten anpassen kann: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) bezeichnet die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) im Zusammenhang mit dieser Auslegungsmethode als ein „living instrument".[66] Unter dieser Prämisse ist es möglich, auf neue technische Möglichkeiten sowie gewandelte gesellschaftliche Anschauungen zu reagieren. In Bezug auf die UN-BRK ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Rechte der UN-BRK wesentlich ausdifferenzierter sind als die der EMRK und die UN-BRK zudem auch noch jüngeren Datums als die EMRK ist.[67]

Im Völkerrecht existiert zwar auch die historisch-genetische Auslegung, aber die vorbereitenden Arbeiten (travaux préparatoires) zu einem Menschenrechtsvertrag sind nur hilfsweise zur Auslegung heranzuziehen. Gemäß Art. 32 WVK ist die historische Auslegung nachrangig gegenüber den anderen Auslegungsmethoden und kann nur angewendet werden, wenn 1. ein Ergebnis der anderen Auslegungsmethoden bestätigt wird, 2. die Bedeutung einer Norm nach den zuvor behandelten Auslegungsmethoden „dunkel oder mehrdeutig" bleibt, 3. wenn die vorrangigen Auslegungsmittel zu einem „offensichtlich sinnwidrigen oder unvernünftigen Ergebnis" führen. Obwohl für die UN-BRK, anders als für andere Übereinkommen,

---

62 Hilf, Meinhard (1973): Die Auslegung mehrsprachiger Verträge – Eine Untersuchung zum Völkerrecht und zum Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Berlin/Heidelberg: Springer-Verlag, S. 215.

63 Ebd., S. 219.

64 Beispiele aus der Rechtsprechung, die verschiedene Sprachfassungen zur Auslegung heranziehen: Bundesgerichtshof (1965): Urteil vom 08.10.1965, Az.: IV ZR 255/64; Rdnr. 11; Bundesverfassungsgericht (2014): Beschluss vom 08.12.2014 – 2 BvR 450/11, Rdnr. 40.

65 Hilf, Meinhard (1973): Die Auslegung mehrsprachiger Verträge – Eine Untersuchung zum Völkerrecht und zum Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Berlin/Heidelberg: Springer-Verlag, S. 163f..

66 Erstmals vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in der Entscheidung Tyrer vs. United Kingdom (Beschwerde-Nr. 5856/72) erwähnt: „The Court must also recall that the Convention is a living instrument which, as the Commission rightly stressed, must be interpreted in the light of present-day conditions." EGMR (1978): Urteil vom 25.04.1978.

67 Uerpmann-Wittzack, Robert (2016): Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben für die Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. In: Rolf, Christian (Hg.): 50 Jahre deutscher Sozialrechtsverband – Inklusion behinderter Menschen als Querschnittsaufgabe. Bundestagung des Deutschen Sozialrechtsverbandes e. V. am 8./9. Oktober 2015 in Hamburg, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 29–76 (58).

überraschend wenig amtliche Protokolle existieren, liegen über alle Entstehungsstufen reichende, relativ umfängliche Unterlagen in Form von travaux préparatoires vor.[68]

Als Rechtserkenntnisquellen für die Auslegung der UN-BRK dienen die sogenannten Allgemeinen Bemerkungen (General Comments) des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie die der UN-Fachausschüsse der anderen Menschenrechtsabkommen. Die Allgemeinen Bemerkungen konkretisieren die Art und den Umfang der menschenrechtlichen Verpflichtungen. Weiterhin aufschlussreich sind die thematischen Studien des Hochkommissariats und der Sonderberichterstatter_innen sowie die abschließenden Bemerkungen zu den Staatenberichtsverfahren, die jedoch stets in Bezug auf den jeweiligen nationalen Kontext zu sehen sind, und schließlich die Mitteilungen (Views) der UN-Fachausschüsse zu den Individualbeschwerden nach dem jeweiligen Fakultativprotokoll.

Zur UN-BRK gibt es mittlerweile folgende Allgemeine Bemerkungen (General Comments):

- Allgemeine Bemerkung Nr. 1 zur gleichen Anerkennung vor dem Recht, Art. 12 UN-BRK, UN Doc CRPD/C/GC/1 vom 11. April 2014
- Allgemeine Bemerkung Nr. 2 zur Zugänglichkeit, Art. 9 UN-BRK, UN-Doc. CRPD/C/GC/2 vom 11. April 2014
- Allgemeine Bemerkung Nr. 3 zu den Rechten von Frauen und Mädchen mit Behinderungen, Art. 6 UN-BRK, UN-Doc. CRPD/C/GC/3 vom 26. August 2016
- Allgemeine Bemerkung Nr. 4 zum Recht auf inklusive Bildung, Art. 24 UN-BRK, UN-Doc. CRPD/C/GC/4 vom 26. August 2016
- Allgemeine Bemerkung Nr. 5 zu dem Recht auf unabhängige Lebensführung, Art. 19 UN-BRK, UN-Doc. CRPD/C/GC/5 vom 27. Oktober 2017
- Allgemeine Bemerkung Nr. 6 zu Nichtdiskriminierung und Gleichberechtigung, Art. 5 UN-BRK, UN-Doc. CRPD/C/GC/6 vom 9. März 2018

2.5 Inklusion

Art. 3 lit. c) UN-BRK erklärt die „full and effective participation and inclusion in society“ zum menschenrechtlichen Prinzip. Inklusion „steht symbolisch für eine spezifische Stoßrichtung der Behindertenrechtskonvention, die gegen die Unrechtserfahrung gesellschaftlicher Ausgrenzung eine freiheitliche und gleichberechtigte soziale Inklusion einfordert“.[69]

Inklusion ist kein individuelles Recht im eigentlichen Sinne, jedoch als menschenrechtliches Prinzip mit den Menschenrechten der UN-BRK aufs Engste verwoben.[70] Inklusion verweist auf ein Grundprinzip des sozialen Zusammenlebens, dass nämlich allen Menschen auf der Basis gleicher Rechte die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht werden soll.[71] Ein Prinzip ist – im Gegensatz zu einer Regel, deren Voraussetzungen entweder erfüllt oder eben nicht erfüllt werden – eine Norm, die gebietet, „dass etwas in einem relativ auf die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten möglichst hohem Maße realisiert wird“.[72] Prinzipien drängen auf vollständige

---

68 Degener, Theresia/Begg, Andrew (2017): From Invisible Citizens to Agents of Change: A Short History of the Struggle for the Recognition of the Rights of Persons with Disabilities at the United Nations. In: Della Fina, Valentina/Cera, Rachele/Palmisano, Giuseppe (Hg.), The United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities – A Commentary, Berlin u. a.: Springer-Verlag, S. 15–38 (m. w. N.).

69 Bielefeldt, Heiner (2009): Zum Innovationspotenzial der UN-Behindertenrechtskonvention. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, S. 10.

70 Aichele, Valentin (2013): Inklusion als menschenrechtliches Prinzip: der internationale Diskurs um die UN-Behindertenrechtskonvention. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 3/2013, S. 28–36 (30, 34).

71 Wansing, Gudrun (2012): Der Inklusionsbegriff in der Behindertenrechtskonvention. In: Welke, Antje (Hg.) (2012): UN-Behindertenrechtskonvention: Kommentar mit rechtlichen Erläuterungen. Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 93–103 (94).

72 Alexy, Robert (1985): Theorie der Grundrechte, S. 75 f.

Erfüllung, können aber gleichwohl graduell erfüllt werden.[73]

Inklusion ist weitergehend und anders als Integration. Während es bei Integration darum geht, innerhalb bestehender Strukturen Raum zu schaffen auch für Behinderte, sucht Inklusion gesellschaftliche Strukturen so zu gestalten und zu verändern, dass sie der realen Vielfalt menschlicher Lebenslagen – gerade auch von Menschen mit Behinderungen – von vornherein besser gerecht werden.[74] Menschen mit Behinderungen sind als gleichberechtigte Angehörige der staatlichen Gemeinschaft anzusehen und die Barrieren, die einer solchen Einbeziehung im Wege stehen, sind zu beseitigen. Inklusion macht die vorbehaltlose Zugehörigkeit aller Menschen von Anfang an zum Ausgangspunkt aller Betrachtungen und stellt segregierende Settings grundsätzlich in Frage. Explizit wird „Inklusion“ an vier Stellen genannt, namentlich beim Recht auf Leben in der Gemeinschaft (Art. 19 lit. b UN-BRK), beim Recht auf Bildung (Art. 24 Abs. 1, Art. 24 Abs. 1 lit. b) und lit. e) UN-BRK), beim Recht auf Gesundheit (Art. 26 Abs. 1 und Art. 26 Abs. 1 lit. b) UN-BRK) und beim Recht auf Arbeit (Art. 27 Abs. 1 UN-BRK). Gleichwohl ist die gesamte Konvention im Lichte des Prinzips der Inklusion auszulegen. Es soll inklusive Schonräume, die jeder Mensch braucht, für alle geben, jedoch keine exklusiven (wenn auch wohlgemeinten) „Schonräume“ oder Sonderstrukturen, die für Menschen mit Behinderung eine Platzzuweisung und soziale Ausgrenzung bedeuten. Korrespondierend dazu ist die Gesellschaft barrierefrei zu gestalten, da die Barrierefreiheit gerade als Voraussetzung für Inklusion begriffen werden muss und Inklusion das Gebot der Zugänglichkeit zusätzlich verstärkt. Inklusion, und dies wird hier deutlich, macht weitreichende gesellschaftliche Strukturveränderungen notwendig.

2.6 Begriff der Behinderung

Der Begriff der Behinderung hat in den letzten Jahrzehnten im Völkerrecht einen erheblichen Bedeutungswandel erfahren.[75] Zuerst und über lange Zeit wurde Behinderung mit dem defizitorientierten Modell beschrieben. Der Fokus lag dabei auf den medizinischen, therapeutischen und sonderpädagogischen Maßnahmen zur „Heilung“ bzw. Förderung des betroffenen Individuums; Behinderung wurde ausschließlich als medizinisches Problem verstanden. Dem medizinischen Modell liegt die Vorstellung zugrunde, dass Menschen mit Beeinträchtigungen Therapie und Rehabilitation benötigen, dass sie Schonräume in Form von Sonderschulen, Wohnheimen oder besonderen Werkstätten brauchen und dass sie zur gleichberechtigten, allgemeinen gesellschaftlichen Teilhabe nicht in der Lage sind. In den 1980er Jahren setzte ein Verständniswandel ein, der auf internationaler Ebene durch die UN-Dekade der Menschen mit Behinderungen begleitet wurde. Es entwickelte sich das soziale Modell von Behinderung, demzufolge die von den Menschen erfahrenen Behinderungen nicht mit ihrer jeweiligen körperlichen, seelischen oder intellektuellen Beeinträchtigung gleichzusetzen sind. Behinderungen entstehen danach erst durch die Wechselwirkung mit äußeren Barrieren. Auch die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation – WHO) beschloss auf ihrer Vollversammlung im Jahr 2001 eine neue International Classification of Functioning, Disability and Health (ICF). Innerhalb dieses Klassifizierungsschemas wird Behinderung nicht mehr monokausal als eine aus einer Krankheitsfolge resultierende Funktionsbeeinträchtigung betrachtet. Stattdessen steht im Vordergrund der ICF die Wechselwirkung zwischen den Elementen Beeinträchtigung (impairment), Aktivität (activity) und Partizipation (participation). Wesentlich an diesem Modell ist der Miteinbezug

---

73 Aichele, Valentin (2013): Inklusion als menschenrechtliches Prinzip: der internationale Diskurs um die UN-Behindertenrechtskonvention. In: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 3/2013, S. 28–36 (30).

74 Aichele, Valentin (2008): Die UN-Behindertenrechtskonvention und ihr Fakultativprotokoll – Ein Beitrag zur Ratifikationsdebatte. Policy Paper Nr. 9, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, S. 12.

75 Zur historischen Entwicklung statt vieler: Schäfer, Gerhard K. (2016): Menschen mit Behinderung in Kirche und Diakonie – eine historische Skizze. In: Degener, Theresia u. a. (2016): Menschenrecht Inklusion, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 74–103.

von umwelt- und personenbezogenen Faktoren als Kontextfaktoren.[76]

Die Ziele, die das soziale Modell von Behinderung verfolgt, wurden auch in das deutsche Recht aufgenommen: 1994 wurde das verfassungsrechtliche Diskriminierungsverbot erweitert, indem Art. 3 Abs. 3 GG der Satz angefügt wurde „Niemand darf aufgrund seiner Behinderung benachteiligt werden“. 2001 wurden im SGB IX die Ziele der Rehabilitation, die Selbstbestimmung, gleichberechtigte Teilhabe und Nichtdiskriminierung behinderter Menschen normiert. 2002 wurde das Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen[77] verabschiedet.

Die Verabschiedung der UN-BRK durch die Vereinten Nationen im Jahr 2006 setzte den Impuls für das menschenrechtliche Modell von Behinderungen.[78] In der UN-BRK werden Behinderungen als gesamtgesellschaftliches Problem begriffen, was die UN-Sonderberichterstatterin für die Belange von Menschen mit Behinderung folgendermaßen auf den Punkt bringt: „social and environmental barriers are the real obstacles for the enjoyment of human rights by persons with disabilities.“[79] Das menschenrechtliche Modell von Behinderung zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass die Menschenrechtsfähigkeit unter keinen Umständen, also auch nicht aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen, verwehrt werden darf, und dass alle Formen von Zwang und Segregation unzulässig sind.[80]

Art. 1 Abs. 2 UN-BRK zählt zu den Menschen mit Behinderungen im Sinne der Konvention jene, „die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können“.

Eine abschließende Definition von Behinderungen enthält die UN-BRK damit nicht.[81] Der UN-Fachausschuss führte zum Konzept von Behinderung in Artikel 1 UN-BRK zudem aus: „The difference between illness and disability is a difference of degree and not a difference of kind”[82] und brachte damit zum Ausdruck, dass der UN-BRK ein offenes Konzept von Behinderung zugrunde liegt, welches auch der Erkenntnis Rechnung trägt, dass sich das Verständnis von Behinderung ständig weiterentwickelt und verändert.

Ein solch offenes Verständnis von Behinderung eröffnet für die sozialgerichtliche Praxis jedoch scheinbar ein Spannungsfeld, da die Menschenrechte einen möglichst weitreichenden Schutz bezwecken, während die Definition des Behinderungsbegriffs im deutschen Sozialrecht in der Regel dazu dienen soll, den Kreis der Leistungsberechtigten festzulegen und damit zu begrenzen. Das Bundesteilhabegesetz nimmt den Begriff aus der UN-BRK auf und unterscheidet zwischen funktionaler Beeinträchtigung und sozialer Teilhabemöglichkeit. Diese Unterscheidung wird jedoch nicht konsistent durchgehalten. Hier wäre eine konsistente gesetzliche Trennung zwischen dem Vorliegen einer Behinderung einerseits und dem Kreis der jeweils Leistungsberechtigten andererseits wünschenswert, um die Abgrenzungsfragen nicht in die Praxis zu verlagern.

---

76 Das ICF kann aufgerufen werden unter: Deutsches Institut: für Medizinische Dokumentation und Information: http://www.dimdi.de/static/de/klassi/icf/ (aufgerufen am 29.03.2018); World Health Organization (2011): World Report on Disability. Genf: WHO Press, S. 5.

77 Behindertengleichstellungsgesetz vom 27. April 2002 (BGBl. I, S. 1467, 1468), zuletzt geändert durch Art. 19 Abs. 2 G v. 23.12.2016 I 3234, dieser geändert durch Art. 27 Nr. 1 G v. 17.7.2017 I 2541.

78 Degener, Theresia (2016): Völkerrechtliche Grundlagen und Inhalt der UN-BRK. In: Degener, Theresia u. a. (2016): Menschenrecht Inklusion, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 11–51 (16).

79 UN, Human Rights Council (2015): Report of the Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities, Catalina Devandas-Aguilar, UN Doc. A/HRC/28/58. Ziff. 4.

80 Degener, Theresia (2016): Völkerrechtliche Grundlagen und Inhalt der UN-BRK. In: Degener, Theresia u. a. (2016): Menschenrecht Inklusion, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 11–51 (17).

81 Bernhard, Thomas (2016): Anforderungen an ein inklusives Bildungssystem nach der UN-Behindertenrechtskonvention. Eine Untersuchung der Rechtslage im Freistaat Bayern. Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 41.

82 UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2014): Communication No. 10/2013, UN Doc. CRPD/C/12/D/10/2013. Ziff. 6.3.

2.7 Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung

Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung bilden, gestützt auf den menschenrechtlichen Universalismus, Strukturelemente aller internationalen Menschenrechtsübereinkommen.[83] Der Grundsatz der Gleichberechtigung zieht sich als Passus „on equal basis with others“ beziehungsweise „sur la base de l’egalité avec les autres“ wie ein roter Faden durch die UN-BRK und wird durch das Prinzip der Nichtdiskriminierung komplementiert.

Die UN-BRK differenziert die Konzepte von Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung des internationalen Menschenrechtsschutzes weiter aus und strebt nach umfassender, substanzieller Gleichberechtigung aller Menschen.[84] In Art. 5 Abs. 1 UN-BRK ist dementsprechend die herkömmliche Formulierung „equal before the law“ ergänzt worden um den Passus „equal under the law“.[85]

Die UN-BRK legt, bedingt durch zahlreiche und unterschiedlichste Diskriminierungserfahrungen von Menschen mit Behinderungen, ein weites Diskriminierungsverständnis zugrunde. Diskriminierung wird dabei in folgende vier Formen der Diskriminierung eingeteilt, die entweder allein oder gleichzeitig auftreten können: direkte Diskriminierung, indirekte Diskriminierung sowie als spezifische Formen der Diskriminierung: die Verweigerung von angemessenen Vorkehrungen und die Herabwürdigung.[86] Art. 2 UnterAbs. 3 UN-BRK definiert den Begriff der Diskriminierung als „jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund von Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass der gleichberechtigte Genuss der Menschenrechte beeinträchtigt oder vereitelt wird.“

Der ausdrückliche Bezug im Wortlaut auf Ziel und Folge verdeutlicht, dass formelle und materielle Gleichheit angestrebt wird. Konventionswidrig sind einerseits rechtliche Ungleichbehandlungen, die unmittelbar an die Beeinträchtigung anknüpfen, wie beispielsweise der Ausschluss vom aktiven Wahlrecht. Aber auch mittelbare Diskriminierungen sind verboten, wie die Bezugnahme auf die Folgen einer Regelung unterstreicht. Das Konzept der mittelbaren Diskriminierung bezieht sich auf Gesetze, Politiken oder Praktiken, die neutral erscheinen, aber typischerweise einen bestimmten Personenkreis treffen und dadurch faktisch zu einer Benachteiligung führen.[87]

Genauso wie eine Person im Hinblick auf eine Ansammlung von personenbezogenen Merkmalen praktisch einem höheren Benachteiligungsrisiko ausgesetzt sein kann, kann eine Person auch aus mehreren Gründen diskriminiert werden, mit der Folge der mehrfachen oder sich überschneidenden Diskriminierung.[88] Vor diesem Hintergrund bezieht sich Art. 6 UN-BRK auf die Situation von Frauen und Mädchen, die aufgrund ihrer Beeinträchtigung und ihres Geschlechts, und Art. 7 UN-BRK auf die Situation von Kindern, die aufgrund ihrer Beeinträchtigung und ihres Alters intersektionalen Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt sein können.

Zu beachten ist auch, dass vom Schutzumfang nicht nur Menschen erfasst sind, die selbst eine

---

83 Art. 1 S. 1 AEMR: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ Art. 7 AEMR: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.“ In den Diskriminierungsverboten der beiden großen Pakte von 1966, Art. 2 Abs. 1 ICCPR und Art. 2 Abs. 2 ICESCR, wurde Behinderung noch nicht explizit als unzulässiger Anknüpfungspunkt genannt, sondern fällt dort unter den Auffangbegriff des „sonstigen Status“. UN, Committee on Economic, Social and Cultural Rights, General Comment No. 5: Persons with Disabilities, 9 December 1994, E/1995/22, Ziff. 5.

84 UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2018): General comment No. 6 on Equality and Non-Discrimination, CRPD/C/GC/6, Ziff. 3.

85 Ebd., Ziff. 14.

86 Ebd., Ziff. 18.

87 Althoff, Nina (2017): Das Diskriminierungsverbot im nationalen deutschen Recht. In: Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçen: Handbuch Diskriminierung, Heidelberg: Springer Verlag, S. 239–261 (249).

88 UN, Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (2016): Equality and non-discrimination under article 5 of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities UN-Doc. A/HRC/34/26, Ziff. 10; UN, Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2016): Allgemeine Bemerkung Nr. 3 zu Frauen und Mädchen mit Behinderungen, CRPD/C/GC/3, Ziff. 16.

Beeinträchtigung haben, sondern auch mit ihnen assoziierte Personen. Eine Diskriminierung liegt auch dann vor, wenn eine Person wegen einer Verbindung zu einer Person mit Behinderungen im Zusammenhang mit dem Merkmal der Behinderung diskriminiert wird (beispielsweise Eltern von Kindern mit Behinderungen oder direkte Angehörige von Personen mit psychosozialer Beeinträchtigung oder psychiatrischer Diagnose).[89]

In der UN-BRK erhält das Diskriminierungskonzept eine spezifische Erweiterung, indem auch die Versagung angemessener Vorkehrungen als Diskriminierung wegen einer Behinderung gilt.[90] In Art. 2 UnterAbs. 4 UN-BRK sind angemessene Vorkehrungen definiert als „notwendige und geeignete Änderungen und Anpassungen, die keine unverhältnismäßige oder unbillige Belastung darstellen und die, wenn sie in einem bestimmten Fall erforderlich sind, vorgenommen werden, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen oder ausüben können."

Angemessene Vorkehrungen sind also konkrete Schritte, mit denen ad hoc eine Situation oder eine Umgebung in einem konkreten Einzelfall verändert wird. Dabei soll erreicht werden, dass ein einzelner Mensch mit Beeinträchtigungen Barrieren überwinden kann. Dies kann beispielsweise eine alltägliche Unterstützung wie eine Assistenz für einen blinden Menschen sein, die Unterstützung durch Gebärdensprachdolmetscher_innen oder Übersetzer_innen in Leichte Sprache oder aber auch eine Veränderung des Arbeits- und Organisationsablaufs oder eine bauliche Veränderung wie der Einbau eines Fahrstuhls.[91] Um die Verortung der angemessenen Vorkehrungen im Antidiskriminierungsrecht zu verstehen, ist es erforderlich, auch das gewandelte Verständnis von Behinderung und das der UN-BRK zugrunde liegende Konzept der Chancengleichheit mit in den Blick zu nehmen. Die UN-BRK normiert, dass eine Anpassung der Bedingungen an die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen im Einzelfall vorzunehmen ist, um Chancengleichheit individuell abzusichern.[92] Es handelt sich bei angemessenen Vorkehrungen also nicht um Kompensationsleistungen für eine Beeinträchtigung, sondern um die gesellschaftliche Antwort auf das menschenrechtliche Gebot der Gleichbehandlung. Es besteht ein individueller Anspruch auf den Abbau von in der Gesellschaft bestehenden Barrieren.[93] Dies gilt nach der Rechtsprechung des EGMR ebenfalls für den Diskriminierungstatbestand des Art. 14 EMRK.[94]

Die Pflicht zu angemessenen Vorkehrungen steht unter dem Vorbehalt der Zumutbarkeit für den Verpflichteten (der Wortlaut spricht insoweit von einer „unverhältnismäßigen oder unbilligen Belastung"); es geht um eine Abwägung, die im jeweiligen Einzelfall zu treffen ist.[95] Bei der Prüfung, ob eine Maßnahme unverhältnismäßig ist, dürfen nicht nur finanzielle Aspekte betrachtet werden.

---

89 Grundlegend zur Frage der assoziierten Diskriminierung (allerdings noch ohne Bezug zur UN-BRK): EuGH, Urteil vom 17.07. 2008 – C-303/06 (Rs. Coleman). Zur Entwicklung der Rechtsprechung des EuGH: Colneric, Ninon (2016): Das Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung in der Rechtsprechung des EuGH. In: Faber, Ulrich u. a. (Hg.):Gesellschaftliche Bewegungen. Recht unter Beobachtung und in Aktion, Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 243–258.

90 Aichele, Valentin/Althoff, Nina (2012): Nicht-Diskriminierung und angemessene Vorkehrungen in der UN-Behindertenrechtskonvention. In: Welke, Antje (Hg.) (2012): UN-Behindertenrechtskonvention: Kommentar mit rechtlichen Erläuterungen. Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 104–118; Welti, Felix (2012): Das Diskriminierungsverbot und die „angemessenen Vorkehrungen" in der BRK – Stellenwert für die staatliche Verpflichtung zur Umsetzung der in der BRK geregelten Rechte. In: Recht der Lebenshilfe (RdLH) 2012, S. 1–3.

91 Aichele, Valentin (2012): Barrieren im Einzelfall überwinden. Angemessene Vorkehrungen gesetzlich verankern, Position Nr. 5, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte – Monitoring Stelle UN-Behindertenrechtskonvention, S. 2.

92 Der Vollständigkeit halber sei an dieser Stelle angemerkt, dass es bei angemessenen Vorkehrungen häufig auch um Grundbedürfnisse, beispielsweise im Bereich medizinischer Versorgung oder Pflegeleistungen, geht.

93 Bernhard, Thomas (2016): Anforderungen an ein inklusives Bildungssystem nach der UN-Behindertenrechtskonvention – eine Untersuchung der Rechtslage im Freistaat Bayern. Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 63.

94 EGMR, Urteil vom 23.02.2016 – 515000/08 (Çam/Türkei). Besprochen wird die Entscheidung u. a. von Uerpmann-Wittzack, Robert (2017): Zugang von Menschen mit Behinderung zum Schul- und Hochschulunterricht. In: Neue Zeitschrift für Sozialrecht (NZS) 2017, S. 299–302.

95 Aichele, Valentin/Althoff, Nina (2012): Nicht-Diskriminierung und angemessene Vorkehrungen in der UN-Behindertenrechtskonvention. In: Welke, Antje (Hg.): UN-Behindertenrechtskonvention: Kommentar mit rechtlichen Erläuterungen. Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 104–118 (112).

In der Richtung vergleichbar hat das Bundesverfassungsgericht bereits 1997 festgestellt, dass Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG auch die Verweigerung angemessener Vorkehrungen als Diskriminierungstatbestand erfasst. Das Bundesverfassungsgericht betont seither in ständiger Rechtsprechung, dass sich das Benachteiligungsverbot des Art. 3 Abs. 3 S. 2 GG nicht in der Anordnung erschöpft, Menschen mit und ohne Behinderungen rechtlich gleich zu behandeln:

„Vielmehr kann eine Benachteiligung auch bei einem Ausschluss von Entfaltungs- und Betätigungsmöglichkeiten durch die öffentliche Gewalt gegeben sein, wenn dieser nicht durch eine auf die Behinderung bezogene Fördermaßnahme kompensiert wird.“[96]

Angemessene Vorkehrungen sind abzugrenzen von besonderen Maßnahmen, die Grundlage für sogenannte „positive Diskriminierungen“ sein können. Besondere Maßnahmen sind in Art. 5 Abs. 4 UN-BRK normiert und zielen auf strukturelle Veränderungen, unabhängig vom Einzelfall, ab. Beispiele dafür sind Bevorzugungsregelungen[97] oder Quoten. Besondere Maßnahmen dienen der Herstellung substanzieller Gleichheit.[98] Die UN-BRK verpflichtet die Staaten nicht zum Erlass besonderer Maßnahmen, sondern stellt lediglich klar, dass solche Maßnahmen, obwohl sie an das Merkmal der Behinderung anknüpfen, nicht als Diskriminierung anzusehen sind und deshalb erlaubt sind.[99]

2.8 Kurzdarstellung ausgewählter Rechte

2.8.1 Das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht, Artikel 12 UN-BRK

Das Menschenrecht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht ist im allgemeinen Menschenrechtsschutz eigenständig in Art. 16 UN-Zivilpakt verankert. Es hat in Art. 12 UN-BRK eine behinderungsspezifische Konkretisierung erfahren. Menschen mit Behinderungen wird dort ihre Stellung als Rechtssubjekt garantiert und sie werden zugleich in ihrer „rechtlichen Handlungsfähigkeit“ („legal capacity“) geschützt. Rechtliche Handlungsfähigkeit meint die Anerkennung durch eine Rechtsordnung, in eigenen rechtlichen Angelegenheiten selbst zu handeln und für sein Verhalten und die daraus resultierenden rechtlichen Folgen verantwortlich zu sein.[100] Die rechtliche Handlungsfähigkeit muss Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen zugestanden werden, und zwar unabhängig von Art und Schwere der Beeinträchtigungen. Die faktischen Fähigkeiten unterscheiden sich natürlich von Person zu Person (und nicht nur bei Menschen mit Behinderungen) und sind stets abhängig von verschiedenen Faktoren, einschließlich umweltbedingter und sozialer Faktoren.[101] Diese von Mensch zu Mensch faktisch unterschiedliche Handlungsfähigkeit darf kein Grund sein, Menschen mit Beeinträchtigungen die rechtliche Handlungsfähigkeit zu entziehen. Die Gewährleistung von Grund- und Menschenrechten darf nicht von „Fähigkeiten“ abhängig gemacht werden. Das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht ist wie alle Grund- und Menschenrechte bedingungsfeindlich. Da Menschen mit langfristigen körperlichen, seelischen, geistigen oder Sinnesbeeinträchtigungen Schwierigkeiten

96 BVerfGE 96, 288 (303); BVerfGE 128, 138–157; BSG, Urteil vom 11.07.2017, Az.: B 1 KR 30/16 R (m. w. N.).

97 Ein Beispiel ist der Nachteilsausgleich bei Prüfungen.

98 UN, Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (2016): Equality and non-discrimination under article 5 of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities, A/HRC/34/26, Ziff. 9.

99 Bernhard, Thomas (2016): Anforderungen an ein inklusives Bildungssystem nach der UN-Behindertenrechtskonvention – eine Untersuchung der Rechtslage im Freistaat Bayern. Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 57.

100 Aichele, Valentin (2013): Einleitung, in: Ders. (Hg.): Das Menschenrecht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht. Art. 12 UN-Behindertenrechtskonvention, Baden-Baden: Nomos, S. 13–33 (14f.).

101 UN, Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2014): Allgemeine Bemerkung Nr. 1 zur gleichen Anerkennung vor dem Recht, Art. 12 UN-BRK, UN Doc CRPD/C/GC/1, Ziff. 13.

haben können, ihre Rechtsfähigkeit auszuüben, sieht Art. 12 Abs. 3 UN-BRK vor, dass sie ein Recht auf Assistenz bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit haben, wenn eine solche Unterstützung benötigt wird. Die UN-BRK normiert damit einen Paradigmenwechsel von der bevormundenden Fürsorge mit ersetzenden Entscheidungen („substituted decision-making“) hin zu einer unterstützten Entscheidungsfindung („supported decision-making“). Assistenz umfasst alle Maßnahmen, die Menschen mit Behinderungen helfen, Hindernisse beim selbstbestimmten, rechtlichen Handeln zu überwinden, beispielsweise die Information für die Willensbildung und Entscheidungsfindung, die Umsetzung des Willens gegenüber Dritten oder auch die Aufgabe, den Willen anhand von aktuellen oder früheren Äußerungen des Betroffenen festzustellen und ihn gegenüber Dritten zu repräsentieren.[102]

Art. 12 Abs. 3 UN-BRK sieht vor, dass verschiedene Maßnahmen getroffen werden, damit Menschen mit Behinderungen die im Einzelfall notwendige Unterstützung erhalten, um ihre rechtliche Handlungsfähigkeit ausüben zu können. Im deutschen Recht sind verschiedene Instrumente zur Unterstützung vorgesehen. Sie reichen von Beratung über Vertretung bis hin zu Betreuung und Einwilligungsvorbehalt. Bei der konventionskonformen Auslegung der einfachgesetzlichen Regelungen ist menschenrechtlich eine Orientierung am Leitbild der Selbstbestimmung geboten. Das bedeutet, dass die ersetzende Entscheidungsfindung menschenrechtlich prinzipiell unzulässig ist. Damit ist jedes im deutschen Recht vorgesehene Modell einer nicht gewillkürten rechtlichen Stellvertretung, jede Entscheidungsbefugnis Dritter in rechtlichen Angelegenheiten einer Person und jede Einschränkung ihrer rechtlichen – einschließlich prozessualen – Handlungsmöglichkeiten im Einklang mit der UN-BRK auszulegen und anzuwenden. Beispielsweise bedeutet das für § 1901 Abs. 3 BGB, dass diese Norm als Zweifelsfallregelung zugunsten des Betreuten zu handhaben ist. Das heißt, dem Betreuer muss der Nachweis abverlangt werden, dass die Wünsche des Betreuten tatsächlich und nicht nur potenziell dessen Wohl widersprechen. Dazu gehört auch, dass der wirkliche und wohlverstandene Wille des Betreuten gründlich erforscht wird und nicht beispielsweise aufgrund früherer Verhaltensweisen gemutmaßt wird.

2.8.2 Zugang zur Justiz, Artikel 13 UN-BRK

Art. 13 Abs. 1 UN-BRK verbrieft das Recht auf Zugang zum Recht und verpflichtet die Vertragsstaaten dazu, Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksamen Zugang zur Justiz und zu Gerechtigkeit im weiteren Sinne zu gewährleisten.

Neben der Beseitigung baulicher Barrieren zu Verwaltungs- und Gerichtsgebäuden[103] umfasst Art. 13 UN-BRK auch den barrierefreien Zugang zu Rechtsinformationen, Rechtsberatung und Rechtsbeistand sowie zu Beschwerdemechanismen und gerichtlicher Kontrolle,[104] bis hin zu Fragen der Entschädigung für Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen.

Wenn Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren (noch) nicht barrierefrei sind, so sind in Abhängigkeit von der oder den spezifischen Beeinträchtigungen angemessene Vorkehrungen zu treffen. Art. 13 UN-BRK steht dabei in enger Verbindung mit Art. 12 Abs. 3 UN-BRK.[105] Während letzterer die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, „geeignete Maßnahmen zu treffen, um Menschen mit Behinderungen Zugang zu der Unterstützung zu verschaffen,

---

102 Lipp, Volker (2017): Assistenzprinzip und Erwachsenenschutz – Zur Kritik des Fachausschusses zur UN-Behindertenkonvention am Betreuungsrecht. In: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (FamRZ) 2017, S. 4–11 (8).

103 Hierzu gehören auch Leitsysteme, die mindestens zwei Sinne ansprechen, Induktionsschleifen oder die Möglichkeit, sich in einen reizarmen Raum zurückziehen zu können. Zinsmeister, Julia/Oberlies, Dagmar/Beck, Heike (2017): Die Situation verletzter Zeuginnen und Zeugen mit Behinderung. In: Fastie, Friesa (Hg.): Opferschutz im Strafverfahren. Psychosoziale Prozessbegleitung bei Gewalt- und Sexualstraftaten. Ein interdisziplinäres Handbuch, 3. vollständig überarbeitete Auflage, 2017, Opladen, Berlin & Toronto: Verlag Barbara Budrich.

104 Vgl. Palleit, Leander (2016): Zugang zum Recht. Position Nr. 9, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte – Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention, S. 2.

105 CRPD, Auffassungen vom 05.10.2017, Mitteilung Nr. 30/2015, Boris Makarov vs. Litauen, CRPD/C/18/D/30/2015, Ziff. 7.6.

die sie bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit gegebenenfalls benötigen“, bezieht sich Art. 13 UN-BRK auf Verfahren und verpflichtet die Staaten, die „wirksame unmittelbare und mittelbare Teilnahme an allen Verfahrensphasen insbesondere durch verfahrensbezogene und altersgemäße Vorkehrungen zu erleichtern“[106]. (Rechts-) Dokumente müssen in Formaten zur Verfügung gestellt werden, die den individuellen Beeinträchtigungen der betroffenen Personen entsprechen. Auch Rechtsinformationen sind in einer geeigneten, verständlichen Form bereitzustellen. Behinderungsspezifische Dolmetscher- und Assistenzleistungen sind abzudecken.[107] Auch die besondere Situation von Menschen mit intellektuellen oder psychosozialen Beeinträchtigungen ist zu berücksichtigen.[108]

Die Verfahrensordnungen sind derart zu gestalten, dass sie „der spezifischen Situation einer Partei mit Behinderung so Rechnung [...] tragen, dass ihre Teilhabemöglichkeit der einer nichtbehinderten Partei gleichberechtigt ist.“[109]

Speziell die Sozialgerichtsbarkeit ist mit den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen eng vertraut, was sich auch in zahlreichen Vorschriften des sozialrechtlichen Prozessrechts widerspiegelt. Nach dem sozialgerichtlichen „Meistbegünstigungsgrundsatz“ ist im Zweifel davon auszugehen, dass ein Beteiligter ohne Rücksicht auf den Wortlaut des Antrags all diejenigen Leistungen begehrt, die ihm den größten Nutzen bringen können. Der Sachverhalt ist von Amts wegen zu erforschen (§ 103 SGG), auch hinsichtlich der Frage, ob Einschränkungen aufgrund einer Beeinträchtigung bestehen. Den Vorsitzenden treffen umfangreiche Fürsorge- und Hinweispflichten (folgend etwa aus § 106 Abs. 1, § 112 Abs. 2 S. 2 SGG, sowie dem Anspruch auf ein faires Verfahren (gemäß Art. 20 Abs. 3 GG i. V. m. Freiheitsrechten, Art. 6 EMRK).[110] Einige Regelungen gehen auf spezifische Situationen ein. Der Anspruch auf die Bereitstellung von barrierefreien Dokumenten ihrer Wahl im Gerichtsverfahren ist für Menschen mit Sehbeeinträchtigungen insbesondere in § 191 a GVG i. V. m. der Zugänglichmachungsverordnung geregelt.[111] Unterbleibt der gebotene Hinweis hierauf, so ist bei Fristversäumnis Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren und ein in der eigenen Sphäre des Berechtigten liegendes zusätzliches Verschulden tritt bei Prüfung der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hinter das gerichtliche Verschulden zurück.[112] Für Menschen mit Hör- oder Sprachbehinderungen sieht § 186 GVG mittlerweile die Kostenübernahme von Kommunikationshilfen, etwa Gebärdensprachdolmetscher für das gesamte Verfahren – und nicht mehr wie früher nur für bestimmte Hauptverfahren – vor.[113] Das Bundessozialgericht stellte in diesem Zusammenhang klar, dass § 186 GVG die Fürsorgepflicht zur Sicherstellung ausreichender Verständigungsmöglichkeiten in vollem Umfang dem Gericht zuweist.[114] Das Gericht muss in Vorbereitung des Termins aufklären, welche Maßnahmen geeignet und erforderlich sind, um die Verständigung im Termin zu ermöglichen. Ein Unterlassen der für das Verfahren erforderlichen

---

106 Die alters- und verfahrensmäßigen Vorkehrungen sind von den angemessenen Vorkehrungen (Art. 2 UnterAbs. 4 N-BRK) zu unterscheiden. Nur letztere stehen unter dem Vorbehalt der Zumutbarkeit.

107 Vgl. Palleit, Leander (2016): Zugang zum Recht. Position Nr. 9, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte – Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention, S. 2.

108 Vgl. ebd.

109 Bundesverfassungsgericht (2014): Beschluss vom 10.10.2014, 1 BvR 856/13, Rdnr. 6.

110 Roller, Steffen (2016): Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention auf das sozialgerichtliche Verfahrensrecht. In: Die Sozialgerichtsbarkeit. Zeitschrift für aktuelles Sozialrecht, Bd. 63, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 17 (19 ff.).

111 Hlava, Daniel (2016): Barrierefreie Zugänglichmachung von Bescheiden und Urteilen. In: jurisPR-SozR 21/2016 Anm. 5, als Zweitveröffentlichung auch abrufbar unter: https://www.reha-recht.de/fachbeitraege/beitrag/artikel/beitrag-a2-2017/ (aufgerufen am 20.08.2018).

112 Bundessozialgericht (2012): Beschluss vom 31. Oktober 2012 – B 13 R 165/12 B.

113 Vgl. Deutscher Bundestag (2017): Gesetz zur Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren und zur Verbesserung der Kommunikationshilfen für Menschen mit Sprach- und Hörbehinderungen (Gesetz über die Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren – EMöGG) vom 08.10.2017. In: Bundesministerium des Innern (Hg.): Bundesgesetzblatt/1.Teil (68), S. 3546–3548.

114 Bundessozialgericht (2017): Beschluss vom 28.09.2017 – Az.: B 3 KR 7/17 B.

angemessenen Vorkehrungen stellt eine Verletzung des rechtlichen Gehörs dar.[115]

Für Menschen mit psychosozialen und/oder intellektuellen Beeinträchtigungen hat der Gesetzgeber keine speziellen Gerichtsprozessregelungen geschaffen. Hier sind die Fürsorge- und Hinweispflichten, die sich aus den einschlägigen Bestimmungen des SGG ergeben, im Lichte von Art. 13 UN-BRK besonders intensiv wahrzunehmen.[116]

Im geltenden Prozessrecht ist eine Verpflichtung zur Übersetzung von Urteilen in Leichte Sprache nicht vorgesehen,[117] jedoch verpflichtet § 11 BGG die Träger öffentlicher Gewalt mit Menschen mit intellektuellen und seelischen Beeinträchtigungen in einfacher und verständlicher Sprache zu kommunizieren und auf Verlangen Bescheide, Allgemeinverfügungen, öffentlich-rechtliche Verträge und Vordrucke auch in einfacher, gegebenenfalls Leichter Sprache zu erläutern. Entsprechende Regelungen finden sich auch in den Landesgleichstellungsgesetzen. Im Lichte der UN-BRK ist zumindest eine Erläuterung des Tenors, der tragenden Gründe sowie der Rechtsmittelmöglichkeiten durch das Gericht zu veranlassen, sofern dafür erkennbar Bedarf besteht.

Im Fall einer rechtlichen Betreuung für einen Menschen mit Behinderungen müssen die Rechte, der Wille und die persönlichen Präferenzen der Person im Mittelpunkt stehen.[118] Art. 13 UN-BRK steht in engem Zusammenhang mit Art. 12 UN-BRK, der Maßnahmen zur Unterstützung der Willensbildung und -ausübung vorsieht.[119] Bei Vertretung aufgrund von Prozessunfähigkeit und bei Unterstützungsformen im Falle von Prozessfähigkeit der beteiligten Person ist der Schutz gegen Missbrauch und Missachtung des Willens der oder des Beteiligten mit Behinderung in den Vordergrund zu stellen.[120]

2.8.3 Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft, Artikel 19 UN-BRK

Art. 19 UN-BRK normiert das Recht aller Menschen mit Behinderungen auf unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft. Sie normiert damit nicht nur zwei praktisch eng miteinander verwobene Konzepte, sondern sie unterstreicht damit das die Menschenrechte tragende Prinzip der Selbstbestimmung in Bezug auf den örtlichen Aufenthaltsort und das Wohnen.

Während das Recht auf unabhängige Lebensführung sich auf den individuellen gleichberechtigten Zugang und Wahlmöglichkeiten bei der Lebensgestaltung bezieht, , enthält das Recht auf Einbeziehung in die Gemeinschaft eine soziale Dimension und fordert die Schaffung eines inklusiven Umfelds.[121] Im soziologischen Jargon würde man von einem inklusiven Sozialraum sprechen, in dessen Rahmen die verbrieften Rechte von Menschen mit Behinderungen am besten gelebt werden können. Art. 19 UN-BRK setzt der in institutionalisierten Wohnformen erlebten Isolation, sozialen Exklusion und Fremdbestimmung das Leitbild einer selbstbestimmten Lebensführung in der Gemeinschaft entgegen.

---

115 Ebd.

116 Roller, Steffen (2016): Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention auf das sozialgerichtliche Verfahrensrecht. In: Die Sozialgerichtsbarkeit. Zeitschrift für aktuelles Sozialrecht, Bd. 63, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 17 (21).

117 Analog zur Entscheidung über den Anspruch auf Zugänglichmachung der Prozessunterlagen für einen blinden Kläger durch Übersetzung in Braille-Schrift ist hier auf die Erforderlichkeit der Übersetzung abzustellen. BVerfG, Beschluss der 2. Kammer des Ersten Senats vom 10.10. 2014 – 1 BvR 856/13 – Rdnr. 9: „Ist der Streitstoff übersichtlich und die Partei anwaltlich vertreten, so ist grundsätzlich die Annahme gerechtfertigt, dass ihr der Prozessgegenstand ohne Informationsverlust und ohne eine Beschränkung ihrer Teilhabemöglichkeit von ihrem Rechtsanwalt vermittelt wird, zumal ihre Unterrichtung zu dessen Pflichten gehört."

118 Vgl. UN, Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2014): Allgemeine Bemerkung Nr. 1. Article 12: Equal recognition before the law. UN Doc. CRPD/C/GC/1, Ziff. 22.

119 Siehe hierzu etwa Loytved, Helge (2018): Zur Bedeutung der Art. 12 und 13 UN-BRK für sozialrechtliche Verwaltungs- und Gerichtsverfahren. In: Die Sozialgerichtsbarkeit (SGb) 02/18, S. 86–90 (88ff.).

120 Vgl. Roller, Steffen (2016): Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention auf das sozialgerichtliche Verfahrensrecht. In: Die Sozialgerichtsbarkeit. Zeitschrift für aktuelles Sozialrecht. Bd. 63, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 22–24 (17).

121 UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2017): General comment on article 19: Living independently and being included in the community. CRPD/C/18/1, Ziff. 19.

Art. 19 lit. a) UN-BRK normiert das Recht von Menschen mit Behinderungen, ihren Wohnort frei zu wählen. Sie dürfen nicht verpflichtet werden, in besonderen Wohnformen zu leben. Im Kern geht es um das Recht, frei zu bestimmen, wo und mit wem man unter welchen Umständen leben möchte.[122] Art. 19 lit. a) UN-BRK bezieht sich auf die persönliche Entscheidungsfreiheit des Einzelnen[123] und steht damit in enger Verbindung zu Art. 12 UN-BRK.[124] Gleichzeitig verpflichtet Art. 19 lit. a) UN-BRK die Vertragsstaaten zur Deinstitutionalisierung, sodass dem Einzelnen tatsächlich auch Wohnformen zur Verfügung stehen, die mit Art. 19 UN-BRK vereinbar sind.[125] Entscheidend ist dabei nicht die Größe einer Einrichtung, sondern ob bestimmte Kriterien vorliegen, die eine unabhängige Lebensführung verhindern. Diese liegen vor bei einer zwingend gemeinsamen Nutzung von persönlicher Assistenz und wenn kaum oder keine Möglichkeit besteht, darauf Einfluss zu nehmen, von wem eine Person persönliche Assistenz erhält, Isolation, keine Kontrolle über alltägliche Entscheidungen, starre Vorgaben in der täglichen Routine ohne Rücksicht auf den Willen und die Präferenzen der betroffenen Person, gleiche Aktivitäten für eine Gruppe von Personen, die einer Autorität unterstehen, ein paternalistischer Ansatz bei der Leistungserbringung, Überwachung, und zudem häufig überproportional viele Menschen mit Behinderungen in der gleichen Umgebung.[126] Persönliche Assistenz und Barrierefreiheit der lokalen Sozialräume sind für Menschen mit Behinderungen die Schlüssel für eine unabhängige Lebensführung.[127] Vor diesem Hintergrund formulieren Art. 19 lit. b) und lit. c) UN-BRK entsprechende staatliche Gewährleistungspflichten.

Gemäß Art. 19 lit. b) UN-BRK ist zu gewährleisten das Recht auf Zugang zu gemeindenahen Unterstützungsleistungen. Dabei ist es erforderlich, dass eine Vielfalt unterschiedlicher Unterstützungsleistungen, entsprechend der individuellen Bedürfnisse, verfügbar ist. Dabei steht die persönliche Assistenz im Mittelpunkt. Folgende Kriterien müssen vorliegen, um von einer persönlichen Assistenz zur unabhängigen Lebensführung sprechen zu können: finanziell ausreichende Ausstattung und menschenrechtskonforme Beschäftigung der angestellten Person, Steuerung der Dienstleistung durch den Menschen mit Behinderung, Eins-zu-Eins-Beziehung der persönlichen Assistenz (im Gegensatz zu gezwungener gemeinsamer Nutzung einer Assistenz) sowie die Selbstverwaltung der Dienstleistungserbringung.[128]

Art. 19 lit. c) UN-BRK verpflichtet die Vertragsstaaten außerdem, gemeindenahe Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit barrierefrei auszugestalten. Beispiele für solche Institutionen sind Bibliotheken, Krankenhäuser, Schulen, öffentliche Verkehrsmittel, Museen, soziale Medien und das Internet.[129] Ziel ist die Entwicklung eines inklusive Gemeinwesens, das auch von Menschen mit Behinderungen mit möglichst wenig spezialisierter Unterstützung genutzt werden kann.[130] Insofern besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Art. 19 lit. c) UN-BRK und Art. 9 UN-BRK. Darüber hinaus fordert Art. 19

---

122 Degener, Theresia (2016): Völkerrechtliche Grundlagen und Inhalt der UN-BRK. In: Degener, Theresia u. a. (2016): Menschenrecht Inklusion, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 11–51 (31).

123 UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2017): General comment on article 19: Living independently and being included in the community. CRPD/C/18/1, Ziff. 24.

124 Ebd., Ziff. 27.

125 Palmisano, Guiseppe (Hg.) (2017): The United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities – A Commentary, Berlin u. a.: Springer-Verlag, S. 365 f..

126 UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2017): General comment on article 19: Living independently and being included in the community. CRPD/C/18/1, Ziff. 16 (c).

127 Degener, Theresia (2016): Völkerrechtliche Grundlagen und Inhalt der UN BRK. In: Degener, Theresia u. a. (2016): Menschenrecht Inklusion, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 31.

128 UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2017): General comment No. 5 on Article 19: Living independently and being included in the community. CRPD/C/18/1, Ziff. 16 (d).

129 Ebd., Ziff. 32.

130 Trenk-Hinterberger, Peter (2013): Art. 19 UN-BRK, Rdnr. 11. In: Trenk-Hinterberger, Peter/Lachwitz, Claus/Kreutz, Marcus (Hg.): Die UN-Behindertenrechtskonvention in der Praxis, München: Luchterhand-Verlag, S. 210.

lit. c) UN-BRK auch den Zugang zu angemessenem Wohnraum für Menschen mit Behinderungen.[131]

2.8.4 Persönliche Mobilität, Artikel 20 UN-BRK

Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf Mobilität. Art. 20 UN-BRK flankiert dieses Recht. Danach sollen Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen die Möglichkeit haben, sich auf eine von ihnen selbst gewählte Art und Weise und zu einem von ihnen selbst gewählten Zeitpunkt (fort)bewegen zu können. Persönliche Mobilität ist Voraussetzung und Schlüssel für den Genuss vieler anderer Konventionsrechte, wie beispielsweise Arbeit. Einschränkungen in der Mobilität können sich auch auf die Teilhabemöglichkeiten des Einzelnen auswirken.[132] Art. 20 UN-BRK ist eng mit Art. 19 UN-BRK, dem Recht auf unabhängige Lebensführung, verknüpft. Beide Artikel nehmen eine zentrale Rolle für die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen ein.

Für Staaten steht die Schaffung, Unterhaltung und Weiterentwicklung einer inklusiven Verkehrsinfrastruktur verpflichtend im Mittelpunkt, in dessen Rahmen Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen individuelle Entscheidungen über die Mobilität treffen können. Die allgemeine Infrastruktur, insbesondere der Öffentliche Nahverkehr (ÖPNV), ist eng verwoben mit den Möglichkeiten der individuellen Mobilität. Dort, wo der ÖPNV nicht barrierefrei ist, sind zumindest angemessene Vorkehrungen zu treffen, um die Mobilität sicherzustellen.

Art. 20 UN-BRK fokussiert unter anderem auf physische Unterstützungsmaßnahmen; er umfasst insbesondere die Entwicklung, die Produktion und den Vertrieb von Mobilitätshilfen und Technologien, die der individuellen Fortbewegung dienen. Die Weltgesundheitsorganisation definiert ein Hilfsmittel als jedes Gerät oder Produktsystem, das serienmäßig produziert oder individualisiert zu erwerben ist und dem Erhalt beziehungsweise der Verbesserung der funktionalen Fähigkeiten von Personen mit Behinderungen dient.[133]

Mobilitätshilfen im Besonderen sind dafür konzipiert, die Fortbewegung zu ermöglichen, wobei es häufig erforderlich ist, Körperpositionen stabilisieren oder verändern zu können. Beispiele für Mobilitätshilfen reichen von Gehhilfen über Rollstühle, Dreiräder bis hin zu Beinprothesen. Aber auch Blindenstöcke zählen zu den Mobilitätshilfen, da sie Menschen mit Sehbeeinträchtigungen dabei helfen, sich unabhängig zuhause und in ihrem Sozialraum zu bewegen.[134] Art. 20 UN-BRK nennt weiterhin explizit tierische Hilfen. Schließlich sollen geschulte Personen Menschen mit Behinderungen beim Erlernen von Mobilitätsfertigkeiten unterstützen. Die Liste der Maßnahmen in Art. 20 UN-BRK ist nicht abschließend.[135]

Während Art. 9 UN-BRK sich in erster Linie mit dem Abbau von architektonischen und anderen Arten von Barrieren befasst,[136] konzentriert sich Art. 20 UN-BRK auf den Zugang zu angemessenen Hilfsmitteln[137] und Technologien beziehungsweise zu ihrer Entwicklung mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen darin zu bestärken, sich frei zu

---

131 UN, General Assembly (2017): Report of the Special Rapporteur on adequate housing as a component of the right to an adequate standard of living, and on the right to non-discrimination in this context, UN Doc A/72/128.

132 Römisch, Kathrin/Tillmann, Vera (2017): Mobilität als Voraussetzung für selbstbestimmte Teilhabe im Sinne der UN-BRK. In: Teilhabe 3/2017 (56), S. 100–106.

133 UN, World Health Organisation (2018): Factsheet zu „assistive technology“: http://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/assistive-technology (aufgerufen am 20.08.2018)

134 Fasciglione, Marco (2017): Article 20 Personal Mobility. In: Della Fina, Valentina/Cera, Rachele/Palmisano, Giuseppe (Hg.): The United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities – A Commentary, Berlin u. a.: Springer, S. 378.

135 Ebd., S. 377.

136 Ausführlich zu Art. 9 UN-BRK: Allgemeine Bemerkung Nr. 2 Art. zur Zugänglichkeit, 9 UN-BRK, UN Doc. CRPD/C/GC/2 vom 11. April 2014.

137 Informationen zu einzelnen Produkten sind unter anderem auf der Seite von REHADAT zu finden: https://www.rehadat-hilfsmittel.de/de/ (aufgerufen am 06.07.2018).

bewegen und die entsprechenden Kapazitäten aufzubauen.[138]

2.8.5 Das Recht auf inklusive Bildung, Artikel 24 UN-BRK

Nach Art. 24 UN-BRK haben alle Menschen das Recht auf inklusive Bildung. Der Begriff der Bildung ist umfassend zu verstehen. Er reicht von der Vorschul- und Grundschulbildung über die weiterführende Schule bis hin zur tertiären Bildung an Hochschulen sowie zu beruflicher Bildung und Weiterbildung. Der Begriff erfasst auch außerschulische und soziale Aktivitäten für alle Lernenden in allen Lebensphasen, Das Menschenrecht auf inklusive Bildung bedeutet lebenslanges Lernen. Menschen mit Behinderungen müssen an diesen Bildungsangeboten gleichberechtigt teilhaben können.[139]

Die grundlegenden Merkmale inklusiver Bildung sind ein ganzheitlicher systemischer und personenbezogener Ansatz, ein ganzheitliches Bildungsumfeld, , die Unterstützung von Lehrkräften, eine lernfreundliche Umgebung, die Wertschätzung von Vielfalt, effektive Übergänge zwischen Schule, Berufs- sowie Hochschulbildung und Arbeit sowie die Anerkennung von Kooperationen unter den verschiedenen Bildungsakteuren.[140]

Art. 24 Abs. 1 UN-BRK verpflichtet die Vertragsstaaten, ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen zu gewährleisten, und erkennt die Bedeutung des lebenslangen Lernens für die Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten und des Selbstwertgefühls an.

Art. 24 Abs. 2 UN-BRK gestaltet die Verpflichtung zu Gewährleistung eines inklusiven Bildungssystems weiter aus. Art. 24 Abs. 2 lit. a) UN-BRK normiert, dass Kinder nicht aufgrund ihrer Beeinträchtigungen vom Bildungssystem ausgeschlossen werden dürfen. Art. 24 Abs. 2 lit. b) UN-BRK legt das Recht auf Zugang zu inklusivem, hochwertigem und unentgeltlichem Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen fest. Art. 24 Abs. 2 lit. c) UN-BRK verpflichtet zu angemessenen Vorkehrungen. Im Bereich des Unterrichts können angemessene Vorkehrungen unterschiedliche Formen annehmen (sie können sowohl materieller als auch immaterieller, sowohl pädagogischer als auch organisatorischer Natur sein), sie können die Voraussetzungen des baulichen Zugangs zu Schuleinrichtungen, die Ausbildung und die Adaptierung von geeigneten Programmen und adäquater Ausstattung betreffen und vieles mehr.[141] Laut Art. 24 Abs. 2 lit. d) und e) UN-BRK sind die Vertragsstaaten verpflichtet, Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellen.

Durch das Bundesteilhabegesetz vom 23. Dezember 2016[142] ist in § 75 SGB IX eine neue Leistungsgruppe „Leistungen zur Teilhabe an Bildung“ aufgenommen worden. Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sind die Leistungen zur Teilhabe an Bildung in Umsetzung des in Art. 24 UN-BRK verankerten Rechts auf Bildung geschaffen worden. Gemäß § 75 Abs. 1 SGB IX werden unterstützende Leistungen erbracht, die erforderlich sind, damit Menschen mit Behinderungen Bildungsangebote gleichberechtigt wahrnehmen können. Die Leistungen umfassen beispielsweise Hilfen zur Schulbildung, insbesondere im Rahmen der Schulpflicht, einschließlich der Vorbereitung hierzu. Als Unterstützungsleistungen kommen insoweit sowohl kommunikative, technische oder andere Hilfsmittel in Betracht als auch Leistungen, die zur Aufsuchung des Lernortes und/oder zur Teilnahme an der Vermittlung von Bildungsinhalten notwendig sind.[143]

---

138 Fasciglione, Marco (2017): Article 20 Personal Mobility. In: Della Fina, Valentina/Cera, Rachele/Palmisano, Giuseppe (Hg.): The United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities – A Commentary, Berlin u. a.: Springer, S. 377.

139 Kroworsch, Susann (2017): Das Recht auf inklusive Bildung. Allgemeine Bemerkung Nr. 4 des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte – Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention , UN Doc. CRPD/C/GC/4 vom 26. August 2016.

140 UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2016): Allgemeine Bemerkung Nr. 4 zu Bildung, Art. 24 UN-BRK, UN Doc. CRPD/C/GC/4 vom 26. August 2016, Ziff. 12.

141 Vgl. EGMR, Urteil vom 23.02.2016 – 515000/08 (Çam/Türkei).

142 BGBl. 2016 Bd. I, S. 3234.

143 Vgl.: Landessozialgericht Baden-Württemberg, Urteil vom 19.04.2018 – L 7 SO 39/16, Rdnr. 28.

2.8.6 Das Recht auf Gesundheit, Habilitation und Rehabilitation, Artikel 25 und 26 UN-BRK

Der vollständige Titel des in Artikel 25 UN-BRK normierten Rechts auf Gesundheit lautet „Das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit“. Der Schutzbereich umfasst in Anlehnung an Art. 12 ICESCR das gleichberechtigte Erreichen eines Höchstmaßes an körperlicher und geistiger Gesundheit. Das Recht auf Gesundheit ist keine rechtliche Garantie, gesund zu sein. Weil das erreichbare Höchstmaß vielmehr eine individuelle Größe ist, können sich die staatlichen Verpflichtungen lediglich auf die gesundheitsbedingenden Faktoren beziehen, auf die der Staat Einfluss hat.

Das Recht auf Gesundheit umfasst inhaltlich im Wesentlichen den Schutz der gesundheitlichen Selbstbestimmung, die sich in diversen Achtungs-, Schutz- und Gewährleistungspflichten niederschlagen, die jedoch nicht alle wörtlich ausbuchstabiert sind.

Art. 25 S. 1 und S. 2 UN-BRK normieren beispielsweise das Recht auf das Erreichen eines Höchstmaßes an Gesundheit sowie die Sicherstellung des diskriminierungs- und barrierefreien Zugangs zu Gesundheitsleistungen.[144] Bemerkenswert ist, dass Art. 25 S. 2 UN-BRK ausdrücklich auf die Notwendigkeit von geschlechtsspezifischen Gesundheitsdiensten hinweist. Hintergrund hiervon ist, dass Menschen mit Behinderungen häufig als geschlechtslos angesehen werden und gerade Frauen mit Behinderungen hierdurch mehrfachen Diskriminierungen ausgesetzt sind. In Art. 25 S. 3 lit. a) bis f) UN-BRK sind Konkretisierungen hinsichtlich der Vorgaben von Art. 25 S. 1 und 2 UN-BRK enthalten. Diese Aufzählung von Maßnahmen ist nicht abschließend.[145]

Im Zentrum dieser Rechtsgewährleistung steht, wie bereits angedeutet, die Freiheit, über den eigenen Körper selbst zu bestimmen, das Recht, frei von Eingriffen zu sein, das Recht, nicht misshandelt zu werden und keinen medizinischen Behandlungen oder Versuchen ohne Einwilligung unterzogen zu werden. Hier werden die Überschneidungen zu anderen Rechten deutlich, insbesondere dem Recht auf Leben, auf individuelle Selbstbestimmung, körperliche und geistige Unversehrtheit sowie dem Verbot der Folter und unmenschlicher, grausamer oder erniedrigender Behandlung.[146] Zum anderen enthält das Recht auf Gesundheit das Recht auf ein Gesundheitsfürsorgesystem, das die gleichberechtigte Erreichung eines Höchstmaßes an Gesundheit gewährleistet.[147] Dabei ist das Recht auf Gesundheit ein inklusives Recht, das sich nicht nur auf eine zeitgerechte und angemessene Gesundheitsfürsorge bezieht, sondern weitreichende soziale und wirtschaftliche Faktoren umfasst, aufgrund derer Menschen ein gesundes Leben führen können.[148] Hierzu zählen der Zugang zu sauberem Trinkwasser und adäquaten Sanitäranlagen, die angemessene Versorgung mit unbedenklicher Nahrung und Unterkunft, gesunde Arbeits- und Umweltbedingungen sowie der Zugang zu gesundheitsbezogenen, barrierefreien Informationen, einschließlich der Aufklärung über Sexualgesundheit und reproduktive Gesundheit.[149]

Gesundheitsfürsorge und ärztliche Betreuung müssen folgende miteinander verbundene Kriterien aufweisen: Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Annehmbarkeit, Qualität.

---

144 Igl, Gerhard (2016): Das Recht auf Gesundheit behinderter Menschen nach Art. 25 UN-BRK. In: Bieback, Karl-Jürgen u. a. (Hg.): Der Beitrag des Sozialrechts zur Realisierung des Rechts auf Gesundheit und des Rechts auf Arbeit für behinderte Menschen, Münster: LIT-Verlag, S. 31.

145 Krennerich, Michael (2016): Das Menschenrecht auf Gesundheit. Grundzüge eines komplexen Rechts. In: Frewer, Andreas/Bielefeldt, Heiner (Hg.): Das Menschenrecht auf Gesundheit. Normative Grundlagen und aktuelle Diskurse. Bielefeld: Transcript-Verlag, S. 57–92 (62).

146 Ebd., S. 66.

147 UN, Committee on Economic, Social and Cultural Rights (2000): General Comment No. 14 The highest attainable standard of Health, Ziff. 8.

148 Ebd., Ziff. 3f.

149 Ebd., Ziff. 11.

Verfügbarkeit erfordert, dass funktionierende Einrichtungen öffentlicher Gesundheitsfürsorge, medizinische Einrichtungen und ärztliche Betreuungsdienste ausreichend vorhanden sind.[150] Zugänglichkeit umfasst vier Dimensionen, die einander überlagern: Die physische Zugänglichkeit sowie die wirtschaftliche Zugänglichkeit (Bezahlbarkeit), weiterhin die Zugänglichkeit von Informationen und schließlich die diskriminierungsfreie Gewähr dieser drei Formen von Zugänglichkeit. Für Menschen mit Behinderungen spielt die physische Zugänglichkeit zu Gesundheitsversorgung eine besondere Rolle. Der Grundsatz der Barrierefreiheit wird in Art. 9 Abs. 1 lit. a) ausdrücklich in Bezug auf medizinische Einrichtungen genannt.[151]

Annehmbarkeit stellt darauf ab, dass medizinische Einrichtungen und ärztliche Betreuung die medizinische Ethik achten und kulturell angemessen sein müssen sowie geschlechts- und altersbedingte Besonderheiten berücksichtigen.[152]

Das Merkmal der Qualität bedeutet, dass medizinische Einrichtungen und ärztliche Betreuung auch wissenschaftlich und medizinisch geeignet sein müssen. Dies erfordert unter anderem geschultes medizinisches Personal, wissenschaftlich zugelassene und nicht veraltete Medikamente und Krankenhauseinrichtungen, sicheres Trinkwasser und adäquate Sanitäreinrichtungen.[153]

Art. 25 lit. d) UN-BRK statuiert Schutzpflichten, durch welche Menschen mit Behinderungen eine Versorgung gleicher Qualität durch Angehörige der Gesundheitsberufe erfahren. Dabei darf eine Privatisierung des Gesundheitssektors die Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Annehmbarkeit und Qualität nicht beeinträchtigen.[154] Hierdurch werden die Vertragsstaaten mittelbar dazu verpflichtet, der Schutzpflichtendimension der Menschenrechte nachzukommen, da sie durch innerstaatliche Normen verhindern sollen, dass Private im Gesundheitswesen diskriminieren.[155]

Art. 25 lit. e) UN-BRK verbietet die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung in der Kranken- und Lebensversicherung.

Im Unterschied zu Art. 25 Abs. 1 UN-BRK formuliert der Wortlaut des Art. 26 UN-BRK nach allgemeiner Meinung nicht ein Recht auf Habilitation und Rehabilitation und wird daher nicht unmittelbar als ein subjektives Recht verstanden.[156] Es handelt sich hierbei vielmehr um eine Querschnittsaufgabe, die bei der Verwirklichung der Rechte aus Art. 24 (Bildung), Art. 25 (Gesundheit), Art. 27 (Arbeit und Beschäftigung) und Art. 28 (angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz) der UN-BRK besonders zu beachten ist.[157] Gleichwohl spielt Art. 26 UN-BRK im Einzelfall eine wichtige Rolle, wenn es um die Auslegung von unbestimmten Rechtsbegriffen geht. So ist Art. 26 UN-BRK bei Entscheidungen über eine teilhabeorientierte Heilmittelversorgung heranzuziehen: Während die Heilmittelversorgung früher als Maßnahme der Krankenbehandlung allein durch das medizinisch-kurative Leitbild geprägt war, ist heute die Förderung der selbstbestimmten Teilhabe als Ziel hinzugekommen.[158]

---

150 Ebd., Ziff. 12 a.

151 Ebd., Ziff. 12 b.

152 Ebd., Rz. 12 c.

153 Ebd., Ziff. 12 d.

154 Ebd., Ziff. 26.

155 UN, Committee on Economic, Social and Cultural Rights, Report of the Special Rapporteur on the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health, Paul Hunt E/CN.4/2005/51, Ziff. 49.

156 Welti, Felix (2012): Artikel 25 und 26 – Gesundheit, Habilitation und Rehabilitation. In: Welke, Antje (2012): UN-Behindertenrechtskonvention mit rechtlichen Erläuterungen, Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 176–189 (185).

157 Ebd., S. 186.

158 Trenk-Hinterberger (2017): Rechtliche Aspekte einer teilhabeorientierten Heilmittelversorgung. In: Welti, Felix u. a. (Hg.): Gesundheit, Alter, Pflege, Rehabilitation. Recht und Praxis im interdisziplinären Dialog. Festschrift für Gerhard Igl, Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 170–182 (171).

2.8.7 Arbeit und Beschäftigung, Artikel 27 UN-BRK

Art. 27 Abs. 1 S. 1 UN-BRK greift die allgemeine Definition des Menschenrechts auf Arbeit aus Art. 6 Sozialpakt auf und konkretisiert sie für die Situation von Menschen mit Behinderungen,[159] indem er die allgemeine Definition von Arbeit um das Element des offenen, inklusiven und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarktes ergänzt. Menschen mit Behinderungen haben das gleiche Recht wie andere, ihren Lebensunterhalt durch frei gewählte oder angenommene Arbeit zu verdienen. Unter Arbeit im Sinne des Art. 27 UN-BRK sind sowohl unselbstständige als auch selbstständige Tätigkeiten zu subsumieren, die auf einen wirtschaftlichen Erwerb ausgerichtet sind.[160] Lebensunterhalt meint einen angemessenen Lebensstandard im Sinne von Art. 28 UN-BRK.[161] Erfasst vom Recht auf Arbeit und Beschäftigung sind auch Menschen, die erst während ihrer Beschäftigung eine Behinderung erwerben.

Die Bedeutung von Arbeit und Beschäftigung erschöpft sich nicht in dem finanziellen Einkommen, sondern ist gleichermaßen für die persönliche Entwicklung und die soziale Teilhabe der jeweiligen Person maßgeblich. Zudem bedeutet Zugang zu Arbeit und Beschäftigung in einer Gesellschaft auch Zugang zu Machtpositionen.[162]

Staatliche Hauptaufgabe ist die Schaffung eines offenen, inklusiven und zugänglichen Arbeitsmarktes, um Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen. Schlüsselfaktoren hierfür sind insbesondere Regelungen zu flexibler Arbeitsgestaltung, barrierefreie Arbeitsplätze sowie spezifischer Kündigungsschutz aufgrund von Behinderung.[163] Eine flexible und alternative Arbeitsgestaltung kann in der Anpassung oder Veränderung von maschinellen Anlagen bestehen, durch die Anpassung von Aufgabenprofilen, das Angebot verschiedener Arbeitszeitmodelle, veränderte Arbeitsorganisation und auch durch die Anpassung des Arbeitsumfeldes hergestellt werden.[164]

Die durch Art. 27 Abs. 1 Satz 1 Halbs. 2 UN-BRK geschützte Freiheit, eine Arbeit frei zu wählen, wird für Menschen mit Behinderungen ganz wesentlich durch die sozialrechtlichen Regelungen zu den begleitenden Hilfen im Arbeitsleben unterstützt. Insbesondere die persönliche Arbeitsassistenz ist für viele Menschen mit Behinderungen ein Schlüssel zum ersten Arbeitsmarkt. Dabei sollen, so das Bundesverwaltungsgericht, die begleitenden Hilfen im Arbeitsleben auch dahingehend wirken, „dass die schwerbehinderten Menschen in ihrer sozialen Stellung nicht absinken, auf Arbeitsplätzen beschäftigt werden, auf denen sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse voll verwerten und weiterentwickeln können sowie durch Leistungen der Rehabilitationsträger und Maßnahmen der Arbeitgeber befähigt werden, sich am Arbeitsplatz und im Wettbewerb mit nichtbehinderten Menschen zu behaupten. Die Maßnahmen zielen somit auch darauf ab, dem schwerbehinderten Menschen eine vollständige Umsetzung seiner vorhandenen Fähigkeiten und Kenntnisse im Erwerbsleben zu ermöglichen und diese darüber hinaus weiterzuentwickeln. Dem liegt das Verständnis eines Menschen zugrunde, bei dem sich auch im Beruf die Persönlichkeit entfaltet und der seine Arbeitskraft hierfür einsetzt. Deshalb ist es (ebenso wie bei einem nichtbehinderten Menschen) grundsätzlich Sache des schwerbehinderten Menschen zu

---

159 Trenk-Hinterberger, Peter (2012): Artikel 27 – Arbeit und Beschäftigung. In: Welke, Antje (2012): UN-Behindertenrechtskonvention mit rechtlichen Erläuterungen, Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 190–202 (191).

160 Ebd.

161 Siehe hierzu: Gehrken, Jan (2012): Art. 28 – angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz. In: Welke, Antje (2012): UN-Behindertenrechtskonvention mit rechtlichen Erläuterungen, Freiburg: Lambertus-Verlag, S. 203 – 213; Welti, Felix (2017): Das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit nach Art. 27 UN-Behindertenrechtskonvention. In: Misselhorn, Cathrin/Behrendt, Hauke: Arbeit, Gerechtigkeit und Inklusion. Wege zu gleichberechtigter und gesellschaftlicher Teilhabe, Stuttgart: J. B. Metzler Verlag, S. 146–165 (155).

162 Liisberg, Maria Ventegodt (2017): Article 27 – Work and Employment. In: Della Fina, Valentina/Cera, Rachele/Palmisano, Giuseppe (Hg.): The United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities – A Commentary, Berlin u. a.: Springer-Verlag, S. 497 (498 f.).

163 Ebd.

164 UN, Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (2012): Thematic study on the work and employment of persons with disabilities, UN Doc. A/HRC/22/25, Ziff. 31.

entscheiden, welchem Beruf er nachgeht, ob er diesem seine Arbeitskraft vollumfänglich widmet oder ob er sie anteilig für mehrere Erwerbstätigkeiten einsetzt, und ob er eine Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung ausüben möchte."[165]

Der Katalog in Art. 27 Abs. 1 S. 2 a) bis k) UN-BRK enthält die staatlichen Verpflichtungen, die der Umsetzung der Rechte aus Art. 27 Abs. 1 UN-BRK dienen. Dabei ist die Liste der dort zur Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und Beschäftigung genannten Instrumente nicht abschließend. Sie werden nachfolgend im Überblick skizziert.

Art. 27 Abs. 1 S. 2 a) UN-BRK steht in engem Zusammenhang mit dem allgemeinen Diskriminierungsverbot aus Art. 5 Abs. 2 UN-BRK. Während letzterer unmittelbar anwendbar ist, enthält Art. 27 Abs. 1 S. 2 lit. a) UN-BRK eine an alle staatlichen Stellen einschließlich des Gesetzgebers gerichtete Verpflichtung, die im Rahmen der Auslegung der sozial- und arbeitsrechtlichen Regelungen wichtige Impulse für das Diskriminierungsverbot im Bereich des Arbeits- und Arbeitsförderungsrechts setzt.

Antidiskriminierungsregelungen, wie sie bereits für einzelne Rechtsverhältnisse im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) enthalten sind, sind zum einen erforderlich, um Stigmatisierungen und Vorurteilen zu begegnen. Stigmatisierung und Stereotypisierung führen zu einer fortgesetzten Diskriminierung und dazu, dass Menschen mit Behinderungen weiterhin als ungeeignet für den Arbeitsmarkt angesehen werden. So wird beispielsweise die gesellschaftliche Teilhabe auch von symptomlos HIV-Infizierten noch immer typischerweise durch zahlreiche Stigmatisierungen und soziales Vermeidungsverhalten beeinträchtigt.[166] Die durch Stereotypisierung hervorgerufenen Vorurteile können auch durch bestehende Strukturen wie etwa Behindertenwerkstätten weiter gefestigt werden, weshalb diese grundsätzlich in Frage zu stellen sind. Stattdessen ist ein gleichberechtigter Zugang zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu fördern. Dies kann beispielsweise durch unterstützte Beschäftigung erfolgen.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass ein diskriminierungsfreier Zustand nicht bereits dadurch hergestellt ist, „dass ein behinderter Mensch in irgendeiner Weise eine Tätigkeit ausüben kann. Vielmehr muss auch der Zugang zu anderen bzw. der Wechsel von Berufsfeldern diskriminierungsfrei ermöglicht werden".[167]

Gegebenenfalls sind angemessene Vorkehrungen zu gewähren, um gleichberechtigte Arbeit und Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen und zu fördern. Eine Versagung angemessener Vorkehrungen ist eine Diskriminierung, Art. 2 UnterAbs. 4 UN-BRK. Angemessene Vorkehrungen müssen dem Arbeitgeber jedoch zumutbar sein, sie dürfen ihn nicht unverhältnismäßig oder unbillig belasten.

Der Verwirklichung eines offenen, inklusiven und zugänglichen Arbeitsmarkts dienen gerechte und günstige Arbeitsbedingungen. Gemäß Art. 27 Abs. 1 S. 2 b) UN-BRK umfassen gerechte und günstige Arbeitsbedingungen die Chancengleichheit und gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit sowie sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, einschließlich des Schutzes vor Belästigungen, ferner auch der Abhilfe bei Missständen. Problematisch ist, dass die Tätigkeit in Behindertenwerkstätten gemäß § 221 SGB IX n. F. auch weiterhin nur ein arbeitnehmerähnliches Rechtsverhältnis begründet und damit bestimmte Rechte, wie etwa solche nach dem Mindestlohngesetz, Menschen mit Behinderungen nicht zugestanden werden.[168]

Art. 27 Abs. 1 S. 2 c) UN-BRK schreibt weiterhin vor, dass die Möglichkeit zur gleichberechtigten Ausübung der kollektiven Arbeitnehmerrechte zu gewährleisten ist. Im deutschen Arbeitsrecht vertreten insbesondere

---

165 Bundesverwaltungsgericht (2018): Urteil vom 23.01.2018, Az.: BVerwG 5 C 9.16.

166 Bundesarbeitsgericht (2013): Urteil vom 19.12.2013, 6 AZR 190/12.

167 Bundesarbeitsgericht (2014): Urteil vom 06.08.2014 – B 11 AL 5/14 R.

168 Welti, Felix (2017): Das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit nach Art. 27 UN-Behindertenrechtskonvention. In: Misselhorn, Cathrin/Behrendt, Hauke: Arbeit, Gerechtigkeit und Inklusion. Wege zu gleichberechtigter und gesellschaftlicher Teilhabe. Stuttgart: J. B. Metzler Verlag, S. 146–165 (156).

die Schwerbehindertenvertretung und der Betriebsrat beziehungsweise der Personalrat die Interessen der Menschen mit Behinderungen.[169] Darüber hinaus sind die Staaten verpflichtet, dafür zu sorgen, dass Gewerkschaften Menschen mit Behinderungen nicht am Beitritt hindern oder sie diskriminieren.

Den Verpflichtungen zur individuellen Arbeitsförderung wird der Staat gerecht, indem er den Zugang zu Beratungsprogrammen, Stellenvermittlungen und Berufs- und Weiterbildungen ermöglicht, Menschen mit Behinderungen bei der Suche nach Arbeit unterstützt, das Sammeln von Arbeitserfahrung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt, Beschäftigungsmöglichkeiten, den Erhalt des Arbeitsplatzes sowie den beruflichen Wiedereinstieg, die berufliche Rehabilitation und den beruflichen Aufstieg fördert. An dieser Stelle ist hervorzuheben, dass lebenslanges Lernen ein wesentlicher Bestandteil des Rechts auf Arbeit ist und als solches auch zu fördern ist.

Für den öffentlichen Sektor besteht eine staatliche Pflicht, Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen. Dieser Verpflichtung können Staaten insbesondere durch die Einführung starrer oder flexibler Beschäftigungsquoten nachkommen. Im Bereich der privaten Wirtschaft ist die die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen durch positive Maßnahmen zu fördern. Solche positiven Maßnahmen umfassen sogenannte „affirmative actions“, also die Gewährung von Vorteilen zum Nachteilsausgleich. Auch Quotenregelungen sind ein denkbares Mittel. Die Gewährleistungspflicht kann ebenfalls durch staatliche Zuschüsse oder steuerliche Erleichterungen für Unternehmen der Privatwirtschaft erfüllt werden. Wesentlich dabei ist, dass alle Maßnahmen oder Programme so konzipiert werden, dass der Wert von Vielfalt am Arbeitsplatz und gleiche Aufstiegschancen für alle anerkannt werden.

Auch die Förderung von Unternehmertum für Menschen mit Behinderungen ist in Art. 27 UN-BRK verankert, sodass Menschen mit Behinderungen auf dem Weg zur Selbstständigkeit und auch in der Selbständigkeit zu fördern sind.

Art. 27 Abs. 2 UN-BRK verpflichtet die Vertragsstaaten sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen vor Zwangs- oder Pflichtarbeit geschützt werden. Die Staaten treffen insofern Schutz- und Gewährleistungspflichten. Neben gesetzlichen Verboten sind weitere Maßnahmen zu treffen, unter anderem soll die Allgemeinheit über das Verbot von Ausbeutung und Zwangsarbeit und die Rechte von Arbeitnehmer_innen informiert werden.

169 Bundesarbeitsgericht (2015): Beschluss vom 04.11.2015 – 7 ABR 62/13.

3 Rechtsgrundlagen und Rechtserkenntnisquellen

Nachfolgend ist die UN-Behindertenrechtskonvention vollständig und die Wiener Vertragsrechtskonvention auszugsweise abgedruckt.

Als völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen sind beispielhaft die ins Deutsche übersetzten Allgemeinen Bemerkungen des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen abgedruckt, etwa die Allgemeine Bemerkung Nr. 1 zum Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht und Nr. 4 zum Recht auf Bildung. Weiterhin sind die Allgemeine Bemerkung Nr. 5 zum Recht auf unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft sowie die Allgemeine Bemerkung Nr. 6 zu Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung im englischen Original abgedruckt. Die weiteren Allgemeinen Bemerkungen des UN-Fachausschusses, namentlich die Allgemeine Bemerkung Nr. 2 zu Art. 9 UN-BRK (Zugänglichkeit) und die Allgemeine Bemerkung Nr. 3 zu Art. 6 UN-BRK (Mädchen und Frauen) sowie die im Erscheinen begriffene Allgemeine Bemerkung Nr. 7 zu Partizipation sind auf der Internetseite des UN-Fachausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (www.ohchr.org/EN/HRBodies/CRPD/Pages/CRPDIndex.aspx) und auf der Internetseite des Deutschen Instituts (www.institut-fuer-menschenrechte.de) verfügbar.

3.1 Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und Fakultativprotokoll

Quelle: Deutscher Bundestag (08.11.2008): Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Gesetzentwurf der Bundesregierung, Drucksache 16/10808, Anlage 1, S. 7–44

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Convention on the Rights of Persons with Disabilities

Convention relative aux droits des personnes handicapées

Preamble	Préamble	Präambel
The States Parties to the present Convention,	Les États Parties à la présente Convention,	Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –
(a) Recalling the principles proclaimed in the Charter of the United Nations which recognize the inherent dignity and worth and the equal and inalienable rights of all members of the human family as the foundation of freedom, justice and peace in the world,	(a) Rappelant les principes proclamés dans la Charte des Nations Unies selon lesquels la reconnaissance de la dignité et de la valeur inhérentes à tous les membres de la famille humaine et de leurs droits égaux et inaliénables constitue le fondement de la liberté, de la justice et de la paix dans le monde,	a) unter Hinweis auf die in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsätze, denen zufolge die Anerkennung der Würde und des Wertes, die allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft innewohnen, sowie ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,
(b) Recognizing that the United Nations, in the Universal Declaration of Human Rights and in the International Covenants on Human Rights, has proclaimed and agreed that everyone is entitled to all the rights and freedoms set forth therein, without distinction of any kind,	(b) Reconnaissant que les Nations Unies, dans la Déclaration universelle des droits de l'homme et dans les Pactes internationaux relatifs aux droits de l'homme, ont proclamé et sont convenues que chacun peut se prévaloir de tous les droits et de toutes les libertés qui y sont énoncés, sans distinction aucune,	b) in der Erkenntnis, dass die Vereinten Nationen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den Internationalen Menschenrechtspakten verkündet haben und übereingekommen sind, dass jeder Mensch ohne Unterschied Anspruch auf alle darin aufgeführten Rechte und Freiheiten hat,
(c) Reaffirming the universality, indivisibility, interdependence and interrelatedness of all human rights and fundamental freedoms and the need for persons with disabilities to be guaranteed their full enjoyment without discrimination,	(c) Réaffirmant le caractère universel, indivisible, interdépendant et indissociable de tous les droits de l'homme et de toutes les libertés fondamentales et la nécessité d'en garantir la pleine jouissance aux personnes handicapées sans discrimination,	c) bekräftigend, dass alle Menschenrechte und Grundfreiheiten allgemein gültig und unteilbar sind, einander bedingen und miteinander verknüpft sind und dass Menschen mit Behinderungen der volle Genuss dieser Rechte und Freiheiten ohne Diskriminierung garantiert werden muss,
(d) Recalling the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, the International Covenant on Civil and Political Rights, the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination, the Convention	(d) Rappelant le Pacte international relatif aux droits économiques, sociaux et culturels, le Pacte international relatif aux droits civils et politiques, la Convention internationale sur l'élimination de toutes les formes de discrimination	d) unter Hinweis auf den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder

on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women, the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, the Convention on the Rights of the Child, and the International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families,

raciale, la Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes, la Convention contre la torture et autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants, la Convention relative aux droits de l'enfant et la Convention internationale sur la protection des droits de tous les travailleurs migrants et des membres de leur famille,

Form von Rassendiskriminierung, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, das Übereinkommen über die Rechte des Kindes und das Internationale Übereinkommen zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen,

(e) Recognizing that disability is an evolving concept and that disability results from the interaction between persons with impairments and attitudinal and environmental barriers that hinders their full and effective participation in society on an equal basis with others,

(e) Reconnaissant que la notion de handicap évolue et que le handicap résulte de l'interaction entre des personnes présentant des incapacités et les barrières comportementales et environnementales qui font obstacle à leur pleine et effective participation à la société sur la base de l'égalité avec les autres,

e) in der Erkenntnis, dass das Verständnis von Behinderung sich ständig weiterentwickelt und dass Behinderung aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren entsteht, die sie an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern,

(f) Recognizing the importance of the principles and policy guidelines contained in the World Programme of Action concerning Disabled Persons and in the Standard Rules on the Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities in influencing the promotion, formulation and evaluation of the policies, plans, programmes and actions at the national, regional and international levels to further equalize opportunities for persons with disabilities,

(f) Reconnaissant l'importance des principes et lignes directrices contenus dans le Programme d'action mondial concernant les personnes handicapees et dans les Règles pour l'egalisation des chances des handicapes et leur influence sur la promotion, l'elaboration et l'evaluation aux niveaux national, regional et international des politiques, plans, programmes et mesures visant la poursuite de l'egalisation des chances des personnes handicapees,

f) in der Erkenntnis, dass die in dem Weltaktionsprogramm für Behinderte und den Rahmenbestimmungen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte enthaltenen Grundsätze und Leitlinien einen wichtigen Einfluss auf die Förderung, Ausarbeitung und Bewertung von politischen Konzepten, Plänen, Programmen und Maßnahmen auf einzelstaatlicher, regionaler und internationaler Ebene zur Verbesserung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen haben,

(g) Emphasizing the importance of mainstreaming disability issues as an integral part of relevant strategies of sustainable development,

(g) Soulignant qu'il importe d'integrer la condition des personnes handicapees dans les strategies pertinentes de developpement durable,

g) nachdrücklich darauf hinweisend, wie wichtig es ist, die Behinderungsthematik zu einem festen Bestandteil der einschlägigen Strategien der nachhaltigen Entwicklung zu machen,

(h) Recognizing also that discrimination against any person on the basis of disability is a violation of the inherent dignity and worth of the human person,

(h) Reconnaissant egalement que toute discrimination fondee sur le handicap est une negation de la dignite et de la valeur inherentes à la personne humaine,

h) ebenso in der Erkenntnis, dass jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung eine Verletzung der Würde und des Wertes darstellt, die jedem Menschen innewohnen,

(i) Recognizing further the diversity of persons with disabilities,

(i) Reconnaissant en outre la diversite des personnes handicapees,

i) ferner in der Erkenntnis der Vielfalt der Menschen mit Behinderungen,

(j) Recognizing the need to promote and protect the human rights of all persons with disabilities, including those who require more intensive support,

(j) Reconnaissant la necessite de promouvoir et proteger les droits de l'homme de toutes les personnes handicapees, y compris de celles qui necessitent un accompagnement plus pousse,

j) in Anerkennung der Notwendigkeit, die Menschenrechte aller Menschen mit Behinderungen, einschließlich derjenigen, die intensivere Unterstützung benötigen, zu fördern und zu schützen,

(k) Concerned that, despite these various instruments and undertakings, persons with disabilities continue to face barriers in their participation as equal

(k) Preoccupes par le fait qu'en depit de ces divers instruments et engagements, les personnes handicapees continuent d'être confrontees à des obstacles à leur

k) besorgt darüber, dass sich Menschen mit Behinderungen trotz dieser verschiedenen Dokumente und Verpflichtungen in allen Teilen der Welt

members of society and violations of their human rights in all parts of the world,

participation à la societe en tant que membres egaux de celleci et de faire l'objet de violations des droits de l'homme dans toutes les parties du monde,

nach wie vor Hindernissen für ihre Teilhabe als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft sowie Verletzungen ihrer Menschenrechte gegenübersehen,

(l) Recognizing the importance of international cooperation for improving the living conditions of persons with disabilities in every country, particularly in developing countries,

(l) Reconnaissant l'importance de la cooperation internationale pour l'amelioration des conditions de vie des personnes handicapees dans tous les pays, en particulier dans les pays en developpement,

l) in Anerkennung der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen mit Behinderungen in allen Ländern, insbesondere den Entwicklungsländern,

(m) Recognizing the valued existing and potential contributions made by persons with disabilities to the overall wellbeing and diversity of their communities, and that the promotion of the full enjoyment by persons with disabilities of their human rights and fundamental freedoms and of full participation by persons with disabilities will result in their enhanced sense of belonging and in significant advances in the human, social and economic development of society and the eradication of poverty,

(m) Appreciant les utiles contributions actuelles et potentielles des personnes handicapees au bienêtre general et à la diversite de leurs communautes et sachant que la promotion de la pleine jouissance des droits de l'homme et des libertes fondamentales par ces personnes ainsi que celle de leur pleine participation renforceront leur sentiment d'appartenance et feront notablement progresser le developpement humain, social et economique de leurs societes et l'elimination de la pauvrete,

m) in Anerkennung des wertvollen Beitrags, den Menschen mit Behinderungen zum allgemeinen Wohl und zur Vielfalt ihrer Gemeinschaften leisten und leisten können, und in der Erkenntnis, dass die Förderung des vollen Genusses der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Menschen mit Behinderungen sowie ihrer uneingeschränkten Teilhabe ihr Zugehörigkeitsgefühl verstärken und zu erheblichen Fortschritten in der menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der Gesellschaft und bei der Beseitigung der Armut führen wird,

(n) Recognizing the importance for persons with disabilities of their individual autonomy and independence, including the freedom to make their own choices,

(n) Reconnaissant l'importance pour les personnes handicapees de leur autonomie et de leur independance individuelles, y compris la liberte de faire leurs propres choix,

n) in der Erkenntnis, wie wichtig die individuelle Autonomie und Unabhängigkeit für Menschen mit Behinderungen ist, einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen,

(o) Considering that persons with disabilities should have the opportunity to be actively involved in decision-making processes about policies and programmes, including those directly concerning them,

(o) Estimant que les personnes handicapees devraient avoir la possibilite de participer activement aux processus de prise de decisions concernant les politiques et programmes, en particulier ceux qui les concernent directement,

o) in der Erwägung, dass Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben sollen, aktiv an Entscheidungsprozessen über politische Konzepte und über Programme mitzuwirken, insbesondere wenn diese sie unmittelbar betreffen,

(p) Concerned about the difficult conditions faced by persons with disabilities who are subject to multiple or aggravated forms of discrimination on the basis of race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national, ethnic, indigenous or social origin, property, birth, age or other status,

(p) Preoccupes par les difficultes que rencontrent les personnes handicapees, qui sont exposees à des formes multiples ou aggravees de discrimination fondees sur la race, la couleur, le sexe, la langue, la religion, l'opinion politique ou toute autre opinion, l'origine nationale, ethnique, autochtone ou sociale, la fortune, la naissance, l'âge ou toute autre situation,

p) besorgt über die schwierigen Bedingungen, denen sich Menschen mit Behinderungen gegenübersehen, die mehrfachen oder verschärften Formen der Diskriminierung aufgrund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen, indigenen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, der Geburt, des Alters oder des sonstigen Status ausgesetzt sind,

(q) Recognizing that women and girls with disabilities are often at greater risk, both within and outside the home, of violence, injury or abuse, neglect or negligent treatment, maltreatment or exploitation,

(q) Reconnaissant que les femmes et les filles handicapees courent souvent, dans leur famille comme à l'exterieur, des risques plus eleves de violence, d'atteinte à l'integrite physique, d'abus, de delaissement ou de defaut de soins, de maltraitance ou d'exploitation,

q) in der Erkenntnis, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen sowohl innerhalb als auch außerhalb ihres häuslichen Umfelds oft in stärkerem Maße durch Gewalt, Verletzung oder Missbrauch, Nichtbeachtung oder Vernachlässigung, Misshandlung oder Ausbeutung gefährdet sind,

(r) Recognizing that children with disabilities should have full enjoyment of all human rights and fundamental freedoms on an equal basis with other children, and recalling obligations to that end undertaken by States Parties to the Convention on the Rights of the Child,

(r) Reconnaissant que les enfants handicapes doivent jouir pleinement de tous les droits de l'homme et de toutes les libertes fondamentales, sur la base de l'egalite avec les autres enfants, et rappelant les obligations qu'ont contractees à cette fin les États Parties à la Convention relative aux droits de l'enfant,

r) in der Erkenntnis, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten in vollem Umfang genießen sollen, und unter Hinweis auf die zu diesem Zweck von den Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte des Kindes eingegangenen Verpflichtungen,

(s) Emphasizing the need to incorporate a gender perspective in all efforts to promote the full enjoyment of human rights and fundamental freedoms by persons with disabilities,

(s) Soulignant la necessite d'integrer le principe de l'egalite des sexes dans tous les efforts visant à promouvoir la pleine jouissance des droits de l'homme et des libertes fondamentales par les personnes handicapees,

s) nachdrücklich darauf hinweisend, dass es notwendig ist, bei allen Anstrengungen zur Förderung des vollen Genusses der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch Menschen mit Behinderungen die Geschlechterperspektive einzubeziehen,

(t) Highlighting the fact that the majority of persons with disabilities live in conditions of poverty, and in this regard recognizing the critical need to address the negative impact of poverty on persons with disabilities,

(t) Insistant sur le fait que la majorite des personnes handicapees vivent dans la pauvrete et reconnaissant à cet egard qu'il importe au plus haut point de s'attaquer aux effets pernicieux de la pauvrete sur les personnes handicapees,

t) unter besonderem Hinweis darauf, dass die Mehrzahl der Menschen mit Behinderungen in einem Zustand der Armut lebt, und diesbezüglich in der Erkenntnis, dass die nachteiligen Auswirkungen der Armut auf Menschen mit Behinderungen dringend angegangen werden müssen,

(u) Bearing in mind that conditions of peace and security based on full respect for the purposes and principles contained in the Charter of the United Nations and observance of applicable human rights instruments are indispensable for the full protection of persons with disabilities, in particular during armed conflicts and foreign occupation,

(u) Conscients qu'une protection veritable des personnes handicapees suppose des conditions de paix et de securite fondees sur une pleine adhesion aux buts et principes de la Charte des Nations Unies et sur le respect des instruments des droits de l'homme applicables, en particulier en cas de conflit arme ou d'occupation etrangère,

u) in dem Bewusstsein, dass Frieden und Sicherheit auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung der in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Ziele und Grundsätze sowie der Einhaltung der anwendbaren Übereinkünfte auf dem Gebiet der Menschenrechte unabdingbar sind für den umfassenden Schutz von Menschen mit Behinderungen, insbesondere in bewaffneten Konflikten oder während ausländischer Besetzung,

(v) Recognizing the importance of accessibility to the physical, social, economic and cultural environment, to health and education and to information and communication, in enabling persons with disabilities to fully enjoy all human rights and fundamental freedoms,

(v) Reconnaissant qu'il importe que les personnes handicapees aient pleinement accès aux equipements physiques, sociaux, economiques et culturels, à la sante et à l'education ainsi qu'à l'information et à la communication pour jouir pleinement de tous les droits de l'homme et de toutes les libertes fondamentales,

v) in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, dass Menschen mit Behinderungen vollen Zugang zur physischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umwelt, zu Gesundheit und Bildung sowie zu Information und Kommunikation haben, damit sie alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll genießen können,

(w) Realizing that the individual, having duties to other individuals and to the community to which he or she belongs, is under a responsibility to strive for the promotion and observance of the rights recognized in the International Bill of Human Rights,

(w) Conscients que l'individu, etant donne ses obligations envers les autres individus et la societe à laquelle il appartient, est tenu de faire son possible pour promouvoir et respecter les droits reconnus dans la Charte internationale des droits de l'homme,

w) im Hinblick darauf, dass der Einzelne gegenüber seinen Mitmenschen und der Gemeinschaft, der er angehört, Pflichten hat und gehalten ist, für die Förderung und Achtung der in der Internationalen Menschenrechtscharta anerkannten Rechte einzutreten,

(x) Convinced that the family is the natural and fundamental group unit of society and is entitled to protection

(x) Convaincus que la famille est l'element naturel et fondamental de la societe et a droit à la protection de la

x) in der Überzeugung, dass die Familie die natürliche Kernzelle der Gesellschaft ist und Anspruch auf Schutz durch

by society and the State, and that persons with disabilities and their family members should receive he necessary protection and assistance to enable families to contribute towards the full and equal enjoyment of the rights of persons with disabilities,

(y) Convinced that a comprehensive and integral international convention to promote and protect the rights and dignity of persons with disabilities will make a significant contribution to redressing the profound social disadvantage of persons with disabilities and promote their participation in the civil, political, economic, social and cultural spheres with equal opportunities, in both developing and developed countries,

Have agreed as follows:

Article 1
Purpose

The purpose of the present Convention is to promote, protect and ensure the full and equal enjoyment of all human rights and fundamental freedoms by all persons with disabilities, and to promote respect for their inherent dignity.

Persons with disabilities include those who have longterm physical, mental, intellectual or sensory impairments which in interaction with various barriers may hinder their full and effective participation in society on an equal basis with others.

Article 2
Definitions

For the purposes of the present Convention:

“Communication” includes languages, display of text, Braille, tactile communication, large print, accessible multimedia as well as written, audio,

societe et de l’État et que les personnes handicapees et les membres de leur famille devraient recevoir la protection et l’aide necessaires pour que les familles puissent contribuer à la pleine et egale jouissance de leurs droits par les personnes handicapees,

(y) Convaincus qu’une convention internationale globale et integree pour la promotion et la protection des droits et de la dignite des personnes handicapees contribuera de façon significative à remedier au profond desavantage social que connaissent les personnes handicapees et qu’elle favorisera leur participation, sur la base de l’egalite des chances, à tous les domaines de la vie civile, politique, economique, sociale et culturelle, dans les pays developpes comme dans les pays en developpement,

Sont convenus de ce qui suit:

Article premier
Objet

La presente Convention a pour objet de promouvoir, proteger et assurer la pleine et egale jouissance de tous les droits de l’homme et de toutes les libertes fondamentales par les personnes handicapees et de promouvoir le respect de leur dignite intrinsèque.

Par personnes handicapees on entend des personnes qui presentent des incapacites physiques, mentales, intellectuelles ou sensorielles durables dont l’interaction avec diverses barrières peut faire obstacle à leur pleine et effective participation à la societe sur la base de l’egalite avec les autres.

Article 2
Définitions

Aux fins de la presente Convention:

On entend par «communication», entre autres, les langues, l’affichage de texte, le braille, la communication tactile, les gros caractères, les supports multimedias

Gesellschaft und Staat hat und dass Menschen mit Behinderungen und ihre Familienange hörigen den erforderlichen Schutz und die notwendige Unterstützung erhalten sollen, um es den Familien zu ermöglichen, zum vollen und gleichberechtigten Genuss der Rechte der Menschen mit Behinderungen beizutragen,

y) in der Überzeugung, dass ein umfassendes und in sich geschlossenes internationales Übereinkommen zur Förderung und zum Schutz der Rechte und der Würde von Menschen mit Behinderungen sowohl in den Entwicklungsländern als auch in den entwickelten Ländern einen maßgeblichen Beitrag zur Beseitigung der tiefgreifenden sozialen Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen leisten und ihre Teilhabe am bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben auf der Grundlage der Chancengleichheit fördern wird –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1
Zweck

Zweck dieses Übereinkommens ist es, den vollen und gleichberechtigten Genuss aller Menschenrechte und Grundfreiheiten durch alle Menschen mit Behinderungen zu fördern, zu schützen und zu gewährleisten und die Achtung der ihnen innewohnenden Würde zu fördern.

Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.

Artikel 2
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens

schließt „Kommunikation“ Sprachen, Textdarstellung, Brailleschrift, taktile Kommunikation, Großdruck, leicht zugängliches Multimedia sowie

plainlanguage, humanreader and augmentative and alternative modes, means and formats of communication, including accessible information and communication technology;

accessibles ainsi que les modes, moyens et formes de communication amelioree et alternative à base de supports ecrits, supports audio, langue simplifiee et lecteur humain, y compris les technologies de l'information et de la communication accessibles;

schriftliche, auditive, in einfache Sprache übersetzte, durch Vorleser zugänglich gemachte sowie ergänzende und alternative Formen, Mittel und Formate der Kommunikation, einschließlich leicht zugänglicher Informations- und Kommunikationstechnologie, ein;

"Language" includes spoken and signed languages and other forms of non spoken languages;

On entend par «langue», entre autres, les langues parlees et les langues des signes et autres formes de langue non parlee;

schließt „Sprache" gesprochene Sprachen sowie Gebärdensprachen und andere nicht gesprochene Sprachen ein;

"Discrimination on the basis of disability" means any distinction, exclusion or restriction on the basis of disability which has the purpose or effect of impairing or nullifying the recognition, enjoyment or exercise, on an equal basis with others, of all human rights and fundamental freedoms in the political, economic, social, cultural, civil or any other field. It includes all forms of discrimination, including denial of reasonable accommodation;

On entend par «discrimination fondee sur le handicap» toute distinction, exclusion ou restriction fondee sur le handicap qui a pour objet ou pour effet de compromettre ou reduire à neant la reconnaissance, la jouissance ou l'exercice, sur la base de l'egalite avec les autres, de tous les droits de l'homme et de toutes les libertes fondamentales dans les domaines politique, economique, social, culturel, civil ou autres. La discrimination fondee sur le handicap comprend toutes les formes de discrimination, y compris le refus d'amenagement raisonnable;

bedeutet „Diskriminierung aufgrund von Behinderung" jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund von Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass das auf die Gleichberechtigung mit anderen gegründete Anerkennen, Genießen oder Ausüben aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen oder jedem anderen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird. Sie umfasst alle Formen der Diskriminierung, einschließlich der Versagung angemessener Vorkehrungen;

"Reasonable accommodation" means necessary and appropriate modification and adjustments not imposing a disproportionate or undue burden, where needed in a particular case, to ensure to persons with disabilities the enjoyment or exercise on an equal basis with others of all human rights and fundamental freedoms;

On entend par «amenagement raisonnable» les modifications et ajustements necessaires et appropries n'imposant pas de charge disproportionnee ou indue apportes, en fonction des besoins dans une situation donnee, pour assurer aux personnes handicapees la jouissance ou l'exercice, sur la base de l'egalite avec les autres, de tous les droits de l'homme et de toutes les libertes fondamentales;

bedeutet „angemessene Vorkehrungen" notwendige und geeignete Änderungen und Anpassungen, die keine unverhältnismäßige oder unbillige Belastung darstellen und die, wenn sie in einem bestimmten Fall erforderlich sind, vorgenommen werden, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen oder ausüben können;

"Universal design" means the design of products, environments, programmes and services to be usable by all people, to the greatest extent possible, without the need for adaptation or specialized design. "Universal design" shall not exclude assistive devices for particular groups of persons with disabilities where this is needed.

On entend par «conception universelle» la conception de produits, d'equipements, de programmes et de services qui puissent être utilises par tous, dans toute la mesure possible, sans necessiter ni adaptation ni conception speciale. La «conception universelle» n'exclut pas les appareils et accessoires fonctionnels pour des categories particulières de personnes handicapees là où ils sont necessaires.

bedeutet „universelles Design" ein Design von Produkten, Umfeldern, Programmen und Dienstleistungen in der Weise, dass sie von allen Menschen möglichst weitgehend ohne eine Anpassung oder ein spezielles Design genutzt werden können. „Universelles Design" schließt Hilfsmittel für bestimmte Gruppen von Menschen mit Behinderungen, soweit sie benötigt werden, nicht aus.

Article 3
General principles

The principles of the present Convention shall be:

(a) Respect for inherent dignity, individual autonomy including the freedom

Article 3
Principes généraux

Les principes de la presente Convention sont:

a) Le respect de la dignite intrinsèque, de l'autonomie individuelle, y compris la

Artikel 3
Allgemeine Grundsätze

Die Grundsätze dieses Übereinkommens sind:

a) die Achtung der dem Menschen innewohnenden Würde, seiner individuellen Autonomie, einschließlich der

to make one's own choices, and independence of persons;

(b) Nondiscrimination;

(c) Full and effective participation and inclusion in society;

(d) Respect for difference and acceptance of persons with disabilities as part of human diversity and humanity;

(e) Equality of opportunity;

(f) Accessibility;

(g) Equality between men and women;

(h) Respect for the evolving capacities of children with disabilities and respect for the right of children with disabilities to preserve their identities.

liberte de faire ses propres choix, et de l'independance des personnes;

b) La nondiscrimination;

c) La participation et l'integration pleines et effectives à la societe;

d) Le respect de la difference et l'acceptation des personnes handicapees comme faisant partie de la diversite humaine et de l'humanite;

e) L'egalite des chances;

f) L'accessibilite;

g) L'egalite entre les hommes et les femmes;

h) Le respect du developpement des capacites de l'enfant handicape et le respect du droit des enfants handicapes à preserver leur identite.

Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, sowie seiner Unabhängigkeit;

b) die Nichtdiskriminierung;

c) die volle und wirksame Teilhabe an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft;

d) die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit;

e) die Chancengleichheit;

f) die Zugänglichkeit;

g) die Gleichberechtigung von Mann und Frau;

h) die Achtung vor den sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und die Achtung ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität.

Article 4
General obligations

1. States Parties undertake to ensure and promote the full realization of all human rights and fundamental freedoms for all persons with disabilities without discrimination of any kind on the basis of disability. To this end, States Parties undertake:

(a) To adopt all appropriate legislative, administrative and other measures for the implementation of the rights recognized in the present Convention;

(b) To take all appropriate measures, including legislation, to modify or abolish existing laws, regulations, customs and practices that constitute discrimination against persons with disabilities;

(c) To take into account the protection and promotion of the human rights

Article 4
Obligations générales

1. Les États Parties s'engagent à garantir et à promouvoir le plein exercice de tous les droits de l'homme et de toutes les libertes fondamentales de toutes les personnes handicapees sans discrimination d'aucune sorte fondee sur le handicap. À cette fin, ils s'engagent à:

(a) Adopter toutes mesures appropriees d'ordre legislatif, administratif ou autre pour mettre en œuvre les droits reconnus dans la presente Convention;

(b) Prendre toutes mesures appropriées, y compris des mesures législatives, pour modifier, abroger ou abolir les lois, règlements, coutumes et pratiques qui sont source de discrimination envers les personnes handicapées;

c) Prendre en compte la protection et la promotion des droits de l'homme des personnes handicapées dans

Artikel 4
Allgemeine Verpflichtungen

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung zu gewährleisten und zu fördern. Zu diesem Zweck verpflichten sich die Vertragsstaaten,

a) alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Umsetzung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte zu treffen;

b) alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Änderung oder Aufhebung bestehender Gesetze, Verordnungen, Gepflogenheiten und Praktiken zu treffen, die eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen darstellen;

c) den Schutz und die Förderung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen in allen politischen

of persons with disabilities in all policies and programmes;

(d) To refrain from engaging in any act or practice that is inconsistent with the present Convention and to ensure that public authorities and institutions act in conformity with the present Convention;

(e) To take all appropriate measures to eliminate discrimination on the basis of disability by any person, organization or private enterprise;

(f) To undertake or promote research and development of universally designed goods, services, equipment and facilities, as defined in article 2 of the present Convention, which should require the minimum possible adaptation and the least cost to meet the specific needs of a person with disabilities, to promote their availability and use, and to promote universal design in the development of standards and guidelines;

(g) To undertake or promote research and development of, and to promote the availability and use of new technologies, including information and communications technologies, mobility aids, devices and assistive technologies, suitable for persons with disabilities, giving priority to technologies at an affordable cost;

(h) To provide accessible information to persons with disabilities about mobility aids, devices and assistive technologies, including new technologies, as well as other forms of assistance, support services and facilities;

(i) To promote the training of professionals and staff working with persons with disabilities in the rights recognized in the present Convention so as to better provide the

toutes les politiques et dans tous les programmes;

d) S'abstenir de tout acte et de toute pratique incompatible avec la présente Convention et veiller à ce que les pouvoirs publics et les institutions agissent conformément à la présente Convention;

e) Prendre toutes mesures appropriées pour éliminer la discrimination fondée sur le handicap pratiquée par toute personne, organisation ou entreprise privée;

f) Entreprendre ou encourager la recherche et le développement de biens, services, équipements et installations de conception universelle, selon la définition qui en est donnée à l'article 2 de la présente Convention, qui devraient nécessiter le minimum possible d'adaptation et de frais pour répondre aux besoins spécifiques des personnes handicapées, encourager l'offre et l'utilisation de ces biens, services, équipements et installations et encourager l'incorporation de la conception universelle dans le développement des normes et directives;

g) Entreprendre ou encourager la recherche et le développement et encourager l'offre et l'utilisation de nouvelles technologies – y compris les technologies de l'information et de la communication, les aides à la mobilité, les appareils et accessoires et les technologies d'assistance – qui soient adaptées aux personnes handicapées, en privilégiant les technologies d'un coût abordable;

h) Fournir aux personnes handicapées des informations accessibles concernant les aides à la mobilité, les appareils et accessoires et les technologies d'assistance, y compris les nouvelles technologies, ainsi que les autres formes d'assistance, services d'accompagnement et équipements;

i) Encourager la formation aux droits reconnus dans la présente Convention des professionnels et personnels qui travaillent avec des personnes handicapées, de façon à améliorer

Konzepten und allen Programmen zu berücksichtigen;

d) Handlungen oder Praktiken, die mit diesem Übereinkommen unvereinbar sind, zu unterlassen und dafür zu sorgen, dass die staatlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Einklang mit diesem Übereinkommen handeln;

e) alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung aufgrund von Behinderung durch Personen, Organisationen oder private Unternehmen zu ergreifen;

f) Forschung und Entwicklung für Güter, Dienstleistungen, Geräte und Einrichtungen in universellem Design, wie in Artikel 2 definiert, die den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen mit möglichst geringem Anpassungs- und Kostenaufwand gerecht werden, zu betreiben oder zu fördern, ihre Verfügbarkeit und Nutzung zu fördern und sich bei der Entwicklung von Normen und Richtlinien für universelles Design einzusetzen;

g) Forschung und Entwicklung für neue Technologien, die für Menschen mit Behinderungen geeignet sind, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien, Mobilitätshilfen, Geräten und unterstützenden Technologien, zu betreiben oder zu fördern sowie ihre Verfügbarkeit und Nutzung zu fördern und dabei Technologien zu erschwinglichen Kosten den Vorrang zu geben;

h) für Menschen mit Behinderungen zugängliche Informationen über Mobilitätshilfen, Geräte und unterstützende Technologien, einschließlich neuer Technologien, sowie andere Formen von Hilfe, Unterstützungsdiensten und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen;

i) die Schulung von Fachkräften und anderem mit Menschen mit Behinderungen arbeitendem Personal auf dem Gebiet der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte zu fördern, damit

assistance and services guaranteed by those rights.

la prestation des aides et services garantis par ces droits.

die aufgrund dieser Rechte garantierten Hilfen und Dienste besser geleistet werden können.

2. With regard to economic, social and cultural rights, each State Party undertakes to take measures to the maximum of its available resources and, where needed, within the framework of international cooperation, with a view to achieving progressively the full realization of these rights, without prejudice to those obligations contained in the present Convention that are immediately applicable according to international law.

2 Dans le cas des droits économiques, sociaux et culturels, chaque État Partie s'engage à agir, au maximum des ressources dont il dispose et, síl y a lieu, dans le cadre de la coopération internationale, en vue d'assurer progressivement le plein exercice de ces droits, sans préjudice des obligations énoncées dans la présente Convention qui sont d'application immédiate en vertu du droit international.

(2) Hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verpflichtet sich jeder Vertragsstaat, unter Ausschöpfung seiner verfügbaren Mittel und erforderlichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit Maßnahmen zu treffen, um nach und nach die volle Verwirklichung dieser Rechte zu erreichen, unbeschadet derjenigen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen, die nach dem Völkerrecht sofort anwendbar sind.

3. In the development and implementation of legislation and policies to implement the present Convention, and in other decisionmaking processes concerning issues relating to persons with disabilities, States Parties shall closely consult with and actively involve persons with disabilities, including children with disabilities, through their representative organizations.

3. Dans l'élaboration et la mise en œuvre des lois et des politiques adoptées aux fins de l'application de la présente Convention, ainsi que dans l'adoption de toute décision sur des questions relatives aux personnes handicapées, les États Parties consultent étroitement et font activement participer ces personnes, y compris les enfants handicapés, par l'intermédiaire des organisations qui les représentent.

(3) Bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens und bei anderen Entscheidungsprozessen in Fragen, die Menschen mit Behinderungen betreffen, führen die Vertragsstaaten mit den Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen, über die sie vertretenden Organisationen enge Konsultationen und beziehen sie aktiv ein.

4. Nothing in the present Convention shall affect any provisions which are more conducive to the realization of the rights of persons with disabilities and which may be contained in the law of a State Party or international law in force for that State. There shall be no restriction upon or derogation from any of the human rights and fundamental freedoms recognized or existing in any State Party to the present Convention pursuant to law, conventions, regulation or custom on the pretext that the present Convention does not recognize such rights or freedoms or that it recognizes them to a lesser extent.

4. Aucune des dispositions de la présente Convention ne porte atteinte aux dispositions plus favorables à l'exercice des droits des personnes handicapées qui peuvent figurer dans la législation d'un État Partie ou dans le droit international en vigueur pour cet État. Il ne peut être admis aucune restriction ou dérogation aux droits de l'homme et aux libertés fondamentales reconnus ou en vigueur dans un État Partie à la présente Convention en vertu de lois, de conventions, de règlements ou de coutumes, sous prétexte que la présente Convention ne reconnaît pas ces droits et libertés ou les reconnaît à un moindre degré.

(4) Dieses Übereinkommen lässt zur Verwirklichung der Rechte von Menschen mit Behinderungen besser geeignete Bestimmungen, die im Recht eines Vertragsstaats oder in dem für diesen Staat geltenden Völkerrecht enthalten sind, unberührt. Die in einem Vertragsstaat durch Gesetze, Übereinkommen, Verordnungen oder durch Gewohnheitsrecht anerkannten oder bestehenden Menschenrechte und Grundfreiheiten dürfen nicht unter dem Vorwand beschränkt oder außer Kraft gesetzt werden, dass dieses Übereinkommen derartige Rechte oder Freiheiten nicht oder nur in einem geringeren Ausmaß anerkennen.

5. The provisions of the present Convention shall extend to all parts of federal States without any limitations or exceptions.

5. Les dispositions de la présente Convention s'appliquent, sans limitation ni exception aucune, à toutes les unités constitutives des États fédératifs.

(5) Die Bestimmungen dieses Übereinkommens gelten ohne Einschränkung oder Ausnahme für alle Teile eines Bundesstaats.

Article 5
Equality and nondiscrimination

Article 5
Égalité et nondiscrimination

Artikel 5
Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung

1. States Parties recognize that all persons are equal before and under the law and are entitled without any

1. Les États Parties reconnaissent que toutes les personnes sont égales devant la loi et en vertu de celleci et ont droit

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind, vom Gesetz gleich zu behandeln sind

discrimination to the equal protection and equal benefit of the law.

2. States Parties shall prohibit all discrimination on the basis of disability and guarantee to persons with disabilities equal and effective legal protection against discrimination on all grounds.

3. In order to promote equality and eliminate discrimination, States Parties shall take all appropriate steps to ensure that reasonable accommodation is provided.

4. Specific measures which are necessary to accelerate or achieve de facto equality of persons with disabilities shall not be considered discrimination under the terms of the present Convention.

sans discrimination à l'égale protection et à l'égal bénéfice de la loi.

2. Les États Parties interdisent toutes les discriminations fondées sur le handicap et garantissent aux personnes handicapées une égale et effective protection juridique contre toute discrimination, quel qu'en soit le fondement.

3. Afin de promouvoir l'égalité et d'éliminer la discrimination, les États Parties prennent toutes les mesures appropriées pour faire en sorte que des aménagements raisonnables soient apportés.

4. Les mesures spécifiques qui sont nécessaires pour accélérer ou assurer l'égalité de facto des personnes handicapées ne constituent pas une discrimination au sens de la présente Convention.

und ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz und gleiche Vorteile durch das Gesetz haben.

(2) Die Vertragsstaaten verbieten jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung und garantieren Menschen mit Behinderungen gleichen und wirksamen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung, gleichviel aus welchen Gründen.

(3) Zur Förderung der Gleichberechtigung und zur Beseitigung von Diskriminierung unternehmen die Vertragsstaaten alle geeigneten Schritte, um die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen zu gewährleisten.

(4) Besondere Maßnahmen, die zur Beschleunigung oder Herbeiführung der tatsächlichen Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen erforderlich sind, gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Übereinkommens.

Article 6
Women with disabilities

1. States Parties recognize that women and girls with disabilities are subject to multiple discrimination, and in this regard shall take measures to ensure the full and equal enjoyment by them of all human rights and fundamental freedoms.

2. States Parties shall take all appropriate measures to ensure the full development, advancement and empowerment of women, for the purpose of guaranteeing them the exercise and enjoyment of the human rights and fundamental freedoms set out in the present Convention.

Article 6
Femmes handicapées

1. Les États Parties reconnaissent que les femmes et les filles handicapées sont exposees à de multiples discriminations, et ils prennent les mesures voulues pour leur permettre de jouir pleinement et dans des conditions d'egalite de tous les droits de l'homme et de toutes les libertes fondamentales.

2. Les États Parties prennent toutes mesures appropriees pour assurer le plein epanouissement, la promotion et l'autonomisation des femmes, afin de leur garantir l'exercice et la jouissance des droits de l'homme et des libertes fondamentales enonces dans la presente Convention.

Artikel 6
Frauen mit Behinderungen

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt sind, und ergreifen in dieser Hinsicht Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass sie alle Menschenrechte und Grundfreiheiten voll und gleichberechtigt genießen können.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Sicherung der vollen Entfaltung, der Förderung und der Stärkung der Autonomie der Frauen, um zu garantieren, dass sie die in diesem Übereinkommen genannten Menschenrechte und Grundfreiheiten ausüben und genießen können.

Article 7
Children with disabilities

1. States Parties shall take all necessary measures to ensure the full enjoyment by children with disabilities of all human rights and fundamental freedoms on an equal basis with other children.

Article 7
Enfants handicapés

1. Les États Parties prennent toutes mesures necessaires pour garantir aux enfants handicapes la pleine jouissance de tous les droits de l'homme et de toutes les libertes fondamentales, sur la base de l'egalite avec les autres enfants.

Artikel 7
Kinder mit Behinderungen

(1) Die Vertragsstaaten treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen können.

2. In all actions concerning children with disabilities, the best interests of the child shall be a primary consideration.

3. States Parties shall ensure that children with disabilities have the right to express their views freely on all matters affecting them, their views being given due weight in accordance with their age and maturity, on an equal basis with other children, and to be provided with disability and ageappropriate assistance to realize that right.

2. Dans toutes les decisions qui concernent les enfants handicapes, l'interêt superieur de l'enfant doit être une consideration primordiale.

3. Les États Parties garantissent à l'enfant handicape, sur la base de l'egalite avec les autres enfants, le droit d'exprimer librement son opinion sur toute question l'interessant, les opinions de l'enfant etant dûment prises en consideration eu egard à son âge et à son degre de maturite, et d'obtenir pour l'exercice de ce droit une aide adaptee à son handicap et à son âge.

(2) Bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

(3) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen das Recht haben, ihre Meinung in allen sie berührenden Angelegenheiten gleichberechtigt mit anderen Kindern frei zu äußern, wobei ihre Meinung angemessen und entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife berücksichtigt wird, und behinderungsgerechte sowie altersgemäße Hilfe zu erhalten, damit sie dieses Recht verwirklichen können.

Article 8 Awarenessraising

1. States Parties undertake to adopt immediate, effective and appropriate measures:

(a) To raise awareness throughout society, including at the family level, regarding persons with disabilities, and to foster respect for the rights and dignity of persons with disabilities;

(b) To combat stereotypes, prejudices and harmful practices relating to persons with disabilities, including those based on sex and age, in all areas of life;

(c) To promote awareness of the capabilities and contributions of persons with disabilities.

2. Measures to this end include:

(a) Initiating and maintaining effective public awareness campaigns designed:

(i) To nurture receptiveness to the rights of persons with disabilities;

(ii) To promote positive perceptions and greater social awareness towards persons with disabilities;

Article 8 Sensibilisation

1. Les États Parties s'engagent à prendre des mesures immediates, efficaces et appropriees en vue de:

a) Sensibiliser l'ensemble de la societe, y compris au niveau de la famille, à la situation des personnes handicapees et promouvoir le respect des droits et de la dignite des personnes handicapees;

b) Combattre les stereotypes, les prejuges et les pratiques dangereuses concernant les personnes handicapees, y compris ceux lies au sexe et à l'âge, dans tous les domaines;

c) Mieux faire connaître les capacites et les contributions des personnes handicapees.

2. Dans le cadre des mesures qu'ils prennent à cette fin, les États Parties:

a) Lancent et mènent des campagnes efficaces de sensibilisation du public en vue de:

i) Favoriser une attitude receptive à l'egard des droits des personnes handicapees;

ii) Promouvoir une perception positive des personnes handicapées et une conscience sociale plus poussée à leur égard;

Artikel 8 Bewusstseinsbildung

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, sofortige, wirksame und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um

a) in der gesamten Gesellschaft, einschließlich auf der Ebene der Familien, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu schärfen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern;

b) Klischees, Vorurteile und schädliche Praktiken gegenüber Menschen mit Behinderungen, einschließlich aufgrund des Geschlechts oder des Alters, in allen Lebensbereichen zu bekämpfen;

c) das Bewusstsein für die Fähigkeiten und den Beitrag von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

(2) Zu den diesbezüglichen Maßnahmen gehören

a) die Einleitung und dauerhafte Durchführung wirksamer Kampagnen zur Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit mit dem Ziel,

i) die Aufgeschlossenheit gegenüber den Rechten von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen,

ii) eine positive Wahrnehmung von Menschen mit Behinderungen und ein größeres gesellschaftliches Bewusstsein ihnen gegenüber zu fördern,

(iii) To promote recognition of the skills, merits and abilities of persons with disabilities, and of their contributions to the workplace and the labour market;

(b) Fostering at all levels of the education system, including in all children from an early age, an attitude of respect for the rights of persons with disabilities;

(c) Encouraging all organs of the media to portray persons with disabilities in a manner consistent with the purpose of the present Convention;

(d) Promoting awarenesstraining programmes regarding persons with disabilities and the rights of persons with disabilities.

Article 9
Accessibility

1. To enable persons with disabilities to live independently and participate fully in all aspects of life, States Parties shall take appropriate measures to ensure to persons with disabilities access, on an equal basis with others, to the physical environment, to transportation, to information and communications, including information and communications technologies and systems, and to other facilities and services open or provided to the public, both in urban and in rural areas. These measures, which shall include the identification and elimination of obstacles and barriers to accessibility, shall apply to, inter alia:

(a) Buildings, roads, transportation and other indoor and outdoor facilities, including schools, housing, medical facilities and workplaces;

(b) Information, communications and other services, including electronic services and emergency services.

iii) Promouvoir la reconnaissance des compétences, mérites et aptitudes des personnes handicapées et de leurs contributions dans leur milieu de travail et sur le marché du travail;

b) Encouragent à tous les niveaux du système éducatif, notamment chez tous les enfants dès leur plus jeune âge, une attitude de respect pour les droits des personnes handicapées;

c) Encouragent tous les médias à montrer les personnes handicapées sous un jour conforme à l'objet de la présente Convention;

d) Encouragent l'organisation de programmes de formation en sensibilisation aux personnes handicapées et aux droits des personnes handicapées.

Article 9
Accessibilité

1. Afin de permettre aux personnes handicapées de vivre de façon indépendante et de participer pleinement à tous les aspects de la vie, les États Parties prennent des mesures appropriées pour leur assurer, sur la base de l'égalité avec les autres, l'accès à l'environnement physique, aux transports, à l'information et à la communication, y compris aux systèmes et technologies de l'information et de la communication, et aux autres équipements et services ouverts ou fournis au public, tant dans les zones urbaines que rurales. Ces mesures, parmi lesquelles figurent l'identification et l'élimination des obstacles et barrières à l'accessibilité, s'appliquent, entre autres:

a) Aux bâtiments, à la voirie, aux transports et autres équipements intérieurs ou extérieurs, y compris les écoles, les logements, les installations médicales et les lieux de travail;

b) Aux services d'information, de communication et autres services, y compris les services électroniques et les services d'urgence.

iii) die Anerkennung der Fertigkeiten, Verdienste und Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen und ihres Beitrags zur Arbeitswelt und zum Arbeitsmarkt zu fördern;

b) die Förderung einer respektvollen Einstellung gegenüber den Rechten von Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen des Bildungssystems, auch bei allen Kindern von früher Kindheit an;

c) die Aufforderung an alle Medienorgane, Menschen mit Behinderungen in einer dem Zweck dieses Übereinkommens entsprechenden Weise darzustellen;

d) die Förderung von Schulungsprogrammen zur Schärfung des Bewusstseins für Menschen mit Behinderungen und für deren Rechte.

Artikel 9
Zugänglichkeit

(1) Um Menschen mit Behinderungen eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen mit dem Ziel, für Menschen mit Behinderungen den gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation, einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, sowie zu anderen Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit in städtischen und ländlichen Gebieten offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, zu gewährleisten. Diese Maßnahmen, welche die Feststellung und Beseitigung von Zugangshindernissen und -barrieren einschließen, gelten unter anderem für

a) Gebäude, Straßen, Transportmittel sowie andere Einrichtungen in Gebäuden und im Freien, einschließlich Schulen, Wohnhäusern, medizinischer Einrichtungen und Arbeitsstätten;

b) Informations-, Kommunikations- und andere Dienste, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste.

2. States Parties shall also take appropriate measures:

(a) To develop, promulgate and monitor the implementation of minimum standards and guidelines for the accessibility of facilities and services open or provided to the public;

(b) To ensure that private entities that offer facilities and services which are open or provided to the public take into account all aspects of accessibility for persons with disabilities;

(c) To provide training for stakeholders on accessibility issues facing persons with disabilities;

(d) To provide in buildings and other facilities open to the public signage in Braille and in easy to read and understand forms;

(e) To provide forms of live assistance and intermediaries, including guides, readers and professional sign language interpreters, to facilitate accessibility to buildings and other facilities open to the public;

(f) To promote other appropriate forms of assistance and support to persons with disabilities to ensure their access to information;

(g) To promote access for persons with disabilities to new information and communications technologies and systems, including the Internet;

(h) To promote the design, development, production and distribution of accessible information and communications technologies and systems at an early stage, so that these technologies and systems become accessible at minimum cost.

2. Les États Parties prennent également des mesures appropriées pour:

a) Élaborer et promulguer des normes nationales minimales et des directives relatives à l'accessibilité des installations et services ouverts ou fournis au public et contrôler l'application de ces normes et directives;

b) Faire en sorte que les organismes privés qui offrent des installations ou des services qui sont ouverts ou fournis au public prennent en compte tous les aspects de l'accessibilité par les personnes handicapées;

c) Assurer aux parties concernees une formation concernant les problèmes d'accès auxquels les personnes handicapees sont confrontees;

d) Faire mettre en place dans les bâtiments et autres installations ouverts au public une signalisation en braille et sous des formes faciles à lire et à comprendre;

e) Mettre à disposition des formes d'aide humaine ou animalière et les services de mediateurs, notamment de guides, de lecteurs et d'interprètes professionnels en langue des signes, afin de faciliter l'accès des bâtiments et autres installations ouverts au public;

f) Promouvoir d'autres formes appropriees d'aide et d'accompagnement des personnes handicapees afin de leur assurer l'accès à l'information;

g) Promouvoir l'accès des personnes handicapees aux nouveaux systèmes et technologies de l'information et de la communication, y compris l'internet;

h) Promouvoir l'etude, la mise au point, la production et la diffusion de systèmes et technologies de l'information et de la communication à un stade precoce, de façon à en assurer l'accessibilite à un coût minimal.

(2) Die Vertragsstaaten treffen außerdem geeignete Maßnahmen,

a) um Mindeststandards und Leitlinien für die Zugänglichkeit von Einrichtungen und Diensten, die der Öffentlichkeit offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, auszuarbeiten und zu erlassen und ihre Anwendung zu überwachen;

b) um sicherzustellen, dass private Rechtsträger, die Einrichtungen und Dienste, die der Öffentlichkeit offenstehen oder für sie bereitgestellt werden, anbieten, alle Aspekte der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen berücksichtigen;

c) um betroffenen Kreisen Schulungen zu Fragen der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen anzubieten;

d) um in Gebäuden und anderen Einrichtungen, die der Öffentlichkeit offenstehen, Beschilderungen in Brailleschrift und in leicht lesbarer und verständlicher Form anzubringen;

e) um menschliche und tierische Hilfe sowie Mittelspersonen, unter anderem Personen zum Führen und Vorlesen sowie professionelle Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen, zur Verfügung zu stellen mit dem Ziel, den Zugang zu Gebäuden und anderen Einrichtungen, die der Öffentlichkeit offenstehen, zu erleichtern;

f) um andere geeignete Formen der Hilfe und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen zu fördern, damit ihr Zugang zu Informationen gewährleistet wird;

g) um den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und -systemen, einschließlich des Internets, zu fördern;

h) um die Gestaltung, die Entwicklung, die Herstellung und den Vertrieb zugänglicher Informations- und Kommunikationstechnologien und -systeme in einem frühen Stadium zu fördern, sodass deren Zugänglichkeit mit möglichst geringem Kostenaufwand erreicht wird.

Article 10
Right to life

States Parties reaffirm that every human being has the inherent right to life and shall take all necessary measures to ensure its effective enjoyment by persons with disabilities on an equal basis with others.

Article 10
Droit à la vie

Les États Parties reaffirment que le droit à la vie est inherent à la personne humaine et prennent toutes mesures necessaires pour en assurer aux personnes handicapees la jouissance effective, sur la base de l'egalite avec les autres.

Artikel 10
Recht auf Leben

Die Vertragsstaaten bekräftigen, dass jeder Mensch ein angeborenes Recht auf Leben hat, und treffen alle erforderlichen Maßnahmen, um den wirksamen und gleichberechtigten Genuss dieses Rechts durch Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Article 11
Situations of risk and humanitarian emergencies

States Parties shall take, in accordance with their obligations under international law, including international humanitarian law and international human rights law, all necessary measures to ensure the protection and safety of persons with disabilities in situations of risk, including situations of armed conflict, humanitarian emergencies and the occurrence of natural disasters.

Article 11
Situations de risque et situations d'urgence humanitaire

Les États Parties prennent, conformement aux obligations qui leur incombent en vertu du droit international, notamment le droit international humanitaire et le droit international des droits de l'homme, toutes mesures necessaires pour assurer la protection et la sûrete des personnes handicapees dans les situations de risque, y compris les conflits armes, les crises humanitaires et les catastrophes naturelles.

Artikel 11
Gefahrensituationen und humanitäre Notlagen

Die Vertragsstaaten ergreifen im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, alle erforderlichen Maßnahmen, um in Gefahrensituationen, einschließlich bewaffneter Konflikte, humanitärer Notlagen und Naturkatastrophen, den Schutz und die Sicherheit von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Article 12
Equal recognition before the law

1. States Parties reaffirm that persons with disabilities have the right to recognition everywhere as persons before the law.

2. States Parties shall recognize that persons with disabilities enjoy legal capacity on an equal basis with others in all aspects of life.

3. States Parties shall take appropriate measures to provide access by persons with disabilities to the support they may require in exercising their legal capacity.

4. States Parties shall ensure that all measures that relate to the exercise of legal capacity provide for appropriate and effective safeguards to prevent abuse in accordance with international human rights law. Such safeguards shall ensure that measures relating to

Article 12
Reconnaissance de la personnalité juridique dans des conditions d'égalité

1. Les États Parties reaffirment que les personnes handicapees ont droit à la reconnaissance en tous lieux de leur personnalite juridique.

2 Les États Parties reconnaissent que les personnes handicapées jouissent de la capacité juridique dans tous les domaines, sur la base de l'égalité avec les autres.

3. Les États Parties prennent des mesures appropriées pour donner aux personnes handicapées accès à l'accompagnement dont elles peuvent avoir besoin pour exercer leur capacité juridique.

4. Les États Parties font en sorte que les mesures relatives à l'exercice de la capacité juridique soient assorties de garanties appropriées et effectives pour prévenir les abus, conformément au droit international des droits de l'homme. Ces garanties doivent garantir

Artikel 12
Gleiche Anerkennung vor dem Recht

(1) Die Vertragsstaaten bekräftigen, dass Menschen mit Behinderungen das Recht haben, überall als Rechtssubjekt anerkannt zu werden.

(2) Die Vertragsstaaten anerkennen, dass Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen gleichberechtigt mit anderen Rechts- und Handlungsfähigkeit genießen.

(3) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen Zugang zu der Unterstützung zu verschaffen, die sie bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit gegebenenfalls benötigen.

(4) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass zu allen die Ausübung der Rechts- und Handlungsfähigkeit betreffenden Maßnahmen im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen geeignete und wirksame Sicherungen vorgesehen werden, um Missbräuche zu

the exercise of legal capacity respect the rights, will and preferences of the person, are free of conflict of interest and undue influence, are proportional and tailored to the person's circumstances, apply for the shortest time possible and are subject to regular review by a competent, independent and impartial authority or judicial body. The safeguards shall be proportional to the degree to which such measures affect the person's rights and interests.

que les mesures relatives à l'exercice de la capacité juridique respectent les droits, la volonté et les préférences de la personne concernée, soient exemptes de tout conflit d'intérêt et ne donnent lieu à aucun abus d'influence, soient proportionnées et adaptées à la situation de la personne concernée, s'appliquent pendant la période la plus brève possible et soient soumises à un contrôle périodique effectué par un organe compétent, indépendant et impartial ou une instance judiciaire. Ces garanties doivent également être proportionnées au degré auquel les mesures devant faciliter l'exercice de la capacité juridique affectent les droits et intérêts de la personne concernée.

verhindern. Diese Sicherungen müssen gewährleisten, dass bei den Maßnahmen betreffend die Ausübung der Rechts- und Handlungsfähigkeit die Rechte, der Wille und die Präferenzen der betreffenden Person geachtet werden, es nicht zu Interessenkonflikten und missbräuchlicher Einflussnahme kommt, dass die Maßnahmen verhältnismäßig und auf die Umstände der Person zugeschnitten sind, dass sie von möglichst kurzer Dauer sind und dass sie einer regelmäßigen Überprüfung durch eine zuständige, unabhängige und unparteiische Behörde oder gerichtliche Stelle unterliegen. Die Sicherungen müssen im Hinblick auf das Ausmaß, in dem diese Maßnahmen die Rechte und Interessen der Person berühren, verhältnismäßig sein.

5. Subject to the provisions of this article, States Parties shall take all appropriate and effective measures to ensure the equal right of persons with disabilities to own or inherit property, to control their own financial affairs and to have equal access to bank loans, mortgages and other forms of financial credit, and shall ensure that persons with disabilities are not arbitrarily deprived of their property.

5. Sous réserve des dispositions du présent article, les États Parties prennent toutes mesures appropriées et effectives pour garantir le droit qu'ont les personnes handicapées, sur la base de l'égalité avec les autres, de posséder des biens ou d'en hériter, de contrôler leurs finances et d'avoir accès aux mêmes conditions que les autres personnes aux prêts bancaires, hypothèques et autres formes de crédit financier; ils veillent à ce que les personnes handicapées ne soient pas arbitrairement privées de leurs biens.

(5) Vorbehaltlich dieses Artikels treffen die Vertragsstaaten alle geeigneten und wirksamen Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen das gleiche Recht wie andere haben, Eigentum zu besitzen oder zu erben, ihre finanziellen Angelegenheiten selbst zu regeln und gleichen Zugang zu Bankdarlehen, Hypotheken und anderen Finanzkrediten zu haben, und gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen nicht willkürlich ihr Eigentum entzogen wird.

Article 13
Access to justice

1. States Parties shall ensure effective access to justice for persons with disabilities on an equal basis with others, including through the provision of procedural and ageappropriate accommodations, in order to facilitate their effective role as direct and indirect participants, including as witnesses, in all legal proceedings, including at investigative and other preliminary stages.

2. In order to help to ensure effective access to justice for persons with disabilities, States Parties shall promote appropriate training for those working in the field of administration of justice, including police and prison staff.

Article 13
Accès à la justice

1. Les États Parties assurent l'accès effectif des personnes handicapées à la justice, sur la base de l'égalité avec les autres, y compris par le biais d'aménagements procéduraux et d'aménagements en fonction de l'âge, afin de faciliter leur participation effective, directe ou indirecte, notamment en tant que témoins, à toutes les procédures judiciaires, y compris au stade de l'enquête et aux autres stades préliminaires.

2. Afin d'aider à assurer l'accès effectif des personnes handicapées à la justice, les États Parties favorisent une formation appropriée des personnels concourant à l'administration de la justice, y compris les personnels de police et les personnels pénitentiaires.

Artikel 13
Zugang zur Justiz

(1) Die Vertragsstaaten gewährleisten Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksamen Zugang zur Justiz, unter anderem durch verfahrensbezogene und altersgemäße Vorkehrungen, um ihre wirksame unmittelbare und mittelbare Teilnahme, einschließlich als Zeugen und Zeuginnen, an allen Gerichtsverfahren, auch in der Ermittlungsphase und in anderen Vorverfahrensphasen, zu erleichtern.

(2) Um zur Gewährleistung des wirksamen Zugangs von Menschen mit Behinderungen zur Justiz beizutragen, fördern die Vertragsstaaten geeignete Schulungen für die im Justizwesen tätigen Personen, einschließlich des Personals von Polizei und Strafvollzug.

Article 14
Liberty and security of person

1. States Parties shall ensure that persons with disabilities, on an equal basis with others:

(a) Enjoy the right to liberty and security of person;

(b) Are not deprived of their liberty unlawfully or arbitrarily, and that any deprivation of liberty is in conformity with the law, and that the existence of a disability shall in no case justify a deprivation of liberty.

2. States Parties shall ensure that if persons with disabilities are deprived of their liberty through any process, they are, on an equal basis with others, entitled to guarantees in accordance with international human rights law and shall be treated in compliance with the objectives and principles of the present Convention, including by provision of reasonable accommodation.

Article 14
Liberté et sécurité de la personne

1. Les États Parties veillent à ce que les personnes handicapees, sur la base de l'egalite avec les autres:

a) Jouissent du droit à la liberte et à la sûrete de leur personne;

b) Ne soient pas privees de leur liberte de façon illegale ou arbitraire; ils veillent en outre à ce que toute privation de liberte soit conforme à la loi et à ce qu'en aucun cas l'existence d'un handicap ne justifie une privation de liberte.

2. Les États Parties veillent à ce que les personnes handicapees, si elles sont privees de leur liberte à l'issue d'une quelconque procedure, aient droit, sur la base de l'egalite avec les autres, aux garanties prevues par le droit international des droits de l'homme et soient traitees conformement aux buts et principes de la presente Convention, y compris en beneficiant d'amenagements raisonnables.

Artikel 14
Freiheit und Sicherheit der Person

(1) Die Vertragsstaaten gewährleisten,

a) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen das Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit genießen;

b) dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen die Freiheit nicht rechtswidrig oder willkürlich entzogen wird, dass jede Freiheitsentziehung im Einklang mit dem Gesetz erfolgt und dass das Vorliegen einer Behinderung in keinem Fall eine Freiheitsentziehung rechtfertigt.

(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen, denen aufgrund eines Verfahrens ihre Freiheit entzogen wird, gleichberechtigten Anspruch auf die in den internationalen Menschenrechtsnormen vorgesehenen Garantien haben und im Einklang mit den Zielen und Grundsätzen dieses Übereinkommens behandelt werden, einschließlich durch die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen.

Article 15
Freedom from torture or cruel, inhuman or degrading treatment or punishment

1. No one shall be subjected to torture or to cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. In particular, no one shall be subjected without his or her free consent to medical or scientific experimentation.

2. States Parties shall take all effective legislative, administrative, judicial or other measures to prevent persons with disabilities, on an equal basis with others, from being subjected to torture or cruel, inhuman or degrading treatment or punishment.

Article 15
Droit de ne pas être soumis à la torture ni à des peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants

1. Nul ne sera soumis à la torture, ni à des peines ou traitements cruels, inhumains ou degradants. En particulier, il est interdit de soumettre une personne sans son libre consentement à une experience medicale ou scientifique.

2. Les États Parties prennent toutes mesures legislatives, administratives, judiciaires et autres mesures efficaces pour empêcher, sur la base de l'egalite avec les autres, que des personnes handicapees ne soient soumises à la torture ou à des peines ou traitements cruels, inhumains ou degradants.

Artikel 15
Freiheit von Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe

(1) Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden. Insbesondere darf niemand ohne seine freiwillige Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Versuchen unterworfen werden.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle wirksamen gesetzgeberischen, verwaltungsmäßigen, gerichtlichen oder sonstigen Maßnahmen, um auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verhindern, dass Menschen mit Behinderungen der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Article 16
Freedom from exploitation, violence and abuse

1. States Parties shall take all appropriate legislative, administrative, social, educational and other measures to protect persons with disabilities, both within and outside the home, from all forms of exploitation, violence and abuse, including their genderbased aspects.

2. States Parties shall also take all appropriate measures to prevent all forms of exploitation, violence and abuse by ensuring, inter alia, appropriate forms of gender- and agesensitive assistance and support for persons with disabilities and their families and caregivers, including through the provision of information and education on how to avoid, recognize and report instances of exploitation, violence and abuse. States Parties shall ensure that protection services are age-, gender- and disabilitysensitive.

3. In order to prevent the occurrence of all forms of exploitation, violence and abuse, States Parties shall ensure that all facilities and programmes designed to serve persons with disabilities are effectively monitored by independent authorities.

4. States Parties shall take all appropriate measures to promote the physical, cognitive and psychological recovery, rehabilitation and social reintegration of persons with disabilities who become victims of any form of exploitation, violence or abuse, including through the provision of protection services. Such recovery and reintegration shall take place in an environment that fosters the health, welfare, selfrespect, dignity and autonomy of the person and takes into account gender- and agespecific needs.

Article 16
Droit de ne pas être soumis à l'exploitation, à la violence et à la maltraitance

1. Les États Parties prennent toutes mesures legislatives, administratives, sociales, educatives et autres mesures appropriees pour proteger les personnes handicapees, à leur domicile comme à l'exterieur, contre toutes formes d'exploitation, de violence et de maltraitance, y compris leurs aspects fondes sur le sexe.

2. Les États Parties prennent egalement toutes mesures appropriees pour prevenir toutes les formes d'exploitation, de violence et de maltraitance en assurant notamment aux personnes handicapees, à leur famille et à leurs aidants des formes appropriees d'aide et d'accompagnement adaptees au sexe et à l'âge, y compris en mettant à leur disposition des informations et des services educatifs sur les moyens d'eviter, de reconnaître et de denoncer les cas d'exploitation, de violence et de maltraitance. Les États Parties veillent à ce que les services de protection tiennent compte de l'âge, du sexe et du handicap des interesses.

3. Afin de prevenir toutes les formes d'exploitation, de violence et de maltraitance, les États Parties veillent à ce que tous les etablissements et programmes destines aux personnes handicapees soient effectivement contrôles par des autorites independantes.

4. Les États Parties prennent toutes mesures appropriees pour faciliter le retablissement physique, cognitif et psychologique, la readaptation et la reinsertion sociale des personnes handicapees qui ont ete victimes d'exploitation, de violence ou de maltraitance sous toutes leurs formes, notamment en mettant à leur disposition des services de protection. Le retablissement et la reinsertion interviennent dans un environnement qui favorise la sante, le bienêtre, l'estime de soi, la dignite et l'autonomie de la personne et qui prend en compte les besoins specifiquement lies au sexe et à l'âge.

Artikel 16
Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch

(1) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial-, Bildungs- und sonstigen Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Wohnung vor jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch, einschließlich ihrer geschlechtsspezifischen Aspekte, zu schützen.

(2) Die Vertragsstaaten treffen außerdem alle geeigneten Maßnahmen, um jede Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch zu verhindern, indem sie unter anderem geeignete Formen von das Geschlecht und das Alter berücksichtigender Hilfe und Unterstützung für Menschen mit Behinderungen und ihre Familien und Betreuungspersonen gewährleisten, einschließlich durch die Bereitstellung von Informationen und Aufklärung darüber, wie Fälle von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch verhindert, erkannt und angezeigt werden können. Die Vertragsstaaten sorgen dafür, dass Schutzdienste das Alter, das Geschlecht und die Behinderung der betroffenen Personen berücksichtigen.

(3) Zur Verhinderung jeder Form von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch stellen die Vertragsstaaten sicher, dass alle Einrichtungen und Programme, die für Menschen mit Behinderungen bestimmt sind, wirksam von unabhängigen Behörden überwacht werden.

(4) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um die körperliche, kognitive und psychische Genesung, die Rehabilitation und die soziale Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderungen, die Opfer irgendeiner Form von Ausbeutung, Gewalt oder Missbrauch werden, zu fördern, auch durch die Bereitstellung von Schutzeinrichtungen. Genesung und Wiedereingliederung müssen in einer Umgebung stattfinden, die der Gesundheit, dem Wohlergehen, der Selbstachtung, der Würde und der Autonomie des Menschen förderlich ist und geschlechts- und altersspezifischen Bedürfnissen Rechnung trägt.

5. States Parties shall put in place effective legislation and policies, including women- and childfocused legislation and policies, to ensure that instances of exploitation, violence and abuse against persons with disabilities are identified, investigated and, where appropriate, prosecuted.

5. Les États Parties mettent en place une legislation et des politiques efficaces, y compris une legislation et des politiques axees sur les femmes et les enfants, qui garantissent que les cas d'exploitation, de violence et de maltraitance envers des personnes handicapees sont depistes, font l'objet d'une enquête et, le cas echeant, donnent lieu à des poursuites.

(5) Die Vertragsstaaten schaffen wirksame Rechtsvorschriften und politische Konzepte, einschließlich solcher, die auf Frauen und Kinder ausgerichtet sind, um sicherzustellen, dass Fälle von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch gegenüber Menschen mit Behinderungen erkannt, untersucht und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt werden.

Article 17
Protecting the integrity of the person

Every person with disabilities has a right to respect for his or her physical and mental integrity on an equal basis with others.

Article 17
Protection de l'intégrité de la personne

Toute personne handicapee a droit au respect de son integrite physique et mentale sur la base de l'egalite avec les autres.

Artikel 17
Schutz der Unversehrtheit der Person

Jeder Mensch mit Behinderungen hat gleichberechtigt mit anderen das Recht auf Achtung seiner körperlichen und seelischen Unversehrtheit.

Article 18
Liberty of movement and nationality

1. States Parties shall recognize the rights of persons with disabilities to liberty of movement, to freedom to choose their residence and to a nationality, on an equal basis with others, including by ensuring that persons with disabilities:

(a) Have the right to acquire and change a nationality and are not deprived of their nationality arbitrarily or on the basis of disability;

(b) Are not deprived, on the basis of disability, of their ability to obtain, possess and utilize documentation of their nationality or other documentation of identification, or to utilize relevant processes such as immigration proceedings, that may be needed to facilitate exercise of the right to liberty of movement;

(c) Are free to leave any country, including their own;

Article 18
Droit de circuler librement et nationalité

1. Les États Parties reconnaissent aux personnes handicapees, sur la base de l'egalite avec les autres, le droit de circuler librement, le droit de choisir librement leur residence et le droit à une nationalite, et ils veillent notamment à ce que les personnes handicapees:

a) Aient le droit d'acquerir une nationalite et de changer de nationalite et ne soient pas privees de leur nationalite arbitrairement ou en raison de leur handicap;

b) Ne soient pas privees, en raison de leur handicap, de la capacite d'obtenir, de posseder et d'utiliser des titres attestant leur nationalite ou autres titres d'identite ou d'avoir recours aux procedures pertinentes, telles que les procedures d'immigration, qui peuvent être necessaires pour faciliter l'exercice du droit de circuler librement;

c) Aient le droit de quitter n'importe quel pays, y compris le leur;

Artikel 18
Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Freizügigkeit, auf freie Wahl ihres Aufenthaltsorts und auf eine Staatsangehörigkeit, indem sie unter anderem gewährleisten, dass

a) Menschen mit Behinderungen das Recht haben, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben und ihre Staatsangehörigkeit zu wechseln, und dass ihnen diese nicht willkürlich oder aufgrund von Behinderung entzogen wird;

b) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung die Möglichkeit versagt wird, Dokumente zum Nachweis ihrer Staatsangehörigkeit oder andere Identitätsdokumente zu erhalten, zu besitzen und zu verwenden oder einschlägige Verfahren wie Einwanderungsverfahren in Anspruch zu nehmen, die gegebenenfalls erforderlich sind, um die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit zu erleichtern;

c) Menschen mit Behinderungen die Freiheit haben, jedes Land einschließlich ihres eigenen zu verlassen;

(d) Are not deprived, arbitrarily or on the basis of disability, of the right to enter their own country.

d) Ne soient pas privees, arbitrairement ou en raison de leur handicap, du droit d'entrer dans leur propre pays.

d) Menschen mit Behinderungen nicht willkürlich oder aufgrund von Behinderung das Recht entzogen wird, in ihr eigenes Land einzureisen.

2. Children with disabilities shall be registered immediately after birth and shall have the right from birth to a name, the right to acquire a nationality and, as far as possible, the right to know and be cared for by their parents.

2. Les enfants handicapes sont enregistres aussitôt leur naissance et ont dès celleci le droit à un nom, le droit d'acquerir une nationalite et, dans la mesure du possible, le droit de connaître leurs parents et d'être eleves par eux.

(2) Kinder mit Behinderungen sind unverzüglich nach ihrer Geburt in ein Register einzutragen und haben das Recht auf einen Namen von Geburt an, das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben, und soweit möglich das Recht, ihre Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden.

Article 19
Living independently and being included in the community

States Parties to the present Convention recognize the equal right of all persons with disabilities to live in the community, with choices equal to others, and shall take effective and appropriate measures to facilitate full enjoyment by persons with disabilities of this right and their full inclusion and participation in the community, including by ensuring that:

(a) Persons with disabilities have the opportunity to choose their place of residence and where and with whom they live on an equal basis with others and are not obliged to live in a particular living arrangement;

(b) Persons with disabilities have access to a range of inhome, residential and other community support services, including personal assistance necessary to support living and inclusion in the community, and to prevent isolation or segregation from the community;

(c) Community services and facilities for the general population are available on an equal basis to persons with disabilities and are responsive to their needs.

Article 19
Autonomie de vie et inclusion dans la société

Les États Parties à la presente Convention reconnaissent à toutes les personnes handicapees le droit de vivre dans la societe, avec la même liberte de choix que les autres personnes, et prennent des mesures efficaces et appropriees pour faciliter aux personnes handicapees la pleine jouissance de ce droit ainsi que leur pleine integration et participation à la societe, notamment en veillant à ce que:

a) Les personnes handicapees aient la possibilite de choisir, sur la base de l'egalite avec les autres, leur lieu de residence et où et avec qui elles vont vivre et qu'elles ne soient pas obligees de vivre dans un milieu de vie particulier;

b) Les personnes handicapees aient accès à une gamme de services à domicile ou en etablissement et autres services sociaux d'accompagnement, y compris l'aide personnelle necessaire pour leur permettre de vivre dans la societe et de s'y inserer et pour empêcher qu'elles ne soient isolees ou victimes de segregation;

c) Les services et equipements sociaux destines à la population generale soient mis à la disposition des personnes handicapees, sur la base de l'egalite avec les autres, et soient adaptes à leurs besoins.

Artikel 19
Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens anerkennen das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben, und treffen wirksame und geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen den vollen Genuss dieses Rechts und ihre volle Einbeziehung in die Gemeinschaft und Teilhabe an der Gemeinschaft zu erleichtern, indem sie unter anderem gewährleisten, dass

a) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt die Möglichkeit haben, ihren Aufenthaltsort zu wählen und zu entscheiden, wo und mit wem sie leben, und nicht verpflichtet sind, in besonderen Wohnformen zu leben;

b) Menschen mit Behinderungen Zugang zu einer Reihe von gemeindenahen Unterstützungsdiensten zu Hause und in Einrichtungen sowie zu sonstigen gemeindenahen Unterstützungsdiensten haben, einschließlich der persönlichen Assistenz, die zur Unterstützung des Lebens in der Gemeinschaft und der Einbeziehung in die Gemeinschaft sowie zur Verhinderung von Isolation und Absonderung von der Gemeinschaft notwendig ist;

c) gemeindenahe Dienstleistungen und Einrichtungen für die Allgemeinheit Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zur Verfügung stehen und ihren Bedürfnissen Rechnung tragen.

Article 20
Personal mobility

States Parties shall take effective measures to ensure personal mobility with the greatest possible independence for persons with disabilities, including by:

(a) Facilitating the personal mobility of persons with disabilities in the manner and at the time of their choice, and at affordable cost;

(b) Facilitating access by persons with disabilities to quality mobility aids, devices, assistive technologies and forms of live assistance and intermediaries, including by making them available at affordable cost;

(c) Providing training in mobility skills to persons with disabilities and to specialist staff working with persons with disabilities;

(d) Encouraging entities that produce mobility aids, devices and assistive technologies to take into account all aspects of mobility for persons with disabilities.

Article 20
Mobilité personnelle

Les États Parties prennent des mesures efficaces pour assurer la mobilite personnelle des personnes handicapees, dans la plus grande autonomie possible, y compris en:

a) Facilitant la mobilite personnelle des personnes handicapees selon les modalites et au moment que cellesci choisissent, et à un coût abordable;

b) Facilitant l'accès des personnes handicapees à des aides à la mobilite, appareils et accessoires, technologies d'assistance, formes d'aide humaine ou animalière et mediateurs de qualite, notamment en faisant en sorte que leur coût soit abordable;

c) Dispensant aux personnes handicapees et aux personnels specialises qui travaillent avec elles une formation aux techniques de mobilite;

d) Encourageant les organismes qui produisent des aides à la mobilite, des appareils et accessoires et des technologies d'assistance à prendre en compte tous les aspects de la mobilite des personnes handicapees.

Artikel 20
Persönliche Mobilität

Die Vertragsstaaten treffen wirksame Maßnahmen, um für Menschen mit Behinderungen persönliche Mobilität mit größtmöglicher Unabhängigkeit sicherzustellen, indem sie unter anderem

a) die persönliche Mobilität von Menschen mit Behinderungen in der Art und Weise und zum Zeitpunkt ihrer Wahl und zu erschwinglichen Kosten erleichtern;

b) den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu hochwertigen Mobilitätshilfen, Geräten, unterstützenden Technologien und menschlicher und tierischer Hilfe sowie Mittelspersonen erleichtern, auch durch deren Bereitstellung zu erschwinglichen Kosten;

c) Menschen mit Behinderungen und Fachkräften, die mit Menschen mit Behinderungen arbeiten, Schulungen in Mobilitätsfertigkeiten anbieten;

d) Hersteller von Mobilitätshilfen, Geräten und unterstützenden Technologien ermutigen, alle Aspekte der Mobilität für Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen.

Article 21
Freedom of expression and opinion, and access to information

States Parties shall take all appropriate measures to ensure that persons with disabilities can exercise the right to freedom of expression and opinion, including the freedom to seek, receive and impart information and ideas on an equal basis with others and through all forms of communication of their choice, as defined in article 2 of the present Convention, including by:

(a) Providing information intended for the general public to persons with disabilities in accessible formats and technologies appropriate to different

Article 21
Liberté d'expression et d'opinion et accès à l'information

Les États Parties prennent toutes mesures appropriees pour que les personnes handicapees puissent exercer le droit à la liberte d'expression et d'opinion, y compris la liberte de demander, recevoir et communiquer des informations et des idees, sur la base de l'egalite avec les autres et en recourant à tous moyens de communication de leur choix au sens de l'article 2 de la presente Convention. À cette fin, les États Parties:

a) Communiquent les informations destinees au grand public aux personnes handicapees, sans tarder et sans frais supplementaires pour cellesci, sous des formes accessibles et au moyen

Artikel 21
Recht der freien Meinungsäußerung, Meinungsfreiheit und Zugang zu Informationen

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen das Recht auf freie Meinungsäußerung und Meinungsfreiheit, einschließlich der Freiheit, Informationen und Gedankengut sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben, gleichberechtigt mit anderen und durch alle von ihnen gewählten Formen der Kommunikation im Sinne des Artikels 2 ausüben können, unter anderem indem sie

a) Menschen mit Behinderungen für die Allgemeinheit bestimmte Informationen rechtzeitig und ohne zusätzliche Kosten in zugänglichen Formaten und Technologien, die für unterschiedliche

kinds of disabilities in a timely manner and without additional cost;

(b) Accepting and facilitating the use of sign languages, Braille, augmentative and alternative communication, and all other accessible means, modes and formats of communication of their choice by persons with disabilities in official interactions;

(c) Urging private entities that provide services to the general public, including through the Internet, to provide information and services in accessible and usable formats for persons with disabilities;

(d) Encouraging the mass media, including providers of information through the Internet, to make their services accessible to persons with disabilities;

(e) Recognizing and promoting the use of sign languages.

de technologies adaptees aux differents types de handicap;

b) Acceptent et facilitent le recours par les personnes handicapees, pour leurs demarches officielles, à la langue des signes, au braille, à la communication amelioree et alternative et à tous les autres moyens, modes et formes accessibles de communication de leur choix;

c) Demandent instamment aux organismes prives qui mettent des services à la disposition du public, y compris par le biais de l'internet, de fournir des informations et des services sous des formes accessibles aux personnes handicapees et que cellesci puissent utiliser;

d) Encouragent les medias, y compris ceux qui communiquent leurs informations par l'internet, à rendre leurs services accessibles aux personnes handicapees;

e) Reconnaissent et favorisent l'utilisation des langues des signes.

Arten der Behinderung geeignet sind, zur Verfügung stellen;

b) im Umgang mit Behörden die Verwendung von Gebärdensprachen, Brailleschrift, ergänzenden und alternativen Kommunikationsformen und allen sonstigen selbst gewählten zugänglichen Mitteln, Formen und Formaten der Kommunikation durch Menschen mit Behinderungen akzeptieren und erleichtern;

c) private Rechtsträger, die, einschließlich durch das Internet, Dienste für die Allgemeinheit anbieten, dringend dazu auffordern, Informationen und Dienstleistungen in Formaten zur Verfügung zu stellen, die für Menschen mit Behinderungen zugänglich und nutzbar sind;

d) die Massenmedien, einschließlich der Anbieter von Informationen über das Internet, dazu auffordern, ihre Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen zugänglich zu gestalten;

e) die Verwendung von Gebärdensprachen anerkennen und fördern.

Article 22
Respect for privacy

1. No person with disabilities, regardless of place of residence or living arrangements, shall be subjected to arbitrary or unlawful interference with his or her privacy, family, home or correspondence or other types of communication or to unlawful attacks on his or her honour and reputation. Persons with disabilities have the right to the protection of the law against such interference or attacks.

2. States Parties shall protect the privacy of personal, health and rehabilitation information of persons with disabilities on an equal basis with others.

Article 22
Respect de la vie privée

1. Aucune personne handicapee, quel que soit son lieu de residence ou son milieu de vie, ne sera l'objet d'immixtions arbitraires ou illegales dans sa vie privee, sa famille, son domicile ou sa correspondance ou autres types de communication ni d'atteintes illegales à son honneur et à sa reputation. Les personnes handicapees ont droit à la protection de la loi contre de telles immixtions ou de telles atteintes.

2. Les États Parties protègent la confidentialite des informations personnelles et des informations relatives à la sante et à la readaptation des personnes handicapees, sur la base de l'egalite avec les autres.

Artikel 22
Achtung der Privatsphäre

(1) Menschen mit Behinderungen dürfen unabhängig von ihrem Aufenthaltsort oder der Wohnform, in der sie leben, keinen willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in ihr Privatleben, ihre Familie, ihre Wohnung oder ihren Schriftverkehr oder andere Arten der Kommunikation oder rechtswidrigen Beeinträchtigungen ihrer Ehre oder ihres Rufes ausgesetzt werden. Menschen mit Behinderungen haben Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

(2) Die Vertragsstaaten schützen auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen die Vertraulichkeit von Informationen über die Person, die Gesundheit und die Rehabilitation von Menschen mit Behinderungen.

Article 23
Respect for home and the family

1. States Parties shall take effective and appropriate measures to eliminate discrimination against persons with disabilities in all matters relating to marriage, family, parenthood and relationships, on an equal basis with others, so as to ensure that:

(a) The right of all persons with disabilities who are of marriageable age to marry and to found a family on the basis of free and full consent of the intending spouses is recognized;

(b) The rights of persons with disabilities to decide freely and responsibly on the number and spacing of their children and to have access to ageappropriate information, reproductive and family planning education are recognized, and the means necessary to enable them to exercise these rights are provided;

(c) Persons with disabilities, including children, retain their fertility on an equal basis with others.

2. States Parties shall ensure the rights and responsibilities of persons with disabilities, with regard to guardianship, wardship, trusteeship, adoption of children or similar institutions, where these concepts exist in national legislation; in all cases the best interests of the child shall be paramount. States Parties shall render appropriate assistance to persons with disabilities in the performance of their childrearing responsibilities.

3. States Parties shall ensure that children with disabilities have equal rights with respect to family life. With a view to realizing these rights, and to prevent concealment, abandonment, neglect and segregation of children with disabilities, States Parties shall undertake to provide early and comprehensive information, services and

Article 23
Respect du domicile et de la famille

1. Les États Parties prennent des mesures efficaces et appropriees pour eliminer la discrimination à l'egard des personnes handicapees dans tout ce qui a trait au mariage, à la famille, à la fonction parentale et aux relations personnelles, sur la base de l'egalite avec les autres, et veillent à ce que:

a) Soit reconnu à toutes les personnes handicapees, à partir de l'âge nubile, le droit de se marier et de fonder une famille sur la base du libre et plein consentement des futurs epoux;

b) Soient reconnus aux personnes handicapees le droit de decider librement et en toute connaissance de cause du nombre de leurs enfants et de l'espacement des naissances ainsi que le droit d'avoir accès, de façon appropriee pour leur âge, à l'information et à l'education en matière de procreation et de planification familiale; et à ce que les moyens necessaires à l'exercice de ces droits leur soient fournis;

c) Les personnes handicapees, y compris les enfants, conservent leur fertilite, sur la base de l'egalite avec les autres.

2. Les États Parties garantissent les droits et responsabilites des personnes handicapees en matière de tutelle, de curatelle, de garde et d'adoption des enfants ou d'institutions similaires, lorsque ces institutions existent dans la legislation nationale; dans tous les cas, l'interêt superieur de l'enfant est la consideration primordiale. Les États Parties apportent une aide appropriee aux personnes handicapees dans l'exercice de leurs responsabilites parentales.

3. Les États Parties veillent à ce que les enfants handicapes aient des droits egaux dans leur vie en famille. Aux fins de l'exercice de ces droits et en vue de prevenir la dissimulation, l'abandon, le delaissement et la segregation des enfants handicapes, les États Parties s'engagent à fournir aux enfants handicapes et à leur famille, à un stade

Artikel 23
Achtung der Wohnung und der Familie

(1) Die Vertragsstaaten treffen wirksame und geeignete Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen in allen Fragen, die Ehe, Familie, Elternschaft und Partnerschaften betreffen, um zu gewährleisten, dass

a) das Recht aller Menschen mit Behinderungen im heiratsfähigen Alter, auf der Grundlage des freien und vollen Einverständnisses der künftigen Ehegatten eine Ehe zu schließen und eine Familie zu gründen, anerkannt wird;

b) das Recht von Menschen mit Behinderungen auf freie und verantwortungsbewusste Entscheidung über die Anzahl ihrer Kinder und die Geburtenabstände sowie auf Zugang zu altersgemäßer Information sowie Aufklärung über Fortpflanzung und Familienplanung anerkannt wird und ihnen die notwendigen Mittel zur Ausübung dieser Rechte zur Verfügung gestellt werden;

c) Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern, gleichberechtigt mit anderen ihre Fruchtbarkeit behalten.

(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten die Rechte und Pflichten von Menschen mit Behinderungen in Fragen der Vormundschaft, Pflegschaft, Personen- und Vermögenssorge, Adoption von Kindern oder ähnlichen Rechtsinstituten, soweit das innerstaatliche Recht solche kennt; in allen Fällen ist das Wohl des Kindes ausschlaggebend. Die Vertragsstaaten unterstützen Menschen mit Behinderungen in angemessener Weise bei der Wahrnehmung ihrer elterlichen Verantwortung.

(3) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass Kinder mit Behinderungen gleiche Rechte in Bezug auf das Familienleben haben. Zur Verwirklichung dieser Rechte und mit dem Ziel, das Verbergen, das Aussetzen, die Vernachlässigung und die Absonderung von Kindern mit Behinderungen zu verhindern, verpflichten sich die Vertragsstaaten, Kindern mit

support to children with disabilities and their families.

precoce, un large eventail d'informations et de services, dont des services d'accompagnement.

Behinderungen und ihren Familien frühzeitig umfassende Informationen, Dienste und Unterstützung zur Verfügung zu stellen.

4. States Parties shall ensure that a child shall not be separated from his or her parents against their will, except when competent authorities subject to judicial review determine, in accordance with applicable law and procedures, that such separation is necessary for the best interests of the child. In no case shall a child be separated from parents on the basis of a disability of either the child or one or both of the parents.

4. Les États Parties veillent à ce qu'aucun enfant ne soit separe de ses parents contre leur gre, à moins que les autorites competentes, sous reserve d'un contrôle juridictionnel, ne decident, conformement au droit et aux procedures applicables, qu'une telle separation est necessaire dans l'interêt superieur de l'enfant. En aucun cas un enfant ne doit être separe de ses parents en raison de son handicap ou du handicap de l'un ou des deux parents.

(4) Die Vertragsstaaten gewährleisten, dass ein Kind nicht gegen den Willen seiner Eltern von diesen getrennt wird, es sei denn, dass die zuständigen Behörden in einer gerichtlich nachprüfbaren Entscheidung nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren bestimmen, dass diese Trennung zum Wohl des Kindes notwendig ist. In keinem Fall darf das Kind aufgrund einer Behinderung entweder des Kindes oder eines oder beider Elternteile von den Eltern getrennt werden.

5. States Parties shall, where the immediate family is unable to care for a child with disabilities, undertake every effort to provide alternative care within the wider family, and failing that, within the community in a family setting.

5. Les États Parties s'engagent, lorsque la famille immediate n'est pas en mesure de s'occuper d'un enfant handicape, à ne negliger aucun effort pour assurer la prise en charge de l'enfant par la famille elargie et, si cela n'est pas possible, dans un cadre familial au sein de la communaute.

(5) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, in Fällen, in denen die nächsten Familienangehörigen nicht in der Lage sind, für ein Kind mit Behinderungen zu sorgen, alle Anstrengungen zu unternehmen, um andere Formen der Betreuung innerhalb der weiteren Familie und, falls dies nicht möglich ist, innerhalb der Gemeinschaft in einem familienähnlichen Umfeld zu gewährleisten.

Article 24 Education

Article 24 Éducation

Artikel 24 Bildung

1. States Parties recognize the right of persons with disabilities to education. With a view to realizing this right without discrimination and on the basis of equal opportunity, States Parties shall ensure an inclusive education system at all levels and lifelong learning directed to:

1. Les États Parties reconnaissent le droit des personnes handicapees à l'education. En vue d'assurer l'exercice de ce droit sans discrimination et sur la base de l'egalite des chances, les États Parties font en sorte que le système educatif pourvoie à l'insertion scolaire à tous les niveaux et offre, tout au long de la vie, des possibilites d'education qui visent:

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung. Um dieses Recht ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit zu verwirklichen, gewährleisten die Vertragsstaaten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen mit dem Ziel,

(a) The full development of human potential and sense of dignity and selfworth, and the strengthening of respect for human rights, fundamental freedoms and human diversity;

a) Le plein epanouissement du potentiel humain et du sentiment de dignite et d'estime de soi, ainsi que le renforcement du respect des droits de l'homme, des libertes fondamentales et de la diversite humaine;

a) die menschlichen Möglichkeiten sowie das Bewusstsein der Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen voll zur Entfaltung zu bringen und die Achtung vor den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und der menschlichen Vielfalt zu stärken;

(b) The development by persons with disabilities of their personality, talents and creativity, as well as their mental and physical abilities, to their fullest potential;

b) L'epanouissement de la personnalite des personnes handicapees, de leurs talents et de leur creativite ainsi que de leurs aptitudes mentales et physiques, dans toute la mesure de leurs potentialites;

b) Menschen mit Behinderungen ihre Persönlichkeit, ihre Begabungen und ihre Kreativität sowie ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten voll zur Entfaltung bringen zu lassen;

(c) Enabling persons with disabilities to participate effectively in a free society.

2. In realizing this right, States Parties shall ensure that:

(a) Persons with disabilities are not excluded from the general education system on the basis of disability, and that children with disabilities are not excluded from free and compulsory primary education, or from secondary education, on the basis of disability;

(b) Persons with disabilities can access an inclusive, quality and free primary education and secondary education on an equal basis with others in the communities in which they live;

(c) Reasonable accommodation of the individual's requirements is provided;

(d) Persons with disabilities receive the support required, within the general education system, to facilitate their effective education;

(e) Effective individualized support measures are provided in environments that maximize academic and social development, consistent with the goal of full inclusion.

3. States Parties shall enable persons with disabilities to learn life and social development skills to facilitate their full and equal participation in education and as members of the community. To this end, States Parties shall take appropriate measures, including:

(a) Facilitating the learning of Braille, alternative script, augmentative and alternative modes, means and formats of communication and orientation and mobility skills,

c) La participation effective des personnes handicapees à une societe libre.

2. Aux fins de l'exercice de ce droit, les États Parties veillent à ce que:

a) Les personnes handicapees ne soient pas exclues, sur le fondement de leur handicap, du système d'enseignement general et à ce que les enfants handicapes ne soient pas exclus, sur le fondement de leur handicap, de l'enseignement primaire gratuit et obligatoire ou de l'enseignement secondaire;

b) Les personnes handicapees puissent, sur la base de l'egalite avec les autres, avoir accès, dans les communautes où elles vivent, à un enseignement primaire inclusif, de qualite et gratuit, et à l'enseignement secondaire;

c) Il soit procede à des amenagements raisonnables en fonction des besoins de chacun;

d) Les personnes handicapees beneficient, au sein du système d'enseignement general, de l'accompagnement necessaire pour faciliter leur education effective;

e) Des mesures d'accompagnement individualise efficaces soient prises dans des environnements qui optimisent le progrès scolaire et la socialisation, conformement à l'objectif de pleine integration.

3. Les États Parties donnent aux personnes handicapees la possibilite d'acquerir les competences pratiques et sociales necessaires de façon à faciliter leur pleine et egale participation au système d'enseignement et à la vie de la communaute. À cette fin, les États Parties prennent des mesures appropriees, notamment:

a) Facilitent l'apprentissage du braille, de l'ecriture adaptee et des modes, moyens et formes de communication amelioree et alternative, le developpement des capacites d'orientation

c) Menschen mit Behinderungen zur wirklichen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen.

(2) Bei der Verwirklichung dieses Rechts stellen die Vertragsstaaten sicher, dass

a) Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden und dass Kinder mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom unentgeltlichen und obligatorischen Grundschulunterricht oder vom Besuch weiterführender Schulen ausgeschlossen werden;

b) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einem integrativen, hochwertigen und unentgeltlichen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben;

c) angemessene Vorkehrungen für die Bedürfnisse des Einzelnen getroffen werden;

d) Menschen mit Behinderungen innerhalb des allgemeinen Bildungssystems die notwendige Unterstützung geleistet wird, um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern;

e) in Übereinstimmung mit dem Ziel der vollständigen Integration wirksame individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen in einem Umfeld, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet, angeboten werden.

(3) Die Vertragsstaaten ermöglichen Menschen mit Behinderungen, lebenspraktische Fertigkeiten und soziale Kompetenzen zu erwerben, um ihre volle und gleichberechtigte Teilhabe an der Bildung und als Mitglieder der Gemeinschaft zu erleichtern. Zu diesem Zweck ergreifen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen; unter anderem

a) erleichtern sie das Erlernen von Brailleschrift, alternativer Schrift, ergänzenden und alternativen Formen, Mitteln und Formaten der Kommunikation, den Erwerb von Orientierungs- und

and facilitating peer support and mentoring;

(b) Facilitating the learning of sign language and the promotion of the linguistic identity of the deaf community;

(c) Ensuring that the education of persons, and in particular children, who are blind, deaf or deafblind, is delivered in the most appropriate languages and modes and means of communication for the individual, and in environments which maximize academic and social development.

4. In order to help ensure the realization of this right, States Parties shall take appropriate measures to employ teachers, including teachers with disabilities, who are qualified in sign language and/or Braille, and to train professionals and staff who work at all levels of education. Such training shall incorporate disability awareness and the use of appropriate augmentative and alternative modes, means and formats of communication, educational techniques and materials to support persons with disabilities.

5. States Parties shall ensure that persons with disabilities are able to access general tertiary education, vocational training, adult education and lifelong learning without discrimination and on an equal basis with others. To this end, States Parties shall ensure that reasonable accommodation is provided to persons with disabilities.

et de la mobilite, ainsi que le soutien par les pairs et le mentorat;

b) Facilitent l'apprentissage de la langue des signes et la promotion de l'identite linguistique des personnes sourdes;

c) Veillent à ce que les personnes aveugles, sourdes ou sourdes et aveugles – en particulier les enfants – reçoivent un enseignement dispense dans la langue et par le biais des modes et moyens de communication qui conviennent le mieux à chacun, et ce, dans des environnements qui optimisent le progrès scolaire et la sociabilisation.

4. Afin de faciliter l'exercice de ce droit, les États Parties prennent des mesures appropriees pour employer des enseignants, y compris des enseignants handicapes, qui ont une qualification en langue des signes ou en braille et pour former les cadres et personnels educatifs à tous les niveaux. Cette formation comprend la sensibilisation aux handicaps et l'utilisation des modes, moyens et formes de communication amelioree et alternative et des techniques et materiels pedagogiques adaptes aux personnes handicapees.

5. Les États Parties veillent à ce que les personnes handicapees puissent avoir accès, sans discrimination et sur la base de l'egalite avec les autres, à l'enseignement tertiaire general, à la formation professionnelle, à l'enseignement pour adultes et à la formation continue. À cette fin, ils veillent à ce que des amenagements raisonnables soient apportes en faveur des personnes handicapees.

Mobilitätsfertigkeiten sowie die Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderungen und das Mentoring;

b) erleichtern sie das Erlernen der Gebärdensprache und die Förderung der sprachlichen Identität der Gehörlosen;

c) stellen sie sicher, dass blinden, gehörlosen oder taubblinden Menschen, insbesondere Kindern, Bildung in den Sprachen und Kommunikationsformen und mit den Kommunikationsmitteln, die für den Einzelnen am besten geeignet sind, sowie in einem Umfeld vermittelt wird, das die bestmögliche schulische und soziale Entwicklung gestattet.

(4) Um zur Verwirklichung dieses Rechts beizutragen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen zur Einstellung von Lehrkräften, einschließlich solcher mit Behinderungen, die in Gebärdensprache oder Brailleschrift ausgebildet sind, und zur Schulung von Fachkräften sowie Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen auf allen Ebenen des Bildungswesens. Diese Schulung schließt die Schärfung des Bewusstseins für Behinderungen und die Verwendung geeigneter ergänzender und alternativer Formen, Mittel und Formate der Kommunikation sowie pädagogische Verfahren und Materialien zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen ein.

(5) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben. Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten sicher, dass für Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen getroffen werden.

Article 25
Health

States Parties recognize that persons with disabilities have the right to the enjoyment of the highest attainable standard of health without discrimination on the basis of disability. States Parties shall take all appropriate measures to ensure access for persons with

Article 25
Santé

Les États Parties reconnaissent que les personnes handicapees ont le droit de jouir du meilleur etat de sante possible sans discrimination fondee sur le handicap. Ils prennent toutes les mesures appropriees pour leur assurer l'accès à des services de sante qui prennent en

Artikel 25
Gesundheit

Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit

disabilities to health services that are gendersensitive, including healthrelated rehabilitation. In particular, States Parties shall:

(a) Provide persons with disabilities with the same range, quality and standard of free or affordable health care and programmes as provided to other persons, including in the area of sexual and reproductive health and populationbased public health programmes;

(b) Provide those health services needed by persons with disabilities specifically because of their disabilities, including early identification and intervention as appropriate, and services designed to minimize and prevent further disabilities, including among children and older persons;

(c) Provide these health services as close as possible to people's own communities, including in rural areas;

(d) Require health professionals to provide care of the same quality to persons with disabilities as to others, including on the basis of free and informed consent by, inter alia, raising awareness of the human rights, dignity, autonomy and needs of persons with disabilities through training and the promulgation of ethical standards for public and private health care;

(e) Prohibit discrimination against persons with disabilities in the provision of health insurance, and life insurance where such insurance is permitted by national law, which shall

compte les sexospecificites, y compris des services de readaptation. En particulier, les États Parties:

a) Fournissent aux personnes handicapees des services de sante gratuits ou d'un coût abordable couvrant la même gamme et de la même qualite que ceux offerts aux autres personnes, y compris des services de sante sexuelle et genesique et des programmes de sante publique communautaires;

b) Fournissent aux personnes handicapees les services de sante dont cellesci ont besoin en raison specifiquement de leur handicap, y compris des services de depistage precoce et, s'il y a lieu, d'intervention precoce, et des services destines à reduire au maximum ou à prevenir les nouveaux handicaps, notamment chez les enfants et les personnes âgees;

c) Fournissent ces services aux personnes handicapees aussi près que possible de leur communaute, y compris en milieu rural;

d) Exigent des professionnels de la sante qu'ils dispensent aux personnes handicapees des soins de la même qualite que ceux dispenses aux autres, notamment qu'ils obtiennent le consentement libre et eclaire des personnes handicapees concernees; à cette fin, les États Parties mènent des activites de formation et promulguent des règles deontologiques pour les secteurs public et prive de la sante de façon, entre autres, à sensibiliser les personnels aux droits de l'homme, à la dignite, à l'autonomie et aux besoins des personnes handicapees;

e) Interdisent dans le secteur des assurances la discrimination à l'encontre des personnes handicapees, qui doivent pouvoir obtenir à des conditions equitables et raisonnables une assurance maladie et, dans les pays

Behinderungen Zugang zu geschlechtsspezifischen Gesundheitsdiensten, einschließlich gesundheitlicher Rehabilitation, haben. Insbesondere

a) stellen die Vertragsparteien Menschen mit Behinderungen eine unentgeltliche oder erschwingliche Gesundheitsversorgung in derselben Bandbreite, von derselben Qualität und auf demselben Standard zur Verfügung wie anderen Menschen, einschließlich sexual- und fortpflanzungsmedizinischer Gesundheitsleistungen und der Gesamtbevölkerung zur Verfügung stehender Programme des öffentlichen Gesundheitswesens;

b) bieten die Vertragsstaaten die Gesundheitsleistungen an, die von Menschen mit Behinderungen speziell wegen ihrer Behinderungen benötigt werden, soweit angebracht, einschließlich Früherkennung und Frühintervention, sowie Leistungen, durch die, auch bei Kindern und älteren Menschen, weitere Behinderungen möglichst gering gehalten oder vermieden werden sollen;

c) bieten die Vertragsstaaten diese Gesundheitsleistungen so gemeindenah wie möglich an, auch in ländlichen Gebieten;

d) erlegen die Vertragsstaaten den Angehörigen der Gesundheitsberufe die Verpflichtung auf, Menschen mit Behinderungen eine Versorgung von gleicher Qualität wie anderen Menschen angedeihen zu lassen, namentlich auf der Grundlage der freien Einwilligung nach vorheriger Aufklärung, indem sie unter anderem durch Schulungen und den Erlass ethischer Normen für die staatliche und private Gesundheitsversorgung das Bewusstsein für die Menschenrechte, die Würde, die Autonomie und die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen schärfen;

e) verbieten die Vertragsstaaten die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in der Krankenversicherung und in der Lebensversicherung, soweit eine solche Versicherung nach innerstaatlichem Recht zulässig ist; solche Versicherungen sind zu

be provided in a fair and reasonable manner;

(f) Prevent discriminatory denial of health care or health services or food and fluids on the basis of disability.

où elle est autorisee par le droit national, une assurancevie;

f) Empêchent tout refus discriminatoire de fournir des soins ou services medicaux ou des aliments ou des liquides en raison d'un handicap.

fairen und angemessenen Bedingungen anzubieten;

f) verhindern die Vertragsstaaten die diskriminierende Vorenthaltung von Gesundheitsversorgung oder -leistungen oder von Nahrungsmitteln und Flüssigkeiten aufgrund von Behinderung.

Article 26
Habilitation and rehabilitation

1. States Parties shall take effective and appropriate measures, including through peer support, to enable persons with disabilities to attain and maintain maximum independence, full physical, mental, social and vocational ability, and full inclusion and participation in all aspects of life. To that end, States Parties shall organize, strengthen and extend comprehensive habilitation and rehabilitation services and programmes, particularly in the areas of health, employment, education and social services, in such a way that these services and programmes:

(a) Begin at the earliest possible stage, and are based on the multidisciplinary assessment of individual needs and strengths;

(b) Support participation and inclusion in the community and all aspects of society, are voluntary, and are available to persons with disabilities as close as possible to their own communities, including in rural areas.

2. States Parties shall promote the development of initial and continuing training for professionals and staff working in habilitation and rehabilitation services.

3. States Parties shall promote the availability, knowledge and use of assistive devices and technologies, designed for persons with disabilities, as they relate to habilitation and rehabilitation.

Article 26
Adaptation et réadaptation

1. Les États Parties prennent des mesures efficaces et appropriees, faisant notamment intervenir l'entraide entre pairs, pour permettre aux personnes handicapees d'atteindre et de conserver le maximum d'autonomie, de realiser pleinement leur potentiel physique, mental, social et professionnel, et de parvenir à la pleine integration et à la pleine participation à tous les aspects de la vie. À cette fin, les États Parties organisent, renforcent et developpent des services et programmes diversifies d'adaptation et de readaptation, en particulier dans les domaines de la sante, de l'emploi, de l'education et des services sociaux, de telle sorte que ces services et programmes:

a) Commencent au stade le plus precoce possible et soient fondes sur une evaluation pluridisciplinaire des besoins et des atouts de chacun;

b) Facilitent la participation et l'integration à la communaute et à tous les aspects de la societe, soient librement acceptes et soient mis à la disposition des personnes handicapees aussi près que possible de leur communaute, y compris dans les zones rurales.

2. Les États Parties favorisent le developpement de la formation initiale et continue des professionnels et personnels qui travaillent dans les services d'adaptation et de readaptation.

3. Les États Parties favorisent l'offre, la connaissance et l'utilisation d'appareils et de technologies d'aide, conçus pour les personnes handicapees, qui facilitent l'adaptation et la readaptation.

Artikel 26
Habilitation und Rehabilitation

(1) Die Vertragsstaaten treffen wirksame und geeignete Maßnahmen, einschließlich durch die Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderungen, um Menschen mit Behinderungen in die Lage zu versetzen, ein Höchstmaß an Unabhängigkeit, umfassende körperliche, geistige, soziale und berufliche Fähigkeiten sowie die volle Einbeziehung in alle Aspekte des Lebens und die volle Teilhabe an allen Aspekten des Lebens zu erreichen und zu bewahren. Zu diesem Zweck organisieren, stärken und erweitern die Vertragsstaaten umfassende Habilitations- und Rehabilitationsdienste und -programme, insbesondere auf dem Gebiet der Gesundheit, der Beschäftigung, der Bildung und der Sozialdienste, und zwar so, dass diese Leistungen und Programme

a) im frühestmöglichen Stadium einsetzen und auf einer multidisziplinären Bewertung der individuellen Bedürfnisse und Stärken beruhen;

b) die Einbeziehung in die Gemeinschaft und die Gesellschaft in allen ihren Aspekten sowie die Teilhabe daran unterstützen, freiwillig sind und Menschen mit Behinderungen so gemeindenah wie möglich zur Verfügung stehen, auch in ländlichen Gebieten.

(2) Die Vertragsstaaten fördern die Entwicklung der Aus- und Fortbildung für Fachkräfte und Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Habilitations- und Rehabilitationsdiensten.

(3) Die Vertragsstaaten fördern die Verfügbarkeit, die Kenntnis und die Verwendung unterstützender Geräte und Technologien, die für Menschen mit Behinderungen bestimmt sind, für die Zwecke der Habilitation und Rehabilitation.

Article 27
Work and employment

1. States Parties recognize the right of persons with disabilities to work, on an equal basis with others; this includes the right to the opportunity to gain a living by work freely chosen or accepted in a labour market and work environment that is open, inclusive and accessible to persons with disabilities. States Parties shall safeguard and promote the realization of the right to work, including for those who acquire a disability during the course of employment, by taking appropriate steps, including through legislation, to, inter alia:

(a) Prohibit discrimination on the basis of disability with regard to all matters concerning all forms of employment, including conditions of recruitment, hiring and employment, continuance of employment, career advancement and safe and healthy working conditions;

(b) Protect the rights of persons with disabilities, on an equal basis with others, to just and favourable conditions of work, including equal opportunities and equal remuneration for work of equal value, safe and healthy working conditions, including protection from harassment, and the redress of grievances;

(c) Ensure that persons with disabilities are able to exercise their labour and trade union rights on an equal basis with others;

(d) Enable persons with disabilities to have effective access to general technical and vocational guidance programmes, placement services and vocational and continuing training;

(e) Promote employment opportunities and career advancement for persons with disabilities in the labour market, as well as assistance in finding,

Article 27
Travail et emploi

1. Les États Parties reconnaissent aux personnes handicapees, sur la base de l'egalite avec les autres, le droit au travail, notamment à la possibilite de gagner leur vie en accomplissant un travail librement choisi ou accepte sur un marche du travail et dans un milieu de travail ouverts, favorisant l'inclusion et accessibles aux personnes handicapees. Ils garantissent et favorisent l'exercice du droit au travail, y compris pour ceux qui ont acquis un handicap en cours d'emploi, en prenant des mesures appropriees, y compris des mesures legislatives, pour notamment:

a) Interdire la discrimination fondee sur le handicap dans tout ce qui a trait à l'emploi sous toutes ses formes, notamment les conditions de recrutement, d'embauche et d'emploi, le maintien dans l'emploi, l'avancement et les conditions de securite et d'hygiène au travail;

b) Proteger le droit des personnes handicapees à beneficier, sur la base de l'egalite avec les autres, de conditions de travail justes et favorables, y compris l'egalite des chances et l'egalite de remuneration à travail egal, la securite et l'hygiène sur les lieux de travail, la protection contre le harcèlement et des procedures de règlement des griefs;

c) Faire en sorte que les personnes handicapees puissent exercer leurs droits professionnels et syndicaux sur la base de l'egalite avec les autres;

d) Permettre aux personnes handicapees d'avoir effectivement accès aux programmes d'orientation technique et professionnel, aux services de placement et aux services de formation professionnelle et continue offerts à la population en general;

e) Promouvoir les possibilites d'emploi et d'avancement des personnes handicapees sur le marche du travail, ainsi que l'aide à la recherche et à l'obtention d'un emploi, au

Artikel 27
Arbeit und Beschäftigung

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf Arbeit; dies beinhaltet das Recht auf die Möglichkeit, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die in einem offenen, integrativen und für Menschen mit Behinderungen zugänglichen Arbeitsmarkt und Arbeitsumfeld frei gewählt oder angenommen wird. Die Vertragsstaaten sichern und fördern die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit, einschließlich für Menschen, die während der Beschäftigung eine Behinderung erwerben, durch geeignete Schritte, einschließlich des Erlasses von Rechtsvorschriften, um unter anderem

a) Diskriminierung aufgrund von Behinderung in allen Angelegenheiten im Zusammenhang mit einer Beschäftigung gleich welcher Art, einschließlich der Auswahl-, Einstellungs- und Beschäftigungsbedingungen, der Weiterbeschäftigung, des beruflichen Aufstiegs sowie sicherer und gesunder Arbeitsbedingungen, zu verbieten;

b) das gleiche Recht von Menschen mit Behinderungen auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, einschließlich Chancengleichheit und gleichen Entgelts für gleichwertige Arbeit, auf sichere und gesunde Arbeitsbedingungen, einschließlich Schutz vor Belästigungen, und auf Abhilfe bei Missständen zu schützen;

c) zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen ihre Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte gleichberechtigt mit anderen ausüben können;

d) Menschen mit Behinderungen wirksamen Zugang zu allgemeinen fachlichen und beruflichen Beratungsprogrammen, Stellenvermittlung sowie Berufsausbildung und Weiterbildung zu ermöglichen;

e) für Menschen mit Behinderungen Beschäftigungsmöglichkeiten und beruflichen Aufstieg auf dem Arbeitsmarkt sowie die Unterstützung bei der Arbeitssuche, beim Erhalt und der

obtaining, maintaining and returning to employment;

(f) Promote opportunities for selfemployment, entrepreneurship, the development of cooperatives and starting one's own business;

(g) Employ persons with disabilities in the public sector;

(h) Promote the employment of persons with disabilities in the private sector through appropriate policies and measures, which may include affirmative action programmes, incentives and other measures;

(i) Ensure that reasonable accommodation is provided to persons with disabilities in the workplace;

(j) Promote the acquisition by persons with disabilities of work experience in the open labour market;

(k) Promote vocational and professional rehabilitation, job retention and returntowork programmes for persons with disabilities.

2. States Parties shall ensure that persons with disabilities are not held in slavery or in servitude, and are protected, on an equal basis with others, from forced or compulsory labour.

maintien dans l'emploi et au retour à l'emploi;

f) Promouvoir les possibilites d'exercice d'une activite independante, l'esprit d'entreprise, l'organisation de cooperatives et la creation d'entreprise;

g) Employer des personnes handicapees dans le secteur public;

h) Favoriser l'emploi de personnes handicapees dans le secteur prive en mettant en œuvre des politiques et mesures appropriees, y compris le cas echeant des programmes d'action positive, des incitations et d'autres mesures;

i) Faire en sorte que des amenagements raisonnables soient apportes aux lieux de travail en faveur des personnes handicapees;

j) Favoriser l'acquisition par les personnes handicapees d'une experience professionnelle sur le marche du travail general;

k) Promouvoir des programmes de readaptation technique et professionelle, de maintien dans l'emploi et de retour à l'emploi pour les personnes handicapees.

2. Les États Parties veillent à ce que les personnes handicapees ne soient tenues ni en esclavage ni en servitude, et à ce qu'elles soient protegees, sur la base de l'egalite avec les autres, contre le travail force ou obligatoire.

Beibehaltung eines Arbeitsplatzes und beim beruflichen Wiedereinstieg zu fördern;

f) Möglichkeiten für Selbständigkeit, Unternehmertum, die Bildung von Genossenschaften und die Gründung eines eigenen Geschäfts zu fördern;

g) Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Sektor zu beschäftigen;

h) die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen im privaten Sektor durch geeignete Strategien und Maßnahmen zu fördern, wozu auch Programme für positive Maßnahmen, Anreize und andere Maßnahmen gehören können;

i) sicherzustellen, dass am Arbeitsplatz angemessene Vorkehrungen für Menschen mit Behinderungen getroffen werden;

j) das Sammeln von Arbeitserfahrung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt durch Menschen mit Behinderungen zu fördern;

k) Programme für die berufliche Rehabilitation, den Erhalt des Arbeitsplatzes und den beruflichen Wiedereinstieg von Menschen mit Behinderungen zu fördern.

(2) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen nicht in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden und dass sie gleichberechtigt mit anderen vor Zwangs- oder Pflichtarbeit geschützt werden.

Article 28 Adequate standard of living and social protection

1. States Parties recognize the right of persons with disabilities to an adequate standard of living for themselves and their families, including adequate food, clothing and housing, and to the continuous improvement of living conditions, and shall take appropriate steps to safeguard and promote the realization of this right without discrimination on the basis of disability.

Article 28 Niveau de vie adéquat et protection sociale

1. Les États Parties reconnaissent le droit des personnes handicapees à un niveau de vie adequat pour ellesmêmes et pour leur famille, notamment une alimentation, un habillement et un logement adequats, et à une amelioration constante de leurs conditions de vie et prennent des mesures appropriees pour proteger et promouvoir l'exercice de ce droit sans discrimination fondee sur le handicap.

Artikel 28 Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf einen angemessenen Lebensstandard für sich selbst und ihre Familien, einschließlich angemessener Ernährung, Bekleidung und Wohnung, sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen und unternehmen geeignete Schritte zum Schutz und zur Förderung der Verwirklichung dieses Rechts ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung.

2. States Parties recognize the right of persons with disabilities to social protection and to the enjoyment of that right without discrimination on the basis of disability, and shall take appropriate steps to safeguard and promote the realization of this right, including measures:

(a) To ensure equal access by persons with disabilities to clean water services, and to ensure access to appropriate and affordable services, devices and other assistance for disabilityrelated needs;

(b) To ensure access by persons with disabilities, in particular women and girls with disabilities and older persons with disabilities, to social protection programmes and poverty reduction programmes;

(c) To ensure access by persons with disabilities and their families living in situations of poverty to assistance from the State with disabilityrelated expenses, including adequate training, counselling, financial assistance and respite care;

(d) To ensure access by persons with disabilities to public housing programmes;

(e) To ensure equal access by persons with disabilities to retirement benefits and programmes.

2. Les États Parties reconnaissent le droit des personnes handicapees à la protection sociale et à la jouissance de ce droit sans discrimination fondee sur le handicap et prennent des mesures appropriees pour proteger et promouvoir l'exercice de ce droit, y compris des mesures destinees à:

a) Assurer aux personnes handicapees l'egalite d'accès aux services d'eau salubre et leur assurer l'accès à des services, appareils et accessoires et autres aides repondant aux besoins crees par leur handicap qui soient appropries et abordables;

b) Assurer aux personnes handicapees, en particulier aux femmes et aux filles et aux personnes âgees, l'accès aux programmes de protection sociale et aux programmes de reduction de la pauvrete;

c) Assurer aux personnes handicapees et à leurs familles, lorsque cellesci vivent dans la pauvrete, l'accès à l'aide publique pour couvrir les frais lies au handicap, notamment les frais permettant d'assurer adequatement une formation, un soutien psychologique, une aide financière ou une prise en charge de repit;

d) Assurer aux personnes handicapees l'accès aux programmes de logements sociaux;

e) Assurer aux personnes handicapees l'egalite d'accès aux programmes et prestations de retraite.

(2) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf sozialen Schutz und den Genuss dieses Rechts ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung und unternehmen geeignete Schritte zum Schutz und zur Förderung der Verwirklichung dieses Rechts, einschließlich Maßnahmen, um

a) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zur Versorgung mit sauberem Wasser und den Zugang zu geeigneten und erschwinglichen Dienstleistungen, Geräten und anderen Hilfen für Bedürfnisse im Zusammenhang mit ihrer Behinderung zu sichern;

b) Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen und Mädchen sowie älteren Menschen mit Behinderungen, den Zugang zu Programmen für sozialen Schutz und Programmen zur Armutsbekämpfung zu sichern;

c) in Armut lebenden Menschen mit Behinderungen und ihren Familien den Zugang zu staatlicher Hilfe bei behinderungsbedingten Aufwendungen, einschließlich ausreichender Schulung, Beratung, finanzieller Unterstützung sowie Kurzzeitbetreuung, zu sichern;

d) Menschen mit Behinderungen den Zugang zu Programmen des sozialen Wohnungsbaus zu sichern;

e) Menschen mit Behinderungen gleichberechtigten Zugang zu Leistungen und Programmen der Altersversorgung zu sichern.

Article 29
Participation in political and public life

States Parties shall guarantee to persons with disabilities political rights and the opportunity to enjoy them on an equal basis with others, and shall undertake:

(a) To ensure that persons with disabilities can effectively and fully participate in political and public life on an equal basis with others, directly or

Article 29
Participation à la vie politique et à la vie publique

Les États Parties garantissent aux personnes handicapees la jouissance des droits politiques et la possibilite de les exercer sur la base de l'egalite avec les autres, et s'engagent:

a) À faire en sorte que les personnes handicapees puissent effectivement et pleinement participer à la vie politique et à la vie publique sur la base

Artikel 29
Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben

Die Vertragsstaaten garantieren Menschen mit Behinderungen die politischen Rechte sowie die Möglichkeit, diese gleichberechtigt mit anderen zu genießen, und verpflichten sich,

a) sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend am politischen und öffentlichen Leben

through freely chosen representatives, including the right and opportunity for persons with disabilities to vote and be elected, inter alia, by:

(i) Ensuring that voting procedures, facilities and materials are appropriate, accessible and easy to understand and use;

(ii) Protecting the right of persons with disabilities to vote by secret ballot in elections and public referendums without intimidation, and to stand for elections, to effectively hold office and perform all public functions at all levels of government, facilitating the use of assistive and new technologies where appropriate;

(iii) Guaranteeing the free expression of the will of persons with disabilities as electors and to this end, where necessary, at their request, allowing assistance in voting by a person of their own choice;

(b) To promote actively an environment in which persons with disabilities can effectively and fully participate in the conduct of public affairs, without discrimination and on an equal basis with others, and encourage their participation in public affairs, including:

(i) Participation in nongovernmental organizations and associations concerned with the public and political life of the country, and in the activities and administration of political parties;

(ii) Forming and joining organizations of persons with disabilities to represent persons with disabilities at international,

de l'egalite avec les autres, que ce soit directement ou par l'intermediaire de representants librement choisis, notamment qu'elles aient le droit et la possibilite de voter et d'être elues, et pour cela les États Parties, entre autres mesures:

i) Veillent à ce que les procedures, equipements et materiels electoraux soient appropries, accessibles et faciles à comprendre et à utiliser;

ii) Protègent le droit qu'ont les personnes handicapees de voter à bulletin secret et sans intimidation aux elections et referendums publics, de se presenter aux elections et d'exercer effectivement un mandat electif ainsi que d'exercer toutes fonctions publiques à tous les niveaux de l'État, et facilitent, s'il y a lieu, le recours aux technologies d'assistance et aux nouvelles technologies;

iii) Garantissent la libre expression de la volonte des personnes handicapees en tant qu'electeurs et à cette fin si necessaire, et à leur demande, les autorisent à se faire assister d'une personne de leur choix pour voter;

b) À promouvoir activement un environnement dans lequel les personnes handicapees peuvent effectivement et pleinement participer à la conduite des affaires publiques, sans discrimination et sur la base de l'egalite avec les autres, et à encourager leur participation aux affaires publiques, notamment par le biais:

i) De leur participation aux organisations non gouvernementales et associations qui s'interessent à la vie publique et politique du pays, et de leur participation aux activites et à l'administration des partis politiques;

ii) De la constitution d'organisations de personnes handicapees pour les representer aux niveaux international, national, regional

teilhaben können, sei es unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter oder Vertreterinnen, was auch das Recht und die Möglichkeit einschließt, zu wählen und gewählt zu werden; unter anderem

i) stellen sie sicher, dass die Wahlverfahren, -einrichtungen und -materialien geeignet, zugänglich und leicht zu verstehen und zu handhaben sind;

(ii) schützen sie das Recht von Menschen mit Behinderungen, bei Wahlen und Volksabstimmungen in geheimer Abstimmung ohne Einschüchterung ihre Stimme abzugeben, bei Wahlen zu kandidieren, ein Amt wirksam innezuhaben und alle öffentlichen Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit wahrzunehmen, indem sie gegebenenfalls die Nutzung unterstützender und neuer Technologien erleichtern;

(iii) garantieren sie die freie Willensäußerung von Menschen mit Behinderungen als Wähler und Wählerinnen und erlauben zu diesem Zweck im Bedarfsfall auf Wunsch, dass sie sich bei der Stimmabgabe durch eine Person ihrer Wahl unterstützen lassen;

b) aktiv ein Umfeld zu fördern, in dem Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen wirksam und umfassend an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten mitwirken können, und ihre Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten zu begünstigen, unter anderem

(i) die Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben ihres Landes befassen, und an den Tätigkeiten und der Verwaltung politischer Parteien;

(ii) die Bildung von Organisationen von Menschen mit Behinderungen, die sie auf internationaler, nationaler, regionaler und lokaler

national, regional and local levels.

et local et de l'adhesion à ces organisations.

Ebene vertreten, und den Beitritt zu solchen Organisationen.

Article 30
Participation in cultural life, recreation, leisure and sport

1. States Parties recognize the right of persons with disabilities to take part on an equal basis with others in cultural life, and shall take all appropriate measures to ensure that persons with disabilities:

(a) Enjoy access to cultural materials in accessible formats;

(b) Enjoy access to television programmes, films, theatre and other cultural activities, in accessible formats;

(c) Enjoy access to places for cultural performances or services, such as theatres, museums, cinemas, libraries and tourism services, and, as far as possible, enjoy access to monuments and sites of national cultural importance.

2. States Parties shall take appropriate measures to enable persons with disabilities to have the opportunity to develop and utilize their creative, artistic and intellectual potential, not only for their own benefit, but also for the enrichment of society.

3. States Parties shall take all appropriate steps, in accordance with international law, to ensure that laws protecting intellectual property rights do not constitute an unreasonable or discriminatory barrier to access by persons with disabilities to cultural materials.

4. Persons with disabilities shall be entitled, on an equal basis with others, to recognition and support of their specific cultural and linguistic identity, including sign languages and deaf culture.

Article 30
Participation à la vie culturelle et récréative, aux loisirs et aux sports

1. Les États Parties reconnaissent le droit des personnes handicapees de participer à la vie culturelle, sur la base de l'egalite avec les autres, et prennent toutes mesures appropriees pour faire en sorte qu'elles:

a) Aient accès aux produits culturels dans des formats accessibles;

b) Aient accès aux emissions de television, aux films, aux pièces de theâtre et autres activites culturelles dans des formats accessibles;

c) Aient accès aux lieux d'activites culturelles tels que les theâtres, les musees, les cinemas, les bibliothèques et les services touristiques, et, dans la mesure du possible, aux monuments et sites importants pour la culture nationale.

2. Les États Parties prennent des mesures appropriees pour donner aux personnes handicapees la possibilite de developper et de realiser leur potentiel creatif, artistique et intellectuel, non seulement dans leur propre interêt, mais aussi pour l'enrichissement de la societe.

3. Les États Parties prennent toutes mesures appropriees, conformement au droit international, pour faire en sorte que les lois protegeant les droits de propriete intellectuelle ne constituent pas un obstacle deraisonnable ou discriminatoire à l'accès des personnes handicapees aux produits culturels.

4. Les personnes handicapees ont droit, sur la base de l'egalite avec les autres, à la reconnaissance et au soutien de leur identite culturelle et linguistique specifique, y compris les langues des signes et la culture des sourds.

Artikel 30
Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen, gleichberechtigt mit anderen am kulturellen Leben teilzunehmen, und treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen

a) Zugang zu kulturellem Material in zugänglichen Formaten haben;

b) Zugang zu Fernsehprogrammen, Filmen, Theatervorstellungen und anderen kulturellen Aktivitäten in zugänglichen Formaten haben;

c) Zugang zu Orten kultureller Darbietungen oder Dienstleistungen, wie Theatern, Museen, Kinos, Bibliotheken und Tourismusdiensten, sowie, so weit wie möglich, zu Denkmälern und Stätten von nationaler kultureller Bedeutung haben.

(2) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit zu geben, ihr kreatives, künstlerisches und intellektuelles Potenzial zu entfalten und zu nutzen, nicht nur für sich selbst, sondern auch zur Bereicherung der Gesellschaft.

(3) Die Vertragsstaaten unternehmen alle geeigneten Schritte im Einklang mit dem Völkerrecht, um sicherzustellen, dass Gesetze zum Schutz von Rechten des geistigen Eigentums keine ungerechtfertigte oder diskriminierende Barriere für den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu kulturellem Material darstellen.

(4) Menschen mit Behinderungen haben gleichberechtigt mit anderen Anspruch auf Anerkennung und Unterstützung ihrer spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität, einschließlich der Gebärdensprachen und der Gehörlosenkultur.

5. With a view to enabling persons with disabilities to participate on an equal basis with others in recreational, leisure and sporting activities, States Parties shall take appropriate measures:

(a) To encourage and promote the participation, to the fullest extent possible, of persons with disabilities in mainstream sporting activities at all levels;

(b) To ensure that persons with disabilities have an opportunity to organize, develop and participate in disabilityspecific sporting and recreational activities and, to this end, encourage the provision, on an equal basis with others, of appropriate instruction, training and resources;

(c) To ensure that persons with disabilities have access to sporting, recreational and tourism venues;

(d) To ensure that children with disabilities have equal access with other children to participation in play, recreation and leisure and sporting activities, including those activities in the school system;

(e) To ensure that persons with disabilities have access to services from those involved in the organization of recreational, tourism, leisure and sporting activities.

5. Afin de permettre aux personnes handicapees de participer, sur la base de l'egalite avec les autres, aux activites recreatives, de loisir et sportives, les États Parties prennent des mesures appropriees pour:

a) Encourager et promouvoir la participation, dans toute la mesure possible, de personnes handicapees aux activites sportives ordinaires à tous les niveaux;

b) Faire en sorte que les personnes handicapees aient la possibilite d'organiser et de mettre au point des activites sportives et recreatives qui leur soient specifiques et d'y participer, et, à cette fin, encourager la mise à leur disposition, sur la base de l'egalite avec les autres, de moyens d'entraînements, de formations et de ressources appropries;

c) Faire en sorte que les personnes handicapees aient accès aux lieux où se deroulent des activites sportives, recreatives et touristiques;

d) Faire en sorte que les enfants handicapes puissent participer, sur la base de l'egalite avec les autres enfants, aux activites ludiques, recreatives, de loisir et sportives, y compris dans le système scolaire;

e) Faire en sorte que les personnes handicapees aient accès aux services des personnes et organismes charges d'organiser des activites recreatives, de tourisme et de loisir et des activites sportives.

(5) Mit dem Ziel, Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte Teilnahme an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen,

a) um Menschen mit Behinderungen zu ermutigen, so umfassend wie möglich an breitensportlichen Aktivitäten auf allen Ebenen teilzunehmen, und ihre Teilnahme zu fördern;

b) um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben, behinderungsspezifische Sport- und Erholungsaktivitäten zu organisieren, zu entwickeln und an solchen teilzunehmen, und zu diesem Zweck die Bereitstellung eines geeigneten Angebots an Anleitung, Training und Ressourcen auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen zu fördern;

c) um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu Sport-, Erholungs- und Tourismusstätten haben;

d) um sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern an Spiel-, Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten teilnehmen können, einschließlich im schulischen Bereich;

e) um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu Dienstleistungen der Organisatoren von Erholungs-, Tourismus-, Freizeit- und Sportaktivitäten haben.

Article 31
Statistics and data collection

1. States Parties undertake to collect appropriate information, including statistical and research data, to enable them to formulate and implement policies to give effect to the present Convention. The process of collecting and maintaining this information shall:

Article 31
Statistiques et collecte des données

1. Les États Parties s'engagent à recueillir des informations appropriees, y compris des donnees statistiques et resultats de recherches, qui leur permettent de formuler et d'appliquer des politiques visant à donner effet à la presente Convention. Les procedures de collecte et de conservation de ces informations respectent:

Artikel 31
Statistik und Datensammlung

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich zur Sammlung geeigneter Informationen, einschließlich statistischer Angaben und Forschungsdaten, die ihnen ermöglichen, politische Konzepte zur Durchführung dieses Übereinkommens auszuarbeiten und umzusetzen. Das Verfahren zur Sammlung und Aufbewahrung dieser Informationen muss

(a) Comply with legally established safeguards, including legislation on data protection, to ensure confidentiality and respect for the privacy of persons with disabilities;

a) Les garanties legales, y compris celles qui decoulent de la legislation sur la protection des donnees, afin d'assurer la confidentialite et le respect de la vie privee des personnes handicapees;

a) mit den gesetzlichen Schutzvorschriften, einschließlich der Rechtsvorschriften über den Datenschutz, zur Sicherung der Vertraulichkeit und der Achtung der Privatsphäre von Menschen mit Behinderungen im Einklang stehen;

(b) Comply with internationally accepted norms to protect human rights and fundamental freedoms and ethical principles in the collection and use of statistics.

b) Les normes internationalement acceptees de protection des droits de l'homme et des libertes fondamentales et les principes ethiques qui regissent la collecte et l'exploitation des statistiques.

b) mit den international anerkannten Normen zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten und den ethischen Grundsätzen für die Sammlung und Nutzung statistischer Daten im Einklang stehen.

2. The information collected in accordance with this article shall be disaggregated, as appropriate, and used to help assess the implementation of States Parties' obligations under the present Convention and to identify and address the barriers faced by persons with disabilities in exercising their rights.

2. Les informations recueillies conformement au present article sont desagregees, selon qu'il convient, et utilisees pour evaluer la façon dont les États Parties s'acquittent des obligations qui leur incombent en vertu de la presente Convention et identifier et lever les obstacles que rencontrent les personnes handicapees dans l'exercice de leurs droits.

(2) Die im Einklang mit diesem Artikel gesammelten Informationen werden, soweit angebracht, aufgeschlüsselt und dazu verwendet, die Umsetzung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen durch die Vertragsstaaten zu beurteilen und die Hindernisse, denen sich Menschen mit Behinderungen bei der Ausübung ihrer Rechte gegenübersehen, zu ermitteln und anzugehen.

3. States Parties shall assume responsibility for the dissemination of these statistics and ensure their accessibility to persons with disabilities and others.

3. Les États Parties ont la responsabilite de diffuser ces statistiques et veillent à ce qu'elles soient accessibles aux personnes handicapees et autres personnes.

(3) Die Vertragsstaaten übernehmen die Verantwortung für die Verbreitung dieser Statistiken und sorgen dafür, dass sie für Menschen mit Behinderungen und andere zugänglich sind.

Article 32
International cooperation

1. States Parties recognize the importance of international cooperation and its promotion, in support of national efforts for the realization of the purpose and objectives of the present Convention, and will undertake appropriate and effective measures in this regard, between and among States and, as appropriate, in partnership with relevant international and regional organizations and civil society, in particular organizations of persons with disabilities. Such measures could include, inter alia:

Article 32
Coopération internationale

1. Les États Parties reconnaissent l'importance de la cooperation internationale et de sa promotion, à l'appui des efforts deployes au niveau national pour la realisation de l'objet et des buts de la presente Convention, et prennent des mesures appropriees et efficaces à cet egard, entre eux et, s'il y a lieu, en partenariat avec les organisations internationales et regionales competentes et la societe civile, en particulier les organisations de personnes handicapees. Ils peuvent notamment prendre des mesures destinees à:

Artikel 32
Internationale Zusammenarbeit

(1) Die Vertragsstaaten anerkennen die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und deren Förderung zur Unterstützung der einzelstaatlichen Anstrengungen für die Verwirklichung des Zwecks und der Ziele dieses Übereinkommens und treffen diesbezüglich geeignete und wirksame Maßnahmen, zwischenstaatlich sowie, soweit angebracht, in Partnerschaft mit den einschlägigen internationalen und regionalen Organisationen und der Zivilgesellschaft, insbesondere Organisationen von Menschen mit Behinderungen. Unter anderem können sie Maßnahmen ergreifen, um

(a) Ensuring that international cooperation, including international development programmes, is inclusive of and accessible to persons with disabilities;

a) Faire en sorte que la cooperation internationale – y compris les programmes internationaux de developpement – prenne en compte les personnes handicapees et leur soit accessible;

a) sicherzustellen, dass die internationale Zusammenarbeit, einschließlich internationaler Entwicklungsprogramme, Menschen mit Behinderungen einbezieht und für sie zugänglich ist;

(b) Facilitating and supporting capacitybuilding, including through the exchange and sharing of information, experiences, training programmes and best practices;

b) Faciliter et appuyer le renforcement des capacites, notamment grâce à l'echange et au partage d'informations, d'experiences, de programmes de formation et de pratiques de reference;

b) den Aufbau von Kapazitäten zu erleichtern und zu unterstützen, unter anderem durch den Austausch und die Weitergabe von Informationen, Erfahrungen, Ausbildungsprogrammen und vorbildlichen Praktiken;

(c) Facilitating cooperation in research and access to scientific and technical knowledge;

c) Faciliter la cooperation aux fins de la recherche et de l'accès aux connaissances scientifiques et techniques;

c) die Forschungszusammenarbeit und den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen zu erleichtern;

(d) Providing, as appropriate, technical and economic assistance, including by facilitating access to and sharing of accessible and assistive technologies, and through the transfer of technologies.

d) Apporter, s'il y a lieu, une assistance technique et une aide economique, y compris en facilitant l'acquisition et la mise en commun de technologies d'accès et d'assistance et en operant des transferts de technologie.

d) soweit angebracht, technische und wirtschaftliche Hilfe zu leisten, unter anderem durch Erleichterung des Zugangs zu zugänglichen und unterstützenden Technologien und ihres Austauschs sowie durch Weitergabe von Technologien.

2. The provisions of this article are without prejudice to the obligations of each State Party to fulfil its obligations under the present Convention.

2. Les dispositions du présent article sont sans préjudice de l'obligation dans laquelle se trouve chaque État Partie de s'acquitter des obligations qui lui incombent en vertu de la présente Convention.

(2) Dieser Artikel berührt nicht die Pflicht jedes Vertragsstaats, seine Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen zu erfüllen.

Article 33
National implementation and monitoring

1. States Parties, in accordance with their system of organization, shall designate one or more focal points within government for matters relating to the implementation of the present Convention, and shall give due consideration to the establishment or designation of a coordination mechanism within government to facilitate related action in different sectors and at different levels.

2. States Parties shall, in accordance with their legal and administrative systems, maintain, strengthen, designate or establish within the State Party, a framework, including one or more independent mechanisms, as appropriate, to promote, protect and monitor implementation of the present Convention. When designating or establishing such a mechanism, States Parties shall take into account the principles relating to the status and functioning of national institutions for protection and promotion of human rights.

Article 33
Application et suivi au niveau national

1. Les États Parties désignent, conformément à leur système de gouvernement, un ou plusieurs points de contact pour les questions relatives à l'application de la présente Convention et envisagent dûment de créer ou désigner, au sein de leur administration, un dispositif de coordination chargé de faciliter les actions liées à cette application dans différents secteurs et à différents niveaux.

2. Les États Parties, conformément à leurs systèmes administratif et juridique, maintiennent, renforcent, désignent ou créent, au niveau interne, un dispositif, y compris un ou plusieurs mécanismes indépendants, selon qu'il conviendra, de promotion, de protection et de suivi de l'application de la présente Convention. En désignant ou en créant un tel mécanisme, ils tiennent compte des principes applicables au statut et au fonctionnement des institutions nationales de protection et de promotion des droits de l'homme.

Artikel 33
Innerstaatliche Durchführung und Überwachung

(1) Die Vertragsstaaten bestimmen nach Maßgabe ihrer staatlichen Organisation eine oder mehrere staatliche Anlaufstellen für Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Übereinkommens und prüfen sorgfältig die Schaffung oder Bestimmung eines staatlichen Koordinierungsmechanismus, der die Durchführung der entsprechenden Maßnahmen in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen Ebenen erleichtern soll.

(2) Die Vertragsstaaten unterhalten, stärken, bestimmen oder schaffen nach Maßgabe ihres Rechts- und Verwaltungssystems auf einzelstaatlicher Ebene für die Förderung, den Schutz und die Überwachung der Durchführung dieses Übereinkommens eine Struktur, die, je nachdem, was angebracht ist, einen oder mehrere unabhängige Mechanismen einschließt. Bei der Bestimmung oder Schaffung eines solchen Mechanismus berücksichtigen die Vertragsstaaten die Grundsätze betreffend die Rechtsstellung und die Arbeitsweise der einzelstaatlichen Institutionen zum Schutz und zur Förderung der Menschenrechte.

3. Civil society, in particular persons with disabilities and their representative organizations, shall be involved and participate fully in the monitoring process.

3. La société civile – en particulier les personnes handicapées et les organisations qui les représentent – est associée et participe pleinement à la fonction de suivi.

(3) Die Zivilgesellschaft, insbesondere Menschen mit Behinderungen und die sie vertretenden Organisationen, wird in den Überwachungsprozess einbezogen und nimmt in vollem Umfang daran teil.

Article 34
Committee on the Rights of Persons with Disabilities

1. There shall be established a Committee on the Rights of Persons with Disabilities (hereafter referred to as "the Committee"), which shall carry out the functions hereinafter provided.

2. The Committee shall consist, at the time of entry into force of the present Convention, of twelve experts. After an additional sixty ratifications or accessions to the Convention, the membership of the Committee shall increase by six members, attaining a maximum number of eighteen members.

3. The members of the Committee shall serve in their personal capacity and shall be of high moral standing and recognized competence and experience in the field covered by the present Convention. When nominating their candidates, States Parties are invited to give due consideration to the provision set out in article 4, paragraph 3, of the present Convention.

4. The members of the Committee shall be elected by States Parties, consideration being given to equitable geographical distribution, representation of the different forms of civilization and of the principal legal systems, balanced gender representation and participation of experts with disabilities.

5. The members of the Committee shall be elected by secret ballot from a list of persons nominated by the States Parties from among their nationals at meetings of the Conference of States Parties. At those meetings, for which two thirds of States Parties shall constitute a quorum, the persons elected to the Committee shall be those who obtain the largest number of votes and an absolute majority of the votes of the

Article 34
Comité des droits des personnes handicapées

1. Il est institué un Comité des droits des personnes handicapées (ciaprès dénommé «le Comité») qui s'acquitte des fonctions définies ciaprès.

2. Le Comité se compose, au moment de l'entrée en vigueur de la présente Convention, de douze experts. Après soixante ratifications et adhésions supplémentaires à la Convention, il sera ajouté six membres au Comité, qui atteindra alors sa composition maximum de dixhuit membres.

3. Les membres du Comité siègent à titre personnel et sont des personnalités d'une haute autorité morale et justifiant d'une compétence et d'une expérience reconnues dans le domaine auquel s'applique la présente Convention. Les États Parties sont invités, lorsqu'ils désignent leurs candidats, à tenir dûment compte de la disposition énoncée au paragraphe 3 de l'article 4 de la présente Convention.

4 Les membres du Comite sont elus par les États Parties, compte tenu des principes de repartition geographique equitable, de representation des differentes formes de civilisation et des principaux systèmes juridiques, de representation equilibree des sexes et de participation d'experts handicapes.

5. Les membres du Comite sont elus au scrutin secret sur une liste de candidats designes par les États Parties parmi leurs ressortissants, lors de reunions de la Conference des États Parties. À ces reunions, où le quorum est constitue par les deux tiers des États Parties, sont elus membres du Comite les candidats ayant obtenu le plus grand nombre de voix et la majorite absolue

Artikel 34
Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

(1) Es wird ein Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (im Folgenden als „Ausschuss" bezeichnet) eingesetzt, der die nachstehend festgelegten Aufgaben wahrnimmt.

(2) Der Ausschuss besteht zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Übereinkommens aus zwölf Sachverständigen. Nach sechzig weiteren Ratifikationen oder Beitritten zu dem Übereinkommen erhöht sich die Zahl der Ausschussmitglieder um sechs auf die Höchstzahl von achtzehn.

(3) Die Ausschussmitglieder sind in persönlicher Eigenschaft tätig und müssen Persönlichkeiten von hohem sittlichen Ansehen und anerkannter Sachkenntnis und Erfahrung auf dem von diesem Übereinkommen erfassten Gebiet sein. Die Vertragsstaaten sind aufgefordert, bei der Benennung ihrer Kandidaten oder Kandidatinnen Artikel 4 Absatz 3 gebührend zu berücksichtigen.

(4) Die Ausschussmitglieder werden von den Vertragsstaaten gewählt, wobei auf eine gerechte geografische Verteilung, die Vertretung der verschiedenen Kulturkreise und der hauptsächlichen Rechtssysteme, die ausgewogene Vertretung der Geschlechter und die Beteiligung von Sachverständigen mit Behinderungen zu achten ist.

(5) Die Ausschussmitglieder werden auf Sitzungen der Konferenz der Vertragsstaaten in geheimer Wahl aus einer Liste von Personen gewählt, die von den Vertragsstaaten aus dem Kreis ihrer Staatsangehörigen benannt worden sind. Auf diesen Sitzungen, die beschlussfähig sind, wenn zwei Drittel der Vertragsstaaten vertreten sind, gelten diejenigen Kandidaten oder Kandidatinnen als in den Ausschuss gewählt, welche die

representatives of States Parties present and voting.

des votes des representants des États Parties presents et votants.

höchste Stimmenzahl und die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertreter beziehungsweise Vertreterinnen der Vertragsstaaten auf sich vereinigen.

6. The initial election shall be held no later than six months after the date of entry into force of the present Convention. At least four months before the date of each election, the Secretary-General of the United Nations shall address a letter to the States Parties inviting them to submit the nominations within two months. The Secretary-General shall subsequently prepare a list in alphabetical order of all persons thus nominated, indicating the States Parties which have nominated them, and shall submit it to the States Parties to the present Convention.

6. La première election aura lieu dans les six mois suivant la date d'entree en vigueur de la presente Convention. Quatre mois au moins avant la date de chaque election, le Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies invitera par ecrit les États Parties à proposer leurs candidats dans un delai de deux mois. Le Secretaire general dressera ensuite la liste alphabetique des candidats ainsi designes, en indiquant les États Parties qui les ont designes, et la communiquera aux États Parties à la presente Convention.

(6) Die erste Wahl findet spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens statt. Spätestens vier Monate vor jeder Wahl fordert der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Vertragsstaaten schriftlich auf, innerhalb von zwei Monaten ihre Benennungen einzureichen. Der Generalsekretär fertigt sodann eine alphabetische Liste aller auf diese Weise benannten Personen an, unter Angabe der Vertragsstaaten, die sie benannt haben, und übermittelt sie den Vertragsstaaten.

7. The members of the Committee shall be elected for a term of four years. They shall be eligible for reelection once. However, the term of six of the members elected at the first election shall expire at the end of two years; immediately after the first election, the names of these six members shall be chosen by lot by the chairperson of the meeting referred to in paragraph 5 of this article.

7. Les membres du Comite sont elus pour quatre ans. Ils sont reeligibles une fois. Toutefois, le mandat de six des membres elus lors de la première election prend fin au bout de deux ans; immediatement après la première election, les noms de ces six membres sont tires au sort par le President de la reunion visee au paragraphe 5 du present article.

(7) Die Ausschussmitglieder werden für vier Jahre gewählt. Ihre einmalige Wiederwahl ist zulässig. Die Amtszeit von sechs der bei der ersten Wahl gewählten Mitglieder läuft jedoch nach zwei Jahren ab; unmittelbar nach der ersten Wahl werden die Namen dieser sechs Mitglieder von dem oder der Vorsitzenden der in Absatz 5 genannten Sitzung durch das Los bestimmt.

8. The election of the six additional members of the Committee shall be held on the occasion of regular elections, in accordance with the relevant provisions of this article.

8. L'election des six membres additionnels du Comite se fera dans le cadre d'elections ordinaires, conformement aux dispositions du present article.

(8) Die Wahl der sechs zusätzlichen Ausschussmitglieder findet bei den ordentlichen Wahlen im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen dieses Artikels statt.

9. If a member of the Committee dies or resigns or declares that for any other cause she or he can no longer perform her or his duties, the State Party which nominated the member shall appoint another expert possessing the qualifications and meeting the requirements set out in the relevant provisions of this article, to serve for the remainder of the term.

9. En cas de decès ou de demission d'un membre du Comite, ou si, pour toute autre raison, un membre declare ne plus pouvoir exercer ses fonctions, l'État Partie qui avait presente sa candidature nomme un autre expert possedant les qualifications et repondant aux conditions enoncees dans les dispositions pertinentes du present article pour pourvoir le poste ainsi vacant jusqu'à l'expiration du mandat correspondant.

(9) Wenn ein Ausschussmitglied stirbt oder zurücktritt oder erklärt, dass es aus anderen Gründen seine Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann, ernennt der Vertragsstaat, der das Mitglied benannt hat, für die verbleibende Amtszeit eine andere sachverständige Person, die über die Befähigungen verfügt und die Voraussetzungen erfüllt, die in den einschlägigen Bestimmungen dieses Artikels beschrieben sind.

10. The Committee shall establish its own rules of procedure.

10. Le Comite adopte son règlement interieur.

(10) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

11. The Secretary-General of the United Nations shall provide the necessary staff and facilities for the effective performance of the functions of the Committee under the present Convention, and shall convene its initial meeting.

11. Le Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies met à la disposition du Comite le personnel et les moyens materiels qui lui sont necessaires pour s'acquitter efficacement des fonctions qui lui sont confiees en vertu de la presente Convention et convoque sa première reunion.

(11) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellt dem Ausschuss das Personal und die Einrichtungen zur Verfügung, die dieser zur wirksamen Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen benötigt, und beruft seine erste Sitzung ein.

12. With the approval of the General Assembly of the United Nations, the members of the Committee established under the present Convention shall receive emoluments from United Nations resources on such terms and conditions as the Assembly may decide, having regard to the importance of the Committee's responsibilities.

13. The members of the Committee shall be entitled to the facilities, privileges and immunities of experts on mission for the United Nations as laid down in the relevant sections of the Convention on the Privileges and Immunities of the United Nations.

12. Les membres du Comite reçoivent, avec l'approbation de l'Assemblee generale des Nations Unies, des emoluments preleves sur les ressources de l'Organisation des Nations Unies dans les conditions fixees par l'Assemblee generale, eu egard à l'importance des fonctions du Comite.

13. Les membres du Comite beneficient des facilites, privilèges et immunites accordes aux experts en mission pour l'Organisation des Nations Unies, tels qu'ils sont prevus dans les sections pertinentes de la Convention sur les privilèges et les immunites des Nations Unies.

(12) Die Mitglieder des nach diesem Übereinkommen eingesetzten Ausschusses erhalten mit Zustimmung der Generalversammlung der Vereinten Nationen Bezüge aus Mitteln der Vereinten Nationen zu den von der Generalversammlung unter Berücksichtigung der Bedeutung der Aufgaben des Ausschusses zu beschließenden Bedingungen.

(13) Die Ausschussmitglieder haben Anspruch auf die Erleichterungen, Vorrechte und Immunitäten der Sachverständigen im Auftrag der Vereinten Nationen, die in den einschlägigen Abschnitten des Übereinkommens über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen vorgesehen sind.

Article 35
Reports by States Parties

1. Each State Party shall submit to the Committee, through the Secretary-General of the United Nations, a comprehensive report on measures taken to give effect to its obligations under the present Convention and on the progress made in that regard, within two years after the entry into force of the present Convention for the State Party concerned.

2. Thereafter, States Parties shall submit subsequent reports at least every four years and further whenever the Committee so requests.

3. The Committee shall decide any guidelines applicable to the content of the reports.

4. A State Party which has submitted a comprehensive initial report to the Committee need not, in its subsequent reports, repeat information previously provided. When preparing reports to the Committee, States Parties are invited to consider doing so in an open and transparent process and to give due consideration to the provision set out in article 4, paragraph 3, of the present Convention.

5. Reports may indicate factors and difficulties affecting the degree of fulfilment of obligations under the present Convention.

Article 35
Rapports des États Parties

1. Chaque État Partie presente au Comite, par l'entremise du Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies, un rapport detaille sur les mesures qu'il a prises pour s'acquitter de ses obligations en vertu de la presente Convention et sur les progrès accomplis à cet egard, dans un delai de deux ans à compter de l'entree en vigueur de la presente Convention pour l'État Partie interesse.

2. Les États Parties presentent ensuite des rapports complementaires au moins tous les quatre ans, et tous autres rapports demandes par le Comite.

3. Le Comite adopte, le cas echeant, des directives relatives à la teneur des rapports.

4. Les États Parties qui ont presente au Comite un rapport initial detaille n'ont pas, dans les rapports qu'ils lui presentent ensuite, à repeter les informations dejà communiquees. Les États Parties sont invites à etablir leurs rapports selon une procedure ouverte et transparente et tenant dûment compte de la disposition enoncee au paragraphe 3 de l'article 4 de la presente Convention.

5. Les rapports peuvent indiquer les facteurs et les difficultes qui affectent l'accomplissement des obligations prevues par la presente Convention.

Artikel 35
Berichte der Vertragsstaaten

(1) Jeder Vertragsstaat legt dem Ausschuss über den Generalsekretär der Vereinten Nationen innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens für den betreffenden Vertragsstaat einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen, die er zur Erfüllung seiner Verpflichtungen aus dem Übereinkommen getroffen hat, und über die dabei erzielten Fortschritte vor.

(2) Danach legen die Vertragsstaaten mindestens alle vier Jahre und darüber hinaus jeweils auf Anforderung des Ausschusses Folgeberichte vor.

(3) Der Ausschuss beschließt gegebenenfalls Leitlinien für den Inhalt der Berichte.

(4) Ein Vertragsstaat, der dem Ausschuss einen ersten umfassenden Bericht vorgelegt hat, braucht in seinen Folgeberichten die früher mitgeteilten Angaben nicht zu wiederholen. Die Vertragsstaaten sind gebeten, ihre Berichte an den Ausschuss in einem offenen und transparenten Verfahren zu erstellen und dabei Artikel 4 Absatz 3 gebührend zu berücksichtigen.

(5) In den Berichten kann auf Faktoren und Schwierigkeiten hingewiesen werden, die das Ausmaß der Erfüllung der Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen beeinflussen.

Article 36
Consideration of reports

1. Each report shall be considered by the Committee, which shall make such suggestions and general recommendations on the report as it may consider appropriate and shall forward these to the State Party concerned. The State Party may respond with any information it chooses to the Committee. The Committee may request further information from States Parties relevant to the implementation of the present Convention.

2. If a State Party is significantly overdue in the submission of a report, the Committee may notify the State Party concerned of the need to examine the implementation of the present Convention in that State Party, on the basis of reliable information available to the Committee, if the relevant report is not submitted within three months following the notification. The Committee shall invite the State Party concerned to participate in such examination. Should the State Party respond by submitting the relevant report, the provisions of paragraph 1 of this article will apply.

3. The Secretary-General of the United Nations shall make available the reports to all States Parties.

4. States Parties shall make their reports widely available to the public in their own countries and facilitate access to the suggestions and general recommendations relating to these reports.

5. The Committee shall transmit, as it may consider appropriate, to the specialized agencies, funds and programmes of the United Nations, and other competent bodies, reports from States Parties in order to address a request or indication of a need for technical advice or assistance contained therein, along with the Committee's observations and recommendations, if any, on these requests or indications.

Article 36
Examen des rapports

1. Chaque rapport est examine par le Comite, qui formule les suggestions et recommandations d'ordre general sur le rapport qu'il estime appropriees et qui les transmet à l'État Partie interesse. Cet État Partie peut communiquer en reponse au Comite toutes informations qu'il juge utiles. Le Comite peut demander aux États Parties tous renseignements complementaires relatifs à l'application de la presente Convention.

2. En cas de retard important d'un État Partie dans la presentation d'un rapport, le Comite peut lui notifier qu'il sera reduit à examiner l'application de la presente Convention dans cet État Partie à partir des informations fiables dont il peut disposer, à moins que le rapport attendu ne lui soit presente dans les trois mois de la notification. Le Comite invitera l'État Partie interesse à participer à cet examen. Si l'État Partie repond en presentant son rapport, les dispositions du paragraphe 1 du present article s'appliqueront.

3. Le Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies communique les rapports à tous les États Parties.

4. Les États Parties mettent largement leurs rapports à la disposition du public dans leur propre pays et facilitent l'accès du public aux suggestions et recommandations d'ordre general auxquelles ils ont donne lieu.

5. Le Comite transmet aux institutions specialisees, fonds et programmes des Nations Unies et aux autres organismes competents, s'il le juge necessaire, les rapports des États Parties contenant une demande ou indiquant un besoin de conseils ou d'assistance techniques, accompagnes, le cas echeant, de ses observations et recommandations touchant ladite demande ou indication, afin qu'il puisse y être repondu.

Artikel 36
Prüfung der Berichte

(1) Der Ausschuss prüft jeden Bericht; er kann ihn mit den ihm geeignet erscheinenden Vorschlägen und allgemeinen Empfehlungen versehen und leitet diese dem betreffenden Vertragsstaat zu. Dieser kann dem Ausschuss hierauf jede Information übermitteln, die er zu geben wünscht. Der Ausschuss kann die Vertragsstaaten um weitere Angaben über die Durchführung dieses Übereinkommens ersuchen.

(2) Liegt ein Vertragsstaat mit der Vorlage eines Berichts in erheblichem Rückstand, so kann der Ausschuss dem betreffenden Vertragsstaat notifizieren, dass die Durchführung dieses Übereinkommens im betreffenden Vertragsstaat auf der Grundlage der dem Ausschuss zur Verfügung stehenden zuverlässigen Informationen geprüft werden muss, falls der Bericht nicht innerhalb von drei Monaten nach dieser Notifikation vorgelegt wird. Der Ausschuss fordert den betreffenden Vertragsstaat auf, bei dieser Prüfung mitzuwirken. Falls der Vertragsstaat daraufhin den Bericht vorlegt, findet Absatz 1 Anwendung.

(3) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellt die Berichte allen Vertragsstaaten zur Verfügung.

(4) Die Vertragsstaaten sorgen für eine weite Verbreitung ihrer Berichte im eigenen Land und erleichtern den Zugang zu den Vorschlägen und allgemeinen Empfehlungen zu diesen Berichten.

(5) Der Ausschuss übermittelt, wenn er dies für angebracht hält, den Sonderorganisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen und anderen zuständigen Stellen Berichte der Vertragsstaaten, damit ein darin enthaltenes Ersuchen um fachliche Beratung oder Unterstützung oder ein darin enthaltener Hinweis, dass ein diesbezügliches Bedürfnis besteht, aufgegriffen werden kann; etwaige Bemerkungen und Empfehlungen des Ausschusses zu diesen Ersuchen oder Hinweisen werden beigefügt.

Article 37
Cooperation between States Parties and the Committee

1. Each State Party shall cooperate with the Committee and assist its members in the fulfilment of their mandate.

2. In its relationship with States Parties, the Committee shall give due consideration to ways and means of enhancing national capacities for the implementation of the present Convention, including through international cooperation.

Article 37
Coopération entre les Etats Parties et le Comité

1. Les États Parties coopèrent avec le Comite et aident ses membres à s'acquitter de leur mandat.

2. Dans ses rapports avec les États Parties, le Comite accordera toute l'attention voulue aux moyens de renforcer les capacites nationales aux fins de l'application de la presente Convention, notamment par le biais de la cooperation internationale.

Artikel 37
Zusammenarbeit zwischen den Vertragsstaaten und dem Ausschuss

(1) Jeder Vertragsstaat arbeitet mit dem Ausschuss zusammen und ist seinen Mitgliedern bei der Erfüllung ihres Mandats behilflich.

(2) In seinen Beziehungen zu den Vertragsstaaten prüft der Ausschuss gebührend Möglichkeiten zur Stärkung der einzelstaatlichen Fähigkeiten zur Durchführung dieses Übereinkommens, einschließlich durch internationale Zusammenarbeit.

Article 38
Relationship of the Committee with other bodies

In order to foster the effective implementation of the present Convention and to encourage international cooperation in the field covered by the present Convention:

(a) The specialized agencies and other United Nations organs shall be entitled to be represented at the consideration of the implementation of such provisions of the present Convention as fall within the scope of their mandate. The Committee may invite the specialized agencies and other competent bodies as it may consider appropriate to provide expert advice on the implementation of the Convention in areas falling within the scope of their respective mandates. The Committee may invite specialized agencies and other United Nations organs to submit reports on the implementation of the Convention in areas falling within the scope of their activities;

(b) The Committee, as it discharges its mandate, shall consult, as appropriate, other relevant bodies instituted by international human rights treaties, with a view to ensuring the consistency of their respective reporting guidelines, suggestions and general recommendations, and

Article 38
Rapports du Comité avec d'autres organismes et organes

Pour promouvoir l'application effective de la presente Convention et encourager la cooperation internationale dans le domaine qu'elle vise:

a) Les institutions specialisees et autres organismes des Nations Unies ont le droit de se faire representer lors de l'examen de l'application des dispositions de la presente Convention qui relèvent de leur mandat. Le Comite peut inviter les institutions specialisees et tous autres organismes qu'il jugera appropries à donner des avis specialises sur l'application de la Convention dans les domaines qui relèvent de leurs mandats respectifs. Il peut inviter les institutions specialisees et les autres organismes des Nations Unies à lui presenter des rapports sur l'application de la Convention dans les secteurs qui relèvent de leur domaine d'activite;

b) Dans l'accomplissement de son mandat, le Comite consulte, selon qu'il le juge approprie, les autres organes pertinents crees par les traites internationaux relatifs aux droits de l'homme en vue de garantir la coherence de leurs directives en matière d'etablissement de rapports,

Artikel 38
Beziehungen des Ausschusses zu anderen Organen

Um die wirksame Durchführung dieses Übereinkommens und die internationale Zusammenarbeit auf dem von dem Übereinkommen erfassten gebiet zu fördern,

a) haben die Sonderorganisationen und andere Organe der Vereinten Nationen das Recht, bei der Erörterung der Durchführung derjenigen Bestimmungen des Übereinkommens, die in ihren Aufgabenbereich fallen, vertreten zu sein. Der Ausschuss kann, wenn er dies für angebracht hält, Sonderorganisationen und andere zuständige Stellen einladen, sachkundige Stellungnahmen zur Durchführung des Übereinkommens auf Gebieten abzugeben, die in ihren jeweiligen Aufgabenbereich fallen. Der Ausschuss kann Sonderorganisationen und andere Organe der Vereinten Nationen einladen, ihm Berichte über die Durchführung des Übereinkommens auf den Gebieten vorzulegen, die in ihren Tätigkeitsbereich fallen;

b) konsultiert der Ausschuss bei der Wahrnehmung seines Mandats, soweit angebracht, andere einschlägige Organe, die durch internationale Menschenrechtsverträge geschaffen wurden, mit dem Ziel, die Kohärenz ihrer jeweiligen Berichterstattungsleitlinien, Vorschläge

avoiding duplication and overlap in the performance of their functions.

de leurs suggestions et de leurs recommandations generales respectives et d'eviter les doublons et les chevauchements dans l'exercice de leurs fonctions.

und allgemeinen Empfehlungen zu gewährleisten sowie Doppelungen und Überschneidungen bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu vermeiden.

Article 39
Report of the Committee

The Committee shall report every two years to the General Assembly and to the Economic and Social Council on its activities, and may make suggestions and general recommendations based on the examination of reports and information received from the States Parties. Such suggestions and general recommendations shall be included in the report of the Committee together with comments, if any, from States Parties.

Article 39
Rapport du Comité

Le Comite rend compte de ses activites à l'Assemblee generale et au Conseil economique et social tous les deux ans et peut formuler des suggestions et des recommandations generales fondees sur l'examen des rapports et des informations reçus des États Parties. Ces suggestions et ces recommandations generales sont incluses dans le rapport du Comite, accompagnees, le cas echeant, des observations des États Parties.

Artikel 39
Bericht des Ausschusses

Der Ausschuss berichtet der Generalversammlung und dem Wirtschafts- und Sozialrat alle zwei Jahre über seine Tätigkeit und kann aufgrund der Prüfung der von den Vertragsstaaten eingegangenen Berichte und Auskünfte Vorschläge machen und allgemeine Empfehlungen abgeben. Diese werden zusammen mit etwaigen Stellungnahmen der Vertragsstaaten in den Ausschussbericht aufgenommen.

Article 40
Conference of States Parties

1. The States Parties shall meet regularly in a Conference of States Parties in order to consider any matter with regard to the implementation of the present Convention.

2. No later than six months after the entry into force of the present Convention, the Conference of States Parties shall be convened by the Secretary-General of the United Nations. The subsequent meetings shall be convened by the Secretary-General biennially or upon the decision of the Conference of States Parties.

Article 40
Conférence des Etats Parties

1. Les États Parties se reunissent regulièrement en Conference des États Parties pour examiner toute question concernant l'application de la presente Convention.

2. Au plus tard six mois après l'entree en vigueur de la presente Convention, la Conference des États Parties sera convoquee par le Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies. Ses reunions subsequentes seront convoquees par le Secretaire general tous les deux ans ou sur decision de la Conference des États Parties.

Artikel 40
Konferenz der Vertragsstaaten

(1) Die Vertragsstaaten treten regelmäßig in einer Konferenz der Vertragsstaaten zusammen, um jede Angelegenheit im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Übereinkommens zu behandeln.

(2) Die Konferenz der Vertragsstaaten wird vom Generalsekretär der Vereinten Nationen spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens einberufen. Die folgenden Treffen werden vom Generalsekretär alle zwei Jahre oder auf Beschluss der Konferenz der Vertragsstaaten einberufen.

Article 41
Depositary

The Secretary-General of the United Nations shall be the depositary of the present Convention.

Article 41
Dépositaire

Le Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies est le depositaire de la presente Convention.

Artikel 41
Verwahrer

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Übereinkommens.

Article 42
Signature

The present Convention shall be open for signature by all States and by regional integration organizations at

Article 42
Signature

La presente Convention est ouverte à la signature de tous les États et des organisations d'integration regionale au Siège

Artikel 42
Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten und für Organisationen der regionalen Integration ab dem 30. März

United Nations Headquarters in New York as of 30 March 2007.

de l'Organisation des Nations Unies à New York à compter du 30 mars 2007.

2007 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Article 43
Consent to be bound

The present Convention shall be subject to ratification by signatory States and to formal confirmation by signatory regional integration organizations. It shall be open for accession by any State or regional integration organization which has not signed the Convention.

Article 43
Consentement à être lié

La presente Convention est soumise à la ratification des Etats et à la confirmation formelle des organisations d'integration regionale qui l'ont signee. Elle sera ouverte à l'adhesion de tout Etat ou organisation d'integration regionale qui ne l'a pas signee.

Artikel 43
Zustimmung, gebunden zu sein

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten und der förmlichen Bestätigung durch die unterzeichnenden Organisationen der regionalen Integration. Es steht allen Staaten oder Organisationen der regionalen Integration, die das Übereinkommen nicht unterzeichnet haben, zum Beitritt offen.

Article 44
Regional integration organizations

1. "Regional integration organization" shall mean an organization constituted by sovereign States of a given region, to which its member States have transferred competence in respect of matters governed by the present Convention. Such organizations shall declare, in their instruments of formal confirmation or accession, the extent of their competence with respect to matters governed by the present Convention. Subsequently, they shall inform the depositary of any substantial modification in the extent of their competence.

2. References to "States Parties" in the present Convention shall apply to such organizations within the limits of their competence.

3. For the purposes of article 45, paragraph 1, and article 47, paragraphs 2 and 3, of the present Convention, any instrument deposited by a regional integration organization shall not be counted.

4. Regional integration organizations, in matters within their competence, may exercise their right to vote in the Conference of States Parties, with a number of votes equal to the number of their member States that are Parties to the present Convention. Such an organization shall not exercise its right to vote if

Article 44
Organisations d'intégration régionale

1. Par «organisation d'integration regionale» on entend toute organisation constituee par des Etats souverains d'une region donnee, à laquelle ses Etats membres ont transfere des competences dans les domaines regis par la presente Convention. Dans leurs instruments de confirmation formelle ou d'adhesion, ces organisations indiquent l'etendue de leur competence dans les domaines regis par la presente Convention. Par la suite, elles notifient au depositaire toute modification importante de l'etendue de leur competence.

2. Dans la presente Convention, les references aux «Etats Parties» s'appliquent à ces organisations dans la limite de leur competence.

3. Aux fins du paragraphe 1 de l'article 45 et des paragraphes 2 et 3 de l'article 47 de la presente Convention, les instruments deposes par les organisations d'integration regionale ne sont pas comptes.

4. Les organisations d'integration regionale disposent, pour exercer leur droit de vote à la Conference des Etats Parties dans les domaines qui relèvent de leur competence, d'un nombre de voix egal au nombre de leurs Etats membres Parties à la presente Convention. Elles n'exercent pas leur droit de

Artikel 44
Organisationen der regionalen Integration

(1) Der Ausdruck „Organisation der regionalen Integration" bezeichnet eine von souveränen Staaten einer bestimmten Region gebildete Organisation, der ihre Mitgliedstaaten die Zuständigkeit für von diesem Übereinkommen erfasste Angelegenheiten übertragen haben. In ihren Urkunden der förmlichen Bestätigung oder Beitrittsurkunden erklären diese Organisationen den Umfang ihrer Zuständigkeiten in Bezug auf die durch dieses Übereinkommen erfassten Angelegenheiten. Danach teilen sie dem Verwahrer jede erhebliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten mit.

(2) Bezugnahmen auf „Vertragsstaaten" in diesem Übereinkommen finden auf solche Organisationen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Anwendung.

(3) Für die Zwecke des Artikels 45 Absatz 1 und des Artikels 47 Absätze 2 und 3 wird eine von einer Organisation der regionalen Integration hinterlegte Urkunde nicht mitgezählt.

(4) Organisationen der regionalen Integration können in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimmrecht in der Konferenz der Vertragsstaaten mit der Anzahl von Stimmen ausüben, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind. Diese Organisationen

any of its member States exercises its right, and vice versa.

Article 45
Entry into force

1. The present Convention shall enter into force on the thirtieth day after the deposit of the twentieth instrument of ratification or accession.

2. For each State or regional integration organization ratifying, formally confirming or acceding to the present Convention after the deposit of the twentieth such instrument, the Convention shall enter into force on the thirtieth day after the deposit of its own such instrument.

vote si leurs Etats membres exercent le leur, et inversement.

Article 45
Entrée en vigueur

1. La presente Convention entrera en vigueur le trentième jour suivant le depôt du vingtième instrument de ratification ou d'adhesion.

2. Pour chacun des Etats ou chacune des organisations d'integration regionale qui ratifieront ou confirmeront formellement la presente Convention ou y adhereront après le depôt du vingtième instrument de ratification ou d'adhesion, la Convention entrera en vigueur le trentième jour suivant le depôt par cet Etat ou cette organisation de son instrument de ratification, d'adhesion ou de confirmation formelle.

üben ihr Stimmrecht nicht aus, wenn einer ihrer Mitgliedstaaten sein Stimmrecht ausübt, und umgekehrt.

Artikel 45
Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat und jede Organisation der regionalen Integration, der beziehungsweise die dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der zwanzigsten entsprechenden Urkunde ratifiziert, förmlich bestätigt oder ihm beitritt, tritt das Übereinkommen am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der eigenen Urkunde in Kraft.

Article 46
Reservations

1. Reservations incompatible with the object and purpose of the present Convention shall not be permitted.

2. Reservations may be withdrawn at any time.

Article 46
Réserves

1. Les reserves incompatibles avec l'objet et le but de la presente Convention ne sont pas admises.

2. Les reserves peuvent être retirees à tout moment.

Artikel 46
Vorbehalte

(1) Vorbehalte, die mit Ziel und Zweck dieses Übereinkommens unvereinbar sind, sind nicht zulässig.

(2) Vorbehalte können jederzeit zurückgenommen werden.

Article 47
Amendments

1. Any State Party may propose an amendment to the present Convention and submit it to the Secretary-General of the United Nations. The Secretary-General shall communicate any proposed amendments to States Parties, with a request to be notified whether they favour a conference of States Parties for the purpose of considering and deciding upon the proposals. In the event that, within four months from the date of such communication, at least one third of the States Parties favour such a conference, the Secretary-General shall convene the conference under the auspices of the United Nations. Any amendment adopted by a majority of two thirds of the States Parties

Article 47
Amendements

1. Tout Etat Partie peut proposer un amendement à la presente Convention et le soumettre au Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies. Le Secretaire general communique les propositions d'amendement aux Etats Parties, en leur demandant de lui faire savoir s'ils sont favorables à la convocation d'une conference des Etats Parties en vue d'examiner ces propositions et de se prononcer sur elles. Si, dans les quatre mois qui suivent la date de cette communication, un tiers au moins des Etats Parties se prononcent en faveur de la convocation d'une telle conference, le Secretaire general convoque la conference sous les auspices de l'Organisation des Nations Unies. Tout amendement adopte par une majorite des

Artikel 47
Änderungen

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung dieses Übereinkommens vorschlagen und beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt jeden Änderungsvorschlag den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm zu notifizieren, ob sie eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Beratung und Entscheidung über den Vorschlag befürworten. Befürwortet innerhalb von vier Monaten nach dem Datum der Übermittlung wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten eine solche Konferenz, so beruft der Generalsekretär die Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Jede Änderung, die von einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten

present and voting shall be submitted by the Secretary-General to the General Assembly of the United Nations for approval and thereafter to all States Parties for acceptance.

2. An amendment adopted and approved in accordance with paragraph 1 of this article shall enter into force on the thirtieth day after the number of instruments of acceptance deposited reaches two thirds of the number of States Parties at the date of adoption of the amendment. Thereafter, the amendment shall enter into force for any State Party on the thirtieth day following the deposit of its own instrument of acceptance. An amendment shall be binding only on those States Parties which have accepted it.

3. If so decided by the Conference of States Parties by consensus, an amendment adopted and approved in accordance with paragraph 1 of this article which relates exclusively to articles 34, 38, 39 and 40 shall enter into force for all States Parties on the thirtieth day after the number of instruments of acceptance deposited reaches two thirds of the number of States Parties at the date of adoption of the amendment.

deux tiers des Etats Parties presents et votants est soumis pour approbation à l'Assemblee generale des Nations Unies, puis pour acceptation à tous les Etats Parties.

2. Tout amendement adopte et approuve conformement au paragraphe 1 du present article entre en vigueur le trentième jour suivant la date à laquelle le nombre d'instruments d'acceptation deposes atteint les deux tiers du nombre des Etats Parties à la date de son adoption. Par la suite, l'amendement entre en vigueur pour chaque Etat Partie le trentième jour suivant le depôt par cet Etat de son instrument d'acceptation. L'amendement ne lie que les Etats Parties qui l'ont accepte.

3. Si la Conference des Etats Parties en decide ainsi par consensus, un amendement adopte et approuve conformement au paragraphe 1 du present article et portant exclusivement sur les articles 34, 38, 39 et 40 entre en vigueur pour tous les Etats Parties le trentième jour suivant la date à laquelle le nombre d'instruments d'acceptation deposes atteint les deux tiers du nombre des Etats Parties à la date de son adoption.

beschlossen wird, wird vom Generalsekretär der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Genehmigung und danach allen Vertragsstaaten zur Annahme vorgelegt.

(2) Eine nach Absatz 1 beschlossene und genehmigte Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Anzahl der hinterlegten Annahmeurkunden zwei Drittel der Anzahl der Vertragsstaaten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung erreicht. Danach tritt die Änderung für jeden Vertragsstaat am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Annahmeurkunde in Kraft. Eine Änderung ist nur für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich.

(3) Wenn die Konferenz der Vertragsstaaten dies im Konsens beschließt, tritt eine nach Absatz 1 beschlossene und genehmigte Änderung, die ausschließlich die Artikel 34, 38, 39 und 40 betrifft, für alle Vertragsstaaten am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Anzahl der hinterlegten Annahmeurkunden zwei Drittel der Anzahl der Vertragsstaaten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung erreicht.

Article 48
Denunciation

A State Party may denounce the present Convention by written notification to the Secretary-General of the United Nations. The denunciation shall become effective one year after the date of receipt of the notification by the Secretary-General.

Article 48
Dénonciation

Tout Etat Partie peut denoncer la presente Convention par voie de notification ecrite adressee au Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies. La denonciation prend effet un an après la date à laquelle le Secretaire general en a reçu notification.

Artikel 48
Kündigung

Ein Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Article 49
Accessible format

The text of the present Convention shall be made available in accessible formats.

Article 49
Format accessible

Le texte de la presente Convention sera diffuse en formats accessibles.

Artikel 49
Zugängliches Format

Der Wortlaut dieses Übereinkommens wird in zugänglichen Formaten zur Verfügung gestellt.

Article 50
Authentic texts

The Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts of the present Convention shall be equally authentic.

In witness thereof the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Convention.

Article 50
Textes faisant foi

Les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe de la présente Convention font également foi.

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés, dûment habilités par leurs gouvernements respectifs, ont signé la présente Convention.

Artikel 50
Verbindliche Wortlaute

Der arabische, der chinesische, der englische, der französische, der russische und der spanische Wortlaut dieses Übereinkommens sind gleichermaßen verbindlich.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Optional Protocol to the Convention on the Rights of Persons with Disabilities

Protocole facultatif se rapportant à la Convention relative aux droits des personnes handicapees

The States Parties to the present Protocol have agreed as follows:

Article 1

1. A State Party to the present Protocol ("State Party") recognizes the competence of the Committee on the Rights of Persons with Disabilities ("the Committee") to receive and consider communications from or on behalf of individuals or groups of individuals subject to its jurisdiction who claim to be victims of a violation by that State Party of the provisions of the Convention.

2. No communication shall be received by the Committee if it concerns a State Party to the Convention that is not a party to the present Protocol.

Article 2

The Committee shall consider a communication inadmissible when:

(a) The communication is anonymous;

(b) The communication constitutes an abuse of the right of submission of such communications or is incompatible with the provisions of the Convention;

(c) The same matter has already been examined by the Committee or has been or is being examined under another procedure of international investigation or settlement;

Les États Parties au present Protocole sont convenus de ce qui suit:

Article premier

1. Tout État Partie au present Protocole («État Partie») reconnaît que le Comite des droits des personnes handicapees («le Comite») a competence pour recevoir et examiner les communications presentees par des particuliers ou groupes de particuliers ou au nom de particuliers ou groupes de particuliers relevant de sa juridiction qui pretendent être victimes d'une violation par cet État Partie des dispositions de la Convention.

2. Le Comite ne reçoit aucune communication interessant un État Partie à la Convention qui n'est pas partie au present Protocole.

Article 2

Le Comite declare irrecevable toute communication:

a) Qui est anonyme;

b) Qui constitue un abus du droit de presenter de telles communications ou est incompatible avec les dispositions de la Convention;

c) Ayant trait à une question qu'il a dejà examinee ou qui a dejà ete examinee ou est en cours d'examen devant une autre instance internationale d'enquête ou de règlement;

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Jeder Vertragsstaat dieses Protokolls („Vertragsstaat") anerkennt die Zuständigkeit des Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen („Ausschuss") für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen, die von oder im Namen von seiner Hoheitsgewalt unterstehenden Einzelpersonen oder Personengruppen eingereicht werden, die behaupten, Opfer einer Verletzung des Übereinkommens durch den betreffenden Vertragsstaat zu sein.

(2) Der Ausschuss nimmt keine Mitteilung entgegen, die einen Vertragsstaat des Übereinkommens betrifft, der nicht Vertragspartei dieses Protokolls ist.

Artikel 2

Der Ausschuss erklärt eine Mitteilung für unzulässig,

a) wenn sie anonym ist;

b) wenn sie einen Missbrauch des Rechts auf Einreichung solcher Mitteilungen darstellt oder mit den Bestimmungen des Übereinkommens unvereinbar ist;

c) wenn dieselbe Sache bereits vom Ausschuss untersucht worden ist oder in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft worden ist oder geprüft wird;

(d) All available domestic remedies have not been exhausted. This shall not be the rule where the application of the remedies is unreasonably prolonged or unlikely to bring effective relief;

d) Concernant laquelle tous les recours internes disponibles n'ont pas ete epuises, à moins que la procedure de recours n'excède des delais raisonnables ou qu'il soit improbable que le requerant obtienne reparation par ce moyen;

d) wenn nicht alle zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft worden sind. Dies gilt nicht, wenn das Verfahren bei der Anwendung solcher Rechtsbehelfe unangemessen lange dauert oder keine wirksame Abhilfe erwarten lässt;

(e) It is manifestly illfounded or not sufficiently substantiated; or when

e) Qui est manifestement mal fondee ou insuffisamment motivee; ou

e) wenn sie offensichtlich unbegründet ist oder nicht hinreichend begründet wird oder

(f) The facts that are the subject of the communication occurred prior to the entry into force of the present Protocol for the State Party concerned unless those facts continued after that date.

f) Qui porte sur des faits anterieurs à la date d'entree en vigueur du present Protocole à l'egard de l'Etat Partie interesse, à moins que ces faits ne persistent après cette date.

f) wenn die der Mitteilung zugrunde liegenden Tatsachen vor dem Inkrafttreten dieses Protokolls für den betreffenden Vertragsstaat eingetreten sind, es sei denn, dass sie auch nach diesem Zeitpunkt weiterbestehen.

Article 3

Subject to the provisions of article 2 of the present Protocol, the Committee shall bring any communications submitted to it confidentially to the attention of the State Party. Within six months, the receiving State shall submit to the Committee written explanations or statements clarifying the matter and the remedy, if any, that may have been taken by that State.

Article 3

Sous reserve des dispositions de l'article 2 du present Protocole, le Comite porte confidentiellement à l'attention de l'Etat Partie interesse toute communication qui lui est adressee. L'Etat Partie interesse soumet par ecrit au Comite, dans un delai de six mois, des explications ou declarations eclaircissant la question et indiquant les mesures qu'il pourrait avoir prises pour remedier à la situation.

Artikel 3

Vorbehaltlich des Artikels 2 bringt der Ausschuss jede ihm zugegangene Mitteilung dem Vertragsstaat vertraulich zur Kenntnis. Der betreffende Vertragsstaat übermittelt dem Ausschuss innerhalb von sechs Monaten schriftliche Erklärungen oder Darlegungen zur Klärung der Sache und der gegebenenfalls von ihm getroffenen Abhilfemaßnahmen.

Article 4

1. At any time after the receipt of a communication and before a determination on the merits has been reached, the Committee may transmit to the State Party concerned for its urgent consideration a request that the State Party take such interim measures as may be necessary to avoid possible irreparable damage to the victim or victims of the alleged violation.

2. Where the Committee exercises its discretion under paragraph 1 of this article, this does not imply a determination on admissibility or on the merits of the communication.

Article 4

1. Après reception d'une communication et avant de prendre une decision sur le fond, le Comite peut à tout moment soumettre à l'urgente attention de l'Etat Partie interesse une demande tendant à ce qu'il prenne les mesures conservatoires necessaires pour eviter qu'un dommage irreparable ne soit cause aux victimes de la violation presumee.

2. Le Comite ne prejuge pas de sa decision sur la recevabilite ou le fond de la communication du simple fait qu'il exerce la faculte que lui donne le paragraphe 1 du present article.

Artikel 4

(1) Der Ausschuss kann jederzeit nach Eingang einer Mitteilung und bevor eine Entscheidung in der Sache selbst getroffen worden ist, dem betreffenden Vertragsstaat ein Gesuch zur sofortigen Prüfung übermitteln, in dem er aufgefordert wird, die vorläufigen Maßnahmen zu treffen, die gegebenenfalls erforderlich sind, um einen möglichen nicht wiedergutzumachenden Schaden für das oder die Opfer der behaupteten Verletzung abzuwenden.

(2) Übt der Ausschuss sein Ermessen nach Absatz 1 aus, so bedeutet das keine Entscheidung über die Zulässigkeit der Mitteilung oder in der Sache selbst.

Article 5

The Committee shall hold closed meetings when examining communications under the present Protocol. After examining a communication, the Committee shall forward its suggestions and recommendations, if any, to the State Party concerned and to the petitioner.

Article 5

Le Comite examine à huis clos les communications qui lui sont adressees en vertu du present Protocole. Après avoir examine une communication, le Comite transmet ses suggestions et recommandations eventuelles à l'Etat Partie interesse et au petitionnaire.

Artikel 5

Der Ausschuss berät über Mitteilungen aufgrund dieses Protokolls in nichtöffentlicher Sitzung. Nach Prüfung einer Mitteilung übermittelt der Ausschuss dem betreffenden Vertragsstaat und dem Beschwerdeführer gegebenenfalls seine Vorschläge und Empfehlungen.

Article 6

1. If the Committee receives reliable information indicating grave or systematic violations by a State Party of rights set forth in the Convention, the Committee shall invite that State Party to cooperate in the examination of the information and to this end submit observations with regard to the information concerned.

2. Taking into account any observations that may have been submitted by the State Party concerned as well as any other reliable information available to it, the Committee may designate one or more of its members to conduct an inquiry and to report urgently to the Committee. Where warranted and with the consent of the State Party, the inquiry may include a visit to its territory.

3. After examining the findings of such an inquiry, the Committee shall transmit these findings to the State Party concerned together with any comments and recommendations.

4. The State Party concerned shall, within six months of receiving the findings, comments and recommendations transmitted by the Committee, submit its observations to the Committee.

5. Such an inquiry shall be conducted confidentially and the cooperation of the State Party shall be sought at all stages of the proceedings.

Article 6

1. Si le Comite est informe, par des renseignements credibles, qu'un Etat Partie porte gravement ou systematiquement atteinte aux droits enonces dans la Convention, il invite cet Etat à s'entretenir avec lui des renseignements portes à son attention et à presenter ses observations à leur sujet.

2. Le Comite, se fondant sur les observations eventuellement formulees par l'Etat Partie interesse, ainsi que sur tout autre renseignement credible dont il dispose, peut charger un ou plusieurs de ses membres d'effectuer une enquête et de lui rendre compte sans tarder des resultats de celleci. Cette enquête peut, lorsque cela se justifie et avec l'accord de l'Etat Partie, comporter une visite sur le territoire de cet Etat.

3. Après avoir etudie les resultats de l'enquête, le Comite les communique à l'État Partie interesse, accompagnes, le cas echeant, d'observations et de recommandations.

4. Après avoir ete informe des resultats de l'enquête et des observations et recommandations du Comite, l'État Partie presente ses observations à celuici dans un delai de six mois.

5. L'enquête conserve un caractère confidentiel et la cooperation de l'État Partie sera sollicitee à tous les stades de la procedure.

Artikel 6

(1) Erhält der Ausschuss zuverlässige Angaben, die auf schwerwiegende oder systematische Verletzungen der in dem Übereinkommen niedergelegten Rechte durch einen Vertragsstaat hinweisen, so fordert der Ausschuss diesen Vertragsstaat auf, bei der Prüfung der Angaben mitzuwirken und zu diesen Angaben Stellung zu nehmen.

(2) Der Ausschuss kann unter Berücksichtigung der von dem betreffenden Vertragsstaat abgegebenen Stellungnahmen sowie aller sonstigen ihm zur Verfügung stehenden zuverlässigen Angaben eines oder mehrere seiner Mitglieder beauftragen, eine Untersuchung durchzuführen und ihm sofort zu berichten. Sofern geboten, kann die Untersuchung mit Zustimmung des Vertragsstaats einen Besuch in seinem Hoheitsgebiet einschließen.

(3) Nachdem der Ausschuss die Ergebnisse einer solchen Untersuchung geprüft hat, übermittelt er sie zusammen mit etwaigen Bemerkungen und Empfehlungen dem betreffenden Vertragsstaat.

(4) Der Vertragsstaat unterbreitet innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der vom Ausschuss übermittelten Ergebnisse, Bemerkungen und Empfehlungen dem Ausschuss seine Stellungnahmen.

(5) Eine solche Untersuchung ist vertraulich durchzuführen; die Mitwirkung des Vertragsstaats ist auf allen Verfahrensstufen anzustreben.

Article 7

1. The Committee may invite the State Party concerned to include in its report under article 35 of the Convention details of any measures taken in response to an inquiry conducted under article 6 of the present Protocol.

2. The Committee may, if necessary, after the end of the period of six months referred to in article 6, paragraph 4, invite the State Party concerned to inform it of the measures taken in response to such an inquiry.

Article 7

1. Le Comite peut inviter l'État Partie interesse à inclure, dans le rapport qu'il doit presenter conformement à l'article 35 de la Convention, des precisions sur les mesures qu'il a prises à la suite d'une enquête effectuee en vertu de l'article 6 du present Protocole.

2. À l'expiration du delai de six mois vise au paragraphe 4 de l'article 6, le Comite peut, s'il y a lieu, inviter l'État Partie interesse à l'informer des mesures qu'il a prises à la suite de l'enquête.

Artikel 7

(1) Der Ausschuss kann den betreffenden Vertragsstaat auffordern, in seinen Bericht nach Artikel 35 des Übereinkommens Einzelheiten über Maßnahmen aufzunehmen, die als Reaktion auf eine nach Artikel 6 dieses Protokolls durchgeführte Untersuchung getroffen wurden.

(2) Sofern erforderlich, kann der Ausschuss nach Ablauf des in Artikel 6 Absatz 4 genannten Zeitraums von sechs Monaten den betreffenden Vertragsstaat auffordern, ihn über die als Reaktion auf eine solche Untersuchung getroffenen Maßnahmen zu unterrichten.

Article 8

Each State Party may, at the time of signature or ratification of the present Protocol or accession thereto, declare that it does not recognize the competence of the Committee provided for in articles 6 and 7.

Article 8

Tout État Partie peut, au moment où il signe ou ratifie le present Protocole ou y adhère, declarer qu'il ne reconnaît pas au Comite la competence que lui confèrent les articles 6 et 7.

Artikel 8

Jeder Vertragsstaat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Ratifikation dieses Protokolls oder seines Beitritts dazu erklären, dass er die in den Artikeln 6 und 7 vorgesehene Zuständigkeit des Ausschusses nicht anerkennt.

Article 9

The Secretary-General of the United Nations shall be the depositary of the present Protocol.

Article 9

Le Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies est le depositaire du present Protocole.

Artikel 9

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Protokolls.

Article 10

The present Protocol shall be open for signature by signatory States and regional integration organizations of the Convention at United Nations Headquarters in New York as of 30 March 2007.

Article 10

Le present Protocole est ouvert à la signature des États et des organisations d'integration regionale qui ont signe la Convention, au Siège de l'Organisation des Nations Unies à New York, à compter du 30 mars 2007.

Artikel 10

Dieses Protokoll liegt für die Staaten und die Organisationen der regionalen Integration, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, ab dem 30. März 2007 am Sitz der Vereinten Nationen in New York zur Unterzeichnung auf.

Article 11

The present Protocol shall be subject to ratification by signatory States of the present Protocol which have ratified or acceded to the Convention. It shall be subject to formal confirmation by signatory regional integration organizations of the present Protocol which have formally confirmed or acceded to the Convention. It shall be open for accession by any State or regional integration organization which has ratified, formally

Article 11

Le present Protocole est soumis à la ratification des États qui l'ont signe et ont ratifie la Convention ou y ont adhere. Il doit être confirme formellement par les organisations d'integration regionale qui l'ont signe et qui ont confirme formellement la Convention ou y ont adhere. Il sera ouvert à l'adhesion de tout État ou de toute organisation d'integration regionale qui a ratifie ou confirme formellement la Convention ou

Artikel 11

Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation durch die Unterzeichnerstaaten des Protokolls, die das Übereinkommen ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind. Es bedarf der förmlichen Bestätigung durch die Organisationen der regionalen Integration, die das Protokoll unterzeichnet haben und das Übereinkommen förmlich bestätigt haben oder ihm beigetreten sind. Das Protokoll steht allen Staaten oder Organisationen

confirmed or acceded to the Convention and which has not signed the Protocol.

qui y a adhere mais qui n'a pas signe le Protocole.

der regionalen Integration zum Beitritt offen, die das Übereinkommen ratifiziert beziehungsweise förmlich bestätigt haben oder ihm beigetreten sind und die das Protokoll nicht unterzeichnet haben.

Article 12

1. "Regional integration organization" shall mean an organization constituted by sovereign States of a given region, to which its member States have transferred competence in respect of matters governed by the Convention and the present Protocol. Such organizations shall declare, in their instruments of formal confirmation or accession, the extent of their competence with respect to matters governed by the Convention and the present Protocol. Subsequently, they shall inform the depositary of any substantial modification in the extent of their competence.

2. References to "States Parties" in the present Protocol shall apply to such organizations within the limits of their competence.

3. For the purposes of article 13, paragraph 1, and article 15, paragraph 2, of the present Protocol, any instrument deposited by a regional integration organization shall not be counted.

4. Regional integration organizations, in matters within their competence, may exercise their right to vote in the meeting of States Parties, with a number of votes equal to the number of their member States that are Parties to the present Protocol. Such an organization shall not exercise its right to vote if any of its member States exercises its right, and vice versa.

Article 12

1. Par «organisation d'integration regionale» on entend toute organisation constituee par des Etats souverains d'une region donnee, à laquelle ses Etats membres ont transfere des competences dans les domaines regis par la Convention et le present Protocole. Dans leurs instruments de confirmation formelle ou d'adhesion, ces organisations indiquent l'etendue de leur competence dans les domaines regis par la Convention et le present Protocole. Par la suite, elles notifient au depositaire toute modification importante de l'etendue de leur competence.

2. Dans le present Protocole, les references aux «Etats Parties» s'appliquent à ces organisations dans la limite de leur competence.

3. Aux fins du paragraphe 1 de l'article 13 et du paragraphe 2 de l'article 15 du present Protocole, les instruments deposes par des organisations d'integration regionale ne sont pas comptes.

4. Les organisations d'integration regionale disposent, pour exercer leur droit de vote à la reunion des Etats Parties dans les domaines qui relèvent de leur competence, d'un nombre de voix egal au nombre de leurs Etats membres Parties au present Protocole. Elles n'exercent pas leur droit de vote si leurs Etats membres exercent le leur, et inversement.

Artikel 12

(1) Der Ausdruck „Organisation der regionalen Integration" bezeichnet eine von souveränen Staaten einer bestimmten Region gebildete Organisation, der ihre Mitgliedstaaten die Zuständigkeit für von dem Übereinkommen und diesem Protokoll erfasste Angelegenheiten übertragen haben. In ihren Urkunden der förmlichen Bestätigung oder Beitrittsurkunden erklären diese Organisationen den Umfang ihrer Zuständigkeiten in Bezug auf die durch das Übereinkommen und dieses Protokoll erfassten Angelegenheiten. Danach teilen sie dem Verwahrer jede maßgebliche Änderung des Umfangs ihrer Zuständigkeiten mit.

(2) Bezugnahmen auf „Vertragsstaaten" in diesem Protokoll finden auf solche Organisationen im Rahmen ihrer Zuständigkeit Anwendung.

(3) Für die Zwecke des Artikels 13 Absatz 1 und des Artikels 15 Absatz 2 wird eine von einer Organisation der regionalen Integration hinterlegte Urkunde nicht mitgezählt.

(4) Organisationen der regionalen Integration können in Angelegenheiten ihrer Zuständigkeit ihr Stimmrecht bei dem Treffen der Vertragsstaaten mit der Anzahl von Stimmen ausüben, die der Anzahl ihrer Mitgliedstaaten entspricht, die Vertragsparteien dieses Protokolls sind. Diese Organisationen üben ihr Stimmrecht nicht aus, wenn einer ihrer Mitgliedstaaten sein Stimmrecht ausübt, und umgekehrt.

Article 13

1. Subject to the entry into force of the Convention, the present Protocol shall enter into force on the thirtieth day after the deposit of the tenth instrument of ratification or accession.

Article 13

1. Sous reserve de l'entree en vigueur de la Convention, le present Protocole entrera en vigueur le trentième jour suivant le depôt du dixième instrument de ratification ou d'adhesion.

Artikel 13

(1) Vorbehaltlich des Inkrafttretens des Übereinkommens tritt dieses Protokoll am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

2. For each State or regional integration organization ratifying, formally confirming or acceding to the present Protocol after the deposit of the tenth such instrument, the Protocol shall enter into force on the thirtieth day after the deposit of its own such instrument.

2. Pour chacun des Etats ou chacune des organisations d'integration regionale qui ratifieront ou confirmeront formellement le present Protocole ou y adhereront après le depôt du dixième instrument de ratification ou d'adhesion, le Protocole entrera en vigueur le trentième jour suivant le depôt par cet Etat ou cette organisation de son instrument de ratification, d'adhesion ou de confirmation formelle.

(2) Für jeden Staat und jede Organisation der regionalen Integration, der beziehungsweise die dieses Protokoll nach Hinterlegung der zehnten entsprechenden Urkunde ratifiziert, förmlich bestätigt oder ihm beitritt, tritt das Protokoll am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der eigenen Urkunde in Kraft.

Article 14

1. Reservations incompatible with the object and purpose of the present Protocol shall not be permitted.

2. Reservations may be withdrawn at any time.

Article 14

1. Les reserves incompatibles avec l'objet et le but du present Protocole ne sont pas admises.

2. Les reserves peuvent être retirees à tout moment.

Artikel 14

(1) Vorbehalte, die mit Ziel und Zweck dieses Protokolls unvereinbar sind, sind nicht zulässig.

(2) Vorbehalte können jederzeit zurückgenommen werden.

Article 15

1. Any State Party may propose an amendment to the present Protocol and submit it to the Secretary-General of the United Nations. The Secretary-General shall communicate any proposed amendments to States Parties, with a request to be notified whether they favour a meeting of States Parties for the purpose of considering and deciding upon the proposals. In the event that, within four months from the date of such communication, at least one third of the States Parties favour such a meeting, the Secretary-General shall convene the meeting under the auspices of the United Nations. Any amendment adopted by a majority of two thirds of the States Parties present and voting shall be submitted by the Secretary-General to the General Assembly of the United Nations for approval and thereafter to all States Parties for acceptance.

2. An amendment adopted and approved in accordance with paragraph 1 of this article shall enter into force on the thirtieth day after the number of instruments of acceptance deposited reaches two thirds of the number of States Parties at the date of adoption of the amendment. Thereafter, the amendment shall enter into force for any State Party on the thirtieth day following the

Article 15

1. Tout Etat Partie peut proposer un amendement au present Protocole et le soumettre au Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies. Le Secretaire general communique les propositions d'amendement aux Etats Parties, en leur demandant de lui faire savoir s'ils sont favorables à la convocation d'une reunion des États Parties en vue d'examiner ces propositions et de se prononcer sur elles. Si, dans les quatre mois qui suivent la date de cette communication, un tiers au moins des États Parties se prononcent en faveur de la convocation d'une telle reunion, le Secretaire general convoque la reunion sous les auspices de l'Organisation des Nations Unies. Tout amendement adopte par une majorite des deux tiers des États Parties presents et votants est soumis pour approbation à l'Assemblee generale des Nations Unies, puis pour acceptation à tous les États Parties.

2. Tout amendement adopte et approuve conformement au paragraphe 1 du present article entre en vigueur le trentième jour suivant la date à laquelle le nombre d'instruments d'acceptation deposes atteint les deux tiers du nombre des États Parties à la date de son adoption. Par la suite, l'amendement entre en vigueur pour chaque État Partie le trentième jour suivant le depôt

Artikel 15

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung dieses Protokolls vorschlagen und beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt jeden Änderungsvorschlag den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm zu notifizieren, ob sie die Einberufung eines Treffens der Vertragsstaaten zur Beratung und Entscheidung über den Vorschlag befürworten. Befürwortet innerhalb von vier Monaten nach dem Datum der Übermittlung wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten die Einberufung eines solchen Treffens, so beruft der Generalsekretär das Treffen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Jede Änderung, die von einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten beschlossen wird, wird vom Generalsekretär der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Genehmigung und danach allen Vertragsstaaten zur Annahme vorgelegt.

(2) Eine nach Absatz 1 beschlossene und genehmigte Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Anzahl der hinterlegten Annahmeurkunden zwei Drittel der Anzahl der Vertragsstaaten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung erreicht. Danach tritt die Änderung für jeden Vertragsstaat am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner

deposit of its own instrument of acceptance. An amendment shall be binding only on those States Parties which have accepted it.

par cet État de son instrument d'acceptation. L'amendement ne lie que les États Parties qui l'ont accepte.

eigenen Annahmeurkunde in Kraft. Eine Änderung ist nur für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich.

Article 16

A State Party may denounce the present Protocol by written notification to the Secretary-General of the United Nations. The denunciation shall become effective one year after the date of receipt of the notification by the Secretary-General.

Article 16

Tout État Partie peut denoncer le present Protocole par voie de notification ecrite adressee au Secretaire general de l'Organisation des Nations Unies. La denonciation prend effet un an après la date à laquelle le Secretaire general en a reçu notification.

Artikel 16

Ein Vertragsstaat kann dieses Protokoll durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

Article 17

The text of the present Protocol shall be made available in accessible formats.

Article 17

Le texte du present Protocole sera diffuse en formats accessibles.

Artikel 17

Der Wortlaut dieses Protokolls wird in zugänglichen Formaten zur Verfügung gestellt.

Article 18

The Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts of the present Protocol shall be equally authentic.

In witness thereof the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed the present Protocol.

Article 18

Les textes anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe du present Protocole font egalement foi.

En foi de quoi les plenipotentiaires soussignes, dûment habilites par leurs gouvernements respectifs, ont signe le present Protocole.

Artikel 18

Der arabische, der chinesische, der englische, der französische, der russische und der spanische Wortlaut dieses Protokolls sind gleichermaßen verbindlich.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren jeweiligen Regierungen hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Protokoll unterschrieben.

3.2 Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (Auszug)

Quelle: Deutscher Bundestag (1985): Gesetz zu dem Wiener Übereinkommen vom 23. Mai 1969 über das Recht der Verträge vom 3. August 1985. In: Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz (Hg.): Bundesgesetzblatt, Jahrgang 1985, Teil II, S. 939-940

Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge

Vienna Convention on the Law of Treaties

Convention de Vienne s ur le droit des traités

SECTION 3	Section 3	Abschnitt 3
Interpretation of treaties	**Interprétation des traités**	**Auslegung von Verträgen**
Article 31: General rule of interpretation	**Article 31: Règle générale d'interprétation**	**Artikel 31: Allgemeine Auslegungsregel**
1. A treaty shall be interpreted in good faith in accordance with the ordinary meaning to be given to the terms of the treaty in their context and in the light of its object and purpose.	1. Un traité doit être interprété de bonne foi suivant le sens ordinaire à attribuer aux termes du traité dans leur contexte et à la lumière de son objet et de son but.	(1) Ein Vertrag ist nach Treu und Glauben in Übereinstimmung mit der gewöhnlichen, seinen Bestimmungen in ihrem Zusammenhang zukommenden Bedeutung und im Lichte seines Zieles und Zweckes auszulegen.
2. The context for the purpose of the interpretation of a treaty shall comprise, in addition to the text, including its preamble and annexes:	2. Aux fins de l'interprétation d'un traité, le contexte comprend, outre le texte, préambule et annexes inclus:	(2) Für die Auslegung eines Vertrags bedeutet der Zusammenhang ausser dem Vertragswortlaut samt Präambel und Anlagen
(a) any agreement relating to the treaty which was made between all the parties in connection with the conclusion of the treaty;	(a) tout accord ayant rapport au traité et qui est intervenu entre toutes les parties à l'occasion de la conclusion du traité;	a) jede sich auf den Vertrag beziehende Übereinkunft, die zwischen allen Vertragsparteien anlässlich des Vertragsabschlusses getroffen wurde;
(b) any instrument which was made by one or more parties in connection with the conclusion of the treaty and accepted by the other parties as an instrument related to the treaty.	(b) tout instrument établi par une ou plusieurs parties à l'occasion de la conclusion du traité et accepté par les autres parties en tant qu'instrument ayant rapport au traité.	b) jede Urkunde, die von einer oder mehreren Vertragsparteien anlässlich des Vertragsabschlusses abgefasst und von den anderen Vertragsparteien als eine sich auf den Vertrag beziehende Urkunde angenommen wurde.
3. There shall be taken into account, together with the context:	3. Il sera tenu compte, en même temps que du contexte:	(3) Ausser dem Zusammenhang sind in gleicher Weise zu berücksichtigen
(a) any subsequent agreement between the parties regarding the interpretation of the treaty or the application of its provisions;	(a) de tout accord ultérieur intervenu entre les parties au sujet de l'interprétation du traité ou de l'application de ses dispositions;	a) jede spätere Übereinkunft zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung des Vertrags oder die Anwendung seiner Bestimmungen;

(b) any subsequent practice in the application of the treaty which establishes the agreement of the parties regarding its interpretation;

(c) any relevant rules of international law applicable in the relations between the parties.

4. A special meaning shall be given to a term if it is established that the parties so intended.

(b) de toute pratique ultérieurement suivie dans l'application du traité par laquelle est établi l'accord des parties à l'égard de l'interprétation du traité;

(c) de toute règle pertinente de droit international applicable dans les relations entre les parties.

4. Un terme sera entendu dans un sens particulier s'il est établi que telle était l'intention des parties.

b) jede spätere Übung bei der Anwendung des Vertrags, aus der die Übereinstimmung der Vertragsparteien über seine Auslegung hervorgeht;

c) jeder in den Beziehungen zwischen den Vertragsparteien anwendbare einschlägige Völkerrechtssatz.

(4) Eine besondere Bedeutung ist einem Ausdruck beizulegen, wenn feststeht, dass die Vertragsparteien dies beabsichtigt haben.

Article 32: Supplementary means of interpretation

Recourse may be had to supplementary means of interpretation, including the preparatory work of the treaty and the circumstances of its conclusion, in order to confirm the meaning resulting from the application of article 31, or to determine the meaning when the interpretation according to article 31:

(a) leaves the meaning ambiguous or obscure; or

(b) leads to a result which is manifestly absurd or unreasonable.

Article 32: Moyens complémentaires d'interprétation

Il peut être fait appel à des moyens complémentaires d'interprétation, et notamment aux travaux préparatoires et aux circonstances dans lesquelles le traité a été conclu, en vue, soit de confirmer le sens résultant de l'application de l'art. 31, soit de déterminer le sens lorsque l'interprétation donnée conformément à l'art. 31:

a) laisse le sens ambigu ou obscur; ou

b) conduit à un résultat qui est manifestement absurde ou déraisonnable.

Artikel 32: Ergänzende Auslegungsmittel

Ergänzende Auslegungsmittel, insbesondere die vorbereitenden Arbeiten und die Umstände des Vertragsabschlusses, können herangezogen werden, um die sich unter Anwendung des Artikels 31 ergebende Bedeutung zu bestätigen oder die Bedeutung zu bestimmen, wenn die Auslegung nach Artikel 31

a) die Bedeutung mehrdeutig oder dunkel lässt oder

b) zu einem offensichtlich sinnwidrigen oder unvernünftigen Ergebnis führt.

Article 33: Interpretation of treaties authenticated in two or more languages

1. When a treaty has been authenticated in two or more languages, the text is equally authoritative in each language, unless the treaty provides or the parties agree that, in case of divergence, a particular text shall prevail.

2. A version of the treaty in a language other than one of those in which the text was authenticated shall be considered an authentic text only if the treaty so provides or the parties so agree.

Article 33: Interprétation de traités authentifiés en deux ou plusieurs langues

1. Lorsqu'un traité a été authentifié en deux ou plusieurs langues, son texte fait foi dans chacune de ces langues, à moins que le traité ne dispose ou que les parties ne conviennent qu'en cas de divaergence un texte déterminé l'emportera.

2. Une version du traité dans une langue autre que l'une de celles dans lesquelles le texte a été authentifié ne sera considérée comme texte authentique que si le traité le prévoit ou si les parties en sont convenues.

Artikel 33: Auslegung von Verträgen mit zwei oder mehr authentischen Sprachen

(1) Ist ein Vertrag in zwei oder mehr Sprachen als authentisch festgelegt worden, so ist der Text in jeder Sprache in gleicher Weise massgebend, sofern nicht der Vertrag vorsieht oder die Vertragsparteien vereinbaren, dass bei Abweichungen ein bestimmter Text vorgehen soll.

(2) Eine Vertragsfassung in einer anderen Sprache als einer der Sprachen, deren Text als authentisch festgelegt wurde, gilt nur dann als authentischer Wortlaut, wenn der Vertrag dies vorsieht oder die Vertragsparteien dies vereinbaren.

3. The terms of the treaty are presumed to have the same meaning in each authentic text.

4. Except where a particular text prevails in accordance with paragraph 1, when a comparison of the authentic texts discloses a difference of meaning which the application of articles 31 and 32 does not remove, the meaning which best reconciles the texts, having regard to the object and purpose of the treaty, shall be adopted.

3. Les termes d'un traité sont présumés avoir le même sens dans les divaers textes authentiques.

4. Sauf le cas où un texte déterminé l'emporte conformément au par. 1, lorsque la comparaison des textes authentiques fait apparaître une différence de sens que l'application des art. 31 et 32 ne permet pas d'éliminer, on adoptera le sens qui, compte tenu de l'objet et du but du traité, concilie le mieux ces textes.

(3) Es wird vermutet, dass die Ausdrücke des Vertrags in jedem authentischen Text dieselbe Bedeutung haben.

(4) Ausser in Fällen, in denen ein bestimmter Text nach Absatz 1 vorgeht, wird, wenn ein Vergleich der authentischen Texte einen Bedeutungsunterschied aufdeckt, der durch die Anwendung der Artikel 31 und 32 nicht ausgeräumt werden kann, diejenige Bedeutung zugrunde gelegt, die unter Berücksichtigung von Ziel und Zweck des Vertrags die Wortlaute am besten miteinander in Einklang bringt.

3.3 Allgemeine Bemerkungen des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Zum Redaktionsschluss hat der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen sieben Allgemeine Bemerkungen verabschiedet, von denen vier in deutscher Übersetzung vorliegen. Sie betreffen menschenrechtlich alle gleichermaßen wichtige Themen. Die hier erfolgte Auswahl, die aufgrund begrenzter Ressourcen erforderlich war, orientiert sich an der sachlichen Relevanz für den Projektzusammenhang.
Deutsche Übersetzungen können auf der Website der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte heruntergeladen werden (https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/monitoring-stelle-un-brk/).

3.3.1 Allgemeine Bemerkung Nr. 1

Quelle: UN, Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (19.05.2014): Allgemeine Bemerkung Nr. 1 zu Artikel 12: Gleiche Anerkennung vor dem Recht. UN-Doc. CRPD/C/GC/1 3 Der vorliegende Text ist eine nichtamtliche Übersetzung des englischen Textes. Die Übersetzung wurde von der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte erstellt.

Allgemeine Bemerkung Nr. 1 (2014)
Gleiche Anerkennung vor dem Recht

I. Einleitung

1. Gleichheit vor dem Recht ist ein grundlegendes und allgemeines Prinzip des Schutzes von Menschenrechten und für die Ausübung anderer Menschenrechte unerlässlich. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte garantieren ausdrücklich das Recht auf Gleichheit vor dem Recht. Artikel 12 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen beschreibt den Inhalt dieses bürgerlichen Rechts und konzentriert sich auf die Bereiche, in denen Menschen mit Behinderungen dieses Recht herkömmlich versagt wurde. Artikel 12 legt keine weiteren Rechte für Menschen mit Behinderungen fest; er beschreibt einfach die spezifischen Elemente, die die Vertragsstaaten berücksichtigen müssen, um für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen das Recht auf Gleichheit vor dem Recht zu sichern.

2. Angesichts der Bedeutung dieses Artikels hat der Ausschuss interaktive Foren für Diskussionen über die rechtliche Handlungsfähigkeit moderiert. Aufgrund dieses sehr nützlichen Austauschs von Expertinnen und Experten, Vertragsstaaten, Behindertenverbänden, Nichtregierungsorganisationen, Vertragsüberwachungsgremien, nationalen Menschenrechtsinstitutionen und UN-Organisationen über die Bestimmungen von Artikel 12 hielt der Ausschuss es für dringend geboten, in einer Allgemeinen Bemerkung weitere Orientierungshilfe zu geben.

3. Gestützt auf die Erstberichte verschiedener Vertragsstaaten, die der Ausschuss bisher geprüft hat, stellte er fest, dass die genaue Reichweite der Verpflichtungen der Vertragsstaaten nach Artikel 12 des Übereinkommens generell missverstanden wird. Bisher wurde generell nicht erkannt, dass das menschenrechtsbasierte Modell von Behinderung den Wechsel vom Paradigma der ersetzenden Entscheidungsfindung zum Modell der unterstützten Entscheidungsfindung impliziert. Mit der vorliegenden Allgemeinen Bemerkung sollen die aus den verschiedenen Elementen des Artikels 12 hervorgehenden allgemeinen Verpflichtungen dargestellt werden.

4. Diese Allgemeine Bemerkung reflektiert eine Auslegung von Artikel 12, die sich auf die in Artikel 3 des Übereinkommens dargelegten allgemeinen Grundsätze stützt, nämlich Achtung

der dem Menschen innewohnenden Würde, seiner individuellen Autonomie – einschließlich der Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen – sowie seiner Unabhängigkeit, Nichtdiskriminierung, vollen und wirksamen an der Gesellschaft und Einbeziehung in die Gesellschaft, Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit, Chancengleichheit, Zugänglichkeit, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Achtung vor den sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und Achtung ihres Rechtes auf Wahrung ihrer Identität.

5. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte und das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen legen jeweils fest, dass das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht „überall" wirksam ist. Mit anderen Worten sind nach internationalen Menschenrechtsnormen keine Umstände zulässig, unter denen einer Person ihr Recht auf Anerkennung als Rechtssubjekt entzogen oder dieses Recht beschränkt werden kann. Dies wird durch Artikel 4 Absatz 2 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verstärkt, der besagt, dass dieses Recht selbst im Falle eines öffentlichen Notstands nicht außer Kraft gesetzt werden darf. Obwohl in dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen kein gleichlautendes Verbot einer Außerkraftsetzung dieses Rechts auf gleiche Anerkennung vor dem Recht niedergelegt ist, gilt die Schutzbestimmung in dem Internationalen Pakt kraft Artikel 4 Absatz 4 des Übereinkommens, wonach die Bestimmungen dieses Übereinkommens das geltende Völkerrecht nicht berühren.

6. Das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht spiegelt sich auch in anderen grundlegenden internationalen und regionalen Menschenrechtsverträgen wider. Artikel 15 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau garantiert ebenfalls die Gleichstellung der Frau vor dem Gesetz und fordert die Anerkennung der rechtlichen Handlungsfähigkeit von Frauen gleichberechtigt mit Männern, einschließlich der Fähigkeit Verträge einzugehen, Vermögen zu verwalten und ihre Rechte in der Justiz auszuüben. In Artikel 3 der Afrikanischen Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker sind das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz sowie der Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz aufgeführt. In Artikel 3 der Amerikanischen Menschenrechtskonvention ist das Recht auf Rechtspersönlichkeit niedergelegt, sowie auch das Recht aller Menschen, als Rechtssubjekt anerkannt zu werden.

7. Die Vertragsstaaten müssen alle Rechtsbereiche umfassend untersuchen, um sicherzustellen, dass das Recht von Menschen mit Behinderungen auf rechtliche Handlungsfähigkeit nicht ungleich stärker eingeschränkt wird als das anderer. In der Vergangenheit wurde Menschen mit Behinderungen in vielen Bereichen in diskriminierender Weise das Recht auf rechtliche Handlungsfähigkeit verwehrt, und zwar durch das System der ersetzenden Entscheidungsfindung, wie beispielsweise bei einer Vormundschaft, rechtlicher Betreuung und bei Gesetzen zur psychischen Gesundheit, die eine Zwangsbehandlung zulassen. Diese Praktiken müssen abgeschafft werden, um sicherzustellen, dass die volle rechtliche Handlungsfähigkeit für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wiederhergestellt wird.

8. Artikel 12 des Übereinkommens bekräftigt, dass alle Menschen mit Behinderungen volle rechtliche Handlungsfähigkeit besitzen. Vielen Gruppen wurde im Laufe der Geschichte die rechtliche Handlungsfähigkeit zu ihrem Nachteil verwehrt, dazu gehören Frauen (insbesondere nach Heirat) und ethnische Minderheiten. Dennoch bleiben Menschen mit Behinderungen die Gruppe, der rechtliche Handlungsfähigkeit in den Rechtssystemen weltweit am häufigsten versagt wird. Das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht impliziert, dass die rechtliche Handlungsfähigkeit ein universelles Attribut ist, das allen Personen aufgrund ihres Menschseins innewohnt und auch für Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen gewahrt sein muss. Die rechtliche Handlungsfähigkeit ist für die Ausübung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte unerlässlich. Besondere Bedeutung hat sie für Menschen mit Behinderungen, wenn sie grundlegende Entscheidungen für ihre Gesundheit, Bildung und Arbeit zu treffen haben. Die Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit bei Menschen mit Behinderungen führte häufig zum Entzug vieler Grundrechte wie dem Wahlrecht, dem Recht eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen, dem Recht auf Fortpflanzung, Elternrechten, dem Recht auf Einwilligung in intime Beziehungen und in medizinische Behandlung sowie dem Recht auf Freiheit.

9. Alle Menschen mit Behinderungen, einschließlich solcher mit körperlichen, geistigen, intellektuellen oder sensorischen Beeinträchtigungen können von der Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit sowie von ersetzender Entscheidungsfindung betroffen sein. Allerdings waren und sind Personen mit kognitiven oder psychosozialen Behinderungen unverhältnismäßig stark von Regelungen, die auf Regimen ersetzender Entscheidungsfindung beruhen, sowie von der Versagung ihrer rechtlichen Handlungsfähigkeit betroffen. Der Ausschuss bekräftigt erneut, dass der Status als Mensch mit einer Behinderung oder das Vorhandensein einer Beeinträchtigung (einschließlich körperlicher oder sensorischer Beeinträchtigung) niemals die Grundlage für die Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit oder eines der in Artikel 12 aufgeführten Rechte sein darf. Alle Praktiken, durch die Artikel 12 gezielt oder im Ergebnis verletzt wird, müssen abgeschafft werden, um sicherzustellen, dass die volle rechtliche Handlungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen wiederhergestellt wird.

10. Diese Allgemeine Bemerkung bezieht sich in erster Linie auf den normativen Inhalt von Artikel 12 und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen der Staaten. Der Ausschuss wird sich weiterhin mit diesem Bereich beschäftigen und in seinen künftigen Abschließenden Bemerkungen, Allgemeinen Bemerkungen und sonstigen Arbeiten die Rechte und Verpflichtungen aus Artikel 12 genau beschreiben.

II. Normativer Inhalt von Artikel 12

Artikel 12 Absatz 1

11. Artikel 12 Absatz 1 bekräftigt das Recht von Menschen mit Behinderungen, als Rechtssubjekte anerkannt zu werden. Dieses gewährleistet, dass jeder Mensch als eine Person mit Rechtspersönlichkeit geachtet wird, was eine Voraussetzung für die Anerkennung der rechtlichen Handlungsfähigkeit des Einzelnen darstellt.

Artikel 12 Absatz 2

12. Artikel 12 Absatz 2 erkennt an, dass Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des Lebens gleichberechtigt mit anderen rechtliche Handlungsfähigkeit genießen. Dies beinhaltet die Fähigkeit, sowohl Träger von Rechten als auch Akteur im Rahmen des Rechts zu sein. Die rechtliche Fähigkeit, Träger von Rechten zu sein, berechtigt den Einzelnen zum vollen Schutz seiner Rechte durch das Rechtssystem. Die rechtliche Fähigkeit, im Rahmen des Rechts zu handeln, anerkennt den Einzelnen als Person mit der Fähigkeit, Geschäfte zu tätigen und im Allgemeinen Rechtsbeziehungen einzugehen, zu ändern und zu beenden. Das Recht auf Anerkennung als rechtlich handelnde Person ist in Artikel 12 Absatz 5 des Übereinkommens enthalten, der die Pflicht der Vertragsstaaten beschreibt, „alle geeigneten und wirksamen Maßnahmen zu treffen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen das gleiche Recht wie andere haben, Eigentum zu besitzen oder zu erben, ihre finanziellen Angelegenheiten selbst zu regeln und gleichen Zugang zu Bankdarlehen, Hypotheken und anderen Finanzkrediten zu haben, und zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen nicht willkürlich ihr Eigentum entzogen wird."

13. Rechtliche Handlungsfähigkeit[1] und geistige Fähigkeit sind unterschiedliche Konzepte. Rechtliche Handlungsfähigkeit ist sowohl die Fähigkeit, Inhaber von Rechten und Pflichten zu sein (Rechtsfähigkeit) als auch diese Rechte und Pflichten auszuüben (Handlungsfähigkeit im Recht). Sie ist der Schlüssel für den Zugang zu einer wirksamen Partizipation an der Gesellschaft. Geistige Fähigkeit bezieht sich auf die Fähigkeit einer Person, Entscheidungen zu treffen; diese Fähigkeit ist naturgemäß von Person zu Person verschieden und kann auch beim einzelnen Menschen variieren, abhängig von vielen Faktoren, einschließlich umweltbedingter und sozialer Faktoren. In der Vergangenheit sind Rechtsinstrumente wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (Artikel 6), der Internationale Pakt über bürgerliche und politische

1 Im Englischen: „legal capacity".

Rechte (Artikel 16) und das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (Artikel 15) auf den Unterschied zwischen geistiger Fähigkeit und rechtlicher Handlungsfähigkeit nicht näher eingegangen. Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Artikel 12) stellt jetzt klar, dass „Geistesgestörtheit“ und andere diskriminierende Bezeichnungen kein legitimer Grund für die Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit (rechtliche Rolle und Rechtsstellung im Verfahren) sind. Nach Artikel 12 sind wahrgenommene oder tatsächliche Defizite in der geistigen Fähigkeit keine Rechtfertigung für die Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit.

14. Rechtliche Handlungsfähigkeit ist ein allen Menschen einschließlich Menschen mit Behinderungen innewohnendes Recht. Wie erwähnt besteht es aus zwei Strängen. Der erste ist die rechtliche Stellung, Rechte zu haben und als Rechtssubjekt anerkannt zu sein. Dazu gehört beispielsweise eine Geburtsurkunde zu haben, medizinische Hilfe zu bekommen, im Wahlverzeichnis eingetragen zu sein oder einen Pass zu beantragen. Der zweite ist die Fähigkeit, diesen Rechten entsprechend handeln zu können und die rechtliche Anerkennung eines solchen Handelns zu erhalten. Diese Komponente wird in Bezug auf Menschen mit Behinderungen oft versagt oder eingeschränkt. Beispielsweise können Gesetze zulassen, dass Menschen mit Behinderungen Eigentum haben, aber bei Kauf und Verkauf von Eigentum wird ihr Handeln nicht immer geachtet. Rechtliche Handlungsfähigkeit bedeutet, dass alle Menschen, einschließlich derjenigen mit Behinderungen, allein aufgrund ihres Menschseins eine rechtliche Stellung und rechtliche Handlungsbefugnis haben. Um das Recht auf rechtliche Handlungsfähigkeit für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten, müssen daher diese beiden Stränge anerkannt sein; sie sind nicht voneinander zu trennen. Das Konzept geistige Fähigkeit ist höchst umstritten. Entgegen den üblichen Darstellungen handelt es sich hier nicht um ein objektives, wissenschaftliches und naturgegebenes Phänomen. Geistige Fähigkeit hängt vom sozialen und politischen Kontext ab; dies gilt ebenso für die Fachbereiche, Berufe und Praktiken, die bei der Beurteilung geistiger Fähigkeit eine beherrschende Rolle spielen.

15. In der Mehrzahl der Berichte der Vertragsstaaten, die der Ausschuss bisher untersucht hat, werden die Begriffe geistige und rechtliche Fähigkeit verschmolzen, sodass Personen, deren Fähigkeiten, Entscheidungen zu treffen, zumeist aufgrund einer kognitiven oder psychosozialen Behinderung vermeintlich beeinträchtigt sind, die Rechtsfähigkeit, eine bestimmte Entscheidung zu treffen, in der Folge entzogen wird. Dies wird einfach entschieden auf Grundlage der Diagnose einer Beeinträchtigung (Status-Ansatz) oder wenn eine Person eine Entscheidung mit vermeintlich negativen Auswirkungen trifft (Ergebnis-Ansatz) oder wenn die Fähigkeiten einer Person, Entscheidungen zu treffen, als mangelhaft betrachtet werden (funktionaler Ansatz). Der funktionale Ansatz versucht, geistige Fähigkeit zu bewerten und rechtliche Handlungsfähigkeit dementsprechend zu versagen. Er stützt sich häufig darauf, ob die betreffende Person die Art und die Folgen einer Entscheidung erfassen kann beziehungsweise ob sie mit den entsprechenden Informationen umgehen und sie abwägen kann. Dieser funktionale Ansatz ist aus zweierlei Gründen mangelhaft: a) weil er in diskriminierender Weise auf Menschen mit Behinderungen angewandt wird, und b) weil er vorgibt, die inneren Abläufe des menschlichen Geistes genau beurteilen zu können und ein zentrales Menschenrecht – das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht – versagt, wenn jemand den Begutachtungstest nicht besteht. Bei all diesen Ansätzen wird die Behinderung eines Menschen und/oder seine Entscheidungsfähigkeit als legitime Basis genommen, die rechtliche Handlungsfähigkeit zu versagen und ihren Status als Rechtssubjekt zu verringern. Artikel 12 lässt eine solche diskriminierende Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit nicht zu, sondern verlangt vielmehr Unterstützung bei ihrer Ausübung.

Artikel 12 Absatz 3

16. Artikel 12 Absatz 3 besagt, dass die Vertragsstaaten die Verpflichtung haben, Menschen mit Behinderungen Zugang zu Unterstützung zur Ausübung ihrer rechtlichen Handlungsfähigkeit zu verschaffen. Die Vertragsstaaten müssen es unterlassen, Menschen mit Behinderungen rechtliche Handlungsfähigkeit zu versagen, und diesen Menschen stattdessen Zugang zu der notwendigen Unterstützung verschaffen, die sie in die Lage versetzt, rechtswirksame Entscheidungen zu treffen.

17. Die Unterstützung zur Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit muss die Rechte, den Willen und die Präferenzen von Menschen mit Behinderungen achten und sollte nie auf eine ersetzte Entscheidungsfindung hinauslaufen. Artikel 12 Absatz 3 legt die Form einer solchen Unterstützung nicht fest. „Unterstützung" ist ein weit gefasster Begriff, der sowohl informelle als auch formelle Arrangements zur Unterstützung in unterschiedlicher Art und Intensität umfasst. Zum Beispiel können Menschen mit Behinderungen eine oder mehrere Vertrauenspersonen auswählen, die ihnen bei der Ausübung ihrer rechtlichen Handlungsfähigkeit für bestimmte Arten von Entscheidungen zur Seite stehen, oder auf andere Formen der Unterstützung zurückgreifen, wie zum Beispiel Peer-Support, Interessenvertretung (einschließlich Unterstützung bei der Selbstvertretung) oder Kommunikationsassistenz. Unterstützung für Menschen mit Behinderungen bei der Ausübung ihrer rechtlichen Handlungsfähigkeit könnte Maßnahmen in Bezug auf universelles Design und Zugänglichkeit umfassen – wie zum Beispiel die Anforderung an private und öffentliche Akteure wie Banken und Finanzinstitutionen, verständliche Informationen oder professionelle Gebärdensprachdolmetschung bereitzustellen – um Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, die für die Eröffnung eines Bankkontos, den Abschluss eines Vertrags oder sonstige soziale Transaktionen erforderlichen Rechtshandlungen vorzunehmen. Unterstützung kann auch die Entwicklung und Anerkennung verschiedener nicht-konventioneller Kommunikationsmethoden bedeuten, insbesondere für diejenigen, die nonverbale Formen der Kommunikation nutzen, um ihren Willen und ihre Präferenzen zum Ausdruck zu bringen. Für viele Menschen mit Behinderungen ist die Möglichkeit der Vorausplanung eine wichtige Form der Unterstützung, weil sie so ihren Willen und ihre Präferenzen darlegen können, denen entsprochen werden soll, wenn sie eventuell nicht in der Lage sind, anderen ihre Wünsche mitzuteilen. Alle Menschen mit Behinderungen haben das Recht, Vorsorge zu treffen, und ihnen sollte die Möglichkeit gegeben werden, dies gleichberechtigt mit anderen zu tun. Die Vertragsstaaten können eine Auswahl an Vorsorgeverfahren unterschiedlicher Form anbieten, die den verschiedenen Präferenzen entsprechen, aber alle Möglichkeiten sollten nicht diskriminierend sein. Wenn gewünscht sollte Unterstützung der einzelnen Person gewährt werden, um den Prozess der Vorsorgeplanung abzuschließen. Der Punkt, an dem eine Vorsorgeverfügung wirksam wird (und endet), sollte von dem Betreffenden in dem Text der Verfügung festgelegt werden und sollte sich nicht auf eine Beurteilung stützen, wonach dem Betreffenden die geistige Fähigkeit fehlt.

18. Die Art und Intensität der anzubietenden Unterstützung kann sich aufgrund der Vielfalt von Menschen mit Behinderungen von Person zu Person erheblich unterscheiden. Dies steht mit Artikel 3 Buchstabe d in Einklang, der „die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit" als allgemeines Prinzips des Übereinkommens festlegt. Die individuelle Autonomie und die Fähigkeit von Menschen mit Behinderungen, Entscheidungen zu treffen, müssen jederzeit, auch in Krisensituationen, geachtet werden.

19. Manche Menschen mit Behinderungen streben nur die Anerkennung ihres in Artikel 12 Absatz 2 genannten Rechts auf rechtliche Handlungsfähigkeit gleichberechtigt mit anderen an und wollen ihr in Artikel 12 Absatz 3 verbrieftes Recht auf Unterstützung möglicherweise nicht wahrnehmen.

Artikel 12 Absatz 4

20. Artikel 12 Absatz 4 beschreibt die Sicherungen, die innerhalb des Systems der Unterstützung zur Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit vorhanden sein müssen. Artikel 12 Absatz 4 muss in Verbindung mit dem Rest des Artikels 12 und dem gesamten Übereinkommen gesehen werden. Er fordert von den Vertragsstaaten, geeignete und wirksame Sicherungen hinsichtlich der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit zu schaffen. Oberstes Ziel dieser Sicherungen muss sein, sicherzustellen, dass das Recht, der Willen und die Präferenzen der betreffenden Personen geachtet werden. Um dies zu erreichen, müssen diese Sicherungen gleichberechtigten Schutz vor Missbrauch bieten.

21. Wenn es auch nach erheblichen Bemühungen praktisch nicht möglich ist, den Willen und die Präferenzen des Betreffenden zu erkennen, muss „bestmögliche Interpretation des Willens und der Präferenzen" an die Stelle der Vorgabe „zum Wohl" treten. Damit werden die Rechte, der Wille und die Präferenzen des Betreffenden gemäß Artikel 12 Absatz 4 geachtet.

Der Grundsatz des „Wohles“ ist keine Sicherung, die in Bezug auf Erwachsene mit Artikel 12 im Einklang steht. Das Paradigma „Wille und Präferenzen“ muss an die Stelle des Paradigmas „Wohl“ treten, damit sichergestellt ist, dass Menschen mit Behinderungen in den gleichberechtigten Genuss des Rechts auf rechtliche Handlungsfähigkeit kommen.

22. Bei allen Menschen besteht die Gefahr, dass sie „missbräuchlicher Einflussnahme“ ausgesetzt sind, aber diese kann sich bei Menschen, die bei Entscheidungen auf die Unterstützung anderer angewiesen sind, verschärfen. Missbräuchliche Einflussnahme ist dadurch gekennzeichnet, dass die Qualität der Interaktion zwischen der unterstützenden und der unterstützten Person Züge von Angst, Bedrohung, Täuschung oder Manipulation aufweist. Sicherungen zur Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit müssen Schutz gegen missbräuchliche Einflussnahme umfassen – wobei der Schutz jedoch die Rechte, den Willen und die Präferenzen der betreffenden Person achten muss, einschließlich des Rechts, Risiken einzugehen und Fehler zu machen.

Artikel 12 Absatz 5

23. Artikel 12 Absatz 5 verlangt, dass die Vertragsstaaten Maßnahmen – einschließlich gesetzgeberischer, administrativer, rechtlicher und anderer praktischer Maßnahmen – ergreifen, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Bezug auf finanzielle und wirtschaftliche Angelegenheiten gleichberechtigt mit anderen zu sichern. Der Zugang zu Geldwesen und Eigentum wurde Menschen mit Behinderungen auf der Grundlage des medizinischen Modells von Behinderung traditionell verwehrt. Dieser Ansatz, Menschen mit Behinderungen rechtliche Handlungsfähigkeit in finanziellen Angelegenheiten zu versagen, muss nach Artikel 12 Absatz 3 durch Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit ersetzt werden. Ebenso wenig wie das Geschlecht als Grundlage für Diskriminierung im Bereich Geldwesen und Eigentum herangezogen werden darf,[2] darf auch Behinderung nicht dafür genutzt werden.

III. Verpflichtungen der Vertragsstaaten

24. Die Vertragsstaaten haben die Verpflichtung, das Recht aller Menschen mit Behinderungen auf gleiche Anerkennung vor dem Recht zu achten, zu schützen und zu erfüllen. In diesem Zusammenhang sollten die Vertragsstaaten alle Maßnahmen unterlassen, durch die Menschen mit Behinderungen das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht vorenthalten wird. Sie sollten Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, dass nichtstaatliche Akteure und Privatpersonen die Fähigkeit von Menschen mit Behinderungen beeinträchtigen, ihre Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf rechtliche Handlungsfähigkeit, zu verwirklichen und zu genießen. Eines der Ziele der Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit ist, Selbstvertrauen und Kompetenz von Menschen mit Behinderungen aufzubauen, sodass diese ihre rechtliche Handlungsfähigkeit in der Zukunft mit weniger Unterstützung ausüben können, wenn sie dies möchten. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, Schulungen für unterstützte Personen anzubieten, sodass diese selbst entscheiden können, wann sie bei der Ausübung ihrer rechtlichen Handlungsfähigkeit weniger beziehungsweise keine Unterstützung mehr benötigen.

25. Um die „universelle rechtliche Handlungsfähigkeit“ voll anzuerkennen, wonach alle Menschen (unabhängig von Behinderung oder Entscheidungsfähigkeit) eine inhärente rechtliche Handlungsfähigkeit haben, müssen die Vertragsstaaten jegliche Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit, die von der Zielsetzung oder im Ergebnis eine Diskriminierung aufgrund von Behinderung darstellt,[3] beseitigen.

26. In seinen Abschließenden Bemerkungen zu den Erstberichten der Vertragsstaaten hat der Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Bezug auf Artikel 12 wiederholt geäußert, dass die Vertragsstaaten „die Gesetze, wonach Vormundschaft und

---

2 Siehe Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau, Artikel 13 Buchstabe b.

3 Siehe Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Artikel 2, in Verbindung mit Artikel 5.

rechtliche Betreuung zulässig ist, überprüfen und Maßnahmen zur Entwicklung von Gesetzen und politischen Konzepten ergreifen müssen, um anstelle der Regelwerke zur ersetzenden Entscheidungsfindung die unterstützte Entscheidungsfindung einzuführen die die Autonomie, den Willen und die Präferenzen der betroffenen Person respektiert."

27. Regelwerke der ersetzenden Entscheidungsfindung können unterschiedliche Formen annehmen, einschließlich umfassender Vormundschaft, gerichtlicher Verbote und Teilvormundschaft. Diese Regelwerke haben jedoch bestimmte Gemeinsamkeiten: sie können definiert werden als Systeme, bei denen (i) einer Person die rechtliche Handlungsfähigkeit entzogen wird, selbst wenn dies nur für eine einzige Entscheidung geschieht, (ii) eine rechtliche Vertretung nicht durch die betroffene Person selbst, sondern von jemand anderem ernannt wird und dies gegen den Willen der betroffenen Person erfolgen kann, und (iii) alle Entscheidungen einer Vertretung aufgrund dessen getroffen werden, was als objektives „Wohl" des Betroffenen erachtet wird, im Gegensatz zu einer Entscheidung, die auf dem eigenen Willen und den eigenen Präferenzen des Betroffenen selbst beruht.

28. Die Verpflichtung der Vertragsstaaten, Regelwerke zur ersetzenden Entscheidungsfindung durch unterstützte Entscheidungsfindung zu ersetzen, macht sowohl die Abschaffung von Regelwerken zur ersetzenden Entscheidungsfindung als auch die Entwicklung von Alternativen für unterstützte Entscheidungsfindung erforderlich. Die Entwicklung von Systemen der unterstützten Entscheidungsfindung bei gleichzeitiger Beibehaltung von Regelungen zur ersetzenden Entscheidungsfindung reicht nicht aus, um mit Artikel 12 in Einklang zu sein.

29. Regelwerke zur unterstützten Entscheidungsfindung umfassen mehrere Unterstützungsoptionen, die dem Willen und den Präferenzen der betroffenen Person und der Achtung der Menschenrechtsnormen den Vorrang geben. Sie sollten den Schutz aller Rechte gewährleisten, einschließlich der Rechte in Bezug auf Autonomie (Recht auf Geschäftsfähigkeit, Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht, Recht der Wahl des Wohnortes und so weiter) und der Rechte in Bezug auf die Freiheit von Missbrauch und Misshandlung (Recht auf Leben, Recht auf körperliche Unversehrtheit und so weiter.). Überdies sollten Systeme zur unterstützten Entscheidungsfindung das Leben von Menschen mit Behinderungen nicht überregulieren. Gleichwohl Regelwerke zur unterstützten Entscheidungsfindung vielerlei Formen haben können, sollten sie aber, um Übereinstimmung mit Artikel 12 zu gewährleisten, bestimmte grundlegende Festlegungen wie die folgenden enthalten:
(a) Unterstützte Entscheidungsfindung muss allen offenstehen. Der Umfang des Unterstützungsbedarfs (insbesondere wenn dieser hoch ist) sollte kein Hindernis sein, Unterstützung bei der Entscheidungsfindung zu bekommen;
(b) alle Formen der Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit (einschließlich intensiverer Formen der Unterstützung) müssen auf dem Willen und den Präferenzen der betroffenen Person beruhen und nicht auf dem, was für ihr objektives Wohl erachtet wird;
(c) der Kommunikationsmodus einer Person darf kein Hindernis sein, Unterstützung bei der Entscheidungsfindung zu bekommen, selbst wenn diese Kommunikation nicht-konventionell ist oder von nur wenigen Menschen verstanden wird;
(d) die rechtliche Anerkennung der Unterstützungsperson(en), die von der betroffenen Person offiziell ausgewählt wurde(n), muss möglich und zugänglich sein, und der Staat hat eine Verpflichtung, die Schaffung von Unterstützungsmöglichkeiten zu erleichtern, insbesondere für Menschen, die isoliert sind und möglicherweise keinen Zugang zu den in einer Gemeinschaft allgemein vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten haben. Dies muss ein Verfahren einschließen, das es Dritten ermöglicht, die Identität einer Unterstützungsperson nachzuprüfen, ebenso wie Verfahren, wodurch Dritte die Rechtshandlung einer Unterstützungsperson anfechten können, wenn sie meinen, dass die Unterstützungsperson nicht nach dem Willen und den Präferenzen des Betroffenen gehandelt hat;
(e) um die Anforderung von Artikel 12 Absatz 3 zu erfüllen, dass alle Vertragsstaaten Maßnahmen ergreifen müssen, um „Zugang" zu der benötigten Unterstützung „zu verschaffen", müssen die Vertragsstaaten sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen Unterstützung zu erschwinglichen Kosten beziehungsweise kostenlos zur Verfügung steht und dass fehlende finanzielle Mittel kein Hindernis für den Zugang zu Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit darstellen;

(f) Unterstützung bei der Entscheidungsfindung darf nicht als Rechtfertigung für die Einschränkung anderer grundlegender Rechte von Menschen mit Behinderungen, insbesondere des Wahlrechts, des Rechts eine Ehe zu schließen (beziehungsweise eine eingetragene Lebenspartnerschaft einzugehen) und eine Familie zu gründen, der reproduktiven Rechte, der elterlichen Rechte, des Rechts auf Zustimmung zu intimen Beziehungen und medizinischer Behandlung sowie des Rechts auf Freiheit benutzt werden;
(g) die betroffene Person muss das Recht haben, Unterstützung abzulehnen und das Unterstützungsverhältnis jederzeit zu beenden oder zu ändern;
(h) für alle Prozesse in Verbindung mit der rechtlichen Handlungsfähigkeit und der Unterstützung bei ihrer Ausübung müssen Sicherungen geschaffen werden. Es muss Ziel dieser Sicherungen sein, zu gewährleisten, dass der Wille und die Präferenzen der betreffenden Person geachtet werden;
(i) die Bereitstellung von Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit sollte nicht von der Beurteilung der geistigen Fähigkeit abhängen; für die Feststellung des Unterstützungsbedarfs sind neue, nichtdiskriminierende Indikatoren erforderlich.

30. Das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht ist seit langem als bürgerliches und politisches Recht anerkannt, das im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte verwurzelt ist. Bürgerliche und politische Rechte gelten ab dem Zeitpunkt der Ratifizierung, und die Vertragsstaaten müssen Maßnahmen zur sofortigen Verwirklichung dieser Rechte ergreifen. Insofern gelten die in Artikel 12 niedergelegten Rechte ab dem Zeitpunkt der Ratifizierung und sind sofort zu verwirklichen. Die Pflicht des Staates zur Bereitstellung des Zugangs zu Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit gemäß Artikel 12 Absatz 3 stellt eine Verpflichtung zur Gewährleistung des bürgerlichen und politischen Rechts auf gleiche Anerkennung vor dem Recht dar. Die „schrittweise Verwirklichung“ (Artikel 4 Absatz 2) gilt nicht für Artikel 12. Nach der Ratifizierung müssen die Vertragsstaaten unverzüglich beginnen, Maßnahmen zur Verwirklichung der in Artikel 12 verbrieften Rechte zu ergreifen. Diese Schritte müssen überlegt, gut geplant sein und die Konsultation und sinnvolle Beteiligung von Menschen mit Behinderungen und ihren Verbänden einschließen.

IV. Zusammenhang mit anderen Bestimmungen des Übereinkommens

31. Die Anerkennung der rechtlichen Handlungsfähigkeit ist unauflöslich verbunden mit dem Genuss vieler anderer in dem Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verbriefter Menschenrechte. Hierzu gehören unter anderem das Recht auf Zugang zur Justiz (Artikel 13), das Recht, frei zu sein von unfreiwilliger Unterbringung in einer psychiatrischen Einrichtung sowie von erzwungener psychiatrischer Behandlung (Artikel 14), das Recht auf Achtung der körperlichen und seelischen Unversehrtheit (Artikel 17), das Recht auf Freizügigkeit und Staatsangehörigkeit (Artikel 18), das Recht, selbst darüber zu entscheiden, wo und mit wem man leben will (Artikel 19), das Recht der freien Meinungsäußerung (Artikel 21), das Recht auf Eheschließung und Familiengründung (Artikel 23), das Recht auf Einwilligung zu medizinischer Behandlung (Artikel 25), sowie das Recht zu wählen und gewählt zu werden (Artikel 29). Ohne die Anerkennung der Person als Rechtssubjekt ist die Möglichkeit, diese und viele andere nach dem Übereinkommen vorgesehene Rechte geltend zu machen, auszuüben und durchzusetzen, erheblich beeinträchtigt.

Artikel 5: Gleichheit und Nichtdiskriminierung

32. Um gleiche Anerkennung vor dem Recht zu erreichen, darf die rechtliche Handlungsfähigkeit nicht auf diskriminierende Weise versagt werden. Artikel 5 des Übereinkommens garantiert die Gleichheit aller Menschen vor dem Recht sowie das Recht auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Ebenso verbietet er ausdrücklich jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung. Diese wird in Artikel 2 des Übereinkommens definiert als „jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund von Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass das auf die Gleichberechtigung mit anderen begründete Anerkennen, Genießen oder Ausüben aller Menschenrechte und Grundfreiheiten [...] beeinträchtigt oder vereitelt wird“. Eine Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit, die das Ziel beziehungsweise die Auswirkung hat, das Recht von Menschen mit Behinderungen auf gleiche Anerkennung vor dem Recht zu beeinträchtigen, stellt eine Verletzung der Artikel 5 und 12 des Übereinkommens dar. Zwar hat der Staat die Befugnis, aufgrund bestimmter Umstände wie zum Beispiel Insolvenz oder

strafrechtlicher Verurteilung die rechtliche Handlungsfähigkeit von Menschen einzuschränken. Allerdings verlangt das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht und auf Freiheit von Diskriminierung, dass bei einer Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit durch den Staat dies auf gleicher Grundlage wie für alle Menschen geschehen muss. Die Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit darf nicht auf einem persönlichen Merkmal wie Geschlecht, Rasse oder Behinderung beruhen oder das Ziel beziehungsweise die Auswirkung haben, dass die betreffende Person anders behandelt wird.

33. Freiheit von Diskriminierung in Bezug auf die Anerkennung der rechtlichen Handlungsfähigkeit stellt die Autonomie wieder her und achtet die Menschenwürde der betreffenden Person im Einklang mit den in Artikel 3 Buchstabe a des Übereinkommens verankerten Grundsätzen. Sehr häufig ist für die Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen, die rechtliche Handlungsfähigkeit erforderlich. Unabhängigkeit und Autonomie schließen die rechtliche Anerkennung der eigenen Entscheidungen ein. Der Bedarf an Unterstützung und angemessenen Vorkehrungen für eine Entscheidungsfindung darf nicht dafür genutzt werden, die rechtliche Handlungsfähigkeit einer Person in Frage zu stellen. Die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit (Artikel 3, Buchstabe d) ist unvereinbar damit, rechtliche Handlungsfähigkeit auf der Grundlage von Assimilation zu gewähren.

34. Nichtdiskriminierung schließt das Recht auf angemessene Vorkehrungen bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit (Artikel 5 Absatz 3) mit ein. Artikel 2 des Übereinkommens definiert angemessene Vorkehrungen als alle „notwendigen und geeigneten Änderungen und Anpassungen, die keine unverhältnismäßige oder unbillige Belastung darstellen, und die, wenn sie in einem bestimmten Fall erforderlich sind, vorgenommen werden, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen oder ausüben können.“ Das Recht auf angemessene Vorkehrungen bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit ist eigenständig und eine Ergänzung zum Recht auf Unterstützung bei dieser Ausübung. Die Vertragsstaaten müssen alle Änderungen oder Anpassungen vornehmen, die ermöglichen, dass Menschen mit Behinderungen ihre rechtliche Handlungsfähigkeit ausüben, sofern dies keine unverhältnismäßige oder unbillige Belastung darstellt. Zu diesen Änderungen oder Anpassungen gehören unter anderem: Zugang zu wichtigen Gebäuden wie Gerichte, Banken, Sozialämter oder Wahllokale, zugängliche Informationen bei Entscheidungen, die Rechtswirkung haben, sowie persönliche Assistenz. Das Recht auf Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit darf nicht durch Geltendmachung von Unverhältnismäßigkeit oder Unbilligkeit eingeschränkt werden. Der Staat hat die absolute Verpflichtung, Zugang zu Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit zu schaffen.

Artikel 6: Frauen mit Behinderungen

35. Artikel 15 des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau legt die rechtliche Handlungsfähigkeit von Frauen gleichberechtigt mit Männern fest und erkennt dadurch an, dass die Bestätigung der rechtlichen Handlungsfähigkeit fester Bestandteil der gleichen Anerkennung vor dem Gesetz ist: „Die Vertragsstaaten gewähren der Frau in zivilrechtlichen Fragen dieselbe Rechtsfähigkeit wie dem Mann und dieselben Möglichkeiten zur Ausübung dieser Rechtsfähigkeit. Insbesondere räumen sie der Frau gleiche Rechte in Bezug auf den Abschluss von Verträgen und die Verwaltung von Vermögen ein und gewähren ihr Gleichbehandlung in allen Stadien gerichtlicher Verfahren“ (Absatz 2). Diese Bestimmung gilt für alle Frauen, einschließlich Frauen mit Behinderungen. Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen erkennt an, dass Frauen mit Behinderungen aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Behinderung mehrfachen und sich verschränkenden Formen der Diskriminierung ausgesetzt sein können. Zum Beispiel werden Frauen mit Behinderungen vergleichsweise häufig einer Zwangssterilisation unterworfen; oft wird ihnen die Kontrolle ihrer reproduktiven Gesundheit und das Treffen diesbezüglicher Entscheidungen unter der Annahme abgesprochen, dass sie nicht in der Lage sind, einvernehmlichen Geschlechtsverkehr zu haben. In bestimmten Rechtsordnungen wird Frauen häufiger eine gesetzliche Vertretung auferlegt als Männern. Es ist daher besonders wichtig, erneut zu bekräftigen, dass die rechtliche Handlungsfähigkeit von Frauen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen anerkannt werden sollte.

Artikel 7: Kinder mit Behinderungen

36. Während Artikel 12 des Übereinkommens die Gleichheit vor dem Recht für alle Personen, ungeachtet des Alters, schützt, erkennt Artikel 7 des Übereinkommens die sich entwickelnden Fähigkeiten von Kindern an und fordert, dass „bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, das Wohl des Kindes [...] ein Gesichtspunkt ist, der vorrangig zu berücksichtigen ist“ (Absatz 2), und dass „ihre Meinung angemessen und entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife berücksichtigt wird“ (Absatz 3). Für eine Übereinstimmung mit Artikel 12 müssen die Vertragsstaaten ihre Gesetze überprüfen, um sicherzustellen, dass der Wille und die Präferenzen von Kindern mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Kindern geachtet werden.

Artikel 9: Zugänglichkeit

37. Die in Artikel 12 enthaltenen Rechte sind eng verbunden mit den staatlichen Pflichten in Bezug auf die Zugänglichkeit (Artikel 9), weil das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht notwendig ist, um Menschen mit Behinderungen in den Stand zu versetzen,, ein unabhängiges Leben zu führen und an allen Lebensbereichen teilzuhaben. Artikel 9 verlangt die Feststellung und Beseitigung von Barrieren bei Einrichtungen oder Diensten, die der Öffentlichkeit offen stehen oder für sie bereitgestellt werden. Fehlende Zugänglichkeit zu Information und Kommunikation sowie unzugängliche Dienste können in der Praxis für manche Menschen mit Behinderungen Hindernisse für die Verwirklichung der rechtlichen Handlungsfähigkeit darstellen. Daher müssen die Vertragsstaaten alle Verfahren zur Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit und jedwede damit zusammenhängende Information und Kommunikation voll zugänglich machen. Die Staaten müssen ihre Gesetze und Praktiken überprüfen, um sicherzustellen, dass die Zugänglichkeit und das Recht auf rechtliche Handlungsfähigkeit verwirklicht werden.

Artikel 13: Zugang zur Justiz

38. Die Vertragsstaaten haben die Pflicht, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderem Zugang zur Justiz haben. Die Anerkennung des Rechts auf rechtliche Handlungsfähigkeit ist in vielfacher Hinsicht für den Zugang zur Justiz unabdingbar. Um die Durchsetzung ihrer Rechte und Pflichten gleichberechtigt mit anderen zu erreichen, müssen Menschen mit Behinderungen als Rechtssubjekt anerkannt werden und vor Gerichten gleichberechtigt auftreten können. Die Vertragsstaaten müssen auch sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen Zugang zu rechtlichem Beistand haben. Dies wurde in vielen Rechtsordnungen als Problem festgestellt und muss behoben werden, unter anderem durch die Gewährleistung, dass Personen, die Beeinträchtigungen ihres Rechts auf rechtliche Handlungsfähigkeit erfahren, die Möglichkeit haben, gegen solche Beeinträchtigungen rechtlich vorzugehen (in ihrem eigenen Namen oder mit rechtlichem Beistand) und ihre Rechte vor Gericht zu verteidigen. Menschen mit Behinderungen werden häufig von wichtigen Rollen im Justizsystem (Anwälte, Richter, Zeugen, Ausübung von Laienämtern) ausgeschlossen.

39. Polizeibeamte, Sozialarbeiter und andere Erstkontaktpersonen müssen darin unterwiesen werden, Menschen mit Behinderungen uneingeschränkt als Rechtssubjekt anzuerkennen und Beschwerden und Aussagen von Menschen mit Behinderungen die gleiche Bedeutung beizumessen wie denen von Menschen ohne Behinderungen. Dies bedingt Schulung und Sensibilisierung in diesen wichtigen Berufsgruppen. Menschen mit Behinderungen muss auch die rechtliche Fähigkeit eingeräumt werden, gleichberechtigt mit anderen Zeuge zu sein. Artikel 12 des Übereinkommens garantiert Unterstützung für die Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit, einschließlich der Fähigkeit, in Gerichts-, Verwaltungs- und sonstigen rechtlichen Verfahren als Zeuge auszusagen. Diese Unterstützung kann unterschiedliche Formen haben, einschließlich der Anerkennung verschiedener Kommunikationsmethoden, wie zum Beispiel die Genehmigung von Aussagen per Videoübertragung in bestimmten Situationen, verfahrensbezogene Vorkehrungen, die Bereitstellung professioneller Gebärdensprachdolmetschung und andere Hilfsmittel. Auch müssen im Justizwesen tätige Personen geschult und auf ihre Verpflichtung aufmerksam gemacht werden, die rechtliche Handlungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen zu achten, einschließlich ihrer rechtlichen Rolle und Rechtsstellung im Verfahren.

Artikel 14 und 25: Freiheit und Sicherheit, Einwilligung

40. Die Achtung des Rechts auf rechtliche Handlungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen umfasst auch die Achtung des Rechts dieser Menschen auf Freiheit und Sicherheit der Person. Die Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen und die Unterbringung gegen ihren Willen in Einrichtungen, entweder ohne ihre Einwilligung oder mit Zustimmung einer Vertretung, sind ein dauerhaftes Problem. Diese Praxis stellt einen willkürlichen Entzug der Freiheit dar und verstößt gegen Artikel 12 und 14 des Übereinkommens. Die Vertragsstaaten müssen derartige Praktiken unterlassen und einen Mechanismus zur Überprüfung von Fällen einrichten, in denen Menschen mit Behinderungen in einem Wohnumfeld ohne ihre Einwilligung untergebracht wurden.

41. Das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit (Artikel 25) schließt das Recht auf Gesundheitsversorgung auf der Grundlage der freien und informierten Zustimmung mit ein. Die Vertragsparteien haben die Verpflichtung, von allen Angehörigen der Gesundheitsberufe (einschließlich Mitarbeitenden der Psychiatrie) zu verlangen, dass sie vor jeder Behandlung von Menschen mit Behinderungen die freie und informierte Zustimmung einholen. In Verbindung mit dem Recht auf rechtliche Handlungsfähigkeit gleichberechtigt mit anderen sind die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, stellvertretende Entscheidungen im Namen von Menschen mit Behinderungen zu untersagen. Alle Angehörigen der Gesundheitsberufe sollten eine geeignete Beratung sicherstellen, die Menschen mit Behinderungen direkt einbezieht. Sie sollten ebenfalls nach besten Kräften sicherstellen, dass Assistenten oder Unterstützungspersonen die Entscheidungen nicht anstelle von Menschen mit Behinderungen übernehmen oder Entscheidungen von Menschen mit Behinderungen unzulässig beeinflussen.

Artikel 15, 16 und 17: Achtung der Unversehrtheit der Person, Freiheit von Folter, Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch

42. Wie der Ausschuss in mehreren Abschließenden Bemerkungen bereits festgestellt hat, stellt die Zwangsbehandlung durch Fachpersonal in der Psychiatrie sowie im Gesundheits- und medizinischen Bereich eine Verletzung des Rechts auf gleiche Anerkennung vor dem Recht sowie eine Beeinträchtigung der Rechte auf Unversehrtheit der Person (Artikel 17), Freiheit von Folter (Artikel 15) und Freiheit von Gewalt, Ausbeutung und Missbrauch (Artikel 16) dar. Durch diese Praxis wird dem Einzelnen die rechtliche Handlungsfähigkeit versagt, medizinische Behandlung frei zu wählen, was eine Verletzung von Artikel 12 des Übereinkommens darstellt. Die Vertragsstaaten müssen stattdessen die rechtliche Handlungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen achten, jederzeit, auch in Krisensituationen, eigene Entscheidungen zu treffen; sie müssen sicherstellen, dass genaue und zugängliche Informationen über mögliche Leistungen angeboten werden und nicht-medizinische Ansätze zur Verfügung stehen; und sie müssen Zugang zu unabhängiger Unterstützung bereitstellen. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, Zugang zu Unterstützung bei Entscheidungen bezüglich psychiatrischer oder anderer medizinischer Behandlung zu schaffen. Zwangsbehandlung stellt ein besonderes Problem für Menschen mit psychosozialen, intellektuellen und anderen kognitiven Behinderungen dar. Die Vertragsstaaten müssen Verfahren und gesetzliche Bestimmungen abschaffen, die eine Zwangsbehandlung oder entsprechende Rechtsverstöße legitimieren. Diese sind nach wie vor unter Verstoß gegen das Übereinkommen weltweit in vielen Gesetzen über geistige Gesundheit zu finden, trotz empirischer Daten, die den Mangel an Effektivität belegen, sowie Aussagen von Menschen, die bei der Nutzung des Gesundheitssystems als Ergebnis von Zwangsbehandlung große Schmerzen und Traumata erlebt haben. Der Ausschuss empfiehlt den Vertragsstaaten sicherzustellen, dass Entscheidungen, die die körperliche oder geistige Unversehrtheit einer Person betreffen, nur nach freier und informierter Zustimmung der betroffenen Person getroffen werden dürfen.

Artikel 18: Staatsangehörigkeit

43. Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf einen Namen und die Registrierung ihrer Geburt als Teil des Rechts, überall als Rechtssubjekt anerkannt zu werden (Artikel 18 Absatz 2). Die Vertragsstaaten müssen die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass Kinder mit Behinderungen bei der Geburt registriert werden. Dieses Recht sieht das Übereinkommen über die Rechte des Kindes (Artikel 7) vor, aber bei Kindern mit Behinderungen kommt es im Vergleich zu anderen Kindern unverhältnismäßig häufiger vor, dass sie nicht registriert werden. Hierdurch wird ihnen die Staatsangehörigkeit und häufig auch der

Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung versagt; dies kann sogar zu ihrem Tod führen. Weil es keinen offiziellen Nachweis ihrer Existenz gibt, kann ihr Tod mit relativer Straffreiheit geschehen.

Artikel 19: Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft

44. Für die volle Verwirklichung der in Artikel 12 vorgesehenen Rechte ist es zwingend, dass Menschen mit Behinderungen Möglichkeiten haben, ihren Willen und ihre Präferenzen zu entwickeln und auszudrücken, damit sie ihre rechtliche Handlungsfähigkeit gleichberechtigt mit anderen ausüben können. Dies bedeutet, dass Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben müssen, in der Gemeinschaft unabhängig zu leben und gleichberechtigt mit anderen Wahlmöglichkeiten wahrzunehmen und die Kontrolle hinsichtlich ihres Alltagslebens auszuüben, wie in Artikel 19 vorgesehen.

45. Eine Auslegung von Artikel 12 Absatz 3 unter dem Aspekt des Rechts, in der Gemeinschaft zu leben (Artikel 19), bedeutet, dass eine Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit aus einem gemeinschaftsorientierten Ansatz heraus geleistet werden sollte. Die Vertragsstaaten müssen anerkennen, dass Gemeinschaften eine Ressource und Partner in dem Prozess des Lernens sind, welche Arten von Unterstützung bei der Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit notwendig sind, einschließlich der Sensibilisierung für die verschiedenen Optionen der Unterstützung. Die Vertragsstaaten müssen die sozialen Netzwerke und die in der Gemeinschaft natürlich vorhandene Unterstützung von Menschen mit Behinderungen (unter anderem durch Freunde, Familie und Schulen) als Schlüssel für unterstützte Entscheidungsfindung anerkennen. Dies steht im Einklang mit dem Schwerpunkt des Übereinkommens, nämlich der vollständigen Inklusion von Menschen mit Behinderungen und ihrer an der Gemeinschaft.

46. Die gesonderte Unterbringung von Menschen mit Behinderungen in Institutionen bleibt weiterhin ein weit verbreitetes und tückisches Problem, das gegen eine Reihe von im Übereinkommen garantierten Rechten verstößt. Das Problem wird durch die weit verbreitete Versagung der rechtlichen Handlungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen verschärft, wodurch anderen die Befugnis erteilt wird, die Zustimmung zur Unterbringung in einer Einrichtung zu geben. Häufig werden auch der Leitung der Institutionen rechtliche Befugnisse in Bezug auf die dort untergebrachten Menschen übertragen. Hierdurch wird alle Macht und Kontrolle über die Person in die Hände der Einrichtung gelegt. Für die Einhaltung des Übereinkommens und die Achtung der Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen muss eine Deinstitutionalisierung erreicht und die rechtliche Handlungsfähigkeit muss für alle Personen mit Behinderungen wiederhergestellt werden, die in der Lage sein müssen, selbst zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen (Artikel 19). Die Entscheidung einer Person, wo und mit wem sie leben möchte, sollte ihr Recht auf Zugang zu Unterstützung für die Ausübung ihrer rechtlichen Handlungsfähigkeit nicht beeinträchtigen.

Artikel 22: Achtung der Privatsphäre

47. Systeme der ersetzenden Entscheidungsfindung sind nicht nur unvereinbar mit Artikel 12 des Übereinkommens, sondern stellen darüber hinaus auch eine potentielle Verletzung des Rechts von Menschen mit Behinderungen auf Privatsphäre dar, da die gesetzliche Vertretung in der Regel Zugang zu einer großen Bandbreite an persönlichen und anderen Informationen über die Person erhält. Bei der Einrichtung von Systemen zur unterstützten Entscheidungsfindung müssen die Vertragsstaaten sicherstellen, dass diejenigen, die Unterstützung für die Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit anbieten, das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Privatsphäre voll achten.

Artikel 29: Partizipation am politischen Leben

48. Die Versagung oder Einschränkung der rechtlichen Handlungsfähigkeit wird dazu genutzt, Menschen mit Behinderungen die am politischen Leben, insbesondere das Wahlrecht, zu versagen. Um zu erreichen, dass Menschen mit Behinderungen ihre rechtliche Handlungsfähigkeit in allen Lebensbereichen voll verwirklichen können, ist es wichtig, entsprechend Artikel 29 ihre rechtliche Handlungsfähigkeit im öffentlichen und politischen Leben anzuerkennen. Dies bedeutet, dass die Entscheidungsfähigkeit einer Person nicht als Rechtfertigung herangezogen werden kann, Menschen mit Behinderungen von der Ausübung ihrer politischen Rechte

auszuschließen, einschließlich des Rechts, zu wählen, des Rechts, gewählt zu werden oder des Rechts, ein Laienamt auszuüben.

49. Die Vertragsstaaten haben die Verpflichtung, das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Zugang zu Unterstützung bei ihrer Stimmabgabe in einer geheimen Wahl sowie ihre Teilnahme an allen Wahlen und Referenden ohne Diskriminierung zu schützen und zu fördern. Der Ausschuss empfiehlt ferner, dass die Vertragsstaaten das Recht von Menschen mit Behinderungen garantieren, bei Wahlen zu kandidieren, tatsächlich ein Amt zu bekleiden und auf allen Regierungsebenen alle öffentlichen Funktionen auszuüben, mit angemessenen Vorkehrungen und, nach Wunsch, mit Unterstützung bei der Ausübung ihrer rechtlichen Handlungsfähigkeit.

V. Umsetzung auf nationaler Ebene

50. Angesichts der normativen Inhalte und der Verpflichtungen, die oben erläutert wurden, sollten die Vertragsstaaten die folgenden Schritte unternehmen, um die volle Umsetzung von Artikel 12 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sicherzustellen:

(a) Menschen mit Behinderungen als Personen anzuerkennen, die Rechtspersönlichkeit und rechtlicher Handlungsfähigkeit in allen Lebensbereichen gleichberechtigt mit anderen haben. Dies erfordert die Abschaffung von Systemen der ersetzenden Entscheidungsfindung und von Mechanismen, die die rechtliche Handlungsfähigkeit versagen und Menschen mit Behinderungen in der Zielstellung oder im Ergebnis diskriminieren. Es wird empfohlen, dass die Vertragsstaaten Gesetzestexte schaffen, die das Recht auf rechtliche Handlungsfähigkeit gleichberechtigt mit anderen schützen;

(b) für Menschen mit Behinderungen Zugang zu einem breiten Spektrum an Unterstützung für die Ausübung der rechtlichen Handlungsfähigkeit einrichten, anerkennen und bereitstellen. Grundlage für die Sicherung dieser Unterstützung muss die Achtung der Rechte, des Willen und der Präferenzen von Menschen mit Behinderungen sein. Die Unterstützungsangebote sollten den Kriterien entsprechen, die in der oben genannten Ziffer 29 über die Verpflichtungen der Vertragsstaaten hinsichtlich der Erfüllung von Artikel 12 Absatz 3 des Übereinkommens dargelegt wurden;

(c) bei der Entwicklung und Umsetzung von Gesetzen, politischen Maßnahmen und anderen Entscheidungsprozessen, die zur Umsetzung von Artikel 12 beitragen, enge Beratung mit und aktive Miteinbeziehung von Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen, durch die sie vertretenden Organisationen sicherstellen.

51. Der Ausschuss ermutigt die Vertragsstaaten zum Einsatz beziehungsweise zur Bereitstellung von Finanzmitteln für die Erforschung und Entwicklung bewährter Verfahrensweisen, die das Recht auf gleiche Anerkennung der rechtlichen Handlungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen sowie auf Unterstützung bei ihrer Ausübung achten.

52. Die Vertragsstaaten werden ermutigt, effektive Mechanismen zu entwickeln, um sowohl formelle als auch informelle Formen der ersetzenden Entscheidungsfindung zu bekämpfen. Hierfür fordert der Ausschuss die Vertragsstaaten nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben, für ihr Leben sinnvolle Entscheidungen zu treffen und ihre Persönlichkeit zu entwickeln, mit dem Ziel, die Ausübung ihrer rechtlichen Handlungsfähigkeit zu fördern. Dazu gehören unter anderem Möglichkeiten, soziale Netzwerke aufzubauen, Möglichkeiten, gleichberechtigt mit anderen zu arbeiten und den Lebensunterhalt zu verdienen, unterschiedliche Wahlmöglichkeiten für das Wohnen in der Gemeinschaft sowie die Inklusion hinsichtlich Bildung auf allen Ebenen.

3.3.2 Allgemeine Bemerkung Nr. 4

Quelle: UN, Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (25.11.2016): Allgemeine Bemerkung Nr. 4 zum Recht auf inklusive Bildung. UN-Doc. CRPD/C/GC/4
Der vorliegende Text ist eine nichtamtliche Übersetzung des englischen Textes. Die Übersetzung wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellt und von der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte geprüft.

Allgemeine Bemerkung Nr. 4 (2016) zum Recht auf inklusive Bildung

I. EINLEITUNG

1 Historisch gesehen wurden Menschen mit Behinderungen als Empfänger von Wohlfahrtsleistungen betrachtet. Heute sind sie nach internationalem Recht als Rechtssubjekte mit einem Anspruch auf das Recht auf diskriminierungsfreie und auf Chancengleichheit beruhende Bildung anerkannt. Das VN-Übereinkommen über die Rechte des Kindes (CRC,1989), die Welterklärung über Bildung für alle (1990), die Rahmenbestimmungen der Vereinten Nationen für die Herstellung der Chancengleichheit für Behinderte (1993), die Salamanca Erklärung und der Aktionsrahmen zur Pädagogik für besondere Bedürfnisse (1994) stehen sämtlich für Maßnahmen, die das wachsende Bewusstsein und Verständnis für das Recht von von Menschen mit Behinderungen auf Bildung belegen.

2 Die Anerkennung von Inklusion als Schlüssel zur erfolgreichen Umsetzung des Rechts auf Bildung hat im Laufe der vergangenen 30 Jahre zugenommen und ist im Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verankert. Das Übereinkommen ist das erste rechtlich bindende Instrument, das einen Verweis auf das Konzept von hochwertiger inklusiver Bildung enthält. Auch das Nachhaltigkeitsziel 4 (SDG) ist für das Erreichen qualitativ hochwertiger Bildung für alle Lernenden, einschließlich Lernende mit Behinderungen, sowie für die Entwicklung inklusiver, friedlicher und gerechter Gesellschaften von zentraler Bedeutung. Darüber hinaus gibt es hierfür auch starke bildungsrelevante, soziale und wirtschaftliche Gründe. So bekräftigt die Thematische Studie des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte (OHCHR) zum Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung, dass nur inklusive Bildung sowohl eine qualitativ hochwertige Bildung, als auch soziale Entwicklung für Menschen mit Behinderungen bieten und die Universalität und Diskriminierungsfreiheit des Rechts auf Bildung garantieren kann.[1]

3 Trotz der erzielten Fortschritte drückt der Ausschuss seine Besorgnis darüber aus, dass nach wie vor ausgeprägte Herausforderungen bestehen. Vielen Millionen Menschen mit Behinderungen bleibt weiterhin das Recht auf Bildung versagt und noch vielen mehr steht Bildung nur in einem Umfeld zur Verfügung, in dem sie von ihren Altersgenossen getrennt werden und nur Bildung von minderer Qualität erhalten.

4 Hindernisse, die den Zugang von Menschen mit Behinderungen zu inklusiver Bildung erschweren, können auf mannigfache Faktoren zurückgeführt werden, darunter:

a) mangelndes Verständnis, beziehungsweise fehlende Umsetzung des menschenrechtlichen Modells von Behinderung, wonach Barrieren innerhalb der Gemeinschaft und Gesellschaft, und nicht etwa persönliche Beeinträchtigungen, Menschen mit Behinderungen ausgrenzen;
b) anhaltende Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, die durch die Isolierung derjenigen, die nach wie vor dauerhaft in Wohneinrichtungen leben, noch verstärkt wird und geringe Erwartungen an diejenigen, die in allgemeinen Umgebungen leben, wodurch Vorurteile und Angst gesteigert und unangefochten bleiben können;

---

1 Siehe A/HRC/25/29 und Korr. 1, Abs. 3 und 68.

c) mangelndes Wissen über das Wesen und die Vorteile inklusiver und qualitativ hochwertiger Bildung und Vielfalt, einschließlich in Bezug auf Wettbewerbsfähigkeit beim Lernen für alle; mangelnde Ansprache aller Eltern und Mangel an geeigneten Lösungen für Unterstützungsbedarfe, was zu unberechtigten Ängsten und Stereotypen führt, dass Inklusion eine Verschlechterung der Bildungsqualität verursacht oder sich auf sonstige Weise negativ auf andere auswirkt;
d) Mangel an aufgeschlüsselten Daten und Forschung, die für die Rechenschaftspflicht und Programmentwicklung notwendig sind, wodurch die Entwicklung wirksamer politischer Konzepte und Maßnahmen zur Förderung inklusiver und hochwertiger Bildung erschwert wird;
e) Mangel an politischem Willen, technischem Wissen und Kapazitäten bei der Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung, einschließlich unzureichender Ausbildung des Lehrpersonals;
f) Finanzierungsmechanismen, die unzureichend und unangemessen sind, Anreize und angemessene Vorkehrungen für die Inklusion von Lernenden mit Behinderungen, interministerielle Koordination, Unterstützung und Nachhaltigkeit zu schaffen;
g) fehlende Rechtsbehelfe und Mechanismen, um bei Verstößen Abhilfe zu schaffen.

5 Bei allen Maßnahmen zur Umsetzung von inklusiver Bildung müssen die Vertragsstaaten die dem Übereinkommen zugrunde liegenden allgemeinen Grundsätze berücksichtigen und sicherstellen, dass sowohl der Prozess, als auch die Ergebnisse der Entwicklung eines inklusiven Bildungssystems mit Artikel 3 in Einklang stehen.

6 Diese Allgemeine Bemerkung ist auf alle Personen mit tatsächlichen oder als solche wahrgenommenen Behinderungen anzuwenden.[2] Der Ausschuss erkennt an, dass einige Gruppen eher dem Risiko unterliegen, von Bildung ausgeschlossen zu werden, als andere. Dies sind zum Beispiel Menschen mit intellektuellen Behinderungen oder Mehrfachbehinderungen, taubblinde Menschen, autistische Menschen oder Menschen mit Behinderungen im Fall von humanitären Katastrophen.

7 Im Einklang mit Artikel 4 Absatz 3 müssen die Vertragsstaaten sich mit Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kindern mit Behinderungen, über die sie vertretenden Organisationen beraten und sie in alle Aspekte der Planung, Umsetzung, Überwachung und Evaluierung inklusiver Bildungspolitiken aktiv mit einbeziehen. Menschen mit Behinderungen und, sofern angebracht, ihre Familien, sind zudem als Partner und nicht nur als Empfänger von Bildung anzuerkennen.

II Normativer Inhalt von Artikel 24

8 Nach Artikel 24 Absatz 1 müssen die Vertragsstaaten die Verwirklichung des Rechts von Menschen mit Behinderungen auf Bildung durch inklusive Bildungssysteme auf allen Ebenen gewährleisten. Dazu gehören Vorschulbildung, Grund- und weiterführende Bildung sowie Hochschulbildung, berufliche Bildung und lebenslanges Lernen, außerschulische und soziale Aktivitäten für alle Lernenden, einschließlich Menschen mit Behinderungen, frei von Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen.

9 Die Gewährleistung des Rechts auf inklusive Bildung beinhaltet einen Wandel in Kultur, Politikkonzepten und Praxis in allen formellen und informellen Bildungsumfeldern, um den unterschiedlichen Bedarfen und Identitäten der einzelnen Lernenden Rechnung zu tragen. Es geht mit der Verpflichtung einher, die Barrieren, die diese Möglichkeit behindern, abzubauen. Dazu gehört auch, die Kapazität des Bildungssystems so zu stärken, dass es alle Lernenden erreicht. Im Mittelpunkt steht die volle und effektive Teilhabe, Zugänglichkeit, Beteiligung und der Lernerfolg aller Lernenden, insbesondere jener, die aus unterschiedlichen Gründen ausgegrenzt oder gefährdet sind, an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Inklusion

---

2 Artikel 1 Absatz 2 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

beinhaltet Zugang zu und Fortschritt bei qualitativ hochwertiger formeller und informeller Bildung frei von Diskriminierung. Das Anliegen von Inklusion besteht darin, Gemeinschaften, Systeme und Strukturen für die Bekämpfung von Diskriminierung, einschließlich schädlicher Stereotype, zu befähigen, Vielfalt anzuerkennen, Teilhabe zu fördern und Lern- und Teilhabebarrieren für alle zu überwinden, indem der Schwerpunkt auf das Wohl und den Erfolg von Lernenden mit Behinderungen gelegt wird. Sie erfordert einen tief greifenden Wandel der Bildungssysteme in den Bereichen Gesetzgebung und Politikkonzepte sowie der Mechanismen zur Finanzierung, Verwaltung, Ausgestaltung, Erbringung und Überwachung von Bildung.

10 Inklusive Bildung ist zu verstehen als:

a) ein fundamentales Menschenrecht aller Lernenden. Insbesondere ist Bildung ein Recht, das dem einzelnen Lernenden zusteht und nicht, zum Beispiel bei Kindern, ein Recht der Eltern oder Fürsorgepersonen. Elterliche Verantworung ist in diesem Fall den Rechten des Kindes untergeordnet.
b) ein Grundsatz, der dem Wohlergehen aller Lernenden Wert beimisst, die ihnen innewohnende Würde und Autonomie achtet, individuelle Bedarfe sowie die Fähigkeit anerkennt, wirksam in die Gemeinschaft mit eingezogen zu werden und einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten.
c) ein Mittel zur Verwirklichung anderer Menschenrechte. Sie ist das wichtigste Mittel, mit dem sich Menschen mit Behinderungen aus Armut befreien und die Mittel zur vollen Teilhabe an ihren Gemeinschaften erhalten und gegen Ausbeutung geschützt werden können.[3] Sie ist ebenfalls das wichtigste Mittel, durch das inklusive Gesellschaften geschaffen werden können.
d) das Ergebnis eines Prozesses fortlaufenden und proaktiven Engagements zur Beseitigung von Barrieren, welche das Recht auf Bildung beeinträchtigen und mit Änderungen der Kultur, Politikkonzepte und Praxis an allgemeinen Schulen einhergeht, damit alle Lernenden aufgenommen und effektiv mit einbezogen werden.

11 Der Ausschuss betont, wie wichtig es ist, die Unterschiede zwischen Exklusion, Segregation, Integration und Inklusion anzuerkennen. *Exklusion* tritt auf, wenn Lernende direkt oder indirekt am Zugang zu Bildung in jeder Form gehindert werden, beziehungsweise wenn ihnen dieser Zugang verwehrt wird. *Segregation* tritt auf, wenn Bildung für Lernende mit Behinderungen in getrennten Umgebungen vermittelt wird, die so ausgelegt sind oder genutzt werden, dass sie auf bestimmte oder unterschiedliche Beeinträchtigungen eingehen und Lernende mit Behinderungen von Lernenden ohne Behinderungen isolieren. *Integration* ist der Prozess, Menschen mit Behinderungen in bestehenden allgemeinen Bildungsinstitutionen unterzubringen unter der Annahme, dass sie sich an die standardisierten Anforderungen solcher Institutionen anpassen können.[4] *Inklusion* beinhaltet den Prozess einer systemischen Reform, die einen Wandel und Veränderungen in Bezug auf den Inhalt, die Lehrmethoden, Ansätze, Strukturen und Strategien im Bildungsbereich verkörpert, um Barrieren mit dem Ziel zu überwinden, allen Lernenden einer entsprechenden Altersgruppe eine auf Chancengleichheit und Teilhabe beruhende Lernerfahrung und Umgebung zuteil werden zu lassen, die ihren Möglichkeiten und Vorlieben am besten entspricht. Lernende mit Behinderungen in allgemeinen Klassen ohne begleitende strukturelle Reformen, zum Beispiel in Bezug auf Organisation, Lehrpläne und Lehr- und Lernmethoden unterzubringen, stellt keine Inklusion dar. Darüber hinaus garantiert Integration nicht automatisch den Übergang von Segregation zu Inklusion.

12 Die grundlegenden Merkmale inklusiver Bildung sind:

a) Ganzheitlich systemischer Ansatz: die Bildungsministerien müssen sicherstellen, dass alle Mittel in die Förderung inklusiver Bildung sowie in die Einführung und Verankerung der notwendigen Veränderungen in die institutionelle Kultur, Politikkonzepte und Praktiken investiert werden.

---

3 Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Allgemeine Bemerkung Nr. 13 (1999) zum Recht auf Bildung.

4 Siehe A/HRC/25/29 und Korr. 1 Abs. 4 und United Nations Children's Fund (UNICEF), *The Right of Children with Disabilities to Education: a Rights-based Approach to Inclusive Education* (Geneva, 2012).

b) Ganzheitliches Bildungsumfeld: die engagierte Leitung von Bildungsinstitutionen ist von zentraler Bedeutung, um die erforderlicheKultur und die erforderlichen Politikkonzepte und Praktiken einzuführen und so zu verankern, dass inklusive Bildung auf allen Ebenen und Gebieten erreicht wird: im Klassenunterricht und in Beziehungen innerhalb der Klasse, bei Konferenzen und der Supervision der Lehrkräfte, bei Beratungsdiensten und medizinischer Versorgung, bei Schulausflügen, der Zuweisung von Haushaltsmitteln und bei der Interaktion zwischen Eltern von Lernenden mit oder ohne Behinderungen und gegebenenfalls mit der Gemeinschaft vor Ort oder der breiteren Öffentlichkeit.
c) Ganzheitlich personenbezogener Ansatz: Anerkennung der Lernfähigkeit aller Menschen und Etablierung hoher Erwartungen an alle Lernenden, einschließlich Lernende mit Behinderungen. Inklusive Bildung bietet flexible Lehrpläne sowie Lehr- und Lernmethoden, die an die verschiedenen Stärken, Bedarfe und Lernstile angepasst sind. Dieser Ansatz beinhaltet die Bereitstellung von Unterstützung, angemessenen Vorkehrungen und Frühförderung, so dass alle Lernenden ihr Potenzial ausschöpfen können. Bei der Planung von Lehraktivitäten liegt der Schwerpunkt auf den Fähigkeiten und Vorstellungen der Lernenden und nicht auf dem Inhalt. Der ganzheitlich personenbezogene Ansatz soll Segregation in Bildungseinrichtungen beenden, indem inklusiver Klassenunterricht in einer zugänglichen Lernumgebung mit angemessener Unterstützung gewährleistet wird. Das Bildungssystem muss ein auf die Person bezogenes Bildungsangebot machen, anstatt von Lernenden eine Anpassung an das bestehende System zu erwarten.
d) Unterstützung für Lehrkräfte: Alle Lehrkräfte und sonstigen Mitarbeiter erhalten Bildungs- und Fortbildungsmaßnahmen, die ihnen die Kernwerte und -kompetenzen zur Einrichtung angemessener Lernumgebungen, die Lehrkräfte mit Behinderungen einschließt, vermitteln. Eine inklusive Kultur bietet eine zugängliche und unterstützende Umgebung, die ein Arbeiten auf der Grundlage von Zusammenarbeit, Interaktion und Problemlösung fördert.
e) Achtung und Wertschätzung von Vielfalt: Alle Mitglieder der Lerngemeinschaft werden gleichermaßen willkommen geheißen und Vielfalt im Hinblick unter anderem auf Behinderung, Rassenzuschreibung[5], Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Sprachkultur, Religion, politische oder sonstige Ansichten, nationale, ethnische, indigene oder soziale Herkunft, Eigentum, Geburt, Alter oder sonstigen Status wird geachtet. Alle Lernenden müssen sich geschätzt, respektiert und einbezogen fühlen und das Gefühl haben, gehört zu werden. Es sind effektive Maßnahmen vorhanden, um Missbrauch und Mobbing zu verhindern. In Bezug auf Lernende verfolgt Inklusion einen individuellen Ansatz.
f) Lernfreundliche Umgebung: Inklusive Lernumgebungen müssen ein zugängliches Umfeld schaffen, in dem sich alle sicher, unterstützt, angeregt und in der Lage fühlen, sich auszudrücken. Dabei liegt ein Schwerpunkt darauf, Lernende selbst in den Aufbau einer positiven Schulgemeinschaft mit einzubeziehen. Die Rolle der Peer Group beim Lernen, Aufbau positiver Beziehungen, bei Freundschaften und Akzeptanz wird anerkannt.
g) Effektive Übergänge: Lernende mit Behinderungen erhalten Unterstützung zur Sicherstellung eines effektiven Übergangs vom Lernen in der Schule zu beruflicher Bildung und Hochschulbildung und schließlich zur Arbeit. Die Fähigkeiten und das Selbstvertrauen der Lernenden werden entwickelt und Lernende erhalten angemessene Vorkehrungen und Gleichstellung in Bezug auf Beurteilungs- und Prüfungsverfahren sowie die Bescheinigung ihrer Fähigkeiten und Leistungen gleichberechtigt mit anderen.
h) Anerkennung von Partnerschaften: Verbände der Lehrkräfte und Schülerschaft sowie sonstige Verbände, Behindertenselbsthilfeorganisationen, Schulbehörden, Eltern-Lehrer-Vertretungen und andere tätige, Schulen unterstützende Gruppen, werden sämtlich dazu ermutigt, ihr Verständnis und Wissen im Hinblick auf Behinderung zu steigern. Die Einbeziehung von Eltern/Pflegepersonen und der Gemeinschaft muss als Kapital betrachtet werden, das mittels seiner Ressourcen und Stärken einen Beitrag leisten kann. Die

---

5 Im englischen Wortlaut steht hier „race“. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hält die Begrifflichkeit „Rasse“ im Deutschen für unangemessen. Diese Begrifflichkeit entbehre einer wissenschaftlichen Grundlage und fördere ein stereotypes Denken, dem gerade über den Diskriminierungsschutz begegnet werden möchte. Das Institut wirbt dafür, den Begriff nicht mehr zu verwenden. Es setzt sich auch für eine entsprechende Verfassungsänderung im Blick auf Art. 3 Grundgesetz ein.

Beziehung zwischen der Lernumgebung und der Gemeinschaft im weiteren Sinne muss als Weg in Richtung inklusive Gesellschaft anerkannt werden.

i) Überwachung: Inklusive Bildung als fortlaufender Prozess muss regelmäßig überwacht und evaluiert werden, um sicherzustellen, dass Segregation oder Integration weder formell noch informell stattfinden. Nach Artikel 33 sollten Menschen mit Behinderungen, einschließlich Kinder und Personen mit hohem Unterstützungsbedarf, über die Behindertenselbsthilfeorganisationen in den Überwachungsprozess mit einbezogen werden. Dies gilt gegebenenfalls auch für Eltern oder Pflegepersonen von Kindern mit Behinderungen. In Übereinstimmung mit der 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung müssen Behinderung miteinbeziehende Indikatoren entwickelt und eingesetzt werden.

13 In Übereinstimmung mit dem Übereinkommen gegen Diskriminierung im Bildungswesen der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und zur Umsetzung von Artikel 24 Absatz 1 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen müssen die Vertragsstaaten sicherstellen, dass das Recht auf Bildung ohne Diskriminierung und auf der Grundlage von Chancengleichheit gewährleistet wird. Die Vertragsstaaten müssen jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung verbieten und allen Menschen mit Behinderungen gleichen und wirksamen Schutz vor Diskriminierung, gleich aus welchen Gründen, garantieren. Menschen mit Behinderungen können intersektionale Diskriminierung erfahren, die auf Behinderung, Geschlecht, Religion, rechtlichem Status, ethnischer Herkunft, Alter, sexueller Orientierung oder Sprache beruht. Zusätzlich können auch Eltern, Geschwister und andere Verwandte durch Assoziierung Diskriminierung wegen Behinderung erleben. Die zur Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung notwendigen Maßnahmen beinhalten das Aufzeigen und die Beseitigung rechtlicher und physischer Barrieren, von Kommunikations- und Sprachbarrieren, sowie von sozialen, finanziellen und einstellungsbedingten Barrieren in Bildungseinrichtungen und in der Gemeinschaft. Das Recht auf Nichtdiskriminierung schließt das Recht mit ein, nicht abgesondert zu werden und angemessene Vorkehrungen zu erhalten. Es muss im Kontext der Verpflichtung, zugängliche Lernumgebungen und angemessene Vorkehrungen bereitzustellen, verstanden werden.

14 Bestimmte Situationen, wie bewaffnete Konflikte, humanitäre Notlagen und Naturkatastrophen, wirken sich unverhältnismäßig auf das Recht auf inklusive Bildung aus. Die Vertragsstaaten sollten für eine umfassende Sicherheit in Schulen und Sicherheit in Notlagen inklusive Strategien zur Risikoreduzierung bei Naturkatastrophen verabschieden, die besonders auf Lernende mit Behinderung eingehen. In derartigen Kontexten müssen temporäre Lernumgebungen das Recht auf Bildung von Menschen mit Behinderungen, insbesondere von Kindern mit Behinderungen, gleichberechtigt mit anderen sicherstellen. Dazu gehören zugängliche Unterrichtsmaterialien, schulische Einrichtungen, Beratung oder Zugang zu Ausbildung in der lokalen Zeichensprache für gehörlose Lernende. Gemäß Artikel 11 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und in Anbetracht des erhöhten Risikos sexueller Gewalt in solchen Situationen, müssen Maßnahmen ergriffen werden, durch die sichergestellt wird, dass Lernumgebungen für Frauen und Mädchen mit Behinderungen sicher und zugänglich sind. Lernenden mit Behinderungen darf der Zugang zu Bildungseinrichtungen nicht deswegen verwehrt werden, weil ihre Evakuierung in Notlagen unmöglich wäre und angemessene Vorkehrungen getroffen werden müssen.

15 Um Artikel 24 Absatz 1 Unterabsatz a) zu verwirklichen, und in Übereinstimmung mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes muss Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Möglichkeiten und das Bewusstsein für die Würde und das Selbstwertgefühl des Menschen, die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und menschlichen Vielfalt ausgerichtet sein. Die Vertragsstaaten müssen sicherstellen, dass Bildung der Ausrichtung und den Zielen des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in der Auslegung gemäß der Welterklärung über Bildung für alle (Art. 1), dem Übereinkommen für die Rechte des Kindes (Art. 29, Absatz 1), der Erklärung und dem Aktionsprogramm von Wien (Teil I, Abs. 33 und Teil II, Abs. 80) sowie dem Aktionsplan für das von den Vereinten Nationen ausgerufene Jahrzehnt für Menschenrechtsbildung (Abs. 2) entspricht. Diese Texte enthalten zusätzliche Elemente, wie zum Beispiel Verweise

auf Geschlechtergleichstellung und Schutz der Umwelt.[6] Die Gewährleistung des Rechts auf Bildung bezieht sich sowohl auf den Zugang, als auch auf den Inhalt und alle Bestrebungen sollten auf die Aufrechterhaltung einer Bandbreite von Werten, einschließlich Verständnis und Toleranz, ausgerichtet sein.[7] Das Ziel inklusiver Bildung muss die Förderung gegenseitigen Respekts und der Wertschätzung aller Menschen sowie der Aufbau von Bildungsumgebungen sein, in denen der Lernansatz, die Kultur der Bildungsinstitution und der Lehrplan selbst den Wert von Vielfalt widerspiegeln.

16 Um Artikel 24 Absatz 1 Unterabsatz b) umzusetzen, sollte Bildung auf die volle Entfaltung der Persönlichkeit, Talente und Kreativität von Menschen mit Behinderungen ausgerichtet sein, sowie auf die volle Entfaltung ihrer geistigen, körperlichen und kommunikativen Fähigkeiten. Bildung für Menschen mit Behinderungen richtet sich im Ansatz allzu oft auf ein Defizit, auf ihre tatsächliche oder als solche wahrgenommene Beeinträchtigung sowie auf die Einschränkung von Möglichkeiten auf vordefinierte und negative Einschätzungen ihres Potenzials. Die Vertragsstaaten müssen die Schaffung von Möglichkeiten unterstützen, um auf die einzigartigen Stärken und Talente eines jeden einzelnen Menschen mit Behinderung aufzubauen.

17 Um Artikel 24 Absatz 1 Unterabsatz c) zu verwirklichen, müssen die Ziele von Bildung darauf ausgerichtet sein, Menschen mit Behinderungen zur vollen und wirksamen Teilhabe an einer freien Gesellschaft zu befähigen. Unter Bezugnahme auf Artikel 23 Absatz 3 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes betont der Ausschuss, dass in Bezug auf Kinder mit Behinderungen Unterstützung in einer Weise zu gestalten ist, die sicherstellt, dass sie wirksamen Zugang zu Bildung in einer Weise haben, die ihrer möglichst vollständigen sozialen Integration und individuellen Entfaltung förderlich ist. Die Vertragsstaaten müssen anerkennen, dass individuelle Unterstützung und angemessene Vorkehrungen Vorrang haben und auf allen Ebenen von Bildung, die verpflichtend sind, kostenlos zur Verfügung stehen sollten.

18 Um Artikel 24 Absatz 2 Unterabsatz a) umzusetzen, sollte der Ausschluss von Menschen mit Behinderungen vom allgemeinen Bildungssystem verboten werden, u. a. durch Gesetzes- und sonstige Bestimmungen, die ihre Inklusion auf der Grundlage ihrer Beeinträchtigung oder deren Grades beschränken, zum Beispiel indem ihre Inklusion vom Umfang des Potenzials der Person abhängig gemacht wird oder indem eine unverhältnismäßige und ungerechtfertigte Belastung unterstellt wird, um der Verpflichtung zu entgehen, angemessene Vorkehrungen treffen zu müssen. Allgemeines Bildungssystem meint alle regulären Lernumgebungen und den Bildungsbereich. Ein Beispiel für direkten Ausschluss bestünde zum Beispiel darin, eine bestimmte Gruppe von Lernenden als „nicht bildungsfähig“ und somit als zum Zugang zu Bildung nicht berechtigt einzustufen. Ein indirekter Ausschluss bestünde in der Forderung, als Bedingung für den Schuleintritt einen allgemeinen Test abzulegen, ohne dass angemessene Vorkehrungen und Unterstützung bereitgestellt werden.

19 Um Artikel 4 Absatz Absatz 1 Unterabsatz b) umzusetzen, sollten die Vertragsstaaten alle geeigneten Maßnahmen, einschließlich gesetzgeberische Maßnahmen, ergreifen, um bestehende Gesetze, Vorschriften, Bräuche und Praktiken zu ändern oder aufzuheben, die Menschen mit Behinderungen diskriminieren und gegen Artikel 24 verstoßen. Wenn notwendig, sollten diskriminierende Gesetze, Vorschriften, Bräuche und Praktiken systematisch und innerhalb eines festen zeitlichen Rahmens geändert oder aufgehoben werden.

20 Um Artikel 24 Absatz 2 Unterabsatz b) zu verwirklichen, müssen Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu einer inklusiven, hochwertigen und unentgeltlichen Grund- und weiterführenden Bildung haben und es muss ihnen ein reibungsloser Übergang zwischen diesen beiden Ebenen ermöglicht werden. Der Ausschuss greift auf die Auslegung des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zurück, dass ein Bildungssystem zur Erfüllung dieser Verpflichtung die folgenden

---

6 Ausschuss über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Allgemeine Bemerkung Nr. 13.

7 Ausschuss für die Rechte des Kindes, Allgemeine Bemerkung Nr. 1 (2001) über Bildungsziele.

vier miteinander zusammenhängenden Merkmale beinhalten muss: Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Aktzeptierbarkeit und Adaptierbarkeit[8]

Verfügbarkeit

21 Öffentliche und private Bildungsinstitutionen und -programme müssen in ausreichender Zahl und Qualität zur Verfügung stehen. Die Vertragsstaaten müssen für Menschen mit Behinderungen auf allen Ebenen innerhalb der Gemeinschaft eine breite Verfügbarkeit von Lernorten garantieren.

Zugänglichkeit

22 Nach Artikel 9 des Übereinkommens und der Allgemeinen Bemerkung Nr. 2 (2014) des Ausschusses müssen Bildungsinstitutionen und -programme ohne Diskriminierung für alle zugänglich zur Verfügung stehen. Das gesamte Bildungssystem muss zugänglich sein. Dies schließt Gebäude, Information und Kommunikation (die umgebungsunterstützende oder auf Frequenzmodulation beruhende Assistenzsysteme enthält), Lehrpläne, Unterrichtsmaterialien, Lehrmethoden, Beurteilungsverfahren sowie Sprach- und Unterstützungsdienste mit ein. Die Umgebung von Lernenden mit Behinderungen muss so ausgelegt werden, dass Inklusion gefördert und ihre Gleichbehandlung während des gesamten Bildungsprozesses gewährleistet ist.[9] Dies gilt zum Beispiel für die Beförderung zur Schule, die sanitären Einrichtungen (einschließlich Hygiene- und Toiletteneinrichtungen), Schulcafeterias und Aufenthaltsräume, die inklusiv, zugänglich und sicher sein sollten. Die Vertragsstaaten müssen sich zur umgehenden Einführung des universellen Designs verpflichten. Die Vertragsstaaten sollten in Zukunft den Bau von Bildungsinfrastrukturen, die nicht zugänglich sind, verbieten und sanktionieren sowie einen wirksamen Überwachungsmechanismus einrichten und eine First vorgeben, innerhalb der alle bestehenden Bildungsumgebungen zugänglich werden müssen. Die Vertragsstaaten müssen sich auch verpflichten, in Bildungsumgebungen angemessene Vorkehrungen bereitzustellen, sofern dies gefordert wird. Der Ansatz des universellen Designs schließt die Bereitstellung von Hilfsmitteln, -anwendungen und Software für Lernende mit Behinderungen, die eventuell solche Mittel benötigen, nicht aus. Zugänglichkeit ist ein dynamisches Konzept und ihre Anwendung erfordert regelmäßige regulatorische und technische Anpassungen. Die Vertragsstaaten müssen sicherstellen, dass die schnelle Entwicklung von Innovationen und neuen Technologien für besseres Lernen allen Lernenden, einschließlich Lernenden mit Behinderungen, zugänglich zur Verfügung steht.

23 Der Ausschuss weist ausdrücklich auf den weit verbreiteten Mangel an Lehrbüchern und Lernmaterialien in zugänglichen Formaten und Sprachen, einschließlich Gebärdensprache, hin. Die Vertragsstaaten müssen in die zeitnahe Entwicklung von Hilfsmitteln in Tinte oder Braille und elektronischen Formaten, einschließlich durch den Einsatz innovativer Technologien, investieren. Ebenfalls sollten sie die Entwicklung von Normen und Richtlinien zur Umwandlung von Printmaterialien in zugängliche Formate und Sprachen erwägen und Zugänglichkeit zu einem zentralen Aspekt des Beschaffungswesens im Bildungsbereich machen. Der Ausschuss richtet einen dringenden Appell an die Vertragsstaaten, den Vertrag von Marrakesch zur Erleichterung des Zugangs zu veröffentlichten Werken für blinde, sehbehinderte oder ansonsten lesebehinderte Personen zu ratifizieren und umzusetzen.

24 Zugänglichkeit erfordert, dass Bildung auf allen Ebenen für Lernende mit Behinderungen erschwinglich sein muss. Angemessene Vorkehrungen sollten für Lernende mit Behinderungen keine zusätzlichen Kosten verursachen. Obligatorische, qualitativ hochwertige, kostenlose und zugängliche Grundbildung stellt eine unmittelbare Verpflichtung dar. In Übereinstimmung mit der 2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung müssen die Vertragsstaaten schrittweise Maßnahmen verabschieden, die sicherstellen, dass allen Kindern, einschließlich Kindern mit Behinderungen, völlig kostenloser, chancengerechter und qualitativ hochwertiger Unterricht an weiterführenden Schulen zuteil wird und gewährleisten, dass allen Frauen und Männern

---

8 Ausschuss über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Allgemeine Bemerkung Nr. 13.

9 Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Allgemeine Bemerkung Nr. 2.

mit Behinderungen gleichberechtigter Zugang zu erschwinglicher und qualitativ hochwertiger fachlicher, beruflicher und tertiärer Bildung, einschließlich an Universitäten, und lebenslangem Lernen zur Verfügung steht. Die Vertragsstaaten müssen sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen in der Lage sind, gleichberechtigt mit anderen Zugang zu Bildung sowohl an öffentlichen, als auch an privaten akademischen Institutionen zu haben.

Akzeptierbarkeit

25 ist die Verpflichtung, alle bildungsrelevanten Einrichtungen, Waren und Dienstleistungen so zu konzipieren und umzusetzen, dass sie alle Anforderungen, Kulturen, Ansichten und Sprachen von Menschen mit Behinderungen in vollem Umfang berücksichtigen und respektieren. Die Form und der Inhalt von vermittelter Bildung müssen für alle akzeptabel sein. Die Vertragsstaaten müssen Fördermaßnahmen verabschieden, um sicherzustellen, dass Bildung für alle von guter Qualität ist.[10] Inklusion und Qualität beruhen auf Gegenseitigkeit: Ein inklusiver Ansatz kann einen erheblichen Beitrag zur Qualität von Bildung leisten.

Adaptierbarkeit[11]

26 Der Ausschuss ermutigt die Vertragsstaaten, den Ansatz des Universellen Designs for Learning anzuwenden, welches aus einer Reihe von Grundsätzen besteht, die Lehr- und sonstigem Personal eine Struktur zur Schaffung anpassungsfähiger Lernumgebungen vermitteln und Anleitungen entwickeln, um auf die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Lernenden eingehen zu können. Das Universelle Design erkennt an, dass jeder/jede Lernende auf einzigartige Weise lernt und es beinhaltet: die Entwicklung flexibler Lernwege, die Schaffung einer motivierenden Unterrichtsumgebung in der Klasse; die Aufrechterhaltung hoher Erwartungen an alle Lernenden, wobei diese Erwartungen auf verschiedene Weise erfüllt werden können; die Befähigung von Lehrkräften, ihre eigenen Unterrichtsmethoden in Frage zu stellen und die Schwerpunktsetzung auf Bildungsergebnisse für alle, einschließlich für Lernende mit Behinderungen. Lehrpläne müssen so konzipiert, ausgelegt und angewendet werden, dass sie den Anforderungen jedes einzelnen Lernenden entsprechen, sich an diese anpassen und geeignete pädagogische Angebote enthalten. Standardisierte Beurteilungen müssen durch flexible und vielfältige Formen der Beurteilung und die Anerkennung individueller Fortschritte in Richtung breit gefasster Ziele ersetzt werden, die alternative Lernwege eröffnen.

27 Nach Artikel 24 Absatz 2 Unterabsatz b) müssen Menschen mit Behinderungen in der Gemeinschaft, in der sie leben, Zugang zu Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben. Lernende sollten ihre benachbarte Umgebung nicht verlassen müssen. Die Bildungsumgebung muss für Menschen mit Behinderungen innerhalb physisch sicherer Reichweite, was sicheren und geschützte Beförderung mit einschließt, beziehungsweise auf dem Wege der Informations- und Kommunikationstechnologie, erreichbar sein. Allerdings sollten sich die Vertragsstaaten nicht allein auf Technologie als Ersatz für die direkte Einbeziehung von Lernenden mit Behinderungen und die Interaktion mit Lehrkräften und Vorbildern innerhalb der Bildungsumgebung selbst stützen. Aktive Teilhabe gemeinsam mit anderen Lernenden, einschließlich der Geschwister von Lernenden mit Behinderungen, ist eine wichtige Komponente des Rechts auf inklusive Bildung.

28 Nach Artikel 24 Absatz 2 Unterabsatz c) sind die Vertragsstaaten aufgefordert, angemessene Vorkehrungen für die einzelnen Lernenden bereitzustellen, damit sie gleichberechtigt mit anderen Zugang zu Bildung haben können. „Angemessenheit“ wird als Ergebnis einer kontextbezogenen Prüfung verstanden, die eine Analyse der Relevanz und Wirksamkeit dieser Vorkehrungen und des angestrebten Ziels der Verhinderung von Diskriminierung beinhaltet. Die Verfügbarkeit von Mitteln und finanzielle Auswirkungen werden bei der Bewertung in Bezug

---

10 Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Allgemeine Bemerkung Nr. 13

11 Diese Übersetzung fußt auf der im Menschenrechtsbereich feststehenden Übersetzung von „adaptability“ im Bereich des Rechts auf Bildung (siehe u. a. DIMR (Hrsg.) (2005): Die „General Comments“ zu den VN-Menschenrechtsverträgen, Nomos: Baden-Baden, S. 266). Dem gängigen deutschen Sprachgebrauch entsprechend, ist nach der Auffassung des BMAS auch die Übersetzung „Anpassungsfähigkeit“ vertretbar.

auf übermäßigen Aufwand anerkannt. Die Verpflichtung zur Bereitstellung angemessener Vorkehrungen ist von dem Zeitpunkt an, an dem diese angefordert werden, umzusetzen.[12] Es müssen auf nationaler und lokaler Ebene sowie auf der Ebene der Bildungsinstitutionen und auf allen Bildungsebenen politische Konzepte verabschiedet werden, die sich zur Bereitstellung angemessener Vorkehrungen verpflichten. Das Ausmaß, in dem angemessene Vorkehrungen bereitgestellt werden, muss im Lichte der allgemeinen Verpflichtung betrachtet werden, ein inklusives Bildungssystem zu entwickeln, wobei der Einsatz bestehender Ressourcen maximiert und neue entwickelt werden. Einen Mangel an Ressourcen und finanzielle Krisen als Rechtfertigung für mangelnden Fortschritt in Richtung inklusive Bildung anzuführen, stellt eine Verletzung von Artikel 24 dar.

29 Der Ausschuss betont erneut den Unterschied zwischen der allgemeinen Verpflichtung zu Zugänglichkeit und der Verpflichtung zur Bereitstellung angemessener Vorkehrungen.[13] Zugänglichkeit kommt bestimmten Gruppen innerhalb der Bevölkerung zugute und beruht auf einer Reihe von Standards, die schrittweise umgesetzt werden. Übermäßige oder ungerechtfertigte Belastungen können nicht zur Verteidigung fehlender Umsetzung von Zugänglichkeit herangezogen werden. Angemessene Vorkehrungen beziehen sich auf eine Einzelperson und ergänzen die Verpflichtung zu Zugänglichkeit. Eine Einzelperson hat einen legitimen Anspruch auf angemessene Vorkehrungen, auch wenn der Vertragsstaat seine Verpflichtung im Hinblick auf Zugänglichkeit erfüllt hat.

30 Die Definition dessen, was verhältnismäßig ist, fällt notwendigerweise je nach Kontext unterschiedlich aus. Die Verfügbarkeit von Vorkehrungen sollte im Hinblick auf einen im Bildungssystem verfügbaren größeren Pool von Bildungsressourcen betrachtet und nicht auf die in der fraglichen akademischen Institution vorhandenen Ressourcen beschränkt werden; ein Transfer von Ressourcen innerhalb des Systems sollte möglich sein. Es gibt kein Einheitskonzept für angemessene Vorkehrungen und einzelne Lernende mit derselben Beeinträchtigung können durchaus unterschiedliche Vorkehrungen benötigen. Vorkehrungen können zum Beispiel darin bestehen, den Klassenort zu ändern, unterschiedliche Kommunikationsformen innerhalb der Klasse anzubieten, Ausdrucke, Materialien und/oder Hinweisschilder zu vergrößern oder alle Handzettel in einem alternativen Format zur Verfügung zu stellen, Lernende mit Schreibassistenz zu versorgen oder ihnen einen Sprachdolmetscher zur Seite zu stellen oder ihnen beim Lernen und in Situationen, in denen sie beurteilt werden, den Gebrauch assistiver Technologien zu gestatten. Die Bereitstellung nicht materieller Vorkehrungen, wie zum Beispiel Lernenden mehr Zeit einzuräumen, Hintergrundgeräusche zu reduzieren (Empfindlichkeit gegenüber Reizüberflutung), alternative Evaluierungsmethoden oder der Austausch eines Elements im Lehrplan gegen ein alternatives Element, müssen ebenfalls in Betracht gezogen werden. Es müssen Gespräche zwischen den für Bildung zuständigen Behörden und Bildungsanbietern, der akademischen Institution, dem/der Lernenden mit Behinderung und je nach Alter und Fähigkeiten der Lernenden, sofern angemessen, mit ihren Eltern/Pflegepersonen und/oder Familienmitgliedern stattfinden, um sicherzustellen, dass die Vorkehrungen den Anforderungen, dem Willen, den Vorlieben und der Wahl des/der Lernenden entsprechen und von der Trägerinstitution umgesetzt werden können. Die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen darf nicht von der medizinischen Diagnose einer Beeinträchtigung abhängig sein und sollte stattdessen auf der Evaluierung sozialer Barrieren, die Bildung im Wege stehen, beruhen.

31 Die Versagung angemessener Vorkehrungen stellt Diskriminierung dar und die Verpflichtung, angemessene Vorkehrungen zu treffen, ist unmittelbar einzuhalten und nicht etwa schrittweise umzusetzen. Die Vertragsstaaten müssen gewährleisten, dass unabhängige Systeme die Angemessenheit und Wirksamkeit der Vorkehrungen überwachen und sichere, zeitnah verfügbare und zugängliche Abhilfemechanismen für die Fälle bereit stehen, in denen Lernende mit Behinderungen, und gegebenenfalls ihre Familien, der Auffassung sind, dass keine entsprechenden Vorkehrungen für sie getroffen wurden oder wenn sie Diskriminierung

12 Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Allgemeine Bemerkung Nr. 2.
13 Ibid.

erfahren haben. Maßnahmen, die die Opfer von Diskriminierung während des Beschwerdeverfahrens gegen Schikanen schützen, sind von wesentlicher Bedeutung.

32 Artikel 24 Absatz 2 Unterabsatz d) bekräftigt, dass Lernende mit Behinderungen Anspruch auf die Unterstützung haben, die sie für erfolgreiche Bildung benötigen und die es ihnen möglich macht, gleichberechtigt mit anderen ihr volles Potenzial zu entfalten. Durch Unterstützung in Form einer allgemeinen Verfügbarkeit von Dienstleistungen und Einrichtungen innerhalb des Bildungssystems sollte sichergestellt werden, dass Lernende mit Behinderungen ihr Potenzial im größtmöglichen Ausmaß ausschöpfen können. Dies schließt zum Beispiel ausreichend ausgebildete und unterstützte Lehrkräfte, Schulberater, Psychologen und andere einschlägige Fachleute aus dem Bereich Gesundheit und soziale Dienste mit ein, wie auch den Zugang zu Stipendien und finanziellen Mitteln.

33 Zur Umsetzung von Artikel 24 Absatz 2 Unterabsatz e) müssen angemessene, fortlaufende und individuell angepasste Unterstützungsmaßnahmen direkt zur Verfügung gestellt werden. Der Ausschuss betont die Notwendigkeit der Bereitstellung individuell angepasster Bildungspläne, mittels derer festgestellt werden kann, welche angemessenen Vorkehrungen und spezifischen Unterstützungsmaßnahmen für einzelne Lernende erforderlich sind, einschließlich der Bereitstellung assistiver, ausgleichender Hilfsmittel, spezieller Lernmaterialien in alternativen/zugänglichen Formaten, Kommunikationsformen und -mitteln, Kommunikationshilfen, assistiver Technologie und Informationstechnologie. Unterstützungsmaßnahmen können auch aus einem qualitativ hochwertigen Lernassistenten bestehen, der entweder geteilt oder aber einzeln genutzt wird, je nachdem, welche Bedürfnisse der/die Lernende hat. Individualisierte Bildungspläne müssen bei Lernenden auf die Übergänge zwischen Sonder- und allgemeinen Einrichtungen sowie zwischen den verschiedenen Bildungsebenen eingehen. Die Wirksamkeit solcher Pläne sollte unter direkter Einbeziehung der entsprechenden Lernenden regelmäßig überwacht und evaluiert werden. Die Art, wie diese umgesetzt werden, muss in Zusammenarbeit mit dem/der Lernenden und, gegebenenfalls, gemeinsam mit den Eltern oder Pflegepersonen oder dritten Parteien festgelegt werden. Lernende müssen Zugang zu Beschwerdemechanismen haben, falls Unterstützungsmaßnahmen nicht zur Verfügung stehen oder unzureichend sind.

34 Alle Unterstützungsmaßnahmen müssen mit dem Ziel der Inklusion vereinbar sein. Dementsprechend müssen sie so konzipiert werden, dass sie die Möglichkeiten von Lernenden mit Behinderungen, gemeinsam mit ihren Altersgenossen in einer Klasse unterrichtet zu werden und an außerschulischen Aktivitäten teilzunehmen, stärken, anstatt sie auszugrenzen.

35 In Bezug auf Artikel 24 Absatz 3 versäumen viele Vertragsstaaten, für Menschen mit Behinderungen, insbesondere für Menschen aus dem autistischen Spektrum sowie für Menschen mit kommunikativen Beeinträchtigungen und Behinderungen der Sinnesorgane, geeignete Vorkehrungen zu treffen, damit sie die für Teilhabe an Bildung und die Teilhabe in ihren Gemeinschaften wichtigen Lebens-und Sprachfähigkeiten und sozialen Fähigkeiten erwerben können.

a) Blinden und sehbehinderten Lernenden muss die Möglichkeit gegeben werden, Braille, alternative Schriftsysteme, unterstützte und alternative Formen, Mittel und Formate der Kommunikation zu erlernen sowie Orientierungs- und Mobilitätsfertigkeiten zu erwerben. Die Investition in den Zugang zu geeigneten Technologien und alternativen Kommunikationssystemen zur Erleichterung des Lernens sollte gefördert werden. Gegenseitige Unterstützung der Betroffenen und Mentoring-Programme sollten eingeführt und gefördert werden.
b) Gehörlose und schwerhörige Lernende müssen die Gebärdensprache erlernen können und es müssen Maßnahmen ergriffen werden, die sprachliche Identität der Gehörlosen-Gemeinschaft anzuerkennen und zu fördern. Der Ausschuss macht die Vertragsstaaten auf das Übereinkommen der UNESCO gegen Diskriminierung im Bildungswesen aufmerksam, in welchem das Recht von Kindern, in ihrer eigenen Sprache unterrichtet zu werden, festgelegt ist und erinnert die Vertragsstaaten daran, dass nach Artikel 30 Absatz 4 des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen einen Anspruch auf Anerkennung und Unterstützung ihrer spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität, einschließlich Gebärdensprache und Gehörlosenkultur, haben. Darüber hinaus müssen schwerhörige Lernende

auch Zugang zu qualitativ hochwertigen Sprachtherapie-Dienstleistungen, Induktionsschleifentechnik und Untertitelung haben.

c) Lernende, die blind, gehörlos oder taubblind sind, müssen in den individuell am besten geeigneten Sprachen, Kommunikationsformen und -mitteln und in Umgebungen unterrichtet werden, die die persönliche, akademische und soziale Entwicklung sowohl innerhalb, als auch außerhalb formaler schulischer Einrichtungen steigern. Der Ausschuss betont, dass für die Einrichtung solcher inklusiven Umgebungen die Vertragsstaaten die erforderliche Unterstützung bereitstellen sollten, einschließlich finanzieller Mittel, assistiver Technologie und Vermittlung von Orientierungs- und Mobilitätsfertigkeiten.
d) Lernenden mit Kommunikationsbeeinträchtigungen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich auszudrücken und die Nutzung alternativer oder augmentativer Kommunikation zu erlernen. Dies kann die Bereitstellung von Gebärdensprache, Low- oder High-Tech-Kommunikationshilfen wie Tablets mit Sprachausgabe, Sprechhilfen (VOCAS) oder Kommunikationsbücher beinhalten. Die Vertragsstaaten sollten in die Entwicklung von Know-How, Technologie und Dienstleistungen investieren, um den Zugang zu geeigneter Technologie und alternativen Kommunikationssystemen, die das Lernen erleichtern, zu fördern.
e) Lernende mit sozialen Kommunikationsschwierigkeiten müssen durch Anpassungen der Organisation innerhalb der Klasse, welche das Arbeiten im Zweierteam, Peer-Tutoring, Platzierung in der Nähe der Lehrkraft und die Schaffung einer strukturierten und vorhersehbaren Umgebung mit einschließen, unterstützt werden.
f) Für Lernende mit intellektuellen Beeinträchtigungen müssen konkrete, erkennbare/visuelle und leicht lesbare Lehr- und Lernmaterialien innerhalb einer sicheren, ruhigen und strukturierten Lernumgebung bereitstehen, die auf die Fähigkeiten ausgerichtet sind, die die Lernenden am besten auf ein unabhängiges Leben und das Berufsleben vorbereiten. Die Vertragsstaaten sollten in inklusive, interaktive Klassenräume investieren, in denen alternative Unterrichtsstrategien und Beurteilungsmethoden angewendet werden.

36 Zur Umsetzung von Artikel 24 Absatz 4 sind die Vertragsstaaten aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, um Verwaltungs-, Lehr- und sonstiges Personal zu beschäftigen, welches über die Fähigkeiten verfügt, in inklusiven Bildungsumgebungen effektiv zu arbeiten und das über qualifizierte Kenntnisse der Gebärdensprache und/oder Braille verfügt und Orientierungs- und Mobilitätsfertigkeiten vermitteln kann. Eine angemessene Zahl an qualifizierten und engagierten Mitarbeitern an Schulen ist ein Schlüsselfaktor für die Einführung und Nachhaltigkeit inklusiver Bildung. Mangelndes Verständnis und Kapazitätsmangel stellen nach wie vor bedeutende Inklusionsbarrieren dar. Die Vertragsstaaten müssen sicherstellen, dass alle Lehrkräfte für inklusiven Unterricht, der auf dem menschenrechtlichen Modell von Behinderung beruht, ausgebildet werden.

37 Die Vertragsstaaten müssen in die Einstellung und fortlaufende Weiterbildung von Lehrkräften mit Behinderungen investieren und dies unterstützen. Dazu gehört die Beseitigung aller gesetzlichen oder politischen Barrieren, nach denen Kandidaten bestimmte medizinische Anforderungskriterien erfüllen müssen sowie die Bereitstellung angemessener Vorkehrungen für ihre Teilhabe als Lehrkräfte. Ihre Anwesenheit wird zur Förderung gleicher Rechte von Menschen mit Behinderungen beitragen, den Lehrerberuf zu ergreifen, einzigartige Kompetenzen und Fähigkeiten in Lernumgebungen einbringen, zur Beseitigung von Barrieren beitragen und als wichtiges Vorbild dienen.

38 Zur Umsetzung von Artikel 24 Absatz 5 sollten die Vertragsstaaten sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen frei von Diskriminierung und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner Hochschulbildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung und lebenslangem Lernen haben. Einstellungsbedingte, physische, sprachliche, die Kommunikation betreffende, finanzielle, rechtliche und sonstige auf diesen Ebenen vorhandene Bildungsbarrieren müssen zur Sicherstellung gleichberechtigten Zugangs ermittelt und beseitigt werden. Es müssen angemessene Vorkehrungen getroffen werden, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen nicht diskriminiert werden. Die Vertragsstaaten sollten in Erwägung ziehen, in der Hochschulbildung zugunsten von Studierenden mit Behinderungen Fördermaßnahmen zu ergreifen.

III Verpflichtungen der Vertragsstaaten

39 Die Vertragsstaaten sollten die wesentlichen Merkmale des Rechts auf inklusive Bildung achten, schützen und gewährleisten: Verfügbarkeit, Zugänglichkeit, Akzeptierbarkeit und Adaptierbarkeit. Die Achtungspflicht erfordert die Vermeidung von Maßnahmen, durch die verhindert wird, dass dieses Recht ausgeübt werden kann, wie zum Beispiel gesetzliche Vorschriften, die bestimmte Kinder mit Behinderungen von Bildung ausschließen oder Zugänglichkeit oder angemessene Vorkehrungen versagen. Die Schutzpflicht erfordert das Ergreifen von Maßnahmen, die Dritte davon abhalten, in die Ausübung dieses Rechts einzugreifen, zum Beispiel im Fall von Eltern, die sich weigern, Mädchen mit Behinderungen zur Schule zu schicken oder im Fall von privaten Institutionen, die sich weigern, Personen mit Behinderungen aufgrund ihrer Beeinträchtigung aufzunehmen. Die Gewährleistungspflicht erfordert die Ergreifung von Maßnahmen, die Personen mit Behinderungen in die Lage versetzen und ihnen helfen, das Recht auf Bildung auszuüben; dazu gehört zum Beispiel, dass Bildungsinstitutionen zugänglich sind und dass Bildungssysteme entsprechend angepasst und hierfür die notwendigen Ressourcen und Hilfen angeboten werden.

40 Nach Artikel 4 Absatz 2 müssen die Vertragsstaaten hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel und erforderlichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit Maßnahmen treffen, um nach und nach die volle Verwirklichung dieser Rechte zu erreichen. Verwirklichung nach und nach bedeutet, dass die Vertragsstaaten eine besondere und kontinuierliche Verpflichtung haben, so zügig und wirksam wie möglich Fortschritte in Richtung der vollen Verwirklichung von Artikel 24 zu machen.[14] Dies ist nicht mit der Unterhaltung von zwei Bildungssystemen vereinbar: einem allgemeinen Bildungssystem und einem Sonderbildungssystem/auf Segregation beruhenden Bildungssystem. Eine schrittweise Verwirklichung besteht entsprechend dem Gesamtziel des Übereinkommens darin, klare Verpflichtungen für die Vertragsstaaten hinsichtlich der vollen Verwirklichung der fraglichen Rechte zu etablieren. Entsprechend werden die Vertragsstaaten bestärkt, die Zuweisung von Haushaltsmitteln, einhergehend mit einer Übertragung von Mitteln zur Entwicklung inklusiver Bildung, neu vorzunehmen. Alle in dieser Hinsicht mit Absicht vorgenommenen Rückschritte dürfen auf allen Bildungsebenen nicht unverhältnismäßig auf Lernende mit Behinderungen ausgerichtet sein.[15] Sie dürfen nur eine vorübergehende, auf Krisenzeiten beschränkte, Maßnahme darstellen, sie müssen notwendig und verhältnismäßig und diskriminierungsfrei sein und alle möglichen Maßnahmen zur Entschärfung von Ungleichheiten enthalten.[16]

41 Eine schrittweise Verwirklichung wirkt sich jedoch nicht auf unmittelbar umzusetzende Verpflichtungen aus. Wie der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in seinen Allgemeinen Bemerkungen Nr. 3 (1990) zum Charakter der Verpflichtungen der Vertragsstaaten ausgeführt hat, haben die Vertragsstaaten eine grundlegende Mindestverpflichtung sicherzustellen, dass bezüglich eines jeden im Recht auf Bildung enthaltenen Merkmals zumindest die Erfüllung eines unerlässlichen Mindeststandards gewährleistet ist.[17] Daher sollten die Vertragsstaaten die folgenden Kernrechte unverzüglich umsetzen:

a) Diskriminierungsfreiheit bei allen Aspekten der Bildung, die alle international untersagten Merkmale für Diskriminierung mit einschließt. Die Vertragsstaaten müssen sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen nicht von Bildung ausgeschlossen werden und alle strukturellen Nachteile beseitigen, damit für alle Menschen mit Behinderungen effektive Teilhabe und Gleichberechtigung erreicht wird. Sie müssen dringend alle rechtlichen, administrativen und sonstigen Formen der Diskriminierung beseitigen, die das Recht auf Zugang zu inklusiver Bildung beeinträchtigen. Die Verabschiedung von Fördermaßnahmen

---

14 Siehe Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Allgemeine Bemerkung Nr. 3 (1990) zum Charakter der Verpflichtungen der Vertragsstaaten Abs. 9.

15 Ibid.

16 Schreiben vom 16. Mai 2012 des Vorsitzenden des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte an die Vertragsstaaten des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

17 Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Allgemeine Bemerkung Nr. 3.

stellt keine Verletzung des Rechts auf Diskriminierungsfreiheit in Bezug auf Bildung dar, sofern diese Maßnahmen nicht zur Erhaltung ungleicher oder separater Standards für unterschiedliche Gruppen führen.

b) Angemessene Vorkehrungen zur Sicherstellung, dass Menschen mit Behinderungen nicht von Bildung ausgeschlossen werden. Die Nichtbereitstellung angemessener Vorkehrungen stellt Diskriminierung aufgrund von Behinderung dar.

c) Verpflichtende, kostenlose Grundbildung für alle. Die Vertragsstaaten müssen alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, dieses Recht auf der Grundlage von Inklusion für alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen zu gewährleisten. Der Ausschuss fordert die Vertragsstaaten dringend dazu auf, eine für alle Kinder und Jugendlichen mindestens 12 Jahre dauernde kostenlose, öffentlich finanzierte, inklusive und chancengerechte hochwertige Grund- und weiterführende Bildung sicherzustellen, wovon mindestens neun Jahre obligatorisch sind, sowie den Zugang zu hochwertiger Bildung für Kinder und Jugendliche, die keine Schule besuchen, durch verschiedene Modalitäten sicherzustellen, so wie es im Aktionsrahmen Bildung 2030 verlangt wird.

42 Die Vertragsstaaten müssen eine nationale Bildungsstrategie verabschieden und umsetzen, die die Bereitstellung von Bildung auf allen Ebenen für alle Lernenden auf der Grundlage von Inklusion und Chancengleichheit beinhaltet. Die in Artikel 24 Absatz 1 aufgeführten Bildungsziele gehen mit entsprechenden Verpflichtungen für die Vertragsstaaten einher und müssen daher auf einer vergleichbaren Ebene der Dringlichkeit gesehen werden.

43 Im Hinblick auf die internationale Zusammenarbeit und im Einklang mit dem Ziel für nachhaltige Entwicklung 4und dem Aktionsrahmen Bildung 2030 muss jede bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit inklusive und chancengerechte qualitativ hochwertige Bildung unterstützen und Möglichkeiten des lebenslangen Lernens für alle fördern. Darin eingeschlossen ist Unterstützung für den Aufbau von Kapazitäten, den Austausch und das Teilen von Informationen und besten Praktiken, Forschung, technische und wirtschaftliche Hilfe und der Zugang zu zugänglichen und unterstützenden Technologien. Alle erhobenen Daten und alle Ausgaben im Rahmen der internationalen Bildungshilfe sollten je nach Beeinträchtigung aufgeschlüsselt werden. Es sollte erwogen werden, einen internationalen Koordinierungsmechanismus für inklusive Bildung einzurichten. Dieser Mechanismus soll zur Umsetzung des Nachhaltigkeitsziels 4 und zum Sammeln von zweckdienlichen Informationen dienen und somit zu einer Verbesserung des politischen Dialogs und zu Fortschritten bei der Überwachung beitragen.

IV Verhältnis zu anderen Bestimmungen des Übereinkommens

44 Die Vertragsstaaten müssen die Unteilbarkeit von und die Wechselbeziehungen zwischen allen Menschenrechten anerkennen. Bildung ist ein integraler Bestandteil der vollen und wirksamen Umsetzung sonstiger Rechte.[18] Umgekehrt kann das Recht auf inklusive Bildung nur verwirklicht werden, wenn gewisse sonstige Rechte umgesetzt werden. Darüber hinaus muss das Recht auf inklusive Bildung durch die Schaffung einer inklusiven Umgebung innerhalb der gesamten Gesellschaft untermauert werden. Hierfür ist es erforderlich, sich das menschenrechtliche Modell von Behinderung zu eigen zu machen, wodurch die Verpflichtung anerkannt wird, die gesellschaftlichen Hindernisse zu beseitigen, die dazu führen, dass Menschen mit Behinderungen ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, und es müssen Maßnahmen angenommen werden, die die Umsetzung der nachfolgend dargelegten Rechte sicherstellen.

45 Artikel 5 schreibt den Grundsatz des gleichen Schutzes aller Menschen vor und gemäß dem Gesetz fest. Die Vertragsstaaten müssen jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung verbieten und Menschen mit Behinderungen wirksamen und gleichberechtigten Schutz gegen Diskriminierung in Bezug auf alle Merkmale gewähren. Um systemische und strukturelle

18 Ibid, Allgemeine Bemerkungen Nr. 11 (1999) zu Aktionsplänen für den Grundschulbereich und Nr. 13

Diskriminierung zu bekämpfen und „den gleichen Nutzen durch das Gesetz“ sicherzustellen, müssen die Vertragsstaaten Fördermaßnahmen ergreifen, wie zum Beispiel die Beseitigung von architektonischen und kommunikativen oder sonstigen Hindernissen mit Blick auf die allgemeine Bildung.

46 In Artikel 6 wird anerkannt, dass Frauen und Mädchen mit Behinderungen einer Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind und die Vertragsstaaten Maßnahmen verabschieden müssen, die die gleichberechtigte Ausübung ihrer Rechte gewährleisten. Intersektionelle Diskriminierung und Ausgrenzung stellen erhebliche Hindernisse für die Verwirklichung des Rechts auf Bildung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen dar. Die Vertragsstaaten müssen diese Hindernisse ermitteln und beseitigen, unter anderem geschlechtsspezifische Gewalt und fehlende Wertschätzung von Frauen- und Mädchenbildung; sie müssen spezifische Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass das Recht auf Bildung nicht aufgrund des Geschlechts beziehungsweise der Diskriminierung aufgrund von Behinderung, durch Stigmatisierung oder Vorurteile eingeschränkt wird. Schädliche geschlechts- oder behinderungsspezifische Stereotype in Lehrbüchern und Lehrplänen müssen bekämpft werden. Bildung spielt eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung traditioneller Geschlechterklischees, die unter patriarchalischen und paternalistischen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen fortgeschrieben werden.[19] Die Vertragsstaaten müssen den Zugang zu und den Verbleib von Mädchen und Frauen mit Behinderungen in Bildungs- und Rehabilitationsangeboten als Instrument ihrer Entwicklung, ihres Fortkommens und ihrer Stärkung sicherstellen.

47 In Artikel 7 wird geltend gemacht, dass das Wohl des Kindes bei allen Maßnahmen vorrangig zu berücksichtigen ist. Das Wohl [des Kindes] ist ein Konzept, das auf die Sicherstellung einer umfassenden und wirksamen Ausübung der Menschenrechte durch das Kind abzielt und auf seine ganzheitliche Entwicklung.[20] Bei der Ermittlung des Wohles eines Kindes mit einer Behinderung sind die Meinung und die eigene Identität des Kindes, der Erhalt der Familie, die Betreuung, der Schutz und die Sicherheit des Kindes, eventuelle spezielle Anfälligkeiten und das Recht des Kindes auf Gesundheit und Bildung zu berücksichtigen. Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes bekräftigt, dass das Wohl des Kindes die Grundlage für bildungspolitische Entscheidungen und ein entsprechendes Angebot sein muss. In Artikel 7 Absatz 3 wird zudem betont, dass Kinder mit Behinderungen das Recht haben, ihre Meinung zu äußern und dass ihre Meinung bei allen sie berührenden Angelegenheiten entsprechend ihrem Alter und ihrer Reife gleichberechtigt mit anderen Kindern gebührende Beachtung finden muss, und dass sie behinderungsgerechte sowie altersgemäße Assistenz erhalten müssen. Die Gewährleistung des Rechts von Kindern, an Fragen hinsichtlich ihrer eigenen Bildung beteiligt zu werden, muss gleichermaßen auf Kinder mit Behinderungen angewendet werden – bei ihren eigenen Lernprozessen und im Zusammenhang mit individualisierten Lernplänen, im Rahmen der im Klassenraum stattfindenden pädagogischen Maßnahmen, durch, bei der Entwicklung von Schulkonzepten und -systemen und bei der Gestaltung der Bildungspolitik im weiteren Sinne.[21]

48 Artikel 8 fordert Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und das Hinterfragen von Stereotypen, Vorurteilen und schädlichen Praktiken in Bezug auf Menschen mit Behinderungen, insbesondere solche, die Frauen und Mädchen mit Behinderungen und Personen mit intellektuellen Behinderungen und intensivem Unterstützungsbedarf betreffen. Stereotpye, Vorurteile und schädliche Praktiken stellen Barrieren dar, die sowohl den Zugang zum, als auch effektives Lernen selbst innerhalb des Bildungssystems behindern. Der Ausschuss nimmt das Verhalten mancher Eltern zur Kenntnis, die ihre Kinder mit Behinderungen aufgrund ihres mangelnden Bewusstseins und Verständnisses für das Wesen der Behinderung von inklusiven Schulen abmelden. Die Vertragsstaaten müssen Maßnahmen verabschieden, die zum Aufbau einer

---

19 Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau, Konzept für den Entwurf einer allgemeinen Empfehlung zum Recht auf Bildung von Mädchen und Frauen (2014).

20 Ausschuss für die Rechte des Kindes, Allgemeine Bemerkung Nr. 14 (2013) über das Recht des Kindes auf die vorrangige Berücksichtigung seines oder ihres Kindeswohls.

21 Ibid., Allgemeine Bemerkung Nr. 12 (2009) über das Recht des Kindes, gehört zu werden.

Kultur der Vielfalt, Teilhabe und Beteiligung im und am Leben der Gemeinschaft beitragen und sie müssen inklusive Bildung als Mittel zur Erreichung einer guten Bildung für alle Lernenden mit und ohne Behinderungen, Eltern, Lehrerinnen, Lehrer und Schulverwaltungen sowie die Gemeinschaft und Gesellschaft betonen. Die Vertragsstaaten müssen sicherstellen, dass Mechanismen vorhanden sind, die auf allen Ebenen des Bildungssystems, bei Eltern und in der allgemeinen Öffentlichkeit die Achtung der Rechte von Menschen mit Behinderungen festigen. Die Zivilgesellschaft, insbesondere die Behindertenselbsthilfeorganisationen, sollten in alle bewusstseinsfördernden Aktivitäten einbezogen werden.

49 Zwischen Artikel 9 und 24 besteht ein enger Zusammenhang. Zugänglichkeit ist eine Voraussetzung für die uneingeschränkte und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft. Menschen mit Behinderungen können ihr Recht auf inklusive Bildung ohne eine zugängliche bauliche Umwelt, hierin eingeschlossen Schulen und alle anderen Bildungsorte, ohne zugängliche(n) ÖPNV, Dienstleistungen, Informations- und Kommunikationstechnologien nicht ausüben. Lehrmethoden und -mittel sollten zugänglich sein und der Unterricht sollte in einer zugänglichen Umgebung erfolgen. Das ganze Lernumfeld von Lernenden mit Behinderungen muss so gestaltet sein, dass es die Inklusion fördert. Inklusive Bildung ist andererseits ein starkes Instrument für die Förderung der Zugänglichkeit und des universellen Designs.

50 Der Ausschuss lenkt das Augenmerk der Vertragsstaaten auf seine allgemeine Bemerkung Nr. 1 (2014) zur gleichen Anerkennung vor dem Recht und betont, dass inklusive Bildung Lernenden mit Behinderungen, insbesondere Lernenden mit psychosozialen oder intellektuellen Beeinträchtigungen, die Möglichkeit bietet,ihren Willen und ihre Vorlieben auszudrücken. Die Vertragsstaaten müssen sicherstellen, dass inklusive Bildung Lernende mit Behinderungen durch Förderung ihres Selbstvertrauens darin unterstützt, ihre rechtliche Handlungsfähigkeit auszuüben, indem auf allen Bildungsniveaus die notwendige Unterstützung geleistet wird, auch um zukünftige Unterstützungserfordernisse reduzieren zu können, sofern sie dies wünschen.

51 Menschen mit Behinderungen, insbesondere Frauen und Mädchen mit Behinderungen, können unverhältnismäßig stark von Gewalt und Missbrauch, einschließlich durch körperliche und erniedrigende Bestrafung seitens des pädagogischen Fachpersonals betroffen sein, zum Beispiel durch freiheitseinschränkende Maßnahmen und Isolation, sowie durch Mobbing seitens anderer Personen in der Schule und auf dem Schulweg. Zur Umsetzung von Artikel 16 Absatz 2 müssen die Vertragsstaaten alle geeigneten Maßnahmen treffen, um Menschen mit Behinderungen vor jeder Form von Gewalt und Missbrauch, einschließlich sexueller Gewalt, zu schützen und diese zu verhindern. Solche Maßnahmen müssen alters-, geschlechts- und behinderungssensibel sein. Der Ausschuss befürwortet nachdrücklich die Empfehlungen des Ausschusses für die Rechte des Kindes, des Menschenrechtsausschusses und des Ausschusses für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, wonach die Vertragsstaaten jede Form körperlicher Züchtigung sowie grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlungen in allen Bereichen, einschließlich Schulen, untersagen und wirksame Sanktionen gegen die Täterinnen und Täter sicherstellen.[22] Er ermutigt die Schulen und sonstige Bildungseinrichtungen, Lernende, einschließlich Lernende mit Behinderungen, an der Entwicklung von Konzepten, einschließlich zugänglicher Schutzmechanismen, zu beteiligen, die sich gegen Strafmaßnahmen und Mobbing , einschließlich Cybermobbing richten, das weltweit eine immer größere Rolle im Leben von Lernenden, besonders Kindern, spielt.

52 Inklusive Bildung erfordert die Anerkennung des Rechts von Menschen mit Behinderungen auf ein Leben und die Einbeziehung in und die Teilhabe an der Gemeinschaft (Artikel 19). Sie erfordert auch anzuerkennen, dass Menschen mit Behinderungen gleiche Rechte in Bezug auf das Familienleben haben, oder, falls dies nicht möglich ist, auf alternative Betreuung in einem familienähnlichen Umfeld (Art. 23). Kindern in der Obhut des Vertragsstaats, die zum Beispiel

22 Ibid., Allgemeine Bemerkung Nr. 8 (2006) zum Recht des Kindes auf Schutz vor der Prügelstrafe und anderen grausamen oder erniedrigenden Formen der Bestrafung.

in einer Pflegefamilie oder einem Kinderheim leben, muss das Recht auf inklusive Bildung gewährleistet werden, sowie das Recht, Widerspruch gegen Entscheidungen des Vertragsstaats einzulegen, die ihnen das Recht auf inklusive Bildung versagen. Zu viele Menschen mit Behinderungen leben längerfristig in Wohneinrichtungen und haben keinenZugang zu gemeindenahen Diensten, einschließlich Bildung, entsprechend ihrem Recht auf u. a. Familienleben, Leben in der Gemeinschaft, Vereinigungsfreiheit, Schutz vor Gewalt und Zugang zur Justiz. Die Einführung inklusiver Bildung auf der lokalen Ebene muss parallel zu einer strategischen Verpflichtung erfolgen, die Praxis der Unterbringung von Menschen mit Behinderungen in Einrichtungen zu beenden (siehe unten Absatz 66). Die Vertragsstaaten sollten zur Kenntnis nehmen, welche Rolle die Ausübung des Rechts auf inklusive Bildung bei der Entwicklung von Stärken, Fähigkeiten und Kompetenzen spielt, die alle Menschen mit Behinderungen benötigen, um sich in ihrem lokalen Gemeinwesen wohl zu fühlen, von ihm zu profitieren und einen Beitrag zu diesem Gemeinwesen zu leisten.

53 Damit inklusive Bildung wirksam verwirklicht werden kann, muss für Menschen mit Behinderungen persönliche Mobilität bei größtmöglicher Unabhängigkeit sichergestellt werden (Artikel 20). Wenn eine Beförderungsmöglichkeit nicht ohne weiteres zur Verfügung steht, und wenn keine persönliche Assistenz verfügbar ist, um den Zugang zu Bildungseinrichtungen zu unterstützen, müssen Menschen mit Behinderungen angemessene Schulungen in Mobilitätsfertigkeiten angeboten werden, um sie selbstständiger zu machen. Die Vertragsstaaten sollten Menschen mit Behinderungen auch ermöglichen, Mobilitätshilfen und Hilfs- und Heilmittel zu erschwinglichen Kosten zu erwerben.

54 Die Gewährleistung des Rechts von Menschen mit Behinderungen auf das erreichbare Höchstmaß von Gesundheit ohne Diskriminierung (Artikel 25) ist von entscheidender Bedeutung dafür, in den vollen Genuss von Bildung zu kommen. Die Fähigkeit, Bildungseinrichtungen zu besuchen und effektiv zu lernen, wird durch einen schlechten Zugang zu Gesundheit und durch das Fehlen einer geeigneten Behandlung und Betreuung erheblich beeinträchtigt. Die Vertragsstaaten sollten unter Berücksichtigung einer geschlechtsspezifischen Perspektive Gesundheits-, Hygiene- und Ernährungsprogramme etablieren, die mit Bildungsdienstleistungen verzahnt sind und die kontinuierliche Beobachtung aller gesundheitlichen Bedürfnisse ermöglichen. Derartige Programme sollten auf der Grundlage des universellen Designs und der Zugänglichkeit entwickelt werden, regelmäßige Besuche durch medizinische Fachkräfte an Schulen sowie Gesundheitsscreenings vorsehen und Partnerschaften mit der Gemeinde vor Ort eingehen. Menschen mit Behinderungen müssen auf gleichberechtigter Grundlage mit anderen Menschen altersgerechten, umfassenden und inklusiven Sexualkundeunterricht auf der Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Menschenrechtsstandards sowie in zugänglichen Formaten erhalten.

55 Die Vertragsstaaten müssen wirksame Maßnahmen ergreifen, um im Rahmen des Bildungssystems umfassende Habilitations- und Rehabilitationsdienste, insbesondere auf dem Gebiet der Gesundheit, der beruflichen, physischen, sozialen Beratung sowie bei sonstigen Diensten vorzusehen (Artikel 26). Derartige Dienste müssen so früh wie möglich aktiv werden; die Stärken des Lernenden müssen interdisziplinär beurteilt werden und die Dienste müssen sie bestmöglich in ihrer Unabhängigkeit, Autonomie, Achtung der Menschenwürde, ihren körperlichen, geistigen, sozialen und beruflichen Fähigkeiten sowie im Bereich der Inklusion in und Teilhabe an alle(n) Lebensbereiche(n) unterstützen. Der Ausschuss betont die Bedeutung der Unterstützung beim Aufbau gemeindenaher Rehabilitationsdienste, die sich um die Früherkennung und Unterstützung durch andere Menschen mit Behinderung kümmern.

56 Eine qualitativ hochwertige inklusive Bildung muss Menschen mit Behinderungen über den Erwerb des nötigen Wissens, beruflicher Fähigkeiten und von Selbstvertrauen, die zur Teilhabe an offenen Arbeitsmarkt und zu einer offenen, inklusiven und zugänglichen Arbeitsumgebung (Artikel 27) notwendig sind, auf die Arbeitswelt vorbereiten.

57 Volle Partizipation am politischen und öffentlichen Leben wird durch die Verwirklichung des Rechts auf inklusive Bildung verbessert. Die Lehrpläne für alle Lernenden müssen das Thema Bürgerrechte und -pflichten und die Fähigkeit beinhalten, eigene Anliegen zu artikulieren und sich zu vertreten, was die grundlegende Voraussetzung für die Partizipation an

politischen und gesellschaftlichen Prozessen ist. Öffentliche Angelegenheiten umfassen auch die Gründung von und Partizipation in studentischen Organisationen wie Studierendengewerkschaften; die Vertragsstaaten sollten ein Klima fördern, in dem Menschen mit Behinderungen derartige Studierendenverbände gründen, ihnen beitreten und sich umfassend an derartigen Verbänden partizipieren können und zwar mit Hilfe jeder Art der Kommunikation und in der Sprache ihrer Wahl (Artikel 29).

58 Die Vertragsstaaten müssen Barrieren beseitigen und Zugänglichkeit und die Verfügbarkeit inklusiver Chancen für Personen mit Behinderungen fördern, damit sie gleichberechtigt mit anderen an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten im Rahmen ihrer Schule, an Aktivitäten außerhalb des Lehrplans und in anderen Bildungseinrichtungen teilhaben können (Artikel 30).[23] Innerhalb des Bildungssektors müssen angemessene Maßnahmen vorhanden sein, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zum kulturellen Leben haben und ihr kreatives, künstlerisches und intellektuelles Potenzial nicht nur zu ihrem eigenen Nutzen, sondern auch zur Bereicherung der Gesellschaft weiterentwickeln und nutzen können. Derartige Maßnahmen müssen sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen einen Anspruch auf Anerkennung ihrer spezifischen kulturellen und sprachlichen Identität haben, wozu auch die Verwendung der Gebärdensprache und die Gehörlosenkultur zählen.

V Umsetzung auf innerstaatlicher Ebene

59 Der Ausschuss hat eine Reihe von Herausforderungen ermittelt, mit denen die Vertragsstaaten bei der Umsetzung von Artikel 24 konfrontiert sind. Um ein inklusives Bildungssystem für alle Menschen mit Behinderungen umzusetzen und aufrecht zu erhalten, müssen auf innerstaatlicher Ebene die folgenden Maßnahmen angestrengt werden:

60 Die Zuständigkeiten für die Bildung von Menschen mit Behinderungen müssen auf allen Ebenen gemeinsam mit der Bildung anderer Menschen beim Bildungsministerium angesiedelt sein. Derzeit wird die Bildung von Menschen mit Behinderungen in vielen Ländern innerhalb der Ministerien für Soziales und/oder Gesundheit nur als Randthema behandelt, unter anderem mit dem Ergebnis, dass dieses Thema in den allgemeinen gesetzgeberischen Maßnahmen zu Fragen der Bildung, in politischen Konzepten sowie bei der Planung und der Zuweisung von Ressourcen ausgeklammert wird, in die Bildung von Menschen mit Behinderungen pro Kopf weniger investiert wird, es an übergreifenden und kohärenten Strukturen zur Förderung inklusiver Bildung sowie einer integrierten Datenerhebung zur Schulanmeldung, dem Verbleib in der Schule und dem Leistungsniveau fehlt und nicht an der Entwicklung einer inklusiven Ausbildung von Lehrkräften gearbeitet wird. Die Vertragsstaaten müssen dringend Maßnahmen ergreifen, um die Bildung von Lernenden mit Behinderungen der Zuständigkeit des Bildungsministeriums zu unterstellen.

61 Die Vertragsstaaten müssen ein umfassendes und ressortübergreifendes Engagement für inklusive Bildung durch die gesamte Regierung sicherstellen. Dies können die Bildungsministerien nicht alleine realisieren. Alle einschlägigen Ministerien und Arbeitsgruppen, die für wesentliche Artikel des Übereinkommens zuständig sind, müssen sich engagieren und ihr Verständnis der Auswirkungen eines inklusiven Bildungssystems angleichen, um einen integrierten Ansatz zu erarbeiten und gemeinschaftlich auf eine gemeinsame Agenda hinzuarbeiten. Für die beteiligten Ministerien müssen Maßnahmen festgelegt werden, in denen ihre Rechenschaftspflicht bezüglich der Einhaltung dieser Verpflichtungen niedergelegt ist. Es sollten auch Partnerschaften mit Leistungserbringern, Behindertenselbsthilfeorganisationen, den Medien, Organisationen der Zivilgesellschaft, lokalen Behörden, Studierendenverbänden und -dachorganisationen, Universitäten und mit Hochschulen, die Lehrkräfte ausbilden, eingegangen werden.

---

23 Ibid., Allgemeine Bemerkung Nr. 17 (2013) zum Recht des Kindes auf Ruhe, Freizeit, Spiel, aktive Erholung sowie auf Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben.

62 Die Vertragsstaaten müssen auf allen Ebenen auf der Grundlage des menschenrechtlichen Modells von Behinderung Rechtsvorschriften einführen, die voll und ganz mit Artikel 24 in Einklang stehen. Der Ausschuss erinnert daran, dass Artikel 4 Absatz 5 von Bundesstaaten verlangt, dass Artikel 24 ohne Einschränkung oder Ausnahme für alle Teile des Vertragsstaats umgesetzt wird.

63 Es muss ein umfassender und abgestimmter gesetzgebender und politischer Rahmen für inklusive Bildung geschaffen werden, und er muss zusammen mit einem klaren und angemessenen zeitlichen Rahmen für die Umsetzung einhergehen sowie bei Verstößen Sanktionen vorsehen. Er muss auf Themen wie Flexibilität, Vielfalt und Gleichbehandlung in allen Bildungseinrichtungen für alle Lernenden eingehen und die Zuständigkeiten auf allen staatlichen Ebenen regeln. Zu den Schlüsselelementen gehören:

a) Die Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards.
b) Eine klare Definition von Inklusion und den konkreten, auf allen Bildungsniveaus angestrebten spezifischen Zielen. Die Grundsätze und die Praxis der Inklusion müssen als unerlässliche Bestandteile von Reformen und nicht lediglich als ein zusätzliches Sonderprogramm betrachtet werden.
c) Das materielle Recht auf inklusive Bildung als Schlüsselelement des gesetzlichen Rechtsrahmens. Bestimmungen, die bestimmte Gruppen von Lernenden zum Beispiel für „bildungsunfähig“ erklären, müssen aufgehoben werden.
d) Eine Garantie für Lernende mit und ohne Behinderung auf das gleiche Recht des Zugangs zu inklusiven Lernmöglichkeiten im Rahmen des allgemeinen Bildungssystems und für einzelne Lernende eine Garantie auf die notwendige Unterstützungsdienste auf allen Ebenen.
e) Die Anforderung an alle Schulen, die neu geplant und gebaut werden, nach dem Grundsatz des *Design für Alle* vorzugehen, indem Standards für Zugänglichkeit in Verbindung mit einer Frist zum Umbau bestehender Schulen gemäß der allgemeinen Bemerkung Nr. 2 des Ausschusses eingehalten werden. Es wird angeregt, die öffentlichen Vergabeverfahren zur Umsetzung dieser Anforderung zu nutzen.
f) Die Einführung umfangreicher Qualitätsstandards für inklusive Bildung und Behinderungen berücksichtigende Überwachungsmechanismen zur Verfolgung der Fortschritte bei ihrer Umsetzung auf allen Ebenen und zur Sicherstellung der Umsetzung und Unterstützung politischer Konzepte und Programme durch die erforderlichen Investitionen.
g) Schaffung zugänglicher Überwachungsmechanismen, die gewährleisten, dass die politischen Konzepte und die benötigten Investitionen umgesetzt werden.
h) Anerkennung der Notwendigkeit, dass angemessene, auf Menschenrechtsstandards und nicht auf Kriterien des effizienten Ressourceneinsatzes basierende Vorkehrungen zur Förderung der Inklusion und Sanktionen für den Fall, dass angemessene Vorkehrungen nicht bereit gestellt werden, erforderlich sind.
i) In allen gesetzgeberischen Maßnahmen, die in einem Staat Auswirkungen auf inklusive Bildung haben könnten, sollte Inklusion ausdrücklich als konkretes Ziel genannt werden.
j) Ein in sich stimmiges Rahmenwerk für die Früherkennung von Behinderungen, ihre Beurteilung und Unterstützung, damit sich Kinder mit Behinderungen in einem inklusiven Lernbereich bestmöglich entfalten können.
k) Die Pflicht für die Behörden vor Ort, zugängliche Kommunikationsformen und -mittel, einschließlich solcher in den am besten geeigneten Sprachen, in einem inklusiven Umfeld und inklusiven Klassen für alle Lernenden, einschließlich Menschen mit Behinderungen, einzuplanen und bereitzustellen.
l) Einführung von gesetzlichen Bestimmungen, die das Recht aller Kinder, einschließlich von Kindern mit Behinderungen, garantieren, im Schulsystem Gehör zu finden sowie ihre Meinung äußern zu können, und zwar auch durch Vertretungen der Schülerschaft, Leitungsorgane, kommunale und nationale Regierungsstellen, sowie durch Mechanismen, mit deren Hilfe Entscheidungen im Bildungsbereich angefochten werden können.
m) Errichtung von Partnerschaften und Zusammenarbeit mit allen Betroffenen, einschließlich Personen mit Behinderungen, durch Behindertenselbsthilfeorganisationen, verschiedene andere Stellen, Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, Nicht-Regierungsorganisation und Eltern oder Pflegepersonen.

64 Die Gesetzgebung muss durch einen „Schulentwicklungsplan“ unterstützt werden, der in Absprache mit den Behindertenselbsthilfeorganisationen, einschließlich Kindern,

auszuarbeiten ist und der das Verfahren für die Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems detailliert darstellt. Es sollte einen zeitlichen Rahmen und messbare Ziele enthalten, einschließlich Maßnahmen zur Sicherstellung von Kohärenz im gesamten Geltungsbereich. Der Plan sollte eine umfassende Analyse des gegenwärtigen Inklusionskontextes im inklusiven Bildungsbereich zugrunde legen, einschließlich von Daten zu – beispielsweise – aktuellen Haushaltszuweisungen, Qualität der Datenerhebung, Zahl der Kinder mit Behinderungen, die nicht zur Schule gehen, zu Herausforderungen und Barrieren, bestehenden Gesetzen und politischen Konzepten sowie zu den Hauptanliegen von Menschen mit Behinderungen, ihren Familien und dem Vertragsstaat, um eine Ausgangsbasis für die Erzielung von Fortschritten zu schaffen.

65 Die Vertragsstaaten müssen unabhängige, wirksame, zugängliche, transparente, sichere und durchsetzbare Mechanismen und Rechtsbehelfe für Verstöße gegen das Recht auf Bildung einführen. Menschen mit Behinderungen müssen Zugang zu Justizsystemen erhalten, die wissen, wie man Menschen mit Behinderungen gerecht wird und die Anträge, die in Verbindung mit einer Behinderung stehen, richtig bearbeiten können. Die Vertragsstaaten müssen auch gewährleisten, dass Informationen über das Recht auf Bildung an sich und darüber, wie die Verweigerung oder Verletzung dieses Rechts unter Einbeziehung der Behindertenselbsthilfeorganisationen angefochten werden kann, breit gestreut und bekannt gemacht werden.

66 Inklusive Bildung ist nicht vereinbar mit dem Leben in einer Einrichtung. Die Vertragsstaaten müssen einen gut geplanten und strukturierten Prozess der Deinstitutionalisierung in Bezug auf Menschen mit Behinderungen durchführen. Dieser Prozess muss sich mit folgenden Themen befassen: einem kontrolliertem Übergang, wobei vorab ein Zeitplan festgelegt wird; der Einführung eines rechtlichen Erfordernisses zur Entwicklung von gemeindenaher Versorgung, der Umwidmung von Geldern und der Einführung interdisziplinärer Rahmenwerke, um gemeindenahe Dienste zu unterstützen und zu stärken, der Bereitstellung von Unterstützungsleistungen für Familien und der Zusammenarbeit und Konsultation mit Behindertenselbsthilfeorganisationen, hierunter auch mit Kindern mit Behinderungen sowie ihren Eltern oder Pflegepersonen. Bis der Prozess der Deinstutionalisierung abgeschlossen ist, sollten Personen in stationärer Unterbringung mit unmittelbarer Wirkung Zugang zu inklusiver Bildung erhalten, indem der Kontakt zu gemeindenahen inklusiven akademischen Einrichtungen hergestellt wird.

67 Maßnahmen im Stadium der frühen Kindheit können bei Kindern mit Behinderungen besonders wertvoll sein und dabei helfen, ihre Bildungsfähigheit zu erhöhen und so ihre Anmeldung an einer Schule sowie ihren Schulbesuch fördern. Bei all diesen Maßnahmen muss die Achtung der Würde und Autonomie des Kindes gewährleistet sein. Entsprechend der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, einschließlich dem Ziel für nachhaltige Entwicklung 4, werden die Vertragsstaaten dringend aufgefordert, den Zugang zu einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Entwicklung, zu Betreuung und Bildungsangeboten für Vorschulkinder, den Eltern und Pflegepersonen von kleinen Kindern mit Behinderungen Unterstützung und Ausbildung anzubieten, sicherzustellen. Wenn die Behinderungen kleiner Kinder frühzeitig erkannt und diese Kinder gefördert werden, können sie eher nahtlos in eine inklusive Vorschul- beziehungsweise Grundschulumgebung überwechseln. Die Vertragsstaaten müssen die Koordination zwischen allen einschlägigen Ministerien, Behörden und Stellen sowie mit den Behindertenselbsthilfeorganisationen und anderen zivilen Partnern sicherstellen.

68 Nach Artikel 31 müssen die Staaten geeignete aufgeschlüsselte Daten erheben, um politische Konzepte, Pläne und Programme aufzusetzen und so ihre Verpflichtungen nach Artikel 24 zu erfüllen. Sie müssen Maßnahmen einführen, um Abhilfe zu schaffen hinsichtlich fehlender exakter Daten zur Anzahl der Menschen mit verschiedenen Beeinträchtigungen sowie hinsichtlich fehlender ausreichender und qualitativ hochwertiger Studien und Daten zum Zugang zu, Verbleib und Fortschritten im Bildungssystem, zur Bereitstellungangemessener Vorkehrungen und den damit verbundenen Ergebnissen. Zensus-, Umfrage- und Verwaltungsdaten, unter anderem das Informationssystem für Bildungsmanagement (Education Management Information System, EMIS), müssen Daten zu Lernenden mit Behinderungen einschließlich derjenigen, die noch in institutionalisierten Wohnformen leben, erfassen. Die Vertragsstaaten sollten auch aufgeschlüsselte Daten über und Belege für Barrieren erheben, die verhindern, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten erhalten, dort verbleiben und Fortschritte machen, um so wirksame Maßnahmen zur Beseitigung

solcher Barrieren einzuleiten. Es müssen Strategien verabschiedet werden, um den Ausschluss von Menschen mit Behinderungen von gängigen Mechanismen der quantitativen und qualitativen Datenerhebung zu überwinden, ebenso wie die Zurückhaltung von Eltern, die Existenz eines Kindes mit einer Behinderung zuzugeben, das Fehlen von Geburtsurkunden oder ihre „Nicht-Sichtbarkeit“ innerhalb von Institutionen überwunden werden müssen.

69 Die Vertragsstaaten müssen ausreichende Finanz- und Personalzusagen im gesamten Bereich der Pläne für die Entwicklung des Bildungswesens und anderer Bereiche machen, um die Umsetzung inklusiver Bildung auf der Grundlage einer schrittweisen Verwirklichung zu unterstützen. Die Vertragsstaaten müssen ihre Entscheidungsstrukturen und Finanzierungsmechanismen reformieren, um das Recht auf Bildung für alle Menschen mit Behinderungen sicherzustellen. Die Vertragsstaaten sollten auch Haushaltsmittel zuweisen indem sie im Rahmen von öffentlichen Vergabeverfahren verfügbare Mechanismen sowie Partnerschaften mit dem Privatsektor nutzen. Diese Mittelvergaben müssen unter anderem die Sicherstellung angemessener Ressourcen priorisieren, um bestehende Bildungsbereiche auf der Grundlage zeitlicher Vorgaben zugänglich zu gestalten, in nklusive Ausbildung von Lehrkräften zu investieren, angemessene Vorkehrungen zu treffen, eine zugängliche Beförderung zur Schule bereitzustellen, angemessene und zugängliche Schulbücher, Lehr- und Lernmaterialien zur Verfügung zu stellen, assistive Technologien und Gebärdensprache zur Verfügung zu stellen sowie bewusstseinsfördernde Initiativen einzuleiten, um gegen Stigmatisierung und Diskriminierung, vor allem Mobbing, im Bildungsbereich vorzugehen.

70 Der Ausschuss fordert die Vertragsstaaten nachdrücklich auf, eine Umschichtung von Ressourcen anzustreben – von einer segregierenden zu einer inklusiven Umgebung. Die Vertragsstaaten sollten ein Finanzierungsmodell entwickeln, das Ressourcen und Anreize für ein inklusives Bildungsumfeld beinhaltet, um Menschen mit Behinderungen die erforderliche Unterstützung zukommen zu lassen. Die Festlegung des am besten geeigneten Ansatzes für die Finanzierung wird in nicht unerheblichem Ausmaß durch das vorhandene Bildungsumfeld und die Anforderungen potenzieller Lernender mit Behinderungen, die davon betroffen sind, bestimmt.

71 Ein schrittweiser Prozess der Fortbildung aller Lehrerkräften an Vor-, Grund-, Sekundar-, Hoch- und Berufsschulen muss eingeleitet werden, um ihnen die notwendigen Kernkompetenzen und Werte für die Arbeit in einem inklusiven Lernumfeld zu vermitteln. Es müssen hierfür Anpassungen berufsvorbereitender und berufsbegleitender Bildungsmaßnahmen sowie für kurz- und langfristige Kurse zur schnellstmöglichen Entwicklung entsprechender Kompetenzen erfolgen, um den Übergang in ein inklusives Bildungssystem zu ermöglichen. Alle Lehrkräfte müssen zielführende (Lern)Einheiten/Module zur Verfügung gestellt werden, um sie auf ihre Arbeit in einem inklusiven Umfeld vorzubereiten; außerdem müssen sie praktische experimentelle Lernerfahrungen machen, mit Hilfe derer sie ihre Fertigkeiten entwickeln und ihr Vertrauen in ihre Fähigkeit, Probleme zu lösen, die sich aus unterschiedlichsten Inklusionsherausforderungen ergeben, aufbauen können. Das Kerncurriculum des Lehramtsstudiums muss ein grundlegendes Verständnis für menschliche Vielfalt, Wachstum und Entwicklung, den Menschenrechtsansatz im Bereich Behinderungen und inklusiver Pädagogik vermitteln, einschließlich der Ermittlung der funktionalen Fähigkeiten der Lernenden (Stärken, Kompetenzen und Lerntypen), um zu sicherzustellen, dass Lernende mit Behinderungen an einem inklusiven Lernumfeld teilhaben. Die Ausbildung von Lehrkräften sollte auch Wissen vermitteln im Bereich der Verwendung von angemessenen Formen, Mitteln und Formaten der so genannten unterstützten Kommunikation, wie zum Beispiel Braille, Großdruck, zugängliche Multimedia-Produkte, leichte Sprache, leicht verständliche Sprache, Gebärdensprache und Gehörlosenkultur, Bildungstechniken und – materialien zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen. Darüber hinaus brauchen Lehrkräfte eine praktische Anleitung und Unterstützung im Bereich des personalisierten Unterrichtens, welches die Vermittlung der gleichen Inhalte durch variierende Unterrichtsmethoden unter Berücksichtigung verschiedener Lernstile und Fähigkeiten ermöglicht, sowie bei der Entwicklung und Nutzung individueller Lehrpläne, die besonderen Lernbedürfnissen gerecht werden, und bei der Einführung einer Pädagogik, bei der die Lernenden und ihre einzigartigen Fähigkeiten im Mittelpunkt stehen.

72 Inklusive Bildung erfordert ein Unterstützungs- und Ressourcensystem für Lehrkräfte in allen Bildungseinrichtungen auf allen Lernniveaus. Hierbei könnten auch Partnerschaften mit

benachbarten Bildungseinrichtungen, wie zum Beispiel Universitäten einbezogen werden, die Methoden auf der Grundlage der Zusammenarbeit fördern, wie zum Beispiel Unterricht durch ein Team von Lehrkräften, Lerngruppen, gemeinsame Beurteilungsverfahren der Schulleistungen, gegenseitige Unterstützung und Austausch unter Lehrkräften sowie Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft. Eltern und Pflegepersonen von Lernenden mit Behinderungen können gegebenenfalls als Partner bei der Erarbeitung und Umsetzung von Lernprogrammen mitwirken, hierunter auch von Lernplänen, die an einzelne Menschen mit Behinderungen angepasst werden. Sie können eine bedeutende Rolle bei der Beratung und Unterstützung von Lehrkräftenspielen, wenn es um die Unterstützung einzelner Lernender geht, aber das darf nie eine Voraussetzung für die Aufnahme an der Schule sein. Die Vertragsstaaten sollten alle potenziellen Unterstützungsquellen für Lehrkräften nutzen, einschließlich der Behindertenselbsthilfeorganisationen, der Eltern, der Menschen vor Ort und der Kinder selbst, die in Form von Peer Mentoring (gegenseitige Unterstützung), Partnerschaften und der Lösung von Problemen einen bedeutenden Beitrag leisten können. Ihre Einbeziehung stellt eine zusätzliche Ressource im Klassenzimmer dar und hilft auch dabei, Verbindungen mit den Gemeinschaften vor Ort aufzubauen, Barrieren abzubauen und sie für die Stärken und Erfordernisse der Lernenden ansprechbarer und empfänglicher zu machen.

73 Behörden auf allen Ebenen müssen über die Kapazitäten, den erklärten Willen und die Ressourcen verfügen, um die Gesetze, politischen Konzepte und Programme zur Förderung des Ziels der inklusiven Bildung umzusetzen. Die Vertragsstaaten müssen auch die Entwicklung und das Angebot von Fortbildungsmöglichkeiten gewährleisten, um alle betroffenen Behörden über ihre gesetzliche Verantwortung zu informieren und ihr Verständnis für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu erhöhen. Die für die Umsetzung einer inklusiven Bildungspolitik und inklusiver Praktiken erforderlichen Fähigkeiten, das Wissen und Verständnis, umfassen das Verstehen des Konzepts des Rechts auf inklusive Bildung und seine Ziele, Kenntnis der einschlägigen internationalen und innerstaatlichen gesetzlichen Regelungen und politischen Konzepte, die Entwicklung lokaler, inklusiver Bildungspläne, Zusammenarbeit und Partnerschaften, Unterstützung, Beratung und Aufsicht über lokale Bildungseinrichtungen, Monitoring und Evaluation.

74 Qualitativ hochwertige inklusive Bildung erfordert Beurteilungsmethoden und Methoden zur Beobachtung der Lernfortschritte, die die Barrieren für Lernende mit Behinderungen berücksichtigen. Herkömmliche Systeme der Beurteilung, bei denen mit standardisierten Leistungsmaßstäben als einzigem Gradmesser für den Erfolg sowohl von Lernenden als auch von Schulen gearbeitet wird, können zur Benachteiligung von Lernenden mit Behinderungen führen. Der Schwerpunkt sollte auf dem individuellen Fortschritt bei der Erreichung von breit gefassten Zielen liegen. Mit Hilfe geeigneter Unterrichtsmethoden, Unterstützungsmaßnahmen und Vorkehrungen können alle Lehrpläne an die Bedürfnisse aller Lernenden, einschließlich derjenigen mit Behinderungen, angepasst werden. Inklusive Beurteilungssysteme der Schulleistungen können durch ein System individualisierter Unterstützung gestärkt werden.

75 In Übereinstimmung mit Artikel 33 und zur Messung des Fortschritts hinsichtlich der vollständigen Verwirklichung des Rechts auf Bildung durch die Schaffung eines inklusiven Bildungssystems müssen die Vertragsstaaten Monitoring-Rahmen entwickeln, die Struktur-, Prozess- und Ergebnisindikatoren sowie konkrete Vergleichswerte und Ziele für jeden Indikator, in Einklang mit dem Ziel für nachhaltige Entwicklung 4, umfassen.[24] Mittels Selbsthilfeorganisationen sollten Menschen mit Behinderungen sowohl an der Festlegung der Indikatoren als auch an der Datensammlung und statistischen Arbeit beteiligt werden. Anhand der strukturellen Indikatoren sollten Barrieren für inklusive Bildung gemessen werden; sie sollen nicht lediglich darauf beschränkt werden, nach Beeinträchtigung aufgeschlüsselte Daten zu sammeln. Prozessindikatoren wie Änderungen bei der Zugänglichkeit der physischen Umgebung, Anpassungen der Lehrpläne oder die Ausbildung von Lehrkräften werden es ermöglichen, den

24 Büro desUN-Hochkommissariats für Menschenrechte *Human Rights Indicators: A guide to measurement and implementation* (New York and Geneva, 2012).

Transformationsprozess zu überwachen. Es müssen außerdem Ergebnisindikatoren eingeführt werden, wie zum Beispiel der prozentuale Anteil der Lernenden mit Behinderungen, die in einem inklusiven Lernumfeld den jeweiligen Abschluss erreichen, oder der prozentuale Anteil der Lernenden, die eine weiterführende Schule besuchen dürfen. Die Vertragsstaaten sollten auch erwägen, die Qualität der Bildungsangebote zu messen, zum Beispiel anhand der fünf Dimensionen, die die UNESCO zur weiteren Förderung dieses Ziels empfiehlt: Achtung der Rechte, Gleichbehandlung, Relevanz, Sachdienlichkeit, Effizienz und Effektivität. Die Überwachung von Fördermaßnahmen, wie Quoten oder Anreize, können auch in Betracht gezogen werden.

76 Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass in vielen Ländern die Zahl privater Bildungsangebote zunimmt. Die Vertragsstaaten müssen anerkennen, dass sich das Recht auf inklusive Bildung auf alle Bildungsangebote und nicht nur auf solche erstreckt, die der Staat selbst bereitstellt. Die Vertragsstaaten müssen Maßnahmen zum Schutz vor einer Verletzung der im Übereinkommen garantierten Rechte durch Dritte, einschließlich der Wirtschaft, ergreifen. Im Hinblick auf das Recht auf Bildung müssen solche Maßnahmen die Verpflichtung beinhalten, inklusive Bildungsangebote zu gewährleisten und gegebenenfalls gesetzgeberische Maßnahmen und Regeln, Monitoring, Aufsicht und Durchsetzung sowie die Verabschiedung politischer Konzepte umfassen, die einen Rahmen dafür schaffen, wie Wirtschaftsunternehmen die wirksame Ausübung der Rechte von Menschen mit gseinrichtungen und Unternehmen, sollten keine zusätzlichen Gebühren für Zugänglichkeit beziehungsweise angemessene Vorkehrungen verlangen.

3.3.3 Allgemeine Bemerkung Nr. 5 (englische Fassung)

Quelle: UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (27.10.2017): General Comment No. 5 on living independently and being included in the community. UN-Doc. CRPD/C/GC/5

General comment No. 5 (2017) on living independently and being included in the community

I. Introduction

1. Persons with disabilities have historically been denied their personal and individual choice and control across all areas of their lives. Many have been presumed to be unable to live independently in their self-chosen communities. Support is either unavailable or tied to particular living arrangements, and community infrastructure is not universally designed. Resources are invested in institutions instead of in developing possibilities for persons with disabilities to live independently in the community. This has led to abandonment, dependence on family, institutionalization, isolation and segregation.

2. Article 19 of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities recognizes the equal right of all persons with disabilities to live independently and be included in the community, with the freedom to choose and control their lives. The foundation of the article is the core human rights principle that all human beings are born equal in dignity and rights and all life is of equal worth.

3. Article 19 emphasizes that persons with disabilities are subjects of rights and are rights holders. The general principles of the Convention (art. 3), particularly respect for the individual's inherent dignity, autonomy and independence (art. 3 (a)) and the full and effective participation and inclusion in society (art. 3 (c)), are the foundation of the right to live independently and be included in the community. Other principles enshrined in the Convention are also essential to interpret and apply article 19.

4. Independent living and inclusive life in the community are ideas that historically stemmed from persons with disabilities asserting control over the way they want to live by creating empowering forms of support such as personal assistance and requesting that community facilities be in line with universal design principles.

5. In the preamble to the Convention, States parties recognize that many persons with disabilities live in poverty and stress the need to address the impact of poverty. The cost of social exclusion is high as it perpetuates dependency and thus interference with individual freedoms. Social exclusion also engenders stigma, segregation and discrimination, which can lead to violence, exploitation and abuse in addition to negative stereotypes that feed into a cycle of marginalization of persons with disabilities. Policies and concrete plans of action for social inclusion of persons with disabilities, including through the promotion of their right to independent living (art. 19), represent a cost-effective mechanism to ensure the enjoyment of rights, sustainable development and a reduction in poverty.

6. The present general comment aims at assisting States parties in their implementation of article 19 and fulfilling their obligations under the Convention. It concerns primarily the obligation to ensure every individual's enjoyment of the right to live independently and be included in the community, but it is also related to other provisions of the Convention. Article 19 is one of the widest ranging and most intersectional articles of the Convention and has to be considered as integral to the full implementation of the Convention.

7. Article 19 entails civil and political as well as economic, social and cultural rights and is an example of the interrelation, interdependence and indivisibility of all human rights. The right to live independently and be included in the community can only be realized if all economic, civil, social and cultural rights enshrined in this norm are fulfilled. International human rights law

imposes obligations which are of immediate effect and others which may be realized progressively.[1] Full realization also requires structural changes that may need to be taken in stages, whether civil and political or social, economic and cultural rights are at stake.

8. Article 19 reflects the diversity of cultural approaches to human living and ensures that its content is not biased towards certain cultural norms and values. Living independently and being included in the community is a basic concept of human living around the globe and is applied to the context of disability. It means exercising freedom of choice and control over decisions affecting one's life with the maximum level of self-determination and interdependence within society. This right must be effectively realized in different economic, social, cultural and political contexts. The right to live independently and be included in the community refers to all persons with disabilities, irrespective of race; colour; descent; sex; pregnancy and maternity; civil, family or carer situation; gender identity; sexual orientation; language; religion; political or other opinion; national, ethnic, indigenous or social origin; migrant, asylum-seeking or refugee status; belonging to a national minority, economic or property status; health status; genetic or other predisposition towards illness; birth and age, or any other, status.

9. The right contained in article 19 is deeply rooted within international human rights law. The Universal Declaration of Human Rights stresses in article 29 (1) the interdependence of an individual's personal development and the social aspect of being a part of the community: "Everyone has duties to the community in which alone the free and full development of his personality is possible." Article 19 has its roots in civil and political as well as economic, social and cultural rights: the right to liberty of movement and freedom to choose one's residence (article 12 of the International Covenant on Civil and Political Rights) and the right to an adequate standard of living, including adequate clothing, food and housing (article 11 of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights), and to basic communication rights form the basis for the right to live independently and be included in the community. Liberty of movement, an adequate standard of living as well as the ability to understand and have one's preferences, choices and decisions understood form indispensable conditions for human dignity and the free development of a person.[2]

10. The Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women emphasizes the equality of women and men and condemns discrimination against women in all its forms (art. 1). The Convention reaffirms the equality between women and men concerning legal matters, including legal capacity and opportunities to exercise that capacity (art. 15 (2)). It also requests States parties to recognize the same rights with regard to the law relating to the movement of persons and the freedom to choose their residence and domicile (art. 15 (4)).

11. Article 9 (1) of the Convention on the Rights of the Child requires States parties to "ensure that a child shall not be separated from his or her parents against their will, except when competent authorities subject to judicial review determine, in accordance with applicable law and procedures, that such separation is necessary for the best interest of the child". States parties to this Convention "shall render appropriate assistance to parents and legal guardians in the performance of their child-rearing responsibilities", as guaranteed by article 18 (2). In addition, article 20 (1) establishes that "[a] child temporarily or permanently deprived of his or her family environment, or in whose own best interests cannot be allowed to remain in that environment, shall be entitled to special protection and assistance provided by the State", and article 20 (2) that "States parties shall in accordance with their national laws ensure alternative care for such a child". Alternative care provided on the grounds of disability would be discriminatory.

---

1 See Committee on Economic, Social and Cultural Rights, general comment No. 3 (1990) on the nature of States parties' obligations 3, paras. 1-2.

2 See Universal Declaration of Human Rights, art. 22; Human Rights Committee, general comment No. 27 (1997) on freedom of movement, para. 1; Committee on Economic, Social and Cultural Rights, general comment No. 4 (1991) on adequate housing, para. 7.

12. Article 23 (1) further establishes that all children with disabilities should enjoy a life in dignity in conditions which ensure self-reliance and facilitate active participation in the community. The Committee on the Rights of the Child has expressed its concern at the high number of children with disabilities placed in institutions and urged States parties, through deinstitutionalization programmes, to support their ability to live in their family, extended family or foster care.[3]

13. Equality and non-discrimination are fundamental principles of international human rights law and enshrined in all core human rights instruments. In its general comment No. 5 (1994) on persons with disabilities, the Committee on Economic, Social and Cultural Rights highlights that "segregation and isolation achieved through the imposition of social barriers" count as discrimination. It also stresses in relation to article 11 that the right to an adequate standard of living not only includes having equal access to adequate food, accessible housing and other basic material requirements, but also the availability of support services and assistive devices and technologies fully respecting the human rights of persons with disabilities.

14. Article 19 and the content of the present general comment must also guide and support the implementation of the New Urban Agenda adopted by the United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development (Habitat III) as an integral part of 2030 Agenda for Sustainable Development and the Sustainable Development Goals. The New Urban Agenda advocates a vision of cities and human settlements where all persons can enjoy equal rights and opportunities by promoting inclusive, just, safe, healthy, accessible, affordable, resilient and sustainable cities and human settlements. In connection with article 19 of the Convention, Sustainable Development Goal target 10.2, empowerment and promotion of social, economic and political inclusion for all, and target 11.1, ensuring access to adequate, safe and affordable housing and affordable services for all, are of special importance.

15. The Committee on the Rights of Persons with Disabilities has noted advancements in implementing article 19 in the last decade. However, the Committee observes a gap between the goals and spirit of article 19 and the scope of its implementation. Some of the remaining barriers are the following:
(a) Denial of legal capacity, either through formal laws and practices or de facto by substitute decision-making about living arrangements;
(b) Inadequacy of social support and protection schemes for ensuring living independently within the community;
(c) Inadequacy of legal frameworks and budget allocations aimed at providing personal assistance and individualized support;
(d) Physical and regulatory institutionalization, including of children and forced treatment in all its forms;
(e) Lack of deinstitutionalization strategies and plans and continued investments in institutional care settings;
(f) Negative attitudes, stigma and stereotypes preventing persons with disabilities from being included in the community and accessing available assistance;
(g) Misconceptions about the right to living independently within the community;
(h) Lack of available, acceptable, affordable, accessible and adaptable services and facilities, such as transport, health care, schools, public spaces, housing, theatres, cinemas, goods and services and public buildings;
(i) Lack of adequate monitoring mechanisms for ensuring the appropriate implementation of article 19, including the participation of representative organizations of persons with disabilities;
(j) Insufficient mainstreaming of disability in general budget allocations;
(k) Inappropriate decentralization, resulting in disparities between local authorities and unequal chances of living independently within the community in a State party.

---

3 See Committee on the Rights of the Child, general comment No. 9 (2006) on the rights of children with disabilities, para. 47.

II. Normative content of article 19

A. Definitions

16. In the present general comment the following definitions apply:

(a) **Independent living**. Independent living/living independently means that individuals with disabilities are provided with all necessary means to enable them to exercise choice and control over their lives and make all decisions concerning their lives. Personal autonomy and self-determination are fundamental to independent living, including access to transport, information, communication and personal assistance, place of residence, daily routine, habits, decent employment, personal relationships, clothing, nutrition, hygiene and health care, religious activities, cultural activities and sexual and reproductive rights. These activities are linked to the development of a person's identity and personality: where we live and with whom, what we eat, whether we like to sleep in or go to bed late at night, be inside or outdoors, have a tablecloth and candles on the table, have pets or listen to music. Such actions and decisions constitute who we are. Independent living is an essential part of the individual's autonomy and freedom and does not necessarily mean living alone. It should also not be interpreted solely as the ability to carry out daily activities by oneself. Rather, it should be regarded as the freedom to choose and control, in line with the respect for inherent dignity and individual autonomy as enshrined in article 3 (a) of the Convention. Independence as a form of personal autonomy means that the person with disability is not deprived of the opportunity of choice and control regarding personal lifestyle and daily activities;

(b) **Being included in the community**. The right to be included in the community relates to the principle of full and effective inclusion and participation in society as enshrined in, among others, article 3 (c) of the Convention. It includes living a full social life and having access to all services offered to the public and to support services offered to persons with disabilities to enable them to be fully included and participate in all spheres of social life. These services can relate, among others, to housing, transport, shopping, education, employment, recreational activities and all other facilities and services offered to the public, including social media. The right also includes having access to all measures and events of political and cultural life in the community, among others, public meetings, sports events, cultural and religious festivals and any other activity in which the person with disability wishes to participate;

(c) **Independent living arrangements**. Both independent living and being included in the community refer to life settings outside residential institutions of all kinds. It is not "just" about living in a particular building or setting; it is, first and foremost, about not losing personal choice and autonomy as a result of the imposition of certain life and living arrangements. Neither large-scale institutions with more than a hundred residents nor smaller group homes with five to eight individuals, nor even individual homes can be called independent living arrangements if they have other defining elements of institutions or institutionalization. Although institutionalized settings can differ in size, name and set-up, there are certain defining elements, such as obligatory sharing of assistants with others and no or limited influence over whom one has to accept assistance from; isolation and segregation from independent life within the community; lack of control over day-to-day decisions; lack of choice over whom to live with; rigidity of routine irrespective of personal will and preferences; identical activities in the same place for a group of persons under a certain authority; a paternalistic approach in service provision; supervision of living arrangements; and usually also a disproportion in the number of persons with disabilities living in the same environment. Institutional settings may offer persons with disabilities a certain degree of choice and control; however, these choices are limited to specific areas of life and do not change the segregating character of institutions. Policies of deinstitutionalization therefore require implementation of structural reforms which go beyond the closure of institutional settings. Large or small group homes are especially dangerous for children, for whom there is no substitute for the need to grow up with a family. "Family-like" institutions are still institutions and are no substitute for care by a family;

(d) **Personal assistance**. Personal assistance refers to person-directed/"user"-led human support available to a person with disability and is a tool for independent living. Although modes of personal assistance may vary, there are certain elements which distinguish it from other types of personal assistance, namely:

(i) Funding for personal assistance must be provided on the basis of personalized criteria and take into account human rights standards for decent employment. The funding is to be controlled by and allocated to the person with disability with the purpose of paying for any assistance

required. It is based on an individual needs assessment and upon the individual life circumstances. Individualized services must not result in a reduced budget and/or higher personal payment;
(ii) The service must be controlled by the person with disability, meaning that he or she can either contract the service from a variety of providers or act as an employer. Persons with disabilities have the option to custom design their own service, i.e., design the service and decide by whom, how, when, where and in what way the service is delivered and to instruct and direct service providers;
(iii) Personal assistance is a one-to-one relationship. Personal assistants must be recruited, trained and supervised by the person granted personal assistance. Personal assistants should not be "shared" without the full and free consent of the person granted personal assistance. Sharing of personal assistants will potentially limit and hinder the self-determined and spontaneous participation in the community;
(iv) Self-management of service delivery. Persons with disabilities who require personal assistance can freely choose their degree of personal control over service delivery according to their life circumstances and preferences. Even if the responsibilities of "the employer" are contracted out, the person with disability always remains at the centre of the decisions concerning the assistance, the one to whom any inquiries must be directed and whose individual preferences must be respected. The control of personal assistance can be exercised through supported decision-making.

17. Providers of support service often wrongly describe their service using the terms "independent" or "community living" as well as "personal assistance", though in practice such services do not fulfil the requirements posed by article 19. Mandatory "package solutions" which, among other things, link the availability of one particular service to another, expect two or more persons to live together or can only be provided within special living arrangements are not in line with article 19. The concept of personal assistance wherein the person with disabilities does not have full self-determination and self-control are to be considered not compliant with article 19. Persons with complex communication requirements, including those who use informal means of communication (i.e., communication via non-representational means, including facial expression, body position and vocalization) must be provided with appropriate supports enabling them to develop and convey their directions, decisions, choices and/or preferences and have them acknowledged and respected.

B. Article 19, chapeau

18. Article 19 reaffirms non-discrimination and recognition of the equal right of persons with disabilities to live independently in the community. In order for the right to live independently, with choices equal to others, and be included in the community to be realized, States parties must take effective and appropriate measures to facilitate the full enjoyment of the right and the full inclusion and participation of persons with disabilities in the community.

19. The article covers two concepts, which are only clearly mentioned in its heading: the right to independent living and the right to be included in the community. Whereas the right to independent living refers to an individual dimension, as a right to emancipate oneself without being denied access and opportunities, the right to be included in the community entails a social dimension, i.e., the positive right to develop inclusive environments. The right as enshrined in article 19 covers both concepts.

20. Article 19 explicitly refers to all persons with disabilities. Neither the full or partial deprivation of any "degree" of legal capacity nor the level of support required may be invoked to deny or limit the right to independence and independent living in the community to persons with disabilities.

21. When persons with disabilities are assessed as requiring a high level of personal service, States parties often consider institutions as the only solution, especially when personal services are considered to be "too costly" or the person with disabilities is considered to be "unable" to live outside an institutional setting. Persons with intellectual disabilities, especially those with complex communication requirements, among others, are often assessed as being unable to live outside institutional settings. Such reasoning is contrary to article 19, which extends the right to

live independently and be included in the community to all persons with disabilities, regardless of their level of intellectual capacity, self-functioning or support requirements.

22. All persons with disabilities should be free to choose to be active and belong to cultures of their own choice, and they must have the same degree of choice and control over their lives as other members of the community. Independent living is not compatible with the promotion of a "predefined" individual lifestyle. Young persons with disabilities should not be forced to live in settings designed for elderly persons with disabilities and vice versa.

23. Persons with disabilities of all genders are rights holders and enjoy equal protection under article 19. All appropriate measures should be taken to ensure the full development, advancement and empowerment of women. Lesbian, gay, bisexual, transgender, queer and intersex persons with disabilities must enjoy equal protection under article 19 and therefore respect for their personal relationships. Furthermore, the right to live independently and be included in the community encompasses the protection of persons with disabilities belonging to any age group, ethnic group, scheduled caste or linguistic and/or religious minority, as well as migrant, asylum seeking and refugee persons.

C. Article 19 (a)

24. To choose and decide how, where and with whom to live is the central idea of the right to live independently and be included in the community. Individual choice, therefore, is not limited to the place of residence but includes all aspects of a person's living arrangements: the daily schedule and routine as well as the way of life and lifestyle of a person, covering the private and public spheres, every day and in the long term.

25. Often, persons with disabilities cannot exercise choice because there is a lack of options to choose from. This is the case, for instance, where informal support by the family is the only option, where support is unavailable outside of institutions, where housing is inaccessible or support is not provided in the community, and where support is provided only within specified forms of residence such as group homes or institutions.

26. Further, persons with disabilities might not be allowed to exercise their individual choice owing to the lack of accessible information regarding the range of choices available and/or to legal restrictions deriving from guardianship laws and similar legal norms or decisions which do not allow persons with disabilities to exercise their legal capacity. Even if no formal laws are in place, other persons, such as families, caregivers or local authorities, sometimes exercise control and restrict an individual's choices by acting as substitute decision makers.

27. Legal personality and legal agency are the bases for the realization of independent living within the community for persons with disabilities. Article 19 is, therefore, linked to the recognition and exercise of legal personality and legal capacity as enshrined in article 12 of the Convention and further explained in the Committee's general comment No. 1 (2014) on equal recognition before the law. Further, it is linked to the absolute prohibition of detention on the basis of disability as enshrined in article 14 and elaborated in the respective guidelines.[4]

D. Article 19 (b)

28. Individualized support services must be considered a right rather than a form of medical, social or charity care. For many persons with disabilities, access to a range of individualized support services is a precondition for independent living within the community. Persons with disabilities have the right to choose services and service providers according to their individual requirements and personal preferences, and individualized support should be flexible enough to adapt to the requirements of the "users" and not the other way around. This places an obligation on States parties to ensure that there are sufficient numbers of qualified specialists

4 Guidelines on the right to liberty and security of persons with disabilities (A/72/55, annex).

able to identify practical solutions to the barriers to living independently within the community in accordance with the requirements and preferences of the individual.

29. Subparagraph (b) specifies various individualized services which fall within the category of support services. They are not restricted to services inside the home, but must also be able to be extended to the spheres of employment, education and political and cultural participation; empowering parenthood and the ability to reach family relatives and others; participation in political and cultural life; one's leisure interests and activities; and travel as well as recreation.

30. While individualized support services may vary in name, type or kind according to the cultural, economic and geographic specifics of the State party, all support services must be designed to support living within the community, preventing isolation and segregation from others, and must in actuality be suitable for this purpose. It is important that the aim of these support services be the realization of full inclusion within the community. Therefore, any institutional form of support services which segregates and limits personal autonomy is not permitted by article 19 (b).

31. It is also relevant to keep in mind that all support services have to be designed and delivered in a mode which supports the overall purpose of the norm: full, individualized, self-chosen and effective inclusion and participation, and living independently.

E. Article 19 (c)

32. Services and facilities mentioned in this section of the article are non-disability-specific support services and facilities for the general population in the community. They cover a wide range of services, such as housing, public libraries, hospitals, schools, transport, shops, markets, museums, the Internet, social media and similar facilities and services. These must be available, universally accessible, acceptable and adaptable for all persons with disabilities within the community.

33. Accessibility of community facilities, goods and services, as well as the exercise of the right to inclusive, accessible employment, education and health care are essential conditions for the inclusion and participation of persons with disabilities in the community. Various deinstitutionalization programmes have shown that the closure of institutions, regardless of their size and the relocation of inhabitants in the community, in itself is not enough. Such reforms must be accompanied by comprehensive service and community development programmes, including awareness programmes. Structural reforms designed to improve overall accessibility within the community may reduce the demand for disability-specific services.

34. In terms of material scope, article 19 covers access to safe and adequate housing, individual services and community facilities and services. Access to housing means having the option to live in the community on an equal basis with others. Article 19 is not properly implemented if housing is only provided in specifically designed areas and arranged in a way that persons with disabilities have to live in the same building, complex or neighbourhood. Accessible housing providing accommodation to persons with disabilities, whether they live alone or as a part of a family, must be available in sufficient number, within all areas of the community, to provide the right of persons with disabilities to choose and the possibility to do so. To this end, barrier-free new residential construction and the barrier-free retrofitting of existing residential structures are required. In addition, housing must be affordable to persons with disabilities.

35. Support services must be available within safe physical and geographical reach to all persons with disabilities living in urban or rural areas. They have to be affordable, taking into account persons living on low incomes. They also need to be acceptable, which means that they must respect standard levels of quality and be gender, age and culturally sensitive.

36. Individualized support services which do not allow for personal choice and self-control are not providing for living independently within the community. Support services provided as combined residential and support service (delivered as a combined "package") are often offered to persons with disabilities on the premise of cost efficiency. However, while this premise

itself can be rebutted in terms of economics, aspects of cost efficiency must not override the core of the human right at stake. Persons with disabilities should not be required by rule to share personal assistance and assistants; this should only be done with their full and free consent. The possibility to choose is one of the three key elements of the right to live independently within the community.

37. The right to equal support services corresponds with the duty to ensure the participation and involvement of persons with disabilities in processes related to facilities and services in the community, ensuring that they are responsive to specific requirements, are gender and age sensitive, and that they are available to allow for the spontaneous participation of persons with disabilities within the community. For children, the core of the right to live independently and be included in the community entails a right to grow up in a family.

F. Core elements

38. The Committee finds it important to identify core elements of article 19 in order to ensure that the realization of a standardized minimum support level sufficient to allow the exercise of the right to live independently and be included in the community is carried out by every State party. States parties should ensure that the core elements of article 19 are always respected, particularly in times of financial or economic crisis. These core elements are:
(a) To ensure the right to legal capacity, in line with the Committee's general comment No. 1, to decide where, with whom and how to live for all persons with disabilities, irrespective of impairment;
(b) To ensure non-discrimination in accessing housing, including the elements of both income and accessibility, and adopting mandatory building regulations that permit new and renovated housing to become accessible;
(c) To develop a concrete action plan for independent living for persons with disabilities within the community, including taking steps towards facilitating formal supports for independent living within the community so that informal support by, for example, families is not the only option;
(d) To develop, implement, monitor and sanction non-compliance with legislation, plans and guidance on accessibility requirements for basic mainstream services to achieve societal equality, including participation by persons with disabilities within social media, and secure adequate competence in information and communications technologies to ensure that such technologies are developed, including on the basis of universal design, and protected;
(e) To develop a concrete action plan and take steps towards developing and implementing basic, personalized, non-shared and rights-based disability-specific support services and other forms of services;
(f) To ensure non-retrogression in achieving the content of article 19 unless any such measures have been duly justified and are in accordance with international law;
(g) To collect consistent quantitative and qualitative data on people with disabilities, including those still living in institutions;
(h) To use any available funding, including regional funding and funding for development cooperation, to develop inclusive and accessible independent living services.

III. Obligations of States parties

39. The obligations of States parties must reflect the nature of human rights as either absolute and immediately applicable (civil and political rights) or progressively applicable (economic, social and cultural rights). Article 19 (a), the right to choose one's residence and where, how and with whom to live, is immediately applicable as it is a civil and political right. Article 19 (b), the right to access individualized, assessed support services, is an economic, social and cultural right. Article 19 (c), the right to access service facilities, is an economic, social and cultural right, as many mainstream services, such as accessible information and communications technologies, websites, social media, cinemas, public parks, theatres and sports facilities, serve both social and cultural purposes. Progressive realization entails the immediate obligation to design and adopt concrete strategies, plans of action and resources to develop support services as well as making existing, as well as new, general services inclusive for persons with disabilities.

40. The obligation to respect does not only have a negative aspect; its positive aspect requires States parties to take all necessary measures to ensure that no rights enshrined in article 19 are violated by the State or by private entities.

41. In order to achieve the progressive realization of economic, social and cultural rights, States parties must take steps to the maximum of their available resources.[5] These steps must be taken immediately or within a reasonably short period of time. Such steps should be deliberate, concrete, targeted and use all appropriate means.[6] The systematic realization of the right to independent living in the community requires structural changes. In particular, this applies to deinstitutionalization in all its forms.

42. States parties have the immediate obligation to enter into strategic planning, with adequate time frames and resourcing, in close and respectful consultation with representative organizations of persons with disabilities, to replace any institutionalized settings with independent living support services. The margin of appreciation of States parties is related to the programmatic implementation, but not to the question of replacement. States parties should develop transitional plans in direct consultation with persons with disabilities, through their representative organizations, in order to ensure full inclusion of persons with disabilities in the community.

43. When a State party seeks to introduce retrogressive measures with respect to article 19, for example, in response to an economic or financial crisis, the State is obliged to demonstrate that such measures are temporary, necessary and non-discriminatory and that they respect its core obligations.[7]

44. The duty of progressive realization also entails a presumption against retrogressive measures in the enjoyment of economic, social and cultural rights. Such measures deprive people with disabilities of the full enjoyment of the right to live independently and be included in the community. As a matter of consequence, retrogressive measures constitute a violation of article 19.

45. States parties are prohibited from taking retrogressive measures with respect to the minimum core obligations of the right to live independently within the community as listed in the present general comment.

46. States parties are under an immediate obligation to eliminate discrimination against individuals or groups of persons with disabilities and to guarantee their equal right to living independently and participation in the community. This requires States parties to repeal or reform policies, laws and practices that prevent persons with disabilities from, for example, choosing their place of residence, securing affordable and accessible housing, renting accommodation or accessing such general mainstream facilities and services as their independence would require. The duty to provide reasonable accommodation (art. 5 (3)) is also not subject to progressive realization.

A. Obligation to respect

47. The obligation to respect requires States parties to refrain from directly or indirectly interfering with or in any way limiting the individual exercise of the right to live independently and be included in the community. States parties should not limit or deny anyone's access to living independently in the community, including through laws which directly or indirectly restrict the

---

5 See article 2 (1) of the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights and article 4 (2) of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities.

6 See Committee on Economic, Social and Cultural Rights, general comment No. 3, para. 2.

7 Letter dated 16 May 2012 addressed by the Chairperson of the Committee on Economic, Social and Cultural Rights to States parties to the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, available from http://tbinternet.ohchr.org/_layouts/treatybodyexternal/Download.aspx?symbolno=INT%2fCESCR%2fSUS%2f6395&Lang=en.

options of persons with disabilities to choose their place of residence or where, how and with whom to live, or their autonomy. States parties should reform laws that impede the exercise of the rights enshrined in article 19.

48. The obligation also requires States parties to repeal and refrain from enacting laws, policies and structures that maintain and create barriers in access to support services as well as to general facilities and services. It also entails the obligation to release all individuals who are confined against their will in mental health services or other disability-specific forms of deprivation of liberty. It further includes the prohibition of all forms of guardianship and the obligation to replace substituted decision-making regimes with supported decision-making alternatives.

49. To respect the rights of persons with disabilities under article 19 means that States parties need to phase out institutionalization. No new institutions may be built by States parties, nor may old institutions be renovated beyond the most urgent measures necessary to safeguard residents' physical safety. Institutions should not be extended, new residents should not enter when others leave and "satellite" living arrangements that branch out from institutions, i.e., those that have the appearance of individual living (apartments or single homes) but revolve around institutions, should not be established.

B. Obligation to protect

50. The obligation to protect requires States parties to take measures to prevent family members and third parties from directly or indirectly interfering with the enjoyment of the right to live independently within the community. The duty to protect requires States parties to put in place and implement laws and policies prohibiting conduct by family members and third parties, service providers, landowners or providers of general services which undermines the full enjoyment of the right to be included and live independently within the community.

51. States parties should ensure that public or private funds are not spent on maintaining, renovating, establishing building or creating any form of institution or institutionalization. Furthermore, States parties must ensure that private institutions are not established under the guise of "community living".

52. Support should always be based on individual requirements, not on the interests of the service provider. States parties should establish mechanisms for monitoring service providers, adopt measures which protect persons with disabilities from being hidden in the family or isolated in institutions and children from being abandoned or institutionalized on the grounds of disability, and establish appropriate mechanisms to detect situations of violence against persons with disabilities by third parties. States parties should also prohibit directors and/or managers of residential institutions from becoming guardians of residents.

53. The duty to protect also includes the prohibition of discriminatory practices such as the exclusion of individuals or groups from the provision of certain services. States parties should prohibit and prevent third parties from imposing practical or procedural barriers to living independently and being included in the community, for example by ensuring that services provided are in line with living independently in the community and that persons with disabilities are not denied the possibility to rent or are not disadvantaged in the housing market. General community services open to the public such as libraries, swimming pools, public parks/spaces, shops, post offices and cinemas must be accessible and responsive to the requirements of persons with disabilities, as enshrined in the Committee's general comment No. 2 (2014) on accessibility.

C. Obligation to fulfil

54. The obligation to fulfil requires States to promote, facilitate and provide appropriate legislative, administrative, budgetary, judicial, programmatic, promotional and other measures to ensure the full realization of the right to live independently and be included in the community as enshrined in the Convention. The obligation to fulfil also requires States parties to take measures to eradicate practical barriers to the full realization of the right to live independently and be included in the community, such as inaccessible housing, limited access to disability

support services, inaccessible facilities, goods and services in the community and prejudices against persons with disabilities.

55. States parties should empower family members to support the family members with disabilities to realize their right to live independently and be included in the community.

56. While implementing legislation, policies and programmes, States parties must closely consult and actively involve a diverse range of persons with disabilities through their representative organizations in all aspects concerning living independently in the community, in particular, when developing support services and investing resources in support services within the community.

57. States parties must adopt a strategy and a concrete plan of action for deinstitutionalization. It should include the duty to implement structural reforms, to improve accessibility for persons with disabilities within the community and to raise awareness among all persons in society about inclusion of persons with disabilities within the community.

58. Deinstitutionalization also requires a systemic transformation, which includes the closure of institutions and the elimination of institutionalizing regulations as part of a comprehensive strategy, along with the establishment of a range of individualized support services, including individualized plans for transition with budgets and time frames as well as inclusive support services. Therefore, a coordinated, cross-government approach which ensures reforms, budgets and appropriate changes of attitude at all levels and sectors of government, including local authorities, is required.

59. Programmes and entitlements to support living independently in the community must cover disability-related costs. Furthermore, ensuring the availability of a sufficient number of accessible and affordable housing units is crucial for deinstitutionalization, including housing for families. It is also important that access to housing not be made conditional upon requirements that reduce the autonomy and independence of persons with disabilities. Buildings and spaces open to the public and all forms of transport must be designed in a way that accommodates the requirements of all persons with disabilities. States parties must take deliberate and immediate steps to reallocate funding towards realizing the right of persons with disabilities to living independently in the community.

60. Disability support services must be available, accessible, affordable, acceptable and adaptable to all persons with disabilities and be sensitive to different living conditions, such as individual or family income, and individual circumstances, such as sex, age, national or ethnic origin and linguistic, religious, sexual and/or gender identity. The human rights model of disability does not allow the exclusion of persons with disabilities for any reason, including the kind and amount of support services required. Support services, including personal assistance, should not be shared with others unless it is based on a decision based on free and informed consent.

61. States parties shall incorporate the following elements into the eligibility criteria for access to assistance: the assessment should be based on a human rights approach to disability; focus on the requirements of the person that exist because of barriers within society rather than the impairment; take into account, and follow, a person's will and preferences; and ensure the full involvement of persons with disabilities in the decision-making process.

62. Cash transfers such as disability allowances represent one of the forms in which States parties provide support for persons with disabilities in line with articles 19 and 28 of the Convention. Such cash transfers often acknowledge disability-related expenses and facilitate the full inclusion of persons with disabilities in the community. Cash transfers also tackle situations of poverty and extreme poverty that persons with disabilities may face. States parties must not add to the hardship faced by persons with disabilities by reducing their income in times of economic or financial crisis or through austerity measures that are inconsistent with human rights standards set out in paragraph 38 above.

63. Support for persons with disabilities should be assessed using a personalized approach and tailored to the specific activities and actual barriers to inclusion in the community that persons with disabilities face. The assessment should acknowledge that persons with disabilities require access to participate in activities that varies over time. States parties should ensure that personalization of support, including cash transfers/personal budgets, take into account and address the challenges that persons with disabilities face when living in rural and/or urban areas.

64. States parties should provide and disseminate timely, up-to-date and accurate information essential for informed decision-making on choices of independent living and support services in the community. This should be in accessible formats, including Braille, sign language, tactile and Easy Read formats and alternative and augmentative modes of communication.

65. States should ensure that personnel working or about to work in disability-related services, including service personnel, decision makers and civil servants monitoring services for persons with disabilities, are adequately trained on independent living within the community, in theory and practice. States should also establish criteria, in line with article 19, concerning entities applying for permission to deliver social support for persons with disabilities to live in the community and assess how they perform their duties. States parties should also ensure that international cooperation in accordance with article 32 of the Convention and the investments and projects undertaken thereby do not contribute to the perpetuation of barriers to independent living within the community but rather eradicate barriers and support the implementation of the right to live independently and be included in the community. After situations of disaster, it is important not to rebuild barriers, as an element of implementing article 11 of the Convention.

66. States parties must ensure access to justice and provide legal aid and appropriate legal advice, remedies and support, including through reasonable and procedural accommodation, for persons with disabilities who seek to enforce their right to living independently in the community.

67. States parties should provide adequate support services to family carers so they can in turn support their child or relative to live independently in the community. This support should include respite care services, childcare services and other supportive parenting services. Financial support is also crucial for family carers, who often live in situations of extreme poverty without the possibility of accessing the labour market. States parties should also provide social support to families and foster the development of counselling services, circles of support and other adequate support options.

68. States parties must regularly conduct surveys and other forms of analysis providing data on the physical, communication, environmental, infrastructural and attitudinal barriers experienced by persons with disabilities and the requirements for implementing living independently in the community.

IV. Relationship with other provisions of the Convention

69. The right to live independently and be included in the community is interrelated with the enjoyment of other human rights provided for in the Convention. At the same time, it is more than the sum of those rights as it affirms that all rights should be exercised and enjoyed in the community where a person chooses to live and in which alone the free and full development of one's personality can be fulfilled.

70. Consultations with and the active involvement of persons with disabilities, through their representative organizations (art. 4 (3)), is critical for the adoption of all plans and strategies as well as for follow-up and monitoring when implementing the right to independent living in the community. Decision makers at all levels must actively involve and consult the full range of persons with disabilities including organizations of women with disabilities, older persons with disabilities, children with disabilities, persons with psychosocial disabilities and persons with intellectual disabilities.

71. Non-discrimination (art. 5), in terms of living independently and being included in the community, is important in regard to accessing and receiving support services. States parties should define eligibility criteria and procedures for accessing support services in a non-discriminatory way, objectively and focused on the requirements of the person rather than on the impairment, following a human rights-compliant approach. The establishment of specific services for persons with disabilities in the particular circumstances of the persons with disabilities and in accordance with their requirements, such as services for children, students, employees and older persons with disabilities, should not be considered as a discriminatory violation of the Convention, but rather as a just and legally available affirmative action. Persons with disabilities who face discrimination in relation to article 19 must have effective and affordable legal remedies at their disposal.

72. Often, women and girls with disabilities (art. 6) are more excluded and isolated, and face more restrictions regarding their place of residence as well as their living arrangements owing to paternalistic stereotyping and patriarchal social patterns that discriminate against women in society. Women and girls with disabilities also experience gender-based, multiple and intersectional discrimination, greater risk of institutionalization and violence, including sexual violence, abuse and harassment.[8] States parties must provide affordable, or free, legal remedy and support services for victims of violence and abuse. Women with disabilities who face domestic violence are frequently more economically, physically or emotionally dependent on their abusers, who often act as caregivers, a situation that prevents women with disabilities from leaving abusive relationships and leads to further social isolation. Therefore, when implementing the right to live independently and be included in the community, particular attention should be paid to gender equality, the elimination of gender-based discrimination and patriarchal social patterns.

73. Cultural norms and values may adversely restrict the choices and control of women and girls with disabilities over their living arrangements, limit their autonomy, oblige them to live in particular living arrangements, require them to suppress their own requirements and instead serve those of others and take certain roles within the family.[9] States parties should take measures to tackle discrimination and barriers against women in accessing social services and support, as well as ensure that various policies, programmes and strategies concerning access to social services and support take due consideration of the equality between women and men.

74. States parties should also ensure that measures aimed at development, empowerment and advancement of women and girls with disabilities (art. 6 (2)) address gender-based inequalities in accessing support and social protection. States parties should adopt adequate measures to encourage work-life balance (resources, time, services) that support women with disabilities in (re-)entering the open labour market and ensure equal rights and responsibilities between women and men for the exercise of parental responsibilities.[10] It is also the responsibility of States parties to ensure that shelters for victims of gender-based violence are fully accessible to women and girls with disabilities.

75. The existence of adequate and age-sensitive support services for girls and boys with disabilities is of vital importance for the equal enjoyment of their human rights (art. 7). Respecting the evolving capacities of children with disabilities and supporting them in having a say in choices that have an impact on them is critical. It is also important to provide support, information and guidance to families (art. 23) to prevent institutionalization of children with disabilities and to have inclusive policies on adoption to ensure equal opportunities to children with disabilities.

---

8 See Committee on the Rights of Persons with Disabilities, general comment No. 3 (2016) on women and girls with disabilities.

9 Ibid., paras. 8, 18, 29 and 55.

10 See Committee on the Elimination of Discrimination against Women, general recommendation No. 21 (1994) on equality in marriage and family relations.

76. When it comes to social interactions and relationships with peers, teenagers may prefer personal assistance or professional sign language interpreters to informal support provided by relatives. States parties should establish innovative forms of support and accessible services for children and adolescents with disabilities through personal contact or through their organizations. Children with disabilities may require support to practise sports or activities in the community with other children their age. Adolescents with disabilities should be enabled to spend time and take part in leisure activities with their peers. States parties must provide assistive devices and technologies that can facilitate the inclusion of adolescents with disabilities in their peer networks. Further, services that facilitate the transition of young people to adulthood, including support with moving out of the family home, starting employment and continuing into higher education, are crucial in supporting independent living.

77. Awareness-raising (art. 8) is essential to create open, enabling and inclusive communities, as article 19 is ultimately about transforming communities. Stereotypes, ableism and misconceptions that prevent persons with disabilities from living independently must be eradicated and a positive image of them and their contributions to society must be promoted. Awareness-raising should be provided for authorities, civil servants, professionals, the media, the general public and persons with disabilities and their families. All awareness-raising activities should be carried out in close cooperation with persons with disabilities through their representative organizations.

78. The rights provided for in article 19 are tied to the obligations of the States parties relating to accessibility (art. 9) because the general accessibility of the whole built environment, transport, information, and communication and related facilities and services open to the public in a community is a precondition for living independently in the community. Article 9 requires the identification and elimination of barriers in buildings open to the public, such as the revision of building and urban planning codes, the inclusion of standards of universal design in a variety of sectors and the establishment of accessibility standards for housing.

79. States parties must take into account in advance the obligation to provide support services to persons with disabilities in all disaster risk management activities (art. 11) and make sure that they are not left behind or forgotten. It is also important that barriers are not rebuilt after situations of armed conflict, humanitarian emergencies or the occurrence of a natural disaster. Reconstruction processes must ensure full accessibility for the independent life in the community of persons with disabilities.

80. Equal recognition before the law (art. 12) ensures that all persons with disabilities have the right to exercise their full legal capacity and therefore have the equal right to exercise choice and control over their own lives by choosing where, with whom and how they want to live and to receive support in accordance with their will and preferences. To fully realize the transition to supported decision-making and implement the rights enshrined in article 12, it is imperative that persons with disabilities have the opportunity to develop and express their wishes and preferences in order to exercise their legal capacity on an equal basis with others. To achieve this, they have to be a part of the community. Furthermore, support in the exercise of legal capacity should be provided using a community-based approach which respects the wishes and preferences of individuals with disabilities.

81. Access to justice as enshrined in article 13 is fundamental to ensure full enjoyment of the right to live independently in the community. States parties must ensure that all persons with disabilities have legal capacity and standing in courts. States parties must furthermore ensure that all decisions concerning living independently in the community can be appealed. Support to enable living independently in the community shall be enforceable as a right and an entitlement. To ensure equal and effective access to justice, substantial rights to legal aid, support and procedural and age-appropriate accommodations are essential.

82. Involuntary institutionalization on the grounds of impairment or associated circumstances such as presumed “dangerousness” or other factors as elaborated by the Committee in its guidelines on article 14 is often caused or increased by a lack of disability-specific support services. Implementing article 19 thus will ultimately prevent violation of article 14.

83. It is of paramount significance to ensure that support services leave no space for potential abuse or exploitation of persons with disabilities or any violence against them (art. 16). Disability-, gender- and age-sensitive monitoring, legal remedies and relief must be available for all persons with disabilities who use services prescribed in article 19 and who may face abuse, violence and exploitation. Since institutions tend to isolate those who reside within them from the rest of the community, institutionalized women and girls with disabilities are further susceptible to gender-based violence, including forced sterilization, sexual and physical abuse, emotional abuse and further isolation. They also face increased barriers to reporting such violence. It is imperative that States include these issues in their monitoring of institutions and ensure access to redress for women with disabilities who are exposed to gender-based violence in institutions.

84. Without support for personal mobility (art. 20), barriers to living independently in the community continue to exist for many persons with disabilities. The provision of affordable and available quality mobility aids, devices, assistive technologies and forms of live assistance and intermediaries, as enshrined in article 20, is a precondition for the full inclusion and participation of persons with disabilities in their respective communities.

85. Persons with disabilities have the right to access all public information in accessible formats and to seek, receive and express information and ideas on an equal basis with others (art. 21). Communication can be provided in forms and formats of their choice, including Braille, sign language, tactile and Easy Read formats and alternative modes, means and formats of communication. It is important that communication and information flow in both directions and that services and facilities are accessible for individuals who use different ways of communicating. It is of particular importance that information about support services and social protection schemes, including disability-related mechanisms, is accessible and available from a diversity of sources in order to enable persons with disabilities to make fully informed decisions and choices about where, with whom and how to live and what kind of service is best suited to them. It is also of critical importance that mechanisms to provide feedback and complaints are communication accessible.

86. States parties should ensure that in the provision of support services under article 19, the privacy, family, home, correspondence and honour of persons with disabilities are protected from any unlawful interference (art. 22). In any case of unlawful interference, disability-, gender- and age-sensitive monitoring, legal remedies and relief must be available for all persons with disabilities using support services.

87. The right to living independently in the community is intimately linked with the right to family for children and parents with disabilities (art. 23). The absence of community-based support and services may create financial pressures and constraints for the family of persons with disabilities; the rights enshrined in article 23 are essential to prevent children from being taken away from their families and being institutionalized, as well as to support families in community living. These rights are equally important to ensure that children are not taken away from their parents because of the latter's disability. States parties should provide information, guidance and support to families in upholding their children' rights and promote inclusion and participation in the community.

88. Living independently and being included in the community is inherently linked to inclusive education (art. 24) and requires recognition of the right of persons with disabilities to live independently and enjoy inclusion and participation in the community.[11] Inclusion of persons with disabilities in the mainstream education system generates further inclusion of persons with disabilities in the community. Deinstitutionalization also entails the introduction of inclusive education. States parties should note the role that exercising the right to inclusive education

11 Committee on the Rights of Persons with Disabilities, general comment No. 4 (2016) on the right to inclusive education.

will play in building the strengths, skills and competencies necessary for all persons with disabilities to enjoy, benefit from and contribute to their communities.

89. General health facilities and services (art. 25) must be available, accessible, adaptable and acceptable for persons with disabilities in their communities, including the support required by some persons with disabilities (for example those with complex communication requirements, psychosocial disabilities or intellectual disabilities and/or deaf persons) during hospitalizations, surgeries and medical consultations. The provision of nurses, physiotherapists, psychiatrists or psychologists, in hospitals as well as at home, is a part of health care and should not be seen as the fulfilment of a States party's obligation under article 19, but rather under article 25.

90. Independent living in the community, habilitation and rehabilitation (art. 26) are interdependent. For some persons with disabilities, participation in rehabilitation services is not possible if they do not receive sufficient individualized support. At the same time, the purpose of rehabilitation is to enable persons with disabilities to fully and effectively participate in the community. The habilitation and rehabilitation of a person with disability must always take place with his/her free and informed consent. Habilitation and rehabilitation are predominantly relevant in relation to education, employment, health and social matters.

91. The existence of individualized support services, including personal assistance, often is a precondition for effective enjoyment of the right to work and employment (art. 27). Furthermore, persons with disabilities should also become employers, managers or trainers in disability-specific support services. Implementing article 19 will thus help to phase out sheltered employment.

92. To ensure that persons with disabilities enjoy an adequate standard of living (art. 28), States parties should provide, inter alia, access to support services that enable them to live independently. Therefore, there is an obligation on the part of States parties to ensure access to appropriate and affordable services, devices and other assistance for impairment-related requirements, especially for those persons with disabilities who live in poverty. Furthermore, access to public and subsidized housing programmes in the community is required. It is considered contrary to the Convention for persons with disabilities to pay for disability-related expenses by themselves.

93. In order to influence and take part in decisions impacting the development of their community, all persons with disabilities should enjoy and exercise their rights to participation in political and public life (art. 29) personally or through their organizations. Appropriate support can provide valuable assistance to persons with disabilities in exercising their right to vote, to take part in political life and to conduct public affairs. It is important to ensure that assistants or other support staff do not restrict or abuse the choices that persons with disabilities make in exercising their voting rights.

94. Cultural life, recreation, leisure and sport (art. 30) are important dimensions of life in the community in which inclusion can be pursued and achieved, for example by ensuring that events, activities and facilities are accessible to persons with disabilities and are inclusive. Personal assistants, guides, readers and professional sign language and tactile interpreters, among others, contribute to an inclusive life in the community in accordance with the will and preferences of persons with disabilities. It is important that the use of support of any kind is considered part of disability-related expenses as such support services help foster inclusion in the community and independent living. Assistants necessary for participating in cultural and leisure activities should not be required to pay entrance fees. There should also be no restrictions on when, where and for what kinds of activities assistance can be used, nationally and internationally.

95. Data and information must be disaggregated systematically (art. 31) by disability across all sectors, including with respect to housing, living arrangements and social protection schemes as well as access to independent living and support and services. The information should allow for regular analyses of how deinstitutionalization and transition to support services in the community have progressed. It is important that indicators reflect the particular circumstances in every State party.

96. International cooperation (art. 32) must be conducted in a way which ensures that foreign aid is invested in support services in local communities that respect the will and preferences of persons with disabilities and foster their right to choose where, with whom and under what living arrangements they will live, in line with article 19. Investing money obtained within the framework of international cooperation in development of new institutions or places of confinement or institutional models of care is not acceptable, as it leads to the segregation and isolation of persons with disabilities.

V. Implementation at the national level

97. The Committee notes that States parties may face challenges at the national level when implementing the right to living independently and being included in the community. However, in line with the normative content and obligations outlined above, States parties should take the following steps to ensure the full implementation of article 19 of the Convention:

(a) Repeal all laws that prevent any person with disabilities, regardless of the type of impairment, to choose where and with whom and how to live, including the right not to be confined on the basis of any kind of disability;

(b) Enact and enforce laws, standards and other measures with the purpose of making local communities and the environment, as well as information and communication, accessible to all persons with disabilities;

(c) Ensure that social protection programmes meet the requirements of the diverse range of persons with disabilities on an equal basis with others;

(d) Insert the principle of universal design for both physical and virtual space in policies, law, standards and other measures, including monitoring the realization/implementation of obligations; review building codes to ensure that they comply with the principles of universal design and legislative guidelines on construction, as outlined in the Committee's general comment No. 2;

(e) Provide all persons with disabilities with substantive and procedural rights to live independently within the community;

(f) Inform persons with disabilities about their right to live independently and be included in the community in ways they can understand and provide empowerment trainings with the aim of supporting persons with disabilities to learn how to enforce their rights;

(g) Adopt clear and targeted strategies for deinstitutionalization, with specific time frames and adequate budgets, in order to eliminate all forms of isolation, segregation and institutionalization of persons with disabilities; special attention should be paid to persons with psychosocial and/or intellectual disabilities and children with disabilities currently in institutions;

(h) Create awareness programmes that tackle negative attitudes and stereotypes about persons with disabilities and secure community transformation in an effort to develop individualized and accessible mainstream services;

(i) Ensure the participation of persons with disabilities, personally and through their representative organizations, in transforming support services and communities and in the design and implementation of deinstitutionalization strategies;

(j) Design comprehensive policies and legislative guidelines and allocate financial resources for the construction of affordable and accessible housing units, the built environment, public spaces and transport, along with an adequate time frame for their implementation and sanctions which are effective, deterrent and proportionate for violations by public or private authorities;

(k) Allocate resources to the development of appropriate and sufficient person-directed/"user"-led and self-managed support services for all persons with disabilities, such as personal assistance, guides, readers and professionally trained sign language or other interpreters;

(l) Design tendering processes for providing support services for persons with disabilities living independently in the community that take into account the normative content of article 19;

(m) Establish mechanisms to monitor existing institutions and residential services, deinstitutionalization strategies and the implementation of living independently within the community, bearing in mind the role of the independent monitoring frameworks;

(n) Carry out the monitoring and implementation envisaged under article 19 in full consultation with and with the participation of persons with disabilities, through their representative organizations.

3.3.4 Allgemeine Bemerkung Nr. 6 (englische Fassung)

Quelle: UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (26.04.2018): General comment No. 6 on equality and non-discrimination. UN-Doc. CRPD/C/GC/6

General comment No. 6 (2018) on equality and non-discrimination*

I. Introduction

1. The aim of the present general comment is to clarify the obligations of States parties regarding non-discrimination and equality as enshrined in article 5 of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities.

2. The Committee is concerned that the laws and policies of States parties still approach disability through charity and/or medical models, despite the incompatibility of those models with the Convention. The persistent use of such paradigms fails to acknowledge persons with disabilities as full subjects of rights and as rights holders. In addition, the Committee notes that the efforts by States parties to overcome attitudinal barriers to disability have been insufficient. Examples include enduring and humiliating stereotypes, and stigma of and prejudices against persons with disabilities as being a burden on society. In response, it is critical that persons with disabilities, through their representative organizations, play a central role in the development of legal and policy reforms.

3. The broadening of anti-discrimination laws and human rights frameworks has led to extended protection of the rights of persons with disabilities in many States parties. Nevertheless, laws and regulatory frameworks often remain imperfect and incomplete or ineffective, or reflect an inadequate understanding of the human rights model of disability. Many national laws and policies perpetuate the exclusion and isolation of and discrimination and violence against persons with disabilities. They often lack a recognition of multiple and intersectional discrimination or discrimination by association; fail to acknowledge that the denial of reasonable accommodation constitutes discrimination; and lack effective mechanisms of legal redress and reparation. Such laws and policies are commonly not regarded as disability-based discrimination because they are justified as being for the protection or care of the persons with a disability, or in their best interest.

II. Equality for and non-discrimination against persons with disabilities in international law

4. Equality and non-discrimination are among the most fundamental principles and rights of international human rights law. Because they are interconnected with human dignity, they are the cornerstones of all human rights. In its articles 1 and 2, the Universal Declaration of Human Rights proclaims that everyone is equal in dignity and rights, and condemns discrimination on a non-exhaustive number of grounds.

5. Equality and non-discrimination are at the core of all human rights treaties. The International Covenant on Civil and Political Rights and the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights prohibit discrimination on an open list of grounds, from which article 5

---

* Adopted by the Committee at its nineteenth session (14 February–9 March 2018).

of the Convention originated. All of the thematic United Nations human rights conventions[1] aim to establish equality and eliminate discrimination, and contain provisions on equality and non-discrimination. The Convention on the Rights of Persons with Disabilities has taken into account the experiences offered by the other conventions, and its equality and non-discrimination principles represent the evolution of the United Nations tradition and approach.

6. The term "dignity" appears in the Convention more often than in any other United Nations human rights convention. It is included in the preamble, in which States parties recall the Charter of the United Nations and the principles proclaimed therein, which recognize the inherent dignity and worth and the equal and inalienable rights of all members of the human family as the foundation of freedom, justice and peace in the world.

7. Equality and non-discrimination are at the heart of the Convention and evoked consistently throughout its substantive articles with the repeated use of the wording "on an equal basis with others", which links all substantive rights of the Convention to the non-discrimination principle. Dignity, integrity and equality of the person have been denied to those with actual or perceived impairments. Discrimination has occurred and continues to occur, including in brutal forms such as non-consensual and/or forced systematic sterilizations and medical or hormone-based interventions (e.g. lobotomy or the Ashley treatment), forced drugging and forced electroshocks, confinement, systematic murder labelled "euthanasia", forced and coerced abortion, denied access to health care, and mutilation and trafficking in body parts, particularly of persons with albinism.

III. The human rights model of disability and inclusive equality

8. Individual or medical models of disability prevent the application of the equality principle to persons with disabilities. Under the medical model of disability, persons with disabilities are not recognized as rights holders but are instead "reduced" to their impairments. Under these models, discriminatory or differential treatment against and the exclusion of persons with disabilities is seen as the norm and is legitimized by a medically driven incapacity approach to disability. Individual or medical models were used to determine the earliest international laws and policies relating to disability, even after the first attempts to apply the concept of equality to the context of disability. The Declaration on the Rights of Mentally Retarded Persons (1971) and the Declaration on the Rights of Disabled Persons (1975) were the first human rights instruments that contained equality and non-discrimination provisions for persons with disabilities. While these early soft-law human rights instruments paved the way for an equality approach to disability, they were still based on the medical model of disability, as impairment was seen as a legitimate ground for restricting or denying rights. They also include language that is now considered inappropriate or obsolete. A further step was taken in 1993 with the adoption of the Standard Rules on the Equalization of Opportunities for Persons with Disabilities, which proclaimed "equality of opportunities" a fundamental concept of disability policy and law.

9. The human rights model of disability recognizes that disability is a social construct and impairments must not be taken as a legitimate ground for the denial or restriction of human rights. It acknowledges that disability is one of several layers of identity. Hence, disability laws and policies must take the diversity of persons with disabilities into account. It also recognizes that human rights are interdependent, interrelated and indivisible.

---

1 The International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination; the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women; the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment; the Convention on the Rights of the Child; the International Convention on the Protection of the Rights of All Migrant Workers and Members of Their Families; and the International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance.

10. Equalization of opportunities, as a general principle of the Convention under article 3, marks a significant development from a formal model of equality to a substantive model of equality. Formal equality seeks to combat direct discrimination by treating persons in a similar situation similarly. It may help to combat negative stereotyping and prejudices, but it cannot offer solutions for the "dilemma of difference", as it does not consider and embrace differences among human beings. Substantive equality, by contrast, also seeks to address structural and indirect discrimination and takes into account power relations. It acknowledges that the "dilemma of difference" entails both ignoring and acknowledging differences among human beings in order to achieve equality.

11. Inclusive equality is a new model of equality developed throughout the Convention. It embraces a substantive model of equality and extends and elaborates on the content of equality in: (a) a fair redistributive dimension to address socioeconomic disadvantages; (b) a recognition dimension to combat stigma, stereotyping, prejudice and violence and to recognize the dignity of human beings and their intersectionality; (c) a participative dimension to reaffirm the social nature of people as members of social groups and the full recognition of humanity through inclusion in society; and (d) an accommodating dimension to make space for difference as a matter of human dignity. The Convention is based on inclusive equality.

IV. Legal character of non-discrimination and equality

12. Equality and non-discrimination are principles and rights. The Convention refers to them in article 3 as principles and in article 5 as rights. They are also an interpretative tool for all the other principles and rights enshrined in the Convention. The principles/rights of equality and non-discrimination are a cornerstone of the international protection guaranteed by the Convention. Promoting equality and tackling discrimination are cross-cutting obligations of immediate realization. They are not subject to progressive realization.

13. Article 5 of the Convention, like article 26 of the International Covenant on Civil and Political Rights, provides in itself an autonomous right independent from other provisions. It prohibits de jure or de facto discrimination in any field regulated and protected by public authority. Read together with article 4 (1) (e), it is also evident that it extends to the private sector.

V. Normative content

A. Article 5 (1) on being equal before and under the law

14. Several international human rights treaties include the term "equal before the law", which describes the entitlement of persons to equal treatment by and in the application of the law, as a field. In order that this right may be fully realized, the judiciary and law enforcement officers must not, in the administration of justice, discriminate against persons with disabilities. "Equality under the law" is unique to the Convention. It refers to the possibility to engage in legal relationships. While equality before the law refers to the right to be protected by the law, equality under the law refers to the right to use the law for personal benefit. Persons with disabilities have the right to be effectively protected and to positively engage. The law itself shall guarantee the substantive equality of all those within a given jurisdiction. Thus, the recognition that all persons with disabilities are equal under the law means that there should be no laws that allow for specific denial, restriction or limitation of the rights of persons with disabilities, and that disability should be mainstreamed in all legislation and policies.

15. This interpretation of the terms "being equal before the law" and "being equal under the law" is in line with articles 4 (1) (b) and (c) of the Convention, according to which States parties must ensure that public authorities and institutions act in conformity with the Convention; that existing laws, regulations, customs and practices that constitute discrimination against persons with disabilities are modified or abolished; and that the protection and promotion of the rights of persons with disabilities is taken into account in all policies and programmes.

B. Article 5 (1) on equal protection and equal benefit of the law

16. “Equal protection of the law” and “equal benefit of the law” include related but distinct concepts of equality and non-discrimination. The phrase “equal protection of the law” is well known in international human rights treaty law and is used to demand that national legislatures refrain from maintaining or establishing discrimination against persons with disabilities when enacting laws and policies. Reading article 5 in conjunction with articles 1, 3 and 4 of the Convention, it is clear that, in order to facilitate the enjoyment by persons with disabilities on an equal basis of the rights guaranteed under legislation, States parties must take positive actions. Accessibility, reasonable accommodation and individual supports are often required. To ensure equal opportunity for all persons with disabilities, the term “equal benefit of the law” is used, meaning that States parties must eliminate barriers to gaining access to all of the protections of the law and the benefits of equal access to the law and justice to assert rights.

C. Article 5 (2) on the prohibition of discrimination and equal and effective legal protection

17. Article 5 (2) contains the legal requirements for achieving equality rights for persons with disabilities and persons associated with them. The obligations to prohibit all discrimination on the basis of disability includes persons with disabilities and their associates, e.g. parents of children with disabilities. The obligation to guarantee to persons with disabilities equal and effective legal protection against discrimination on all grounds is far-reaching and imposes positive duties of protection on States parties. Disability-based discrimination is defined in article 2 as “any distinction, exclusion or restriction on the basis of disability which has the purpose or effect of impairing or nullifying the recognition, enjoyment or exercise, on an equal basis with others, of all human rights and fundamental freedoms in the political, economic, social, cultural, civil or any other field. It includes all forms of discrimination, including denial of reasonable accommodation.” That definition is based on legal definitions of discrimination in international human rights treaties, such as article 1 of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination and article 1 of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women. It goes beyond those definitions in two aspects: first, it includes “denial of reasonable accommodation“ as a form of disability-based discrimination; second, the phrase “on an equal basis with others” is a new component. In its articles 1 and 3, the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women contains a similar but more limited phrase: “on a basis of equality of men and women”. The phrase ”on an equal basis with others” is not only limited to the definition of disability-based discrimination but also permeates the whole Convention on the Rights of Persons with Disabilities. On the one hand, it means that persons with disabilities will not be granted more or fewer rights or benefits than the general population. On the other hand, it requires that States parties take concrete specific measures to achieve de facto equality for persons with disabilities to ensure that they can in fact enjoy all human rights and fundamental freedoms.

18. The duty to prohibit “all discrimination” includes all forms of discrimination. International human rights practice identifies four main forms of discrimination, which can occur individually or simultaneously:
(a) “Direct discrimination” occurs when, in a similar situation, persons with disabilities are treated less favourably than other persons because of a different personal status in a similar situation for a reason related to a prohibited ground. Direct discrimination includes detrimental acts or omissions based on prohibited grounds where there is no comparable similar situation.[2] The motive or intention of the discriminating party is not relevant to a determination of whether discrimination has occurred. For example, a State school that refuses to admit a child with disabilities in order not to change the scholastic programmes does so just because of his or her disability and is an example of direct discrimination;

---

2 See Committee on Economic, Social and Cultural Rights general comment No. 20 (2009) on non-discrimination in economic, social and cultural rights, para. 10.

(b) "Indirect discrimination"[3] means that laws, policies or practices appear neutral at face value but have a disproportionate negative impact on a person with a disability. It occurs when an opportunity that appears accessible in reality excludes certain persons owing to the fact that their status does not allow them to benefit from the opportunity itself. For example, if a school does not provide books in Easy-Read format, it would indirectly discriminate against persons with intellectual disabilities, who, although technically allowed to attend the school, would in fact need to attend another. Similarly, if a candidate with restricted mobility had a job interview on a second floor office in a building without an elevator, although allowed to sit the interview, the situation puts him/her in an unequal position;
(c) "Denial of reasonable accommodation", according to article 2 of the Convention, constitutes discrimination if the necessary and appropriate modification and adjustments (that do not impose a "disproportionate or undue burden") are denied and are needed to ensure the equal enjoyment or exercise of a human right or fundamental freedom. Not accepting an accompanying person or refusing to otherwise accommodate a person with a disability are examples of denial of reasonable accommodation;
(d) "Harassment" is a form of discrimination when unwanted conduct related to disability or other prohibited grounds takes place with the purpose or effect of violating the dignity of a person and of creating an intimidating, hostile, degrading, humiliating or offensive environment. It can happen through actions or words that have the effect of perpetuating the difference and oppression of persons with disabilities. Particular attention should be paid to persons with disabilities living in segregated places, such as residential institutions, special schools or psychiatric hospitals, where this type of discrimination is more likely to occur and is by nature invisible, and so not likely to be punished. "Bullying" and its online form, cyberbullying and cyberhate, also constitute particularly violent and harmful forms of hate crimes. Other examples include (disability-based) violence in all its appearances, such as rape, abuse and exploitation, hate-crime and beatings.

19. Discrimination can be based on a single characteristic, such as disability or gender, or on multiple and/or intersecting characteristics. "Intersectional discrimination" occurs when a person with a disability or associated to disability suffers discrimination of any form on the basis of disability, combined with, colour, sex, language, religion, ethnic, gender or other status. Intersectional discrimination can appear as direct or indirect discrimination, denial of reasonable accommodation or harassment. For example, while the denial of access to general health-related information due to inaccessible format affects all persons on the basis of disability, the denial to a blind woman of access to family planning services restricts her rights based on the intersection of her gender and disability. In many cases, it is difficult to separate these grounds. States parties must address multiple and intersectional discrimination against persons with disabilities. "Multiple discrimination" according to the Committee is a situation where a person can experience discrimination on two or several grounds, in the sense that discrimination is compounded or aggravated. Intersectional discrimination refers to a situation where several grounds operate and interact with each other at the same time in such a way that they are inseparable and thereby expose relevant individuals to unique types of disadvantage and discrimination.[4]

20. Discrimination "on the basis of disability" can be against persons who have a disability at present, who have had a disability in the past, who have a disposition to a disability that lies in the future, who are presumed to have a disability, as well as those who are associated with a person with a disability. The latter is known as "discrimination by association". The reason for the wide scope of article 5 is to eradicate and combat all discriminatory situations and/or discriminatory conducts that are linked to disability.

21. Protection against "discrimination on all grounds" means that all possible grounds of discrimination and their intersections must be taken into account. Possible grounds include

---

3 Ibid.

4 See Committee on the Rights of Persons with Disabilities general comment No. 3 (2016) on women and girls with disabilities, paras. 4 (c) and 16.

but are not limited to: disability; health status; genetic or other predisposition towards illness; race; colour; descent; sex; pregnancy and maternity/paternity; civil; family or career status; gender expression; sex; language; religion; political or other opinion; national, ethnic, indigenous or social origin; migrant, refugee or asylum status; belonging to a national minority; economic or property status; birth; and age, or a combination of any of those grounds or characteristics associated with any of those grounds.

22. "Equal and effective legal protection against discrimination" means that States parties have positive obligations to protect persons with disabilities from discrimination, with an obligation to enact specific and comprehensive anti-discrimination legislation. The explicit legal prohibition of disability-based and other discrimination against persons with disabilities in legislation should be accompanied by the provision of appropriate and effective legal remedies and sanctions in relation to intersectional discrimination in civil, administrative and criminal proceedings. Where the discrimination is of a systemic nature, the mere granting of compensation to an individual may not have any real effect in terms of changing the approach. In those cases, States parties should also implement "forward-looking, non-pecuniary remedies" in their legislation, meaning that further effective protection against discrimination carried out by private parties and organizations is provided by the State party.

D. Article 5 (3) on reasonable accommodation

23. Reasonable accommodation is an intrinsic part of the immediately applicable duty of non-discrimination in the context of disability.[5] Examples of reasonable accommodations include making existing facilities and information accessible to the individual with a disability; modifying equipment; reorganizing activities; rescheduling work; adjusting curricula learning materials and teaching strategies; adjusting medical procedures; or enabling access to support personnel without disproportionate or undue burden.

24. Reasonable accommodation duties are different from accessibility duties. Both aim to guarantee accessibility, but the duty to provide accessibility through universal design or assistive technologies is an ex ante duty, whereas the duty to provide reasonable accommodation is an *ex nunc* duty:

(a) As an ex ante duty, accessibility must be built into systems and processes without regard to the need of a particular person with a disability, for example, to have access to a building, a service or a product, on an equal basis with others. States parties must set accessibility standards that are developed and adopted in consultation with organizations of persons with disabilities, consistent with article 4 (3) of the Convention. The duty of accessibility is a proactive, systemic duty;

(b) As an *ex nunc* duty, reasonable accommodation must be provided from the moment that a person with a disability requires access to non-accessible situations or environments, or wants to exercise his or her rights. Reasonable accommodation is often but not necessarily requested by the person who requires access, or by relevant representatives of a person or a group of people. Reasonable accommodation must be negotiated with the applicant(s). In certain circumstances, the reasonable accommodation provided becomes a collective or public good. In other cases, the reasonable accommodations provided only benefit the applicant(s). The duty to provide reasonable accommodation is an individualized reactive duty that is applicable from the moment a request for accommodation is received. Reasonable accommodation requires the duty bearer to enter into dialogue with the individual with a disability. It is important to note that the duty to provide reasonable accommodation is not limited to situations in which the person with a disability has asked for an accommodation or in which it could be proved that the alleged duty bearer was actually aware that the person in question had a disability. It should also apply in situations where a potential duty bearer should have realized that the person in question had a disability that might require accommodations to address barriers to exercising rights.

---

5 See Committee on Economic, Social and Cultural Rights general comment No. 5 (1994) on persons with disabilities, para. 15.

25. The duty to provide reasonable accommodation in accordance with articles 2 and 5 of the Convention can be broken down into two constituent parts. The first part imposes a positive legal obligation to provide a reasonable accommodation which is a modification or adjustment that is necessary and appropriate where it is required in a particular case to ensure that a person with a disability can enjoy or exercise her or his rights. The second part of this duty ensures that those required accommodations do not impose a disproportionate or undue burden on the duty bearer.
(a) "Reasonable accommodation" is a single term, and "reasonable" should not be misunderstood as an exception clause; the concept of "reasonableness" should not act as a distinct qualifier or modifier to the duty. It is not a means by which the costs of accommodation or the availability of resources can be assessed – this occurs at a later stage, when the "disproportionate or undue burden" assessment is undertaken. Rather, the reasonableness of an accommodation is a reference to its relevance, appropriateness and effectiveness for the person with a disability. An accommodation is reasonable, therefore, if it achieves the purpose (or purposes) for which it is being made, and is tailored to meet the requirements of the person with a disability;
(b) "Disproportionate or undue burden" should be understood as a single concept that sets the limit of the duty to provide reasonable accommodation. Both terms should be considered synonyms insofar as they refer to the same idea: that the request for reasonable accommodation needs to be bound by a possible excessive or unjustifiable burden on the accommodating party;
(c) "Reasonable accommodation" should also not be confused with "specific measures", including "affirmative action measures". While both concepts aim at achieving de facto equality, reasonable accommodation is a non-discrimination duty, whereas specific measures imply a preferential treatment of persons with disabilities over others to address historic and/or systematic/systemic exclusion from the benefits of exercising rights. Examples of specific measures include temporary measures for countering the low numbers of women with disabilities employed in the private sector and support programmes to increase the number of students with disabilities in tertiary education. Similarly, reasonable accommodation should not be confused with the provision of support, such as personal assistants, under the right to live independently and be included in the community, or support to exercise legal capacity;
(d) "Procedural accommodations" in the context of access to justice should not be confused with reasonable accommodation; while the latter is limited by the concept of disproportionality, procedural accommodations are not.

26. Key elements that guide the implementation of the duty to provide reasonable accommodation include:
(a) Identifying and removing barriers that have an impact on the enjoyment of human rights for persons with disabilities, in dialogue with the person with a disability concerned;
(b) Assessing whether an accommodation is feasible (legally or in practice) – an accommodation that is legally or materially impossible is unfeasible;
(c) Assessing whether the accommodation is relevant (i.e., necessary and appropriate) or effective in ensuring the realization of the right in question;
(d) Assessing whether the modification imposes a disproportionate or undue burden on the duty bearer; the determination of whether a reasonable accommodation is disproportionate or unduly burdensome requires an assessment of the proportional relationship between the means employed and its aim, which is the enjoyment of the right concerned;
(e) Ensuring that the reasonable accommodation is suitable to achieve the essential objective of the promotion of equality and the elimination of discrimination against persons with disabilities. A case-by-case approach based on consultations with the relevant body charged with reasonable accommodation and the person concerned is therefore required. Potential factors to be considered include financial costs, resources available (including public subsidies), the size of the accommodating party (in its entirety), the effect of the modification on the institution or the enterprise, third-party benefits, negative impacts on other persons and reasonable health and safety requirements. Regarding the State party as a whole and the private sector entities, overall assets rather than just the resources of a unit or department within an organizational structure must be considered;
(f) Ensuring that the persons with a disability more broadly do not bear the costs;

(g) Ensuring that the burden of proof rests with the duty bearer who claims that his or her burden would be disproportionate or undue.

27. Any justification of the denial of reasonable accommodation must be based on objective criteria and analysed and communicated in a timely fashion to the person with a disability concerned. The justification test in reasonable accommodation is related to the length of the relationship between the duty bearer and the rights holder.

E. Article 5 (4) on specific measures

28. Specific measures not to be regarded as discrimination are positive or affirmative measures that aim to accelerate or achieve de facto equality of persons with disabilities. Such measures are mentioned in other international human rights treaties, such as article 4 of the Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women or article 1 (4) of the International Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination, and entail adopting or maintaining certain advantages in favour of an underrepresented or marginalized group. They are usually temporary in nature, although in some instances permanent specific measures are required, depending on context and circumstances, including by virtue of a particular impairment or the structural barriers of society. Examples of specific measures include outreach and support programmes, allocation and/or reallocation of resources, targeted recruitment, hiring and promotion, quota systems, advancement and empowerment measures, as well as respite care and technological aids.

29. Specific measures adopted by States parties under article 5 (4) of the Convention must be consistent with all its principles and provisions. In particular, they must not result in perpetuation of isolation, segregation, stereotyping, stigmatization or otherwise discrimination against persons with disabilities. Thus, States parties must consult closely with and actively involve representative organizations of persons with disabilities when they adopt specific measures.

VI. General obligations of States parties under the Convention relating to non-discrimination and equality

30. States parties have an obligation to respect, protect and fulfil the right of all persons with disabilities to non-discrimination and equality. In that regard, States parties must refrain from any action that discriminates against persons with disabilities. In particular, States parties shall modify or abolish existing laws, regulations, customs and practices that constitute such discrimination. The Committee has often given examples in that regard including: guardianship laws and other rules infringing upon the right to legal capacity;[6] mental health laws that legitimize forced institutionalization and forced treatment, which are discriminatory and must be abolished;[7] non-consensual sterilization of women and girls with disabilities; inaccessible housing and institutionalization policy;[8] segregated education laws and policies;[9] and election laws that disenfranchise persons with disabilities.[10]

31. The effective enjoyment of the rights to equality and non-discrimination calls for the adoption of enforcement measures, such as:
(a) Measures to raise the awareness of all people about the rights of persons with disabilities under the Convention, the meaning of discrimination and the existing judicial remedies;

---

6 See Committee on the Rights of Persons with Disabilities general comment No. 1 (2014) on equal recognition before the law.

7 See Committee on the Rights of Persons with Disabilities, guidelines on article 14, paras. 6 and 14. Available from the Committee's web page (www.ohchr.org/EN/HRBodies/CRPD/ Pages/CRPDIndex.aspx).

8 See, for example, general comment No. 5 (2017) on living independently and being included in the community, para. 46.

9 See general comment No. 4 (2016) on the right to inclusive education, para. 24.

10 See *Bujdosó et al v. Hungary* (CRPD/C/10/D/4/2011).

(b) Measures to ensure rights contained in the Convention are actionable in domestic courts and provide access to justice for all persons who have experienced discrimination;
(c) Protection from retaliation, such as adverse treatment or adverse consequences in reaction to a complaint or to proceedings aimed at enforcing compliance with equality provisions;
(d) The legal right to bring a lawsuit to court and to pursue claims through associations, organizations or other legal entities that have a legitimate interest in the realization of the right to equality;
(e) Specific rules relating to evidence and proof to ensure that stereotyped attitudes about the capacity of persons with disabilities do not result in victims of discrimination being inhibited in obtaining redress;
(f) Effective, proportionate and dissuasive sanctions for breach of the right to equality and adequate remedies;
(g) Sufficient and accessible provision of legal aid to ensure access to justice for the claimant in discrimination litigation.

32. States parties must identify areas or subgroups of persons with disabilities — including those who face intersectional discrimination — that require specific measures to accelerate or achieve inclusive equality. States parties are under an obligation to adopt specific measures for such groups.

33. Regarding the consultation obligations of States parties, article 4 (3) and article 33 (3) of the Convention emphasize the important role that organizations of persons with disabilities must play in the implementation and monitoring of the Convention. States parties must ensure that they consult closely and actively involve such organizations, which represent the vast diversity in society, including children, autistic persons, persons with a genetic or neurological condition, persons with rare and chronic diseases, persons with albinism, lesbian, gay, bisexual, transgender or intersex persons, indigenous peoples, rural communities, older persons, women, victims of armed conflicts and persons with an ethnic minority or migrant background. Only then can it be expected that all discrimination, including multiple and intersectional discrimination, will be tackled.

34. States parties have information obligations in relation to article 5 of the Convention in that they must collect and analyse appropriate data and research information in order to identify inequalities, discriminatory practices and patterns of disadvantage, and analyse the effectiveness of measures promoting equality. The Committee has observed that, in many States parties, there is a lack of updated data on disability discrimination and that often, in cases where the national law and regulations allow it, no differentiation is made according to impairment, gender, sex, gender identity, ethnicity, religion, age or other layers of identity. Such data and its analysis are of paramount importance for developing effective anti-discrimination and equality measures.

35. States parties should also conduct appropriate research on disability discrimination and equality rights for persons with disabilities. Research agendas must embed persons with disabilities in research processes from the agenda-setting stage to ensure their meaningful participation in research. Inclusive and participatory research processes should ensure a safe space for participants and centre around the lived experiences and requirements of persons with disabilities.

VII. Relationship with other specific articles of the Convention

A. Article 6 on women with disabilities

36. Women and girls with disabilities are among those groups of persons with disabilities who most often experience multiple and intersectional discrimination.[11] Article 6 is a cross-cutting article and must be taken into account in relation to all provisions of the Convention.[12] While only article 6 mentions the term "multiple discrimination", multiple and intersectional discrimination may occur in any combination of two or more grounds. Article 6 is a binding equality and non-discrimination article that prohibits discrimination against women and girls with disabilities and obliges States parties to promote equality of both opportunity and outcomes. Moreover, article 6, like article 7, must be regarded as illustrative, rather than exhaustive, setting out obligations in respect of the two prominent examples of multiple and intersectional discrimination.

B. Article 7 on children with disabilities

37. Children with disabilities often experience multiple, and intersectional discrimination. States parties must prohibit all forms of discrimination on the basis of disability that are specific to children; provide effective and accessible remedies; and raise awareness among the public and professionals to prevent and eliminate discrimination. In many States parties, for instance, children can lawfully be assaulted under the guise of "discipline" or "safety" (e.g. restraint). This physical punishment often disproportionately affects children with disabilities. States parties must prohibit all forms of corporal punishment and cruel, inhuman and degrading treatment of children, in all settings, and ensure appropriate measures are taken to enforce this ban.

38. The concept of the "best interests of the child" contained in article 3 of the Convention on the Rights of the Child should be applied to children with disabilities with careful consideration of their circumstances. States parties should promote the mainstreaming of disability in general laws and policies on childhood and adolescence. The concept of best interest, however, should not be used to prevent children, especially girls with disabilities, from exercising their right to bodily integrity. It should be used to ensure that children with disabilities are informed, consulted and have a say in every decision-making process related to their situation. In particular, States parties should address violence and institutionalization of children with disabilities, who are denied the right to grow up in their families as a matter of discrimination. States parties should implement deinstitutionalization strategies that help children to live with their families or in alternative family care in the community. States parties should also adopt support measures to enable all children with disabilities to exercise their right to be heard, in all procedures that affect them, including in parliament, committees and bodies of political decision-making.

C. Article 8 on awareness-raising

39. Discrimination cannot be combated without awareness-raising among all sectors of government and society. Thus, any non-discrimination and equality measure must be accompanied by adequate awareness-raising measures and measures to change or abolish compounded pejorative disability stereotypes and negative attitudes. In addition, violence, harmful practices and prejudices must be tackled by awareness-raising campaigns. States parties should undertake measures to encourage, inter alia, the media to portray persons with disabilities in a manner consistent with the purpose of the Convention and to modify harmful views of persons with disabilities, such as those that portray them unrealistically as being dangerous to themselves and others, or sufferers and dependent objects of care without autonomy who are unproductive economic and social burdens to society.

---

11 See Committee on the Elimination of Discrimination against Women general recommendation No. 28 (2010) on the core obligations of States parties under article 2 of the Convention, para. 31.

12 See Committee on the Rights of Persons with Disabilities general comment No. 3, para. 12.

D. Article 9 on accessibility

40. Accessibility is a precondition and a means to achieve de facto equality for all persons with disabilities. For persons with disabilities to effectively participate in the community, States parties must address accessibility of the built environment, public transport, as well as information and communication services, which must be available and usable for all persons with disabilities on an equal basis with others. Accessibility in the context of communication services includes the provision of social and communication support.

41. As noted above, accessibility and reasonable accommodations are two distinct concepts of equality laws and policies:
(a) Accessibility duties relate to groups and must be implemented gradually but unconditionally;
(b) Reasonable accommodation duties, on the other hand, are individualized, apply immediately to all rights and may be limited by disproportionality.

42. Because the gradual realization of accessibility in the built environment, public transportation and information and communication services may take time, reasonable accommodation may be used as a means to provide access to an individual in the meantime, as it is an immediate duty. The Committee calls upon States parties to be guided by its general comment No. 2 (2014) on accessibility.

E. Article 11 on situations of risk and humanitarian emergencies

43. Non-discrimination must be ensured in situations of risk and humanitarian emergencies, based also on obligations in international humanitarian law, including humanitarian disarmament law, to address the increased risk inherent in such situations, of discrimination against persons with disabilities.

44. Internationally displaced persons with disabilities and/or refugees with disabilities often lack equal access to basic necessities, such as water, sanitation, food and shelter. For example, accessible hygiene facilities like latrines and showers often do not exist or are insufficient.

45. Women and girls with disabilities in situations of risk and humanitarian emergencies are at a particularly increased risk of violence, including sexual violence, exploitation or abuse and are less likely to be able to have access to recovery and rehabilitation services or access to justice.[13]

46. States parties are therefore required to ensure the principle of non-discrimination in all programmes and actions. This means to include on an equal basis persons with disabilities in national emergency protocols, to fully recognize persons with disabilities in evacuation scenarios, to provide for accessible information and communication helplines and hotlines, to ensure that humanitarian aid relief is distributed in an accessible, non-discriminatory way to persons with disabilities in humanitarian emergencies, and to ensure that water, sanitation and hygiene facilities in emergency shelters and refugee camps are available and accessible for persons with disabilities. After emergencies, accessible reconstruction is decisive for the equality of persons with disabilities in society. To ensure these elements, States parties must closely engage with persons with disabilities through their representative organizations, in the design and implementation, monitoring and evaluation of legislation and policies related to all the stages of emergencies.

F. Article 12 on equal recognition before the law

47. The right to legal capacity is a threshold right, that is, it is required for the enjoyment of almost all other rights in the Convention, including the right to equality and non-discrimination. Articles 5 and 12 are fundamentally connected, because equality before the law must include

---

13 See general comment No. 3, paras. 49–50.

the enjoyment of legal capacity by all persons with disabilities on an equal basis with others. Discrimination through denial of legal capacity may be present in different ways, including status-based, functional and outcome-based systems. Denial of decision-making on the basis of disability through any of these systems is discriminatory.[14]

48. A key difference between the reasonable accommodation obligation under article 5 of the Convention and the support that must be provided for persons with disabilities exercising their legal capacity under article 12 (3) is that there is no limit on the obligation under article 12 (3). The fact that support to exercise capacity may impose a disproportionate or undue burden does not limit the requirement to provide it.

49. To ensure consistency between articles 5 and 12 of the Convention, States parties should:
(a) Reform existing legislation to prohibit discriminatory denial of legal capacity, premised on status-based, functional or outcome-based models. Where appropriate, replace those with models of supported decision-making, taking into account universal adult legal capacity without any form of discrimination;
(b) Provide resources to systems of supported decision-making to assist persons with disabilities to navigate existing legal systems. Legislating and resourcing such services should be consistent with the key provisions identified in paragraph 29 of general comment No. 1 (2014) on equal recognition before the law. This includes basing any systems of support on giving effect to the rights, will and preferences of those receiving support rather than what is perceived as being in their best interests. The best interpretation of will and preferences should replace best-interest concept in all matters related to adults where it is not practicable to determine the person's will and preferences;
(c) States parties should provide protection against discrimination by establishing an accessible, locally available, low-threshold network of high-quality free legal counselling or legal aid, which must respect the will and preferences of these persons and protect their procedural rights (right to legal capacity) at the same level as for other types of legal representation. States parties must consistently ensure that instruments for protection are not based on removing legal capacity or otherwise hindering the access of persons with disabilities to justice.

50. Training and education should be provided for relevant agencies, such as legal decision makers, service providers or other stakeholders. States parties are obliged to ensure the equal enjoyment of all goods and services offered in society, including the goods and services listed in article 12 (5), which provides examples of goods that persons with disabilities are particularly precluded from, such as property or services connected to financial affairs, e.g. mortgages. Article 25 (e) mentions another service which is usually not open to persons with disabilities, namely, that of life insurance and (private) health insurance. States parties should take an active, comprehensive approach to ensure equal enjoyment of goods and services in the private sector. That includes a strengthening of the anti-discrimination legislation as it applies to the private sector. Cooperation with trade unions and other actors should be utilized to find partners willing to bring about change.

G. Article 13 on access to justice

51. The rights and obligations with respect to equality and non-discrimination outlined in article 5 raise particular considerations with respect to article 13, which, among others, call for the provision of procedural and age-appropriate accommodations. These accommodations are distinguishable from reasonable accommodation in that procedural accommodations are not limited by disproportionality. An illustration of a procedural accommodation is the recognition of diverse communication methods of persons with disabilities standing in courts and tribunals. Age-appropriate accommodations may consist of disseminating information about available mechanisms to bring complaints forward and access to justice using age-appropriate and plain language.

---

14 See general comment No. 1, para. 15.

1. Article 13 (1)

52. In order to ensure effective access to justice, processes must allow participation and be transparent. Actions that enable participation include:
(a) Delivery of information in an understandable and accessible manner;
(b) Recognition and accommodation of diverse forms of communication;
(c) Physical accessibility throughout all stages of the process;
(d) Financial assistance in the case of legal aid, where applicable, and subject to statutory tests of means and merits.

53. Suitable measures that can protect persons who are unable to defend themselves against discrimination, even when provided with support, or whose options are greatly limited by fear of the negative consequences of such attempts, are actions in public interest (*actio popularis*).

54. Furthermore, in order to provide transparency, a State party action must ensure that all relevant information is accessible and available and that there is adequate recording and reporting of all relevant claims, cases and court orders.

2. Article 13 (2)

55. In order to encourage appropriate respect for and fulfilment of rights and obligations, it is necessary to train law enforcement officers, raise awareness among rights holders and build the capacity of duty bearers. Appropriate training should include:
(a) The complexities of intersectionality and the fact that persons should not be identified purely on the basis of impairment. Awareness-raising on intersectionality issues should be relevant to particular forms of discrimination and oppression;
(b) The diversity among persons with disabilities and their individual requirements in order to gain effective access to all aspects of the justice system on an equal basis with others;
(c) The individual autonomy of persons with disabilities and the importance of legal capacity for all;
(d) The centrality of effective and meaningful communications to successful inclusion;
(e) Measures adopted to ensure the effective training of personnel, including lawyers, magistrates, judges, prison staff, sign-language interpreters and the police and penitentiary system, on the rights of persons with disabilities.

H. Article 14 on liberty and security of the person, article 15 on freedom from torture or cruel, inhuman or degrading treatment or punishment, article 16 on freedom from exploitation, violence and abuse, and article 17 on protecting the integrity of the person

56. Persons with disabilities can be disproportionately affected by violence, abuse and other cruel and degrading punishment, which can take the form of restraint or segregation as well as violent assault. The Committee is particularly concerned about the following acts committed against persons with disabilities, including children on the grounds of impairment, which by definition are discriminatory: separation of children with disabilities from their families and forced placement in institutions; deprivation of liberty; torture or cruel, inhuman or degrading treatment or punishment; violence; and the forced treatment of persons with disabilities inside and outside of mental health facilities. States parties must take all appropriate measures, to provide protection from and prevent all forms of exploitation, violence and abuse against persons with disabilities. Forced corrective disability treatments should be prohibited.

I. Article 19 on living independently and being included in the community

57. Article 19 of the Convention reaffirms non-discrimination and recognition of the equal right of persons with disabilities to live with full inclusion and participation independently in the community. In order to realize the right to live independently and be included in the community, States parties must take effective and appropriate measures to facilitate the full enjoyment of the right and the full inclusion and participation of persons with disabilities in the community. This involves implementing deinstitutionalization strategies and, in accordance with the Committee's general comment No. 5 (2017) on living independently and being included in the community, allocating resources for independent living support services, accessible and affordable housing, support services for family carers and access to inclusive education.

58. Article 19 of the Convention recognizes the right not to be obliged to live in a particular living arrangement on account of one's disability. Institutionalization is discriminatory as it demonstrates a failure to create support and services in the community for persons with disabilities, who are forced to relinquish their participation in community life to receive treatment. The institutionalization of persons with disabilities as a condition to receive public sector mental health services constitutes differential treatment on the basis of disability and, as such, is discriminatory.

59. Eligibility criteria and procedures for gaining access to support services must be defined in a non-discriminatory way and must focus on the requirements of the person rather than the impairment, following a human rights-based approach. The development of support services should be person-centred, age- and gender-sensitive and culturally appropriate.

60. States parties should prohibit and prevent third parties from imposing practical or procedural barriers to living independently and being included in the community, for example by ensuring that services are in line with independent and community living and that persons with disabilities are not denied the possibility to rent or disadvantaged in the housing market.

J. Article 23 on respect for home and the family

61. Persons with disabilities often face discrimination in the exercise of their right to marry or their parental and family rights owing to discriminatory laws and policies, and administrative measures. Parents with disabilities are frequently seen as inadequate or unable to take care of their children. Separation of a child from his or her parents based on the disability of the child or parents or both is discrimination and in violation of article 23.

62. The placement of children in institutions on the basis of their impairment is also a form of discrimination prohibited by article 23 (5) of the Convention. States must ensure that parents with disabilities and parents of children with disabilities have the necessary support in the community to care for their children.

K. Article 24 on education

63. The failure of some States parties to provide students with disabilities — including students with visible and invisible disabilities and those who experience multiple forms of discrimination or intersectional discrimination — with equal access to mainstream school with inclusive and quality education is discriminatory, contrary to the objectives of the Convention and in direct contravention of articles 5 and 24. Article 5 (1) interacts with article 24 and requires States parties to remove all types of discriminatory barriers, including legal and social barriers, to inclusive education.

64. Segregated models of education, which exclude students with disabilities from mainstream and inclusive education on the basis of disability, contravene articles 5 (2) and 24 (1) (a) of the Convention. Article 5 (3) requires States parties to take all appropriate steps to ensure that reasonable accommodation is provided. That right is strengthened for persons with disabilities in article 24 (2) (b), which requires States parties to ensure an inclusive education for persons with disabilities on an equal basis with others in the communities in which they live. That goal can be achieved by providing reasonable accommodation of an individual's requirement, in accordance with article 24 (2) (c), and developing new and inclusive settings according to universal design. Standardized assessment systems, including entry examination that directly or indirectly exclude students with disabilities are discriminatory and in contravention of articles 5 and 24. States parties' obligations extend beyond the school. States parties must ensure school transportation is provided to all students with disabilities where transportation options are limited due to social or economic barriers.

65. To ensure equality and non-discrimination for deaf children in educational settings, they must be provided with sign language learning environments with deaf peers and deaf adult role models. The lack of proficiency in sign language skills of teachers of deaf children and inaccessible school environments exclude deaf children and are thus considered discriminatory. The Committee calls upon States parties to be guided by its general comment No. 4

(2016) on the right to inclusive education, when carrying out measures to fulfil their obligations under articles 5 and 24.

L. Article 25 on health

66. Under articles 5 and 25 of the Convention, States parties must prohibit and prevent discriminatory denial of health services to persons with disabilities and to provide gender-sensitive health services, including sexual and reproductive health rights. States parties must also address forms of discrimination that violate the right of persons with disabilities that impede their right to health through violations of the right to receive health care on the basis of free and informed consent,[15] or that make facilities or information inaccessible.[16]

M. Article 27 on work and employment

67. To achieve de facto equality in terms of the Convention, States parties must ensure that there is no discrimination on the grounds of disability in connection to work and employment.[17] In order to ensure reasonable accommodation as laid out in article 5 (3) and to achieve or accelerate de facto equality in the work environment as laid out in article 5 (4), States parties should:

(a) Facilitate the transition away from segregated work environments for persons with disabilities and support their engagement in the open labour market, and in the meantime also ensure the immediate applicability of labour rights to those settings;

(b) Promote the right to supported employment, including to work assistance, job coaching and vocational qualification programmes; protect the rights of workers with disabilities; and ensure the right to freely chosen employment;

(c) Ensure that persons with disabilities are paid no less than the minimum wage and do not lose the benefit of disability allowances when they start work;

(d) Expressly recognize the denial of reasonable accommodation as discrimination and prohibit multiple and intersectional discrimination, and harassment;

(e) Ensure proper transition into and out of employment for persons with disabilities in a non-discriminatory manner. States parties are obliged to ensure equal and effective access to benefits and entitlements, such as retirement or unemployment benefits. Such entitlements must not be infringed upon by exclusion from employment, thereby further exacerbating the situation of exclusion;

(f) Promote work in inclusive and accessible, safe and healthy working environments in the public and private sectors;

(g) Ensure that persons with disabilities enjoy equal opportunities regarding career advancement opportunities through regular assessment meetings with their managers and by defining the objectives to be achieved, as a part of a comprehensive strategy;

(h) Ensure access to training, retraining and education, including vocational training and capacity-building for employees with disabilities, and provide training on the employment of persons with disabilities and reasonable accommodation for employers, representative organizations of employees and employers, unions and competent authorities;

(i) Work towards universally applicable occupational health and safety measures for persons with disabilities, including occupational safety and health regulations that are non-discriminatory and inclusive of persons with disabilities;

(j) Recognize the right of persons with disabilities to have access to trade and labor unions.

N. Article 28 on adequate standard of living and social protection

68. As stated in paragraph 59 of the Committee's general comment No. 3, poverty is both a compounding factor and the result of multiple discrimination. Failure to implement the right of persons with disabilities to an adequate standard of living for themselves and their families is contrary to the objectives of the Convention. This failure is particularly worrying with regard

---

15 See general comment No. 1, para. 41.

16 See general comment No. 2, para. 40.

17 See the International Labour Organization Discrimination (Employment and Occupation) Convention, 1958 (No. 111), and Vocational Rehabilitation and Employment (Disabled Persons) Convention, 1983 (No. 159).

to persons with disabilities living in extreme poverty or destitution. To reach an adequate standard of living comparable to others, persons with disabilities typically have additional expenses. This represents a particular disadvantage for children or older women with disabilities who live in extreme poverty and destitution. States parties should take effective measures to enable persons with disabilities to cover the additional expenses linked to disability. States parties are required to take immediate steps to provide persons with disabilities living in extreme poverty and destitution with a core minimum in terms of adequate food, clothing and housing.[18]

69. With regard to social protection, States parties are further required to implement a basic protection floor.

O. Article 29 on participation in political and public life

70. Exclusion from electoral processes and other forms of participation in political life are frequent examples of disability-based discrimination. They are often closely linked to denial or restriction of legal capacity. States parties should aim to:
(a) Reform laws, policies and regulations that systematically exclude persons with disabilities from voting and/or standing as candidates in elections;
(b) Ensure that the electoral process is accessible to all persons with disabilities, including before, during and after elections;
(c) Provide reasonable accommodation to individual persons with disabilities and support measures based on the individual requirements of persons with disabilities to participate in political and public life;
(d) Support and engage with representative organizations of persons with disabilities in political participation process at the national, regional and international levels, including by consulting with such organizations in matters that concern persons with disabilities directly;
(e) Create information systems and legislation that allow for the continuous political participation of persons with disabilities, including between elections.

P. Article 31 on statistics and data collection

71. Data collection and analysis are essential measures to monitor anti-discrimination policies and laws. States parties should collect and analyse data, which must be disaggregated on the basis of disability and of intersectional categories. Data collected should provide information on all forms of discrimination. The data collected should be broad and cover statistics, narratives and other forms of data, such as indicators to assess the implementation and monitor the progress and effectiveness of new or ongoing initiatives and policies. Disability-inclusive indicators must be developed and used in a manner consistent with the 2030 Agenda for Sustainable Development. The design, collection and analysis of data should be participatory, i.e., undertaken in close and meaningful consultation with representative organizations of persons with disabilities, including children. People living in closed places, such as institutions or psychiatric hospitals, are often overlooked by research and studies collecting data, and should be systematically included in such studies.

Q. Article 32 on international cooperation

72. All international cooperation efforts, including the 2030 Sustainable Development Agenda, must be inclusive of and accessible to persons with disabilities and be guided by the Convention. States parties must develop monitoring frameworks with human rights indicators, and specific benchmarks and targets for each indicator, consistent with Goal 10 of the Sustainable Development Goals. All international cooperation must aim to advance non-discrimination legislation and policies that seek full inclusion in line with the Convention and the 2030 Sustainable Development Agenda and other related international human rights frameworks.

---

18 See Committee on Economic, Social and Cultural Rights general comment No. 3 (1990) on the nature of States parties' obligations, para. 10.

VIII. Implementation at the national level

73. In the light of the normative content and obligations outlined above, States parties should take the following steps to ensure the full implementation of article 5 of the Convention:

(a) Carry out studies on harmonizing national legislation and practices with the Convention, repeal discriminatory laws and regulations that are inconsistent with the Convention and change or abolish customs and practices that are discriminatory against persons with disabilities;

(b) Develop anti-discrimination laws where they do not exist and enact disability-inclusive anti-discrimination laws that have a broad personal and material scope and provide effective legal remedies. Such laws can only be effective if they are based on a definition of disability that includes those who have long-term physical, including psychosocial, intellectual or sensory impairments, and should include past, present, future and presumed disabilities, as well as persons associated with persons with disabilities. Persons victimized by disability-based discrimination seeking legal redress should not be burdened by proving that they are "disabled enough" in order to benefit from the protection of the law. Anti-discrimination law that is disability-inclusive seeks to outlaw and prevent a discriminatory act rather than target a defined protected group. In that regard, a broad impairment-related definition of disability is in line with the Convention;

(c) Ensure that non-discrimination legislation extends to the private and public spheres, covers areas including education, employment, goods and services, and tackles disability-specific discrimination, such as segregated education, institutionalization, denial or restriction of legal capacity, forced mental health treatment, denial of the provision of sign language instructions and professional sign language interpretation, and denial of Braille or other alternative and augmentative modes, means and formats of communication;

(d) Promote the full inclusion of mainstream employment and vocational training services, including those that promote entrepreneurship and support the establishment of cooperatives and other forms of social economy;

(e) Ensure that the protection from discrimination for persons with disabilities has the same standard as for other social groups;

(f) Develop and carry out knowledge and capacity-building programmes, including training within public authorities and the informal economy, to ensure compliance with the Convention. Awareness and capacity-building should be developed and implemented with the meaningful participation of persons with disabilities and organizations representing the diverse range of persons with disabilities, and are crucial components for establishing a culture of tolerance and diversity, which is the bedrock for anti-discrimination law and policy;

(g) Monitor the number of discrimination claims on the basis of disability as a proportion of the total number of claims of discrimination, disaggregated by sex, age, barriers identified and the sector in which the alleged discrimination occurred, and provide information about cases that are settled out of court, in court and adjudicated, and the number of judgments that lead to compensation or sanctions;

(h) Establish accessible and effective redress mechanisms and ensure access to justice, on an equal basis with others, for victims of discrimination based on disability. This encompasses access by all persons with disabilities to effective judicial and/or administrative procedures, including effective and accessible complaint mechanisms, and to appropriate and – where applicable and subject to statutory test of means and merits – affordable quality legal aid. States parties should intervene in an effective and timely manner in the event of actions or omissions of public and private actors that violate the right to equality and non-discrimination of individual persons with disabilities and groups of persons with disabilities, both in relation to civil and political rights as well as economic, social and cultural rights. The recognition of judicial remedies of a collective nature or class actions can significantly contribute to effectively guaranteeing access to justice in situations that affect groups of persons with disabilities;

(i) Include in national anti-discrimination law the protection of individuals from adverse treatment or adverse consequences as a reaction to complaints or to proceedings aimed at enforcing compliance with equality provisions. Anti-discrimination legislation should also ensure that victims of discrimination are not unduly inhibited in obtaining redress or re-victimized. In particular, procedural rules should shift the burden of proof in civil procedures from the claimant to the respondent in cases where there are facts from which it may be presumed that there has been discrimination;

(j) Develop in close consultation with organizations of persons with disabilities, national human rights institutions and other relevant stakeholders, such as equality bodies, an equality policy and strategy that is inclusive and accessible to all persons with disabilities;
(k) Increase knowledge in all parts of society, including among State officials of all branches of government and within the private sector, about the scope, content and practical consequences of the rights to non-discrimination and equality of all persons with disabilities;
(l) Adopt appropriate measures to monitor inclusive equality regularly and comprehensively. This includes collecting and analysing disaggregated data on the situation of persons with disabilities;
(m) Ensure that national monitoring mechanisms under article 33 of the Convention are independent, involve representative organizations of persons with disabilities effectively and are adequately resourced to address discrimination against persons with disabilities;
(n) Provide specific protections against and exercise due diligence to prevent and redress incidents of violence, exploitation and abuse and violations of bodily integrity experienced uniquely or disproportionately by persons with disabilities;
(o) Adopt specific measures with a view to achieving inclusive equality, in particular for persons with disabilities who experience intersectional discrimination, such as women, girls, children, older persons, and indigenous persons with disabilities;
(p) States parties that receive a high number of asylum seekers, refugees or migrants should put in place formal, legally defined procedures to ensure accessibility for persons with disabilities, including women and children with disabilities and persons with psychosocial and intellectual disabilities, in reception facilities and other settings. States parties must ensure that psychosocial and legal counselling, support and rehabilitation is provided for persons with disabilities and that protection services are disability-, age- and gender-sensitive and culturally appropriate.

4 Ausgewählte Gerichtsentscheidungen

Die nachfolgende Übersicht enthält ausgewählte veröffentlichte Entscheidungen deutscher und europäischer Gerichte mit Bezug zu den in der UN-BRK verankerten Rechten. Die Entscheidungen sind innerhalb der jeweiligen Gerichtsbarkeit chronologisch geordnet.

4.1 Deutsche Gerichte

4.1.1 Verfassungsgerichtsbarkeit

BVerfG, Beschluss vom 23. März 2011, 2 BvR 882/09: Zwangsbehandlung (im vorliegenden Fall: Zwangsverabreichung von Neuroleptika) von einer im Maßregelvollzug untergebrachten Person

Entscheidung: Die Zwangsbehandlung mit Psychopharmaka ist ein schwerwiegender Eingriff in das Grundrecht auf körperliche Integrität gemäß Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG. Die Anforderungen an die Rechtfertigung sind folglich hoch. Zwangsbehandlungen dürfen nur bei krankheitsbedingter Einsichtsunfähigkeit und nur als letztes Mittel unter sehr engen Voraussetzungen, die einer klaren und bestimmten gesetzlichen Regelung bedürfen, erfolgen. Auch müssen verfahrensmäßige Sicherungsvorkehrungen getroffen werden. Im vorliegenden Fall gab es keine hinreichend bestimmte Rechtsgrundlage.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 52–53):

52. Die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK), die in Deutschland Gesetzeskraft hat (Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21. Dezember 2008, BGBl II S. 1419) und als Auslegungshilfe für die Bestimmung von Inhalt und Reichweite der Grundrechte herangezogen werden kann (vgl. BVerfGE 111, 307 <317 f.>) [...]

BVerfG, Beschluss vom 26.07.2016, 1 BvL 8/15: Medizinische Zwangsbehandlung von ambulant betreuten Personen

Entscheidung: Aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG folgt eine staatliche Schutzpflicht, für nicht einsichtsfähige Betreute bei drohenden erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen eine ärztliche Behandlung als letztes Mittel auch gegen ihren natürlichen Willen vorzusehen.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 88–91):

88. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 23. März 2011 entschieden, dass die UN-Behindertenrechtskonvention (BRK), die in Deutschland Gesetzeskraft hat (Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21. Dezember 2008, BGBl II S. 1419) und als Auslegungshilfe für die Bestimmung von Inhalt und Reichweite der Grundrechte herangezogen werden kann (vgl. BVerfGE 111, 307 <317 f.>), kein anderes Ergebnis nahe legt (vgl. BVerfGE 128, 282 <306 f.>). Es hat den Konventionsbestimmungen, die auf Sicherung und Stärkung der Autonomie behinderter Menschen gerichtet sind – insbesondere dem Art. 12 BRK – kein grundsätzliches Verbot für Maßnahmen entnommen, die gegen den natürlichen Willen Behinderter vorgenommen werden und an eine krankheitsbedingt eingeschränkte Selbstbestimmungsfähigkeit anknüpfen. Denn der Regelungszusammenhang des Art. 12 Abs. 4 BRK, der sich gerade auf Maßnahmen bezieht, die Betroffene in der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit beschränken, belegt, dass die

Konvention solche Maßnahmen nicht allgemein untersagt, sondern ihre Zulässigkeit unter anderem dadurch beschränkt, dass Art. 12 Abs. 4 BRK die Vertragsstaaten zu geeigneten Sicherungen gegen Interessenkonflikte, Missbrauch und Missachtung sowie zur Gewährleistung der Verhältnismäßigkeit verpflichtet (vgl. BVerfGE 128, 282 <307>).

89. Die zwischenzeitlichen Berichte (Art. 39 BRK), Leitlinien (Art. 35 Abs. 3 BRK) und Empfehlungen (Art. 36 Abs. 1 BRK) des Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen nach Art. 34 BRK zur Auslegung der Konventionsbestimmungen und insbesondere zur Rechtslage in Deutschland führen zu keiner abweichenden Beurteilung.

90. Den Äußerungen des für die Abgabe solcher Stellungnahmen zuständigen Ausschusses zur Auslegung eines Menschenrechtsabkommens kommt erhebliches Gewicht zu, sie sind aber für internationale und nationale Gerichte nicht völkerrechtlich verbindlich (vgl. IGH, Ahmadou Sadio Diallo [Republic of Guinea v. Democratic Republic of the Congo]), I. C. J. Reports 2010, S. 639, <663–664>, para. 66; Supreme Court of Ireland, Kavanagh v. Governor of Mountjoy Prison and the Attorney General, Urteil vom 1. März 2002, S. 14 f.; Tribunal Constitucional [Spanien], STC 070/2002, recurso de amparo núm. 3787-2001, Urteil vom 3. April 2002, II. para. 7 a); Conseil d'État [Frankreich], Juge des référés vom 11. Oktober 2001, No. 238849, ECLI:FR:CEORD:2001:238849.20011011, S. 4; für die Auffassungen unter dem Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte weitergehend Human Rights Committee, General Comment No 33, UN Doc. CCPR/C/GC/33 vom 5. November 2008, Nr. 13). Eine Kompetenz zur Fortentwicklung internationaler Abkommen über Vereinbarungen und die Praxis der Vertragsstaaten hinaus kommt diesen Ausschüssen nicht zu (vgl. Art. 31 Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969, UNTS 1155, 331 <340>, BGBl II 1985 S. 926, der Völkergewohnheitsrecht wiedergibt; vgl. IGH, LaGrand [Germany v. USA], I. C. J. Reports 2001, S. 466 <501> para. 99; dazu BVerfGE 90, 286 <362 ff.>; Mark Villiger, Commentary on the 1969 Vienna Convention on the Law of Treaties, 2009, Art. 31 Rn. 37 m. w. N.). Es kann dahingestellt bleiben, ob die zu anderen völkerrechtlichen Vereinbarungen ergangenen Aussagen für alle Stellungnahmen des Ausschusses für die Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung in gleicher Weise gelten. Jedenfalls ist dem Ausschuss in den Art. 34 ff. BRK kein Mandat zur verbindlichen Interpretation des Vertragstextes übertragen worden. Bei der Vertragsauslegung sollte sich ein nationales Gericht aber mit den Auffassungen eines zuständigen internationalen Vertragsorgans in gutem Glauben argumentativ auseinandersetzen; es muss sie aber nicht übernehmen (vgl. – allerdings für Entscheidungen internationaler Gerichte – BVerfGE 111, 307 <317 f.>; 128, 326 <366 ff., 370>; stRspr; Christian Tomuschat, Human Rights Committee, The Max Planck Encyclopedia of Public International Law, Bd. IV, 2012, S. 1058 <1061> Rn. 14).

91. Auch in der Sache stehen die Stellungnahmen des Ausschusses der nach deutschem Verfassungsrecht notfalls gebotenen ärztlichen Zwangsbehandlung nicht entgegen. Soweit der Ausschuss in seinen Abschließenden Bemerkungen über den ersten Staatenbericht Deutschlands vom 13. Mai 2015 (UN Doc. CRPD/C/DEU/CO/1) allgemein die Regelungen des Betreuungsrechts im Bürgerlichen Gesetzbuch beanstandet und unter Verweisung auf seinen Allgemeinen Kommentar Nr. 1 (2014) (UN Doc. CRPD/C/GC/1 vom 19. Mai 2014) zu Art. 12 BRK fordert, alle ersetzenden Entscheidungen abzuschaffen und ein System der unterstützenden Entscheidung an ihre Stelle treten zu lassen (ebenda Nr. 25 f.), bleibt seine Kritik im Hinblick auf die hier in Rede stehenden Fälle medizinischer Zwangsbehandlung unspezifisch. Insbesondere verhält sie sich nicht zu der im vorgelegten Fall maßgeblichen Frage eines gänzlich fehlenden freien Willens des Behinderten in einer medizinischen Notsituation. Entsprechendes gilt für die Leitlinien des Ausschusses zur Auslegung des Art. 14 BRK vom September 2015 (abrufbar unter: http://www.ohchr.org/Documents/HRBodies/CRPD/GC/Guidelines Article14.doc, zuletzt aufgerufen am 4. Juli 2016). In ihnen betont der Ausschuss, dass bei Menschen mit Behinderungen keine Maßnahme der Gesundheitsversorgung vorgenommen werden darf, wenn sie nicht auf

dem freien und informierten Einverständnis der betroffenen Person beruht (ebenda Nr. 11). Der Ausschuss fordert die Staaten deshalb auf, jede Form der Zwangsbehandlung aufzugeben (ebenda Nr. 12). Auch hier gibt der Ausschuss keine Antwort auf die Frage, was nach seinem Verständnis des Vertragstextes mit Menschen geschehen soll, die keinen freien Willen bilden können und sich in hilfloser Lage befinden. Es spricht auch unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Ausschusses nichts dafür, dass diese Menschen nach Text und Geist der Behindertenrechtskonvention ihrem Schicksal überlassen werden sollten und die Konvention auch unter den hier von Verfassungs wegen geforderten strengen Voraussetzungen einer Zwangsbehandlung entgegen steht, zumal auch nach den vorstehend dargelegten Forderungen des Verfassungsrechts und den geltenden Regeln des Betreuungsrechts das nationale Recht in Übereinstimmung mit der Behindertenrechtskonvention dem Grundsatz des Vorrangs des – gegebenenfalls unterstützten – Willens des Behinderten folgt.

BVerfG, Urteil vom 24.07.2018, 2 BvR 309/15 und 2 BvR 502/16: Zwangsfixierung von Personen in öffentlich-rechtlicher Unterbringung

Entscheidung: 5- und 7-Punkt-Fixierung im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Unterbringung stellt eine eigenständige Freiheitsentziehung dar und unterliegt einem Richtervorbehalt. Sie ist nur unter engen Voraussetzungen zulässig, d. h. auf Grundlage einer hinreichend bestimmten Rechtsgrundlage, unter Einhaltung verfahrensmäßiger Sicherungen und unter strikter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 90–92):

90. Die Regelungen der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) vermögen dieses Ergebnis ebenfalls nicht in Frage zu stellen. Zum einen haben sie lediglich den Rang eines Bundesgesetzes (vgl. Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem Fakultativprotokoll vom 13. Dezember 2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21. Dezember 2008, BGBl II S. 1419). Zum anderen stehen sie der Zulässigkeit einer nicht nur kurzfristigen Fixierung auch in der Sache nicht grundsätzlich entgegen. Sowohl bei psychisch kranken als auch bei suchtkranken Personen handelt es sich um Menschen mit Behinderungen im Sinne von Art. 1 Abs. 2 BRK (siehe nur Aichele, in: Zinkler/Laupichler/Osterfeld, Prävention von Zwangsmaßnahmen, 2016, S. 18 <20 f.>), sodass sie betreffende Zwangsmaßnahmen in den Anwendungsbereich der Konvention fallen. Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch bereits festgestellt, dass den Konventionsbestimmungen – insbesondere Art. 12 BRK –, die auf Sicherung und Stärkung der Autonomie behinderter Menschen gerichtet sind, kein grundsätzliches Verbot für Maßnahmen entnommen werden kann, die gegen den natürlichen Willen des Betroffenen vorgenommen werden und an eine krankheitsbedingt eingeschränkte Selbstbestimmungsfähigkeit anknüpfen (vgl. für die Zwangsbehandlung BVerfGE 128, 282 <306 f.>; 142, 313 <345 Rn. 88>). Die Vertragsstaaten sind allerdings verpflichtet, geeignete Sicherungen gegen Interessenkonflikte, Missbrauch und Missachtung sowie zur Gewährleistung der Verhältnismäßigkeit vorzusehen (vgl. BVerfGE 128, 282 <307>; 142, 313 <345 Rn. 88>). Zu diesen Sicherungen gehört gemäß Art. 12 Abs. 4 Satz 2 BRK auch, dass solche Maßnahmen „von möglichst kurzer Dauer sind und dass sie einer regelmäßigen Überprüfung durch eine zuständige, unabhängige und unparteiische Behörde oder gerichtliche Stelle unterliegen“. Darüber hinaus müssen sie gemäß Art. 15 Abs. 2 BRK alle wirksamen gesetzgeberischen, verwaltungsmäßigen, gerichtlichen oder sonstigen Maßnahmen treffen, um auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu verhindern, dass Menschen mit Behinderungen der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

91. Der Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat in seinen Abschließenden Bemerkungen zum ersten Staatenbericht Deutschlands die Empfehlung ausgesprochen, eine Überprüfung mit dem Ziel der offiziellen Abschaffung aller Praktiken vorzunehmen, die als Folterhandlungen angesehen werden, namentlich die

Anwendung körperlicher und chemischer freiheitseinschränkender Maßnahmen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen zu verbieten (vgl. UN-Dok. CRPD/C/DEU/CO/1 vom 13. Mai 2015, S. 6 § 34). Hierbei bezieht er sich offenbar auf die Auffassung des UN-Sonderberichterstatters über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, Juan E. Mendéz, dem zufolge jede – auch nur kurzfristige – Fixierung von Menschen mit psychischen Behinderungen als Folter und Misshandlung angesehen werden kann (vgl. den Bericht des UN-Sonderberichterstatters vom 1. Februar 2013, der ein absolutes Verbot der Fixierung fordert [UN-Dok. A/HRC/22/53, S. 16, 26], abrufbar unter www.ohchr.org). Der Ausschuss hat nach Art. 34 ff. BRK allerdings kein Mandat zur verbindlichen Interpretation des Vertragstextes. Auch eine Kompetenz zur Fortentwicklung internationaler Abkommen über Vereinbarungen und die Praxis der Vertragsstaaten hinaus kommt ihm nicht zu (vgl. Art. 31 Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969, UNTS 1155, 331 <340>, BGBl II 1985 S. 926, der Völkergewohnheitsrecht wiedergibt; dazu Villiger, Commentary on the 1969 Vienna Convention on the Law of Treaties, 2009, Art. 31 Rn. 37 m. w. N.; siehe auch Dörr, in: Dörr/Schmalenbach, Vienna Convention on the Law of Treaties, A Commentary, 2012, Art. 31 Rn. 19 f., 76). Seine Äußerungen haben zwar erhebliches Gewicht, sie sind jedoch weder für internationale noch für nationale Gerichte verbindlich (vgl. BVerfGE 142, 313 <346 Rn. 90> m. w. N.).

92. In Anbetracht einer von einem psychisch Kranken ausgehenden unmittelbaren Gefahr für Leben und körperliche Unversehrtheit des Betroffenen selbst oder Dritter erscheint die pauschale Charakterisierung jeglicher Art der Fixierung als Folter oder erniedrigende und unmenschliche Behandlung zu weitreichend. Die vom Senat angehörten Ärzte waren übereinstimmend der Auffassung, dass auf die Fixierung oder funktionsäquivalente Maßnahmen in bestimmten akuten Gefahrensituationen nicht vollständig verzichtet werden kann. Der Ausschuss, der auch andere Sicherungsmaßnahmen wie Sedierung und Isolierung gleichermaßen ablehnt, gibt – ebenso wie bei der medizinischen Zwangsbehandlung (vgl. BVerfGE 142, 313 <347 f. Rn. 91>) – keine Antwort auf die Frage, was in solchen Situationen nach seinem Verständnis des Vertragstextes mit Menschen geschehen soll, die für ein Gespräch nicht (mehr) erreichbar sind und für sich selbst oder andere eine akute Gefahr darstellen. Die von Verfassungs wegen geforderten strengen Voraussetzungen für die Fixierung einer untergebrachten Person – eine hinreichend bestimmte Rechtsgrundlage, verfahrensmäßige Sicherungen und die strikte Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes – stellen jedenfalls sicher, dass die Bundesrepublik Deutschland auch ihren Verpflichtungen aus Art. 12 Abs. 4 i. V. m. Art. 15 BRK nachkommen kann.

4.1.2 Sozialgerichtsbarkeit

BSG, Urteil vom 29.04.2010, B 9 SB 2/09 R: Anspruch einer Person mit aufenthaltsrechtlicher Duldung auf Feststellung einer Schwerbehinderung

Entscheidung: Eine Person, die aufenthaltsrechtlich lediglich geduldet ist, hat einen Anspruch auf Feststellung der Schwerbehinderung, wenn anzunehmen ist, dass sie sich länger als sechs Monate in Deutschland aufhalten wird.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 43):

43. Die Annahme einer Anspruchsberechtigung von nicht freizügigkeitsberechtigten Ausländern auf Feststellung ihrer Schwerbehinderteneigenschaft, sobald anzunehmen ist, dass sie sich aufenthaltsrechtlich geduldet mehr als sechs Monate in Deutschland aufhalten werden, wird durch das am 1.1.2009 in Kraft getretene Gesetz zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie zu dem fakultativen Protokoll vom 13.12.2006 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 21.12.2008 (BGBl II 1419) untermauert.

BSG 2011, Urteil vom 10.03.2011, B 3 KR 9/10 R: Kostenübernahme für ein technisches Hilfsmittel durch die gesetzliche Krankenversicherung

Entscheidung: Ein elektronisches Produkterkennungssystem mit Sprachausgabe (Barcodelesegerät) kann für erblindete und hochgradig sehbehinderte Versicherte ein Hilfsmittel der gesetzlichen Krankenversicherung zum Ausgleich einer bestehenden Behinderung sein.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 21–22):

21. Die generelle Eignung eines Barcodelesegerätes zur Verwirklichung des als Grundbedürfnis anerkannten selbständigen Wohnens und zur Schaffung des dazu erforderlichen körperlichen und geistigen Freiraums wird weder durch die mögliche Hilfe Dritter noch durch die dem sehbehinderten Menschen möglichen sekundären Sinneswahrnehmungen in Frage gestellt.

22. Dem Verweis des behinderten Menschen auf die Hilfe Dritter steht bereits die Zielsetzung der Hilfsmittelversorgung entgegen. Wesentliches Ziel der Hilfsmittelversorgung ist es, den behinderten Menschen von der Hilfe anderer weitgehend bzw. deutlich unabhängiger zu machen (BSG SozR 4-2500 § 33 Nr 27 RdNr 18). Daher kann der für die Leistungspflicht der GKV ausschlaggebende funktionelle Gebrauchsvorteil eines Hilfsmittels auch darin liegen, dass sich der behinderte Mensch durch das Hilfsmittel ein bis dahin nur mit fremder Hilfe wahrnehmbares allgemeines Grundbedürfnis (teilweise) erschließen kann und somit befähigt wird, ein selbständigeres Leben zu führen. In diese Richtung zielen nunmehr ebenfalls Art 19 (Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft) und Art 20 (Persönliche Mobilität) des „Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“. Dieses Übereinkommen und sein Fakultativprotokoll sind für Deutschland nach Maßgabe des Vertragsgesetzes vom 21.12.2008 (BGBl II 2008 S 1419) seit 26.3.2009 verbindlich.

BSG, Urteil vom 06.03.2012, B 1 KR 10/11 R: Kostenerstattung für ein Arzneimittel

Entscheidung: Der Leistungsausschluss von Arzneimitteln zur Behandlung einer erektilen Dysfunktion in der gesetzlichen Krankenversicherung verletzt weder Verfassung noch Völkerrecht, auch wenn er behinderte Menschen betrifft.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 16–33):

16. Entgegen der Ansicht des Klägers führt Art 25 UN-BRK zu keinem Anspruch auf Versorgung mit Cialis zu Lasten der GKV. Hierbei ist lediglich Art 25 S 3 Buchst b iVm S 1 und 2 UN-BRK näher in den Blick zu nehmen. Der in § 34 Abs 1 S 7 bis 9 SGB V umfassend geregelte Leistungsausschluss widerspricht dagegen schon im Ansatz nicht dem in Art 25 S 3 Buchst a UN-BRK enthaltenen speziellen Diskriminierungsverbot.

17. Nach Art 25 S 3 Buchst a UN-BRK stellen die Vertragsparteien Menschen mit Behinderungen eine unentgeltliche oder erschwingliche Gesundheitsversorgung in derselben Bandbreite, von derselben Qualität und auf demselben Standard zur Verfügung wie anderen Menschen, einschließlich sexual- und fortpflanzungsmedizinischer Gesundheitsleistungen und der Gesamtbevölkerung zur Verfügung stehender Programme des öffentlichen Gesundheitswesens. Das SGB V stellt dem Kläger in diesem Sinne eine Gesundheitsversorgung genau in derselben Bandbreite, von derselben Qualität und auf demselben Standard zur Verfügung wie anderen Menschen. Art 25 S 3 Buchst a UN-BRK enthält dagegen nach Wortlaut, Regelungssystem und Zweck keinen Anspruch auf eine Behandlung aller „wesentlichen Erkrankungen“ zu Lasten der GKV.

18. Im Ergebnis begründet auch Art 25 S 3 Buchst b iVm S 1 und 2 UN-BRK keine eigenständige Rechtsgrundlage, die den in § 34 Abs 1 S 7 bis 9 SGB V geregelten Leistungsausschluss für behinderte Menschen aufhebt. Art 25 S 1, 2 und 3 Buchst b UN-BRK hat in der – gemäß Art 50 UN-BRK nicht verbindlichen – deutschen Fassung folgenden Wortlaut:

„Die Vertragsstaaten anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderungen auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung. Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen Zugang zu geschlechtsspezifischen Gesundheitsdiensten, einschließlich gesundheitlicher Rehabilitation, haben. Insbesondere ...

b) bieten die Vertragsstaaten die Gesundheitsleistungen an, die von Menschen mit Behinderungen speziell wegen ihrer Behinderungen benötigt werden, soweit angebracht, einschließlich Früherkennung und Frühintervention, sowie Leistungen, durch die, auch bei Kindern und älteren Menschen, weitere Behinderungen möglichst gering gehalten oder vermieden werden sollen; [...]"

19. Art 25 S 3 Buchst b UN-BRK verdrängt nicht als ranggleiches späteres Bundesrecht den 2004 in das SGB V eingefügten Leistungsausschluss des § 34 Abs 1 S 7 bis 9 SGB V nach den Grundsätzen der allgemeinen intertemporalen Kollisionsregeln (vgl hierzu BSG SozR 4-2500 § 275 Nr 4 RdNr 13 f; lex posterior derogat legi priori). Art 25 S 3 Buchst b UN-BRK gilt in Deutschland im Rang einfachen Bundesrechts. Das Vertragsgesetz zur UN-BRK ist gemäß dessen Art 2 Abs 1 am 1.1.2009 in Kraft getreten. Es erteilt innerstaatlich den Befehl zur Anwendung der UN-BRK und setzt diese in nationales Recht um (vgl allgemein BVerfG NJW 2007, 499, 501; BVerfGE 104, 151, 209; 90, 286, 364; 77, 170, 210). Völkerrechtliche Verbindlichkeit kommt der UN-BRK für Deutschland gemäß Art 45 Abs 2 UN-BRK ab 26.3.2009 zu (vgl auch Art 2 Abs 2 Vertragsgesetz zur UN-BRK iVm der Bekanntmachung über das Inkrafttreten der UN-BRK vom 5.6.2009, BGBl II 812). Ab diesem Zeitpunkt könnte Art 25 S 3 Buchst b UN-BRK entgegenstehendes älteres Bundesrecht obsolet werden lassen (vgl auch BSG SozR 4-2500 § 33 Nr 25 RdNr 28; zur Abhängigkeit des Geltungsbeginns von der völkerrechtlichen Wirksamkeit des Vertrages BVerfGE 63, 343, 354; 1, 396, 411 f; RG JW 1932, 582; Kunig in Graf Vitzthum, Völkerrecht, 5. Aufl 2010, S 120 RdNr 112; aA Burghart DÖV 1993, 1038).

20. Innerhalb der deutschen Rechtsordnung stehen völkerrechtliche Verträge wie die UN-BRK, denen die Bundesrepublik Deutschland beigetreten ist, im Range eines Bundesgesetzes (vgl BVerfGE 111, 307, 317; 82, 106, 114; 74, 358, 370). Diese Rangzuweisung führt in Verbindung mit Art 20 Abs 3 GG dazu, dass deutsche Gerichte das anwendbare Völkervertragsrecht wie anderes Gesetzesrecht des Bundes im Rahmen methodisch vertretbarer Auslegung zu beachten und anzuwenden haben, hier also ggf unter Beachtung des intertemporalen Rechts (vgl BVerfGE 111, 307, 317; einem theoretisch denkbaren Vorrang von Völkervertragsrecht nach § 30 Abs 2 SGB I steht der Anwendungsvorrang des SGB V entgegen, vgl § 37 S 1 und 2 SGB I). Ein – weitergehender – Anwendungsvorrang besteht dagegen für eine völkerrechtliche Norm, wenn sie in den Rang des Gewohnheitsrechts erwachsen ist. In diesem Falle sind die Behörden und Gerichte der Bundesrepublik Deutschland gemäß Art 25 GG grundsätzlich daran gehindert, innerstaatliches Recht in einer die Norm verletzenden Weise auszulegen und anzuwenden (vgl BVerfGE 112, 1, 27; Masuch in Festschrift für Renate Jaeger, 2011, 245, 260).

21. Die Regelung des Art 25 S 3 Buchst b UN-BRK beinhaltet indes keine allgemeine Regel des Völkerrechts mit dem genannten Geltungsvorrang. Bei den allgemeinen Regeln des Völkerrechts handelt es sich um Regeln des universell geltenden Völkergewohnheitsrechts, ergänzt durch aus den nationalen Rechtsordnungen tradierte allgemeine Rechtsgrundsätze (BVerfGE 117, 141, 149; 109, 13, 27; 16, 27, 33; 15, 25, 32 ff). Das Bestehen von Völkergewohnheitsrecht setzt eine gefestigte Praxis zahlreicher Staaten voraus, die in der Überzeugung geübt wird, hierzu aus Gründen des Völkerrechts verpflichtet zu sein (BVerfGE 46, 342, 367 mwN). Daran fehlt es hier. Art 25 S 3 Buchst b UN-BRK gibt nämlich nicht eine gefestigte Praxis zahlreicher Staaten wieder, Menschen mit Behinderungen ein der Regelung vergleichbares Recht auf Gesundheit zu gewähren. Dies verdeutlicht bereits eine Betrachtung des europäischen Rechtsrahmens. Ein entsprechendes Recht ist etwa weder in der Europäischen Menschenrechtskonvention noch in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union enthalten (vgl hierzu Rothfritz, Die Konvention der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen, 2010, S 333).

22. Kein Anwendungsvorrang des Art 25 UN-BRK folgt aus dem Umstand, dass die Europäische Gemeinschaft (EG; Rechtsnachfolgerin: Europäische Union <EU>, vgl Art 1 Abs 3 S 3 Vertrag über die Europäische Union und Schreiben an den UN-Generalsekretär, BGBl II 2010, 250) dem Übereinkommen gemäß Art 44 UN-BRK iVm Art 310 des Vertrags zur Gründung der EG (<EGV>

idF des Vertrages von Nizza, BGBl II 2001, 1666; vgl jetzt Art 217 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union <AEUV>) beigetreten ist. Dieser Beitritt wirkt nur im Umfang der Zuständigkeiten der EG. Die EG vermochte sich völkerrechtlich nur im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu binden (vgl auch die Erklärung der EG zur UN-BRK, abrufbar unter http://treaties.un.org). Nur in diesem Rahmen kann eine Bindung der Mitgliedstaaten nach Art 300 Abs 7 EGV bzw nunmehr nach Art 216 Abs 2 AEUV eintreten, die den Bestimmungen der UN-BRK zu einer Stellung über dem Bundesrecht verhilft. Die Festlegung der Leistungskataloge der nationalen Krankenversicherungssysteme liegt indes außerhalb der Kompetenz der EU (Art 168 Abs 7 AEUV, zuvor Art 152 Abs 5 EGV; EuGHE I 2001, 5473 RdNr 87 – Smits und Peerbooms; EuGHE I 2003, 4509 RdNr 98 – Müller-Fauré und van Riet; vgl insgesamt auch Denkschrift der Bundesregierung zur UN-BRK, BT-Drucks 16/10808, S 45, 46).

23. Art 25 S 3 Buchst b UN-BRK, der in der deutschen Rechtsordnung wie dargelegt im Range eines einfachen Bundesgesetzes gilt, enthält – soweit hier von Interesse – keine Vorgaben, die unmittelbar für Ansprüche GKV-Versicherter auf Arzneimittel bei erektiler Dysfunktion relevant sind. Die Norm ist – jedenfalls in ihrem hier bedeutsamen Teil – nicht hinreichend bestimmt, um von den KKn unmittelbar angewendet zu werden; sie bedarf einer Ausführungsgesetzgebung und ist non-self-executing (vgl dazu Grzeszick, Rechte des Einzelnen im Völkerrecht, AVR 43, 2005, 312, 318).

24. Die unmittelbare Anwendbarkeit völkervertragsrechtlicher Bestimmungen (zum Unterschied zur Geltung vgl etwa BVerfG NJW 2011, 2113 RdNr 53 f; BVerfGK 9, 174 = NJW 2007, 499, RdNr 52 f; speziell zur UN-BRK Aichele AnwBl 2011, 727, 730) setzt voraus, dass die Bestimmung alle Eigenschaften besitzt, welche ein Gesetz nach innerstaatlichem Recht haben muss, um Einzelne berechtigen oder verpflichten zu können (vgl BVerfGE 29, 348, 360). Dafür muss ihre Auslegung ergeben, dass sie geeignet und hinreichend bestimmt ist, wie eine innerstaatliche Vorschrift rechtliche Wirkung zu entfalten, ohne dass es einer weiteren normativen Ausfüllung bedarf (BVerfG NJW 2007, 499, 501; BVerfGE 29, 348, 360; vgl auch BVerwG Beschluss vom 18.1.2010 – 6 B 52/09 – juris RdNr 4; BVerwGE 134, 1 RdNr 46; BVerwGE 125, 1 RdNr 12; BVerwGE 120, 206, 208 f; BVerwGE 92, 116, 118; BVerwGE 87, 11, 13). Ist eine Regelung – objektiv-rechtlich – unmittelbar anwendbar, muss sie zusätzlich auch ein subjektives Recht des Einzelnen vermitteln (Geiger, Grundgesetz und Völkerrecht, 5. Aufl 2010, S 141, 159; Grzeszick, AVR 43, 2005, 312, 318). Gemäß Art 31 Abs 1 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23.5.1969 (BGBl II 1985, 926 und BGBl II 1987, 757) erfolgt die Auslegung eines völkerrechtlichen Vertrages nach Treu und Glauben in Übereinstimmung mit der gewöhnlichen, seinen Bestimmungen in ihrem Zusammenhang zukommenden Bedeutung und im Lichte seines Ziels und Zwecks (vgl auch Graf Vitzthum in ders, Völkerrecht, 5. Aufl 2010, S 56 RdNr 123 mwN). Wortlaut, Regelungszusammenhang sowie Ziel und Zweck der Regelung des Art 25 S 3 Buchst b UN-BRK sprechen gegen seine unmittelbare Anwendbarkeit für Leistungsrechte GKV-Versicherter im dargelegten Sinne.

25. Nach seinem Wortlaut verpflichtet Art 25 S 3 Buchst b UN-BRK die Vertragsstaaten zu weiteren Maßnahmen, nämlich dazu, die genau benannten Gesundheitsleistungen „anzubieten“. Die Terminologie der Verpflichtung von Vertragsstaaten, Leistungen „anzubieten“ („to provide“), indiziert keine unmittelbare Anwendbarkeit (vgl auch Ziff 33 des „General Comment No 14“ vom 11.8.2000 <UN-Dokument E/C.12/2000/4> zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19.12.1966, BGBl II 1973, 1569; im Folgenden: WiSoKu-Pakt; zur Bedeutung der „General Comments“ im Völkerrecht vgl zB BVerwGE 134, 1 RdNr 48 mwN; englische Fassungen der General Comments im Internet abrufbar unter http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/, deutsche Übersetzung veröffentlicht in Deutsches Institut für Menschenrechte, Die „General Comments“ zu den VN-Menschenrechtsverträgen. Deutsche Übersetzung und Kurzeinführungen, 2005; zur Typologie „to respect“, „to protect“ and „to fulfil“ im Zusammenhang mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten vgl Koch in Human Rights Law Review 5, 2005, 81).

Die Formulierung unterscheidet sich zugleich wesentlich von anderen Vertragsbestimmungen, die bereits nach ihrem Wortlaut einen unmittelbaren Anspruch begründen, ohne dass es weiterer Umsetzungsakte bedarf (so zB Art 30 Abs 4 UN-BRK: „Menschen mit Behinderungen haben gleichberechtigt mit anderen Anspruch auf …").

26. Auch der Regelungszusammenhang mit Art 25 S 1 und 2 UN-BRK spricht gegen eine unmittelbare Anwendbarkeit von S 3 Buchst b der genannten Regelung. Weil die Vertragsstaaten das Recht von Menschen mit Behinderungen auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ohne Diskriminierung aufgrund von Behinderung anerkennen, treffen sie die in S 2 genannten geeigneten Maßnahmen, um dieses Recht zu gewährleisten. Art 25 S 3 Buchst b UN-BRK knüpft hieran an und spezifiziert beispielhaft („Insbesondere") die in Art 25 S 1 und 2 UN-BRK ausdrücklich als Staatenverpflichtung konzipierte allgemeine Regelung.

27. Das Ineinandergreifen der Bestimmungen des Art 25 S 1, 2 und 3 Buchst b UN-BRK verdeutlicht zugleich die Zielsetzung und den Regelungszweck, das in Art 25 UN-BRK geschützte Menschenrecht im „erreichbaren Höchstmaß" zu verwirklichen. Die darin liegende Beschränkung spiegelt die Grenzen aufgrund der eingeschränkten finanziellen Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme wider: Nach Art 4 Abs 2 UN-BRK ist jeder Vertragsstaat hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verpflichtet, unter Ausschöpfung seiner verfügbaren Mittel und erforderlichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit Maßnahmen zu treffen, um nach und nach die volle Verwirklichung dieser Rechte zu erreichen (sog. Progressionsvorbehalt).

28. Die Regelung des Art 4 Abs 2 UN-BRK gilt zwar unbeschadet derjenigen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen, die nach dem Völkerrecht sofort anwendbar sind. Dazu gehört Art 25 S 3 Buchst b UN-BRK wegen seines Umsetzungsbedarfs in nationales Recht aber nicht. Diese Rechtsnorm ist vielmehr mit Art 12 Abs 2 WiSoKuPakt vergleichbar. Er benennt beispielhaft Schritte, die die Vertragsstaaten zur vollen Verwirklichung des „erreichbaren Höchstmaßes" („highest attainable standard") an Gesundheit einzuleiten haben (vgl zur Entwicklung der UN-BRK im völkerrechtlichen Kontext auch Masuch in Festschrift für Renate Jaeger, 2011, 245, 246; Aichele, APuZ 2010, 13, 15; siehe auch „General Comment 3" Ziff 5 vom 14.12.1990 <UN-Dokument E/1991/23> – keine Erwähnung von Art 12 WiSoKuPakt; „General Comment No 14" vom 11.8.2000 <UN-Dokument E/C.12/2000/4> Ziff 1 zum Diskriminierungsverbot und Ziff 43 – Kernbereich medizinischer Grundversorgung auf Minimalniveau <„minimum essential levels[…] including essential primary health care"> – hier nicht betroffen; vgl schließlich Denkschrift der Bundesregierung zur UN-BRK, BT-Drucks 16/10808, S 45, 58 f).

29. Letztlich verhelfen auch weder das Diskriminierungsverbot des Art 5 Abs 2 UN-BRK noch Verfassungsrecht dem Kläger zum Erfolg. Art 5 Abs 2 UN-BRK ist allerdings nach den aufgeführten Kriterien unmittelbar anwendbar, in diesem Sinne also self-executing (vgl BVerfG SozR 4-2600 § 77 Nr 9 RdNr 54; Denkschrift der Bundesregierung zur UN-BRK, BT-Drucks 16/10808, S 45, 48; Masuch in Festschrift für Renate Jaeger, 2011, 245, 246, 250). Nach dieser Regelung verbieten die Vertragsstaaten jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung und garantieren Menschen mit Behinderungen gleichen und wirksamen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung, gleichviel aus welchen Gründen.

30. Zu den Menschen mit Behinderungen zählen nach Art 1 Abs 2 UN-BRK Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können. Nach Art 2 UN-BRK bedeutet „Diskriminierung aufgrund von Behinderung" jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund von Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass das auf die Gleichberechtigung mit anderen gegründete Anerkennen, Genießen oder Ausüben aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen oder jedem anderen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird. Sie umfasst alle Formen der Diskriminierung, einschließlich der Versagung angemessener Vorkehrungen. Im

Sinne des Übereinkommens bedeutet gemäß Art 2 UN-BRK „angemessene Vorkehrungen“ notwendige und geeignete Änderungen und Anpassungen, die keine unverhältnismäßige oder unbillige Belastung darstellen und die, wenn sie in einem bestimmten Fall erforderlich sind, vorgenommen werden, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen oder ausüben können. Nach Art 4 Abs 1 S 1 UN-BRK verpflichten sich die Vertragsstaaten, die volle Verwirklichung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede Diskriminierung aufgrund von Behinderung zu gewährleisten und zu fördern. Zu diesem Zweck verpflichten sich die Vertragsstaaten zu den im Einzelnen in Art 4 Abs 1 S 2 UN-BRK genannten Maßnahmen.

31. Ausgehend von diesen Grundsätzen entspricht das unmittelbar anwendbare Diskriminierungsverbot des Art 5 Abs 2 UN-BRK für die Leistungsbestimmungen der GKV im Wesentlichen dem Regelungsgehalt des Art 3 Abs 3 S 2 GG. Danach darf niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Das Benachteiligungsverbot des Art 3 Abs 3 S 2 GG erschöpft sich nicht in der Anordnung, behinderte und nichtbehinderte Menschen rechtlich gleich zu behandeln. Vielmehr kann eine Benachteiligung auch bei einem Ausschluss von Entfaltungs- und Betätigungsmöglichkeiten durch die öffentliche Gewalt gegeben sein, wenn dieser nicht durch eine auf die Behinderung bezogene Fördermaßnahme kompensiert wird (vgl BVerfGE 99, 341, 357; 96, 288, 303; BVerfGK 7, 269, 273). Besonders bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass die UN-BRK generell als Auslegungshilfe für die Bestimmung von Inhalt und Reichweite der Grundrechte herangezogen werden kann (vgl BVerfG NJW 2011, 2113, RdNr 52; BVerfGE 111, 307, 317) und dies auch speziell für das Verständnis des Art 3 Abs 3 S 2 GG gilt (so im Ergebnis BVerfG SozR 4-2600 § 77 Nr 9 RdNr 54).

32. Der gesetzliche Leistungsausschluss nach § 34 Abs 1 S 7 bis 9 SGB V verstößt indes weder gegen das verfassungsrechtliche Benachteiligungs- noch gegen das konventionsrechtliche Diskriminierungsverbot. Der gesetzliche Leistungsausschluss knüpft nicht an eine Behinderung im verfassungsrechtlichen (vgl die allgemein auf die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben abstellende Regelung des § 2 Abs 1 S 1 SGB IX, an dessen Vorgängernorm – § 3 Abs 1 Schwerbehindertengesetz – sich der verfassungsändernde Gesetzgeber bei der Schaffung des Art 3 Abs 3 S 2 GG orientiert hat, s BVerfGE 96, 288, 301) und konventionsrechtlichen Sinne an, sondern erfasst weitergehend alle Fälle der Erkrankung (§ 27 Abs 1 S 2 Nr 3 SGB V) oder – hier nicht betroffen – der Schwächung der Gesundheit, die in absehbarer Zeit voraussichtlich zu einer Krankheit führen würde (§ 23 Abs 1 Nr 1, Abs 3 SGB V). Die Ausschlussregelung setzt nicht den Eintritt einer Behinderung voraus, sondern lässt auch eine vorübergehende Krankheit oder Erscheinungsformen in deren Vorfeld ausreichen.

33. Auch soweit die Vorschrift zugleich behinderte Menschen iS des Art 3 Abs 3 S 2 GG oder des Art 1 Abs 2 UN-BRK trifft, ist sie wegen des Gestaltungsspielraums des Gesetzgebers bei der Ausgestaltung des GKV-Leistungskatalogs noch gerechtfertigt. Wie das GG fordert auch die UN-BRK zur Achtung des Diskriminierungsverbots keine unverhältnismäßigen oder unbilligen Belastungen. Die sich daraus ergebenden Rechtfertigungsanforderungen sind nicht höher als die nach dem GG.

BSG, Urteil vom 23.08.2013, B 8 SO 24-11 R:
Behinderungsgerechter Umbau eines PKW

Entscheidung: Bei der Frage, ob ein Mensch mit Behinderungen auf ein Kraftfahrzeug angewiesen ist, sind seine besondere Situation sowie seine individuellen Bedürfnisse und Wünsche unter Einbeziehung von Art und Ausmaß der Behinderung zu berücksichtigen, mithin ist ein personenzentrierter Maßstab anzulegen.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 16–19):

16. Ob die Klägerin iS des § 9 Abs 2 Nr 11 Eingliederungshilfe-VO auf ein Kraftfahrzeug „angewiesen“ ist, kann allerdings nicht abschließend entschieden werden. Dies beurteilt sich in erster Linie nach dem Sinn und Zweck der Eingliederungshilfe, eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern und

die behinderten Menschen in die Gesellschaft einzugliedern. Hierzu gehört es insbesondere, den behinderten Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern (§ 53 Abs 3 SGB XII). Die Formulierung verdeutlicht, dass es insgesamt ausreicht, die Begegnung und den Umgang mit anderen Menschen im Sinne einer angemessenen Lebensführung zu fördern. Maßgeblich sind im Ausgangspunkt die Wünsche des behinderten Menschen (§ 9 Abs 2 SGB XII); wie sich aus § 9 Abs 3 Eingliederungshilfe-VO ergibt („im Einzelfall"), gilt ein individueller und personenzentrierter Maßstab, der regelmäßig einer pauschalierenden Betrachtung des Hilfefalls entgegensteht (BSG SozR 4-5910 § 39 Nr 1 RdNr 25, 26; SozR 4-3500 § 54 Nr 6 RdNr 22).

17. Die von der Klägerin ausgeübte ehrenamtliche Tätigkeit gehört in besonderer Weise zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Dies verdeutlicht § 11 Abs 2 Satz 2 SGB XII; danach umfasst die aktive Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft auch ein gesellschaftliches Engagement. Es spielt mithin keine Rolle, dass durch etwaige Eingliederungshilfeleistungen die ehrenamtliche Tätigkeit mittelbar „gefördert" wird; denn in erster Linie soll der Umbau des Fahrzeugs die Mobilität der Klägerin erhöhen oder herstellen und ihr die Teilhabemöglichkeit eröffnen. Ob die Teilhabemöglichkeit in der Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit oder dem Besuch von Sportveranstaltungen oder Musikaufführungen besteht oder mit einer (sonstigen) aktiven Vereinsmitgliedschaft zusammenhängt, obliegt der Entscheidung des Behinderten. Er bestimmt selbst, was er in seiner Freizeit tut und welche Möglichkeiten zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft er ergreift. Gerade ältere, aus dem Arbeitsleben ausgeschiedene Menschen haben ein besonderes Bedürfnis, neue soziale Kontakte zu finden oder alte aufrechtzuerhalten, und nutzen die Möglichkeit, dies in ehrenamtlichen Tätigkeiten zu tun, um ihre Fähigkeiten sinnvoll und gewinnbringend einzusetzen und nicht auf das „Abstellgleis geschoben" zu werden.

18. Das LSG hat bei der Frage, ob die Klägerin auf den behindertengerechten Umbau des Kfz angewiesen ist, zu Unrecht einen rein objektiven Maßstab anhand der Anzahl ehrenamtlich veranlasster Fahrten außerhalb des Stadtgebiets von H. in den Jahren 2009 und 2010 angelegt. Nach der Rechtsprechung des Senats hätten aber die besondere Situation der Klägerin, die auch in der Vergangenheit ein behindertengerecht umgebautes Fahrzeug benutzt hat, sowie ihre individuellen Bedürfnisse und Wünsche unter Einbeziehung von Art und Ausmaß der Behinderung berücksichtigt werden und in die Entscheidung mit einfließen müssen (BSG SozR 4-5910 § 39 Nr 1 RdNr 22 f). Weshalb nur Fahrten außerhalb von H. und auch nur ehrenamtlich veranlasste Fahrten – nicht aber andere Fahrten mit dem Ziel der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft – berücksichtigungsfähig sein sollen, ist im Übrigen nicht nachvollziehbar. Dies gilt erst recht, folgte man der Begründung des LSG, dass das Primat der beanspruchten Leistung bei der Teilhabe am Arbeitsleben liege, weil es dann allein auf die Regelmäßigkeit der Nutzung ankommt, nicht aber auf besonders veranlasste Fahrten außerhalb des Nahbereichs abzustellen wäre. Zudem darf die Beurteilung, ob die Klägerin auf das Fahrzeug angewiesen ist, nicht auf die Jahre 2009 und 2010 beschränkt werden, weil der Antrag bereits im Jahr 2007 gestellt und während des Verwaltungsverfahrens der Umbau veranlasst worden ist. Schließlich muss die Frage des „Angewiesenseins" prognostisch beurteilt werden; deshalb ist in die Beurteilung auch die Beanspruchung eines Fahrzeugs in der Vergangenheit mit einzubeziehen, was das LSG unterlassen hat. Die erforderlichen Feststellungen wird das LSG nachholen müssen. Ggf wird es auch prüfen müssen, ob es für die Klägerin – etwa mit Behindertentransporten bzw durch Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel – überhaupt zumutbare Alternativen zum Umbau ihres Fahrzeugs gegeben hätte und ob es ihr zumutbar und technisch auch möglich gewesen wäre, das Rollstuhlverladesystem des alten PKW weiter zu nutzen, oder ob die Anschaffung eines neuen Systems erforderlich oder wirtschaftlich sinnvoller war.

19. § 8 Abs 1 Satz 2 Eingliederungshilfe-VO rechtfertigt nicht das vom LSG gefundene (andere) Ergebnis. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob der Senat der Auffassung folgt, dass die Anwendung dieser Vorschrift eine regelmäßige Nutzung des Fahrzeugs (zur Beschaffung eines Kraftfahrzeugs: BVerwGE 55, 31 und 111, 328) im Sinne

einer annähernd täglichen Nutzung voraussetzt; denn § 8 Abs 1 Satz 2 Eingliederungshilfe-VO ist nicht bei der Auslegung von § 9 Abs 2 Nr 11 Eingliederungshilfe-VO heranzuziehen. Nach § 8 Abs 1 Eingliederungshilfe-VO gilt die Hilfe zur Beschaffung eines Kraftfahrzeugs als Leistung zur Teilhabe am Arbeitsleben und zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft iS des § 54 Abs 1 Satz 1 SGB XII iVm den §§ 33 und 55 SGB IX. Sie wird in angemessenem Umfang gewährt, wenn der behinderte Mensch wegen Art oder Schwere seiner Behinderung insbesondere zur Teilhabe am Arbeitsleben auf die Benutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen ist. Bereits der Wortlaut der Vorschrift zeigt, dass von dieser Hilfeart nur die „Beschaffung" eines Kraftfahrzeugs „insbesondere zur Teilhabe am Arbeitsleben" betroffen ist, während § 9 Eingliederungshilfe-VO weiter gefasst ist und Hilfsmittel betrifft, die zum Ausgleich der durch die Behinderung bedingten Mängel dienen und nicht in erster Linie zur Teilhabe am Arbeitsleben gewährt werden. § 9 Abs 1 und 2 Nr 11 Eingliederungshilfe-VO knüpft insbesondere nicht an die Anspruchsvoraussetzungen des § 8 Eingliederungshilfe-VO an, sondern bestimmt seine Anspruchsvoraussetzungen unabhängig selbst. Deshalb ist (auch) der Anspruch auf Hilfe für besondere Bedienungseinrichtungen und Zusatzgeräte für ein bereits vorhandenes Kraftfahrzeug allein nach § 9 Abs 1 und Abs 2 Nr 11 Eingliederungshilfe-VO – unabhängig von § 8 Eingliederungshilfe-VO – zu beurteilen (BVerwG, Beschluss vom 20.12.1990 – 5 B 113/89). Diesem Verständnis entspricht nicht zuletzt Art 20 des – allerdings erst am 26.3.2009 ratifizierten – Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention), wonach die Vertragsstaaten wirksame Maßnahmen treffen, um für Menschen mit Behinderungen „persönliche Mobilität mit größtmöglicher Unabhängigkeit" sicherzustellen, ohne dies auf den Personenkreis beschäftigter Behinderter zu beschränken.

BSG, Beschluss vom 14.11.2013, B 9 SB 84/12 B: Fürsorgepflicht des Gerichts und Pflichten eines besonderen Vertreters

Entscheidung: Ein Gericht hat grundsätzlich darauf zu achten, dass sich die prozessualen Handlungen eines von ihm bestellten besonderen Vertreters im Rahmen seiner ihm obliegenden Pflichten halten.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 9):

9. Ferner ist in diesem Zusammenhang Art. 12 Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13.12.2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK; BGBl II 2008, 1419 ff) zu berücksichtigen (vgl dazu allgemein Loytved/Frerichs in Aichele (Hrsg.), Das Menschenrecht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht, 2013, S 121, 135 ff). Nach Art. 12 Abs. 3 UN-BRK treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen, um Menschen mit Behinderungen Zugang zu der Unterstützung zu verschaffen, die sie bei der Ausübung ihrer Rechts- und Handlungsfähigkeit gegebenenfalls benötigen. Dementsprechend sollte auch die Tätigkeit eines besonderen Vertreters darauf ausgerichtet sein, nicht einfach seine eigenen Entscheidungen an die Stelle derjenigen des prozessunfähigen Beteiligten zu setzen, sondern diesen – soweit wie möglich und zumutbar – bei der Ausübung seiner Rechts- und Handlungsfähigkeit zu unterstützen.

BSG, Urteil vom 23.07.2014, B 8 SO 14/13 R, BSGE 116, 210-222: Regelbedarfseinstufung[1]

Entscheidung: Der Regelbedarf von Menschen mit Behinderungen, die mit anderen erwachsenen Personen zusammenwohnen, ohne deren Partner zu sein, ist nach Regelbedarfsstufe 1 und nicht Regelbedarfsstufe 3 zu bemessen.

1 Zur gleichen Rechtsfrage ergingen am gleichen Tag zwei weitere Entscheidungen, die auch auf die UN-BRK Bezug nehmen: Bundessozialgericht (2014): Urteil vom 23. Juli 2014 – B 8 SO 12/13 R und Bundessozialgericht (2014): Urteil vom 23. Juli 2014 – B 8 SO 31/12 R –, BSGE 116, 223–227. Danach haben volljährige Menschen mit Behinderung haben einen Anspruch auf die Regelbedarfsstufe 1, wenn sie bei ihren Eltern oder in einer Wohngemeinschaft leben

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 25–26):

25. Es kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass das Gesetz den Begriff der eigenen „Haushaltsführung“ im Anschluss an die Formulierung der Regelbedarfsstufen in dem Sinne versteht, dass nur die hilfebedürftige Person, die die einzelnen Verrichtungen in einem Haushalt in einem gewissen Maße auch tatsächlich ausüben kann, der Regelbedarfsstufe 1 (und nicht der Regelbedarfsstufe 3) unterfallen soll (in diesem Sinne etwa LSG Sachsen-Anhalt, Beschluss vom 18.7.2012 – L 8 SO 13/12 B ER; zweifelnd Gutzler in jurisPK SGB XII, 2. Aufl 2014, § 27a SGB XII RdNr 80). Die zu fordernde Beteiligung an der Haushaltsführung muss sich vielmehr gerade an den jeweiligen individuellen Fähigkeiten orientieren. Eine andere Auslegung würde zu einer (indirekten) Ungleichbehandlung von behinderten Menschen führen und verstieße gegen Art 3 Abs 3 Satz 2 GG und damit gleichzeitig gegen das Diskriminierungsverbot in Art 5 Abs 2 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13.12.2006 (UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), Gesetz vom 21.12.2008 – BGBl II 1419 –, in der Bundesrepublik in Kraft seit 26.3.2009 – BGBl II 812). Denn das Benachteiligungsverbot des Art 3 Abs 3 Satz 2 GG erschöpft sich nicht in der Anordnung, behinderte und nichtbehinderte Menschen rechtlich gleich zu behandeln. Vielmehr kann eine Benachteiligung auch bei einem Ausschluss von Entfaltungs- und Betätigungsmöglichkeiten durch die öffentliche Gewalt gegeben sein (vgl nur BVerfGE 128, 138 ff = SozR 4-2600 § 77 Nr 9 mwN).

26. Eine Auslegung, nach der entscheidend für die Zuordnung zur Regelbedarfsstufe 3 eine in bestimmter Weise dauerhaft eingeschränkte körperliche Funktion, geistige Fähigkeit oder seelische Gesundheit des Leistungsberechtigten maßgeblich wäre, träfe zwar nicht alle behinderten Menschen gleichermaßen. Sie würde gleichwohl an die Schwere einer dauerhaften körperlichen, geistigen oder seelischen Einschränkung und damit an die Auswirkungen einer Behinderung anknüpfen (vgl den Behinderungsbegriff in § 2 Abs 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – (SGB IX)). Eine entsprechende Differenzierung fände auch keine Rechtfertigung gerade in den eingeschränkten Fähigkeiten der behinderten Person (dazu etwa BVerfGE 99, 341 ff); für die Wahrnehmung des in Rede stehenden Rechts sind bestimmte Fähigkeiten nicht unerlässliche Voraussetzung. Das mit Art 1 GG iVm Art 20 GG gewährleistete Recht auf Sicherung einer menschenwürdigen Existenz knüpft insbesondere nicht an die Erwerbsfähigkeit an. Es ist aber nicht erkennbar, welche Kompensation sich auf der Bedarfsseite für behinderte Menschen mit Beeinträchtigungen, die sich auf die Fähigkeit einen Haushalt zu führen auswirken, gerade durch das Zusammenleben mit einer anderen Person ergeben sollten, die eine Zuordnung zur Regelbedarfsstufe 3 rechtfertigen würde. Dies wird besonders deutlich, wenn beide Mitglieder des Haushalts einer ambulanten Rund-um-die-Uhr-Betreuung durch eine außenstehende Person bedürfen: Hier würde eine andere Sichtweise sogar zu der nicht zu rechtfertigenden Annahme führen, keiner dieser behinderten Personen stünde die Regelbedarfsstufe 1 zu. Soweit sich schließlich in der Gesetzesbegründung (BT-Drucks 17/4095, S 27 und 41) der Hinweis auf elterliche Unterhaltspflichten in Haushaltsgemeinschaften findet, sind solche Überlegungen von vornherein zur verfassungsrechtlichen Rechtfertigung einer Regelung ungeeignet, die gerade nicht typisierend an das Zusammenleben im Familienverbund anknüpft.

BSG, Urteil vom 06.08.2014, B 11 AL 5/14 R:
Gleichstellung mit einem schwerbehinderten Menschen

Entscheidung: Dem Anspruch auf Gleichstellung gemäß § 2 Abs. 3 SGB IX steht nicht entgegen, dass bereits ein Arbeitsverhältnis besteht, wenn die_der Antragsteller_in einen konkreten Arbeitsplatz erlangen möchte.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 21):

21. Schließlich spricht der Zweck der Regelung, die Sicherung oder Herstellung von Teilhabe am Arbeitsleben, für diese Auslegung. Die Vorschrift will – wie das LSG zutreffend herausgearbeitet hat – damit auch die Freiheit der Berufswahl des behinderten Menschen schützen. Das Grundrecht aus Art 12 Abs 1 Grundgesetz (GG) will diese

Freiheit u. a. objektivrechtlich gewährleisten (vgl. Jarass in Jarass/Pieroth, GG 12. Aufl. 2012, Vorb. vor Art. 1 RdNr. 3 mwN). Auch Art. 27 Abs. 1 S. 2 Lit a und e UN-BRK und Art. 21, 26 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union geben (EUGrdRCh) Hinweise zur Auslegung des § 2 Abs. 3 SGB IX, denn nach diesen völkerrechtlichen und supranationalen Normen ist ein diskriminierungsfreier Zustand anzustreben. Dieser ist nicht bereits dadurch hergestellt, dass ein behinderter Mensch in irgendeiner Weise eine Tätigkeit ausüben kann, vielmehr muss auch der Zugang zu anderen bzw. der Wechsel von Berufsfeldern diskriminierungsfrei ermöglicht werden (vgl OVG Niedersachsen Urteil vom 25.1.2011 – 5 LC 190/09 – Juris; BSG Urteil vom 1.3.2011 – B 7 AL 6/10 R – BSGE 108, 4 = SozR 4-3250 § 2 Nr 4).

BSG, Urteil vom 11.08.2015, B 9 SB 1/14 R: Feststellung des Merkzeichens G

Entscheidung: Ein Anspruch auf Feststellung des Nachteilsausgleichs G besteht auch dann, wenn bei der_dem Antragsteller_in gleich schwere Auswirkungen auf die Gehfunktion und die zumutbare Wegstrecke vor wie bei dem in Teil D Nr 1 Buchst d AnlVersMedV beispielhaft aufgeführten Personenkreis vorliegen.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 21):

21. Der umfassende Behindertenbegriff iS des § 2 Abs 1 S 1 SGB IX gebietet im Lichte des verfassungsrechtlichen als auch des unmittelbar anwendbaren UN-konventionsrechtlichen Diskriminierungsverbots (Art 3 Abs 3 S 2 GG; Art 5 Abs 2 UN-BRK, hierzu BSGE 110, 194 = SozR 4-1100 Art 3 Nr 69 RdNr 31) die Einbeziehung aller körperlichen, geistigen und seelischen Beeinträchtigungen. Den nicht erwähnten Behinderungen sind die Regelbeispiele als Vergleichsmaßstab zur Seite zu stellen. Anspruch auf Nachteilsausgleich G hat deshalb auch ein schwerbehinderter Mensch, der nach Prüfung des einzelnen Falles aufgrund anderer Erkrankungen als den in Teil D Nr 1 Buchst d bis f AnlVersMedV genannten Regelfällen dem beispielhaft aufgeführten Personenkreis mit gleich schweren Auswirkungen auf die Gehfunktion gleichzustellen ist (vgl BSG Urteil vom 13.8.1997 – 9 RVs 1/96 – SozR 3-3870 § 60 Nr 2). Dies gilt auch für psychosomatische oder psychische Behinderungen und Krankheitsbilder, wie das der Entscheidung vom 13.8.1997 ua zugrunde liegende Schmerzsyndrom oder das hier im Falle der Klägerin bestehende Fibromyalgie-Syndrom und die damit einhergehende Schmerzproblematik.

BSG, Urteil vom 11.08.2015, B 9 BL 1/14 R, BSGE 119, 224–230: Anspruch auf Landesblindengeld für cerebral schwerst geschädigte Kinder

Entscheidung: Ein Anspruch auf Landesblindengeld besteht bei Blindheit, und zwar unabhängig von der konkreten Ursache für die Blindheit.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 17–28):

17. Dabei kann es sowohl nach dem Wortlaut als auch nach Sinn und Zweck des Gesetzes dahingestellt bleiben, auf welcher konkreten Ursache die Blindheit im Einzelfall beruht, ob sie auf einer Schädigung des optischen Sehapparates, einer Hirnschädigung oder einer Kombination denkbarer Ursachen beruht. Auch cerebrale Schäden, die zu einer Beeinträchtigung des Sehvermögens führen, sind beachtlich und können zur Blindheit führen (etwa der Ausfall der Sehrinde <sog Rindenblindheit>, vgl auch Anl zu § 2 Teil A Nr 6 Buchst c Versorgungsmedizin-Verordnung <VersMedV>), und zwar für sich allein oder im Zusammenwirken mit Beeinträchtigungen des Sehorgans. Der erkennende, für das BayBlindG allein zuständige 9. Senat des BSG gibt insoweit seine bisherige anderslautende, an die Materialien zum Gesetzentwurf für ein BayBlindG anknüpfende Rechtsprechung auf.

18. Das BSG hatte bisher in Anlehnung an Empfehlungen der Sektion Versorgungsmedizin des Ärztlichen Sachverständigenbeirates beim früheren Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA, Rundschreiben vom 16.2.1990) zwischen Störungen beim „Erkennen“ (Schädigung des Sehapparates) und beim „Benennen“ (Schädigung in der Verarbeitung wahrgenommener optischer Reize) unterschieden. Ausgangspunkt der Empfehlung war der Antrag eines Mädchens, das infolge einer Gewalttat unter einem apallischen Syndrom litt und die Versorgung mit einem Blindenführhund

beantragt hatte. Der Sachverständigenbeirat beim BMA kam zu dem Ergebnis, dass bei einer solchen cerebralen Schädigung (dort als „Seelenblindheit“ oder „visuelle Agnosie“ bezeichnet) keine Blindheit vorliege; nicht das Sehvermögen mit dem Sehorgan im engeren Sinne sei beeinträchtigt, sondern die Fähigkeit, das Gesehene geistig zu verarbeiten (vgl dazu Stefan Jungeblut, Nicht sehen können – doch nicht blind? in: Sozialrecht im Umbruch, 2010, S 69, 70). Das BSG hat bei seiner Differenzierung zwischen „Erkennens- und Benennungsstörungen“ selbst darauf hingewiesen, dass es sich im Einzelfall als sehr schwierig erweisen könne, eine Störung zu lokalisieren und einer dieser Kategorien zuzuweisen (vgl BSG Urteil vom 31.1.1995 – 1 RS 1/93 – SozR 3-5920 § 1 Nr 1 S 5, Juris RdNr 34 zum Saarländischen Gesetz Nr 761 über die Gewährung einer Blindheitshilfe; zum BayBlindG wieder Urteil vom 26.10.2004 – B 7 SF 2/03 R – SozR 4-5921 Art 1 Nr 1 RdNr 13; Urteil vom 20.7.2005 – B 9a BL 1/05 R – BSGE 95, 76 = SozR 4-5921 Art 1 Nr 2, RdNr 9–11).

19. Das BSG gibt diese Differenzierung nunmehr auf. Soweit in der Gesetzesbegründung ausgeführt wird, unter dem Begriff „Störungen des Sehvermögens“ seien Störungen beim Erkennen optischer Reize zu verstehen, die sich nicht auf eine Beeinträchtigung elementarer visueller Leistungen, auf eine Benennungsstörung oder auf eine allgemeine Herabsetzung kognitiver Fähigkeiten zurückführen lassen (Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein BayBlindG, BayLT-Drucks 13/458 S 5; vgl zum Ausschluss jeder visuellen Agnosie nach Anl zu § 2 Teil A Nr 6 Buchst c VersMedV; zur Teilnichtigkeit dieser Regelung SG Osnabrück Urteil vom 24.6.2009 – S 9 SB 231/07 mit Anm Dau, jurisPR-SozR 24/2009 Anm 4), hat diese Differenzierung in Art 1 BayBlindG keinen normativen Niederschlag gefunden.

20. Die Differenzierung kann zudem gerade bei cerebral geschädigten Menschen vielfach medizinisch kaum nachvollzogen werden, dh die Ursache der Beeinträchtigung des Sehvermögens nicht genau bestimmt werden. Denn die Untersuchung visueller Wahrnehmungsleistungen setzt voraus, dass Untersuchungsfähigkeit gegeben ist; dazu gehören ua ausreichende Leistungen in den kognitiven Bereichen Aufmerksamkeit und Gedächtnis, ausreichende Sprachleistungen (Mitteilung ua über das eigene Sehvermögen bzw Beschreiben von optischen Reizen) oder ausreichende Handfunktionen, etwa um Reaktionstasten im Rahmen perimetrischer Untersuchungen betätigen zu können (vgl dazu Braun/Zihl, Der Blindheitsnachweis bei zerebralen Funktionsstörungen, MED SACH 2/2015, 81ff; und sogleich unter 2b, aa).

21. Ein hinreichend sachlicher Grund für das Erfordernis einer genauen Lokalisierung der Sehstörung ist daher nicht nachweisbar. Entscheidend für den Anspruch auf Blindengeld ist allein, ob es insgesamt an der Möglichkeit zur Sinneswahrnehmung „Sehen“ (optische Reizaufnahme und deren weitere Verarbeitung im Bewusstsein des Menschen) fehlt, ob der behinderte Mensch „blind“ ist. Damit wird die Frage hinfällig, ob die zugrunde liegende Annahme, der Wahrnehmungsvorgang stelle einen in strikter zeitlicher Abfolge stattfindenden Prozess mit mehreren voneinander klar abgrenzbaren Phasen (perzeptiv, semantisch und lexikalisch) dar, mit der aktuellen wissenschaftlichen Evidenzlage vereinbar ist (vgl Braun/Zihl, Der Blindheitsnachweis bei zerebralen Funktionsstörungen, MED SACH 2/2015, 81, 82: fehlende Trennschärfe visueller Verarbeitungsstrukturen; aA und für einen mehrstufigen Prozess weiterhin vgl Zimbardo/Gerrig, Psychologie, 20. Aufl, 2015, S 112ff, 161f).

22. Dem Anspruch des Klägers steht auch nicht entgegen, dass bei ihm darüber hinaus auch sonstige Sinnesorgane wie sein Hörvermögen oder der Tastsinn auf Schwerste beeinträchtigt sind. Soweit der Senat in seiner bisherigen Rechtsprechung für den Blindengeldanspruch verlangt hat, dass bei cerebralen Schäden eine spezifische Störung des Sehvermögens vorliegt, hält er auch daran nicht mehr fest (Aufgabe von BSGE 95, 76 = SozR 4-5921 Art 1 Nr 2). Der Senat hat für den Nachweis einer schweren Störung des Sehvermögens bisher verlangt, dass die visuelle Wahrnehmung deutlich stärker betroffen ist, als die Wahrnehmung in anderen Modalitäten (vgl BSG Urteil vom 20.7.2005 – B 9a BL 1/05 R – BSGE 95, 76 = SozR 4-5921 Art 1 Nr 2, RdNr 9). Zu einer Aufgabe dieser Rechtsprechung sieht sich der Senat aus den oben bereits angesprochenen Erkenntnisschwierigkeiten (dazu aa) sowie unter dem Aspekt der Gleichbehandlung veranlasst (dazu bb).

23. Die Praxis der Instanzgerichte, darunter diejenige über den Anspruch des Klägers, zeigen, dass sich gerade bei mehrfach schwerstbehinderten Kindern eine spezifische Störung des Sehvermögens medizinisch kaum verlässlich feststellen lässt (vgl weiter zB Urteil des Bayerischen LSG vom 17.7.2012 – L 15 BL 11/08 – Juris RdNr 58 ff). Insoweit fehlt es an Erhebungs- und Untersuchungsmethoden, deren Einsatz sowohl zu medizinisch sicheren Ergebnissen führt als auch ethisch vertretbar ist. Das Kriterium der „spezifischen Sehstörung" hat sich aus Sicht des Senates insgesamt als nicht praktikabel erwiesen, weil es zu einer Erhöhung des Risikos von Zufallsergebnissen führt.

24. Anspruchsbegründende Tatsachen im Recht der sozialen Leistungen unterliegen grundsätzlich einem notwendigen Vollbeweis (BSG SozR 4-3250 § 69 Nr 15 RdNr 46), die Nichterweislichkeit geht zu Lasten des Klägers. Die Nichterweislichkeit ginge auch im Falle des bayerischen Blindengelds zu Lasten des Klägers (hierzu Demmel, Die Entwicklung und Bedeutung der öffentlich-rechtlichen Blindengeldleistung als Sozialleistung, 2003, S 228). Etwaige Beweiserleichterungen des sozialen Entschädigungsrechts kommen nicht zum Tragen (zB § 15 Gesetz über das Verwaltungsverfahren der Kriegsopferversorgung; Wahrscheinlichkeitsmaßstab bei Kausalitätsfragen BSG SozR 4-3200 § 81 Nr 6 RdNr 25). Besondere Vorschriften der Kriegsopferversorgung gelten im Rahmen des BayBlindG nur, soweit solche im SGG vorgesehen sind (vgl Art 7 Abs 3 S 2 BayBlindG, zB § 154 Abs 2 SGG; vgl BayLT-Drucks 13/458 S 6).

25. Die mit dem Beweisrecht verbundene typisierende Annahme, dass die relevanten Tatsachen im Ansatz hinreichend verlässlich feststellbar sind, ist in Bezug auf die vorhandene medizinische Diagnostik zur Feststellung einer spezifischen Sehstörung nicht gerechtfertigt. Die Diagnostik spezifischer Sehstörungen insbesondere bei cerebral geschädigten Kindern ist beschränkt. Medizintechnische Untersuchungsmethoden sind – worauf in der Vorinstanz unangegriffen hingewiesen wurde – wegen der notwendigen Sedierung oder gar Narkotisierung ethisch kaum vertretbar, verbleibende Befragungen der Betreuungspersonen störanfällig, weil oftmals subjektiv gefärbt (vgl dazu Braun/Zihl, Der Blindheitsnachweis bei zerebralen Funktionsstörungen, MED SACH 2/2015, 81, 83). Der Einsatz von Entwicklungsskalen hängt nach Auskunft der Gesellschaft für Neuropädiatrie maßgeblich von der Expertise des Testleiters ab. Die Anwendung der GES für Kleinkinder (im Alter von 0 bis 12 Monaten) auf ältere Kinder begünstigt weitere Unwägbarkeiten, unabhängig davon, ob sie dem neuesten anerkannten Stand des einschlägigen Erfahrungswissens genügen, welcher im Rahmen der richterlichen Sachaufklärung (§ 103 SGG) verbindlich zugrunde zu legen wäre (vgl BSG Urteil vom 24.7.2012 – B 2 U 9/11 R – SozR 4-2700 § 8 Nr 44 RdNr 63). Zweifel bestehen jedenfalls insofern auch in Anbetracht des Umstandes, dass die Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie in ihrer S2k-Praxisleitlinie „Intelligenzminderung" von Dezember 2014 S 35 die GES (Brandt und Sticker 2001) wegen ihrer geringen Testgüte und mangels aktueller Normen für den diagnostischen Einsatz nicht einmal mehr empfohlen hat (abrufbar unter www.awmf.de).

26. Vor allem aber lässt es der allgemeine Gleichheitssatz nicht zu, bei schwer cerebral geschädigten Menschen zu verlangen, dass die zu Blindheit führende Beeinträchtigung ihres Sehvermögens noch deutlich stärker ausgeprägt ist als die Beeinträchtigung ihrer sonstigen Sinneswahrnehmungen (Hören, Tasten etc), sog spezifische Sehstörung. Hieran hält der Senat im Hinblick auf das Gebot der Gleichbehandlung behinderter Menschen vor dem Gesetz nicht mehr fest (Art 3 Abs 1 und 3 S 2 GG; Art 5 UN-Behindertenrechtskonvention, zur unmittelbaren Anwendbarkeit BSGE 110, 194 = SozR 4-1100 Art 3 Nr 69, RdNr 29 ff).

27. Abgesehen davon, dass sich bei schwersten cerebralen Schäden die mit dem Merkmal einer spezifischen Sehstörung angestrebte Begrenzung des blindengeldberechtigten Personenkreises angesichts des erhöhten Risikos von Zufallsergebnissen (dazu oben aa) nach derzeitigen Erkenntnissen nicht hinreichend rechtssicher erreichen lässt (zum vorgelagerten Aspekt einer genauen Abgrenzung des begünstigten Personenkreises bereits BVerfGE 37, 154, 155, 164 f), besteht auch sonst keine Möglichkeit die genannte Differenzierung zu rechtfertigen.

28. Der Senat sieht keinen hinreichenden sachlichen Grund dafür, dass zwar derjenige Blindengeld erhalten soll, der „nur“ blind ist, nicht aber derjenige, bei dem zusätzlich zu seiner Blindheit noch ein Verlust oder eine schwere Schädigung des Tastsinns oder sonstiger Sinnesorgane vorliegt, bei dem aber nicht von einer deutlich stärkeren Betroffenheit des Sehvermögens gegenüber der Betroffenheit sonstiger Sinnesorgane gesprochen werden kann (im Ergebnis ebenso bereits BVerfG Beschluss vom 7.5.1974 – 1 BvL 6/72 – BVerfGE 37, 154, 165 f zur Differenzierung zwischen zu einer zu fehlendem Sehvermögen führenden Beeinträchtigung der Sehschärfe und einer vergleichbar wirkenden Einschränkung des Gesichtsfeldes).

BSG, Beschluss vom 28.09.2017, B 3 KR 7/17 B: Pflichten des Gerichts zur Sicherstellung der Verständigungsmöglichkeiten der Parteien

Entscheidung: Es obliegt dem Gericht, die Verständigung mit den Parteien in der mündlichen Verhandlung sicherzustellen.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 7):

7. Nach § 202 SGG iVm § 186 Abs 1 GVG erfolgt die Verständigung mit einer hör- oder sprachbehinderten Person in der mündlichen Verhandlung nach ihrer Wahl mündlich, schriftlich oder mit Hilfe einer die Verständigung ermöglichenden Person, die vom Gericht hinzuzuziehen ist. Für die mündliche und schriftliche Verständigung hat das Gericht die geeigneten technischen Hilfsmittel bereitzustellen. Die hör- oder sprachbehinderte Person ist auf ihr Wahlrecht hinzuweisen. Entsprechend Art. 13 Abs. 1 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen vom 13.12.2006 (BGBl 2008 II, 1419, 1420, UN-BRK) soll diese spezielle Vorschrift zur Kommunikation im gerichtlichen Verfahren den gleichberechtigten und wirksamen Zugang zur Justiz für Menschen mit Behinderungen gewährleisten (vgl Erster Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland vom 3.8.2011 zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über Rechte von Menschen mit Behinderungen, S 35 f; Roller, SGb 2016, 17, 20).

4.1.3 Verwaltungsgerichtsbarkeit

BVerwG, Urteil vom 23.01.2018, 5 C 9/16: Anspruch auf notwendige Arbeitsassistenz

Entscheidung: Es besteht auch dann ein Anspruch auf die notwendige Arbeitsassistenz, wenn die_der Antragsteller_in eine bestehende Beamtentätigkeit freiwillig reduziert hat und die Arbeitsassistenz für eine zweite, selbständige aufgenommene Teilzeittätigkeit benötigt

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 15–17):

15. In die gleiche Richtung weisen § 102 Abs. 2 Satz 2 SGB IX a. F. bzw. § 185 Abs. 2 Satz 2 SGB IX n. F., wonach die von den Integrationsämtern durchgeführte begleitende Hilfe im Arbeitsleben dahin wirken soll, dass die schwerbehinderten Menschen in ihrer sozialen Stellung nicht absinken, auf Arbeitsplätzen beschäftigt werden, auf denen sie ihre Fähigkeiten und Kenntnisse voll verwerten und weiterentwickeln können sowie durch Leistungen der Rehabilitationsträger und Maßnahmen der Arbeitgeber befähigt werden, sich am Arbeitsplatz und im Wettbewerb mit nichtbehinderten Menschen zu behaupten. Die Maßnahmen zielen somit auch darauf ab, dem schwerbehinderten Menschen eine vollständige Umsetzung seiner vorhandenen Fähigkeiten und Kenntnisse im Erwerbsleben zu ermöglichen und diese darüber hinaus weiterzuentwickeln. Dem liegt das Verständnis eines Menschen zugrunde, bei dem sich auch im Beruf die Persönlichkeit entfaltet und der seine Arbeitskraft hierfür einsetzt. Deshalb ist es (ebenso wie bei einem nichtbehinderten Menschen) grundsätzlich Sache des schwerbehinderten Menschen zu entscheiden, welchem Beruf er nachgeht, ob er diesem seine Arbeitskraft vollumfänglich widmet oder ob er sie anteilig für mehrere Erwerbstätigkeiten einsetzt, und ob er eine Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung ausüben möchte.

16. Das entspricht dem in Art. 27 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention UN-BRK) zum Ausdruck kommenden Menschenbild. Nach dessen Abs. 1 Satz 1 Halbs. 2 beinhaltet das Recht von Menschen mit

Behinderungen auf Arbeit u. a. das Recht, diese frei zu wählen. Die UN-Behindertenrechtskonvention ist nach dem Gesetz vom 21. Dezember 2008 (BGBl. II S. 1419) seit dem 1. Januar 2009 als innerstaatliches Recht im Rang einfachen Bundesrechts anzuwenden und kann als Auslegungshilfe für die Bestimmung und den Inhalt der Grundrechte (BVerfG, Beschluss vom 23. März 2011 – 2 BvR 882/09 – BVerfGE 128, 282 Rn. 52; BSG, Urteil vom 6. März 2012 – B 1 KR 10/11 R – BSGE 110, 194 Rn. 31) und des einfachen Gesetzesrechts herangezogen werden.

17. Insbesondere die Entstehungsgeschichte der gesetzlichen Regelungen und der sich hieraus ergebende Sinn und Zweck der Kostenübernahme für eine notwendige Arbeitsassistenz als begleitende Hilfe im Arbeitsleben sprechen mit erheblichem Gewicht dafür, dass eine bereits ausgeübte Teilzeitbeschäftigung der fraglichen Kostenübernahme für eine andere Erwerbstätigkeit nicht entgegensteht. Die Übernahme der Kosten einer notwendigen Arbeitsassistenz wurde erstmals durch Art. 1 Nr. 17 Buchst. c des Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter vom 29. September 2000 (BGBl. I S. 1394 <1398>) als § 31 Abs. 3a des Schwerbehindertengesetzes eingeführt. Aussagekräftige Hinweise zur Arbeitsassistenz lassen sich den diesbezüglichen Gesetzesmaterialien, insbesondere den konkreten Erläuterungen zu dieser Bestimmung nicht entnehmen. Dies gilt ebenso angesichts der im Sommer 2001 erfolgten Übernahme der Regelungen in das Neunte Buch Sozialgesetzbuch. Deshalb hat das Oberverwaltungsgericht mit Recht die allgemeine Begründung zum Entwurf des Gesetzes zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter herangezogen. Danach sollte mit den Regelungen des Gesetzes dem Benachteiligungsverbot des Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG Rechnung getragen werden. Vor dem Hintergrund einer vom Gesetzgeber festgestellten seit Jahren bestehenden überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen sollte die Chancengleichheit schwerbehinderter Menschen im Arbeits- und Berufsleben verbessert und ihre Arbeitslosigkeit schnellstmöglich abgebaut werden (BT-Drs. 14/3372 S. 15). Dem Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen kam und kommt damit im Rahmen der auf die Erwerbstätigkeit bezogenen Regelungen des Neunten Buches Sozialgesetzbuch zwar eine wesentliche Bedeutung zu. Das bedeutet aber nicht, dass drohende oder bereits eingetretene Arbeitslosigkeit zugleich eine notwendige Bedingung für das Eingreifen dieser Regelungen im Allgemeinen und speziell der Vorschriften des § 102 Abs. 4 SGB IX a. F. bzw. § 185 Abs. 5 SGB IX n. F. wäre. Dies ergibt sich schon aus dem ebenfalls verfolgten Ziel der Verbesserung der Chancengleichheit schwerbehinderter Menschen im Arbeits- und Berufsleben im Vergleich zu nichtbehinderten Menschen, dem nicht nur bei erstmaliger Aufnahme einer Beschäftigung, sondern während der gesamten Zeitdauer der Erwerbstätigkeit Rechnung getragen werden soll. Nichtbehinderten Menschen steht es frei zu entscheiden, wie sie ihre Arbeitskraft einsetzen. Namentlich können sie nach eigenem Gutdünken darüber befinden, welchen Beruf sie ergreifen wollen, ob sie diesem ihre Arbeitskraft vollumfänglich widmen oder sie anteilig auf mehrere Erwerbstätigkeiten aufteilen. Für schwerbehinderte Menschen kann daher nichts anderes gelten.

4.1.4 Arbeitsgerichtsbarkeit

BAG, Urteil vom 19.12.2013, 6 AZR 190/12, BAGE 147, 60–88: Kündigung wegen symptomloser HIV-Erkrankung

Entscheidung: Zurückverweisung an das Landesarbeitsgericht mit dem Hinweis, dass auch eine symptomlose HIV-Erkrankung eine Behinderung im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes darstellt.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 50, 70–74):

50. Das Landesarbeitsgericht hat nicht berücksichtigt, dass sich der Arbeitgeber, der eine Kündigung darauf stützt, dass er den Arbeitnehmer wegen seiner Behinderung nicht einsetzen könne, nur dann auf den Rechtfertigungsgrund des § 8 Abs. 1 AGG berufen kann, wenn auch angemessene Vorkehrungen iSd. Art. 5 RL 2000/78/EG iVm. Art. 27 Abs. 1 Satz 2 Buchst. i, Art. 2 Unterabs. 4 des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit

Behinderungen – UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) – nicht zu einer Einsatzmöglichkeit führen. Unterlässt der Arbeitgeber die danach gebotenen Vorkehrungen und kann er den Arbeitnehmer deshalb nicht einsetzen, ist dieser Umstand regelmäßig nicht auf die Behinderung des Arbeitnehmers, sondern auf die Untätigkeit des Arbeitgebers zurückzuführen. Die Kündigung ist dann nicht gerechtfertigt (vgl. EuGH 11. April 2013 – C-335/11 ua. – [Ring] Rn. 66, 68; 11. Juli 2006 – C-13/05 – [Chacón Navas] Rn. 52, Slg. 2006, I-6467).

[...]

70. Der Kläger ist aufgrund seiner symptomlosen HIV-Infektion chronisch erkrankt. Diese Beeinträchtigung wirkt sich auf seine Teilhabe sowohl im Leben in der Gemeinschaft als auch in seinem Berufsfeld aus. Er ist deshalb behindert iSd. § 1 AGG. Das gilt so lange, wie das gegenwärtig auf eine solche Infektion zurückzuführende soziale Vermeidungsverhalten und die darauf beruhenden Stigmatisierungen andauern (ebenso Pärli/Naguib/Kuratli Schutz vor Benachteiligung aufgrund chronischer Krankheit 2012 S. 72 f., 77 f.; Schiek/Welti AGG § 1 Rn. 43; aA nur bei Auswirkungen auf das Arbeitsverhältnis: Adomeit/Mohr AGG 2. Aufl. § 1 Rn. 135; v. Roetteken AGG Stand Oktober 2013 § 1 Rn. 164; nur unter Berücksichtigung künftiger Beeinträchtigungen: Stein in Wendeling-Schröder/Stein AGG § 1 Rn. 54; auf den Einzelfall abstellend: Antwort der Bundesregierung BT-Drucks. 17/7283 S. 4 f.).

71. Die HIV-Infektion ist unheilbar. Sie hat eine Verminderung der zellulären Immunität und damit einen Immundefekt zur Folge (Pschyrembel Klinisches Wörterbuch 265. Aufl. Stichwort: HIV-Erkrankung). Diese Abweichung vom allgemein anerkannten Standard des biomedizinischen Zustands (vgl. zu dieser Definition die ICF Stand Oktober 2005 Einführung S. 18 unter 4.1 Ziff. 5) führt zu einer Beeinträchtigung der Funktion des Körpers iSd. Behindertenbegriffs des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes.

72. Auf den Grund der Behinderung oder ihre Art kommt es nicht an. Auch chronische Krankheiten werden vom Begriffsverständnis der Behinderung iSd. § 1 AGG erfasst. Das setzt allerdings voraus, dass die erforderliche Beeinträchtigung der Teilhabe vorliegt (BT-Drucks. 14/5074 S. 98; v. Roetteken AGG Stand Oktober 2013 § 1 Rn. 164b). Eine chronische Erkrankung, die solche Beeinträchtigungen nicht mit sich bringen kann, führt nicht zu einer Behinderung iSd. § 1 AGG (vgl. für die RL 2000/78/EG EuGH 11. April 2013 – C-335/11 ua. – [Ring] Rn. 42).

73. Der Kläger wird durch seine HIV-Infektion im erforderlichen Maß an der Teilhabe am Leben beeinträchtigt. Unerheblich ist dabei, dass seine Leistungsfähigkeit nicht eingeschränkt ist. Es genügt, dass er in interpersonellen Beziehungen und bei der Arbeit Stigmatisierungen ausgesetzt sein kann (vgl. ausdrücklich für eine HIV-Infektion ICF Stand Oktober 2005 Einführung S. 24 unter 5.1; vgl. auch Schiek/Welti AGG § 1 Rn. 43). Diese Vorurteile und Stigmatisierungen seiner Umwelt machen ihn zu einem Behinderten iSv. § 1 AGG.

74. Die gesellschaftliche Teilhabe auch von symptomlos HIV-Infizierten wird nach wie vor typischerweise durch zahlreiche Stigmatisierungen (zum Begriff des Stigmas Stürmer/Salewski in Beelmann/Jonas Diskriminierung und Toleranz S. 263, 267 f.; vgl. auch Empfehlung 200 der ILO vom 17. Juni 2010 unter I Ziff. 1 Buchst. d) und soziales Vermeidungsverhalten beeinträchtigt, die auf die Furcht vor einer Infektion zurückzuführen sind, auch wenn die Ausgrenzung in Westeuropa im Rückgang begriffen ist (Stürmer/Salewski aaO S. 264 f., 273; vgl. auch EGMR 3. Oktober 2013 – 552/10 – Rn. 79 ff.; EGMR 10. März 2011 – 2700/10 – [Kiyutin/Russland] Rn. 64). Insbesondere soll HIV-Infizierten signifikant häufig ärztliche Behandlung verweigert werden (Pärli/Naguib/Kuratli Schutz vor Benachteiligung aufgrund chronischer Krankheit 2012 S. 27), ebenso soll es zu Nachteilen bei Abschlüssen von Versicherungen, speziell Krankenversicherungen, kommen (Stürmer/Salewski aaO S. 273; Pärli/Naguib/Kuratli aaO S. 25). Darüber hinaus soll Vermeidungsverhalten zu beobachten sein, das sich nicht immer sogleich als Ausgrenzung und Diskriminierung erkennen lässt, zB in Form von Diskrepanzen zwischen verbalem und nonverbalem Verhalten (Stürmer/Salewski aaO S. 272 f.). Auch solche Stigmatisierungen und Vorurteile

sind benachteiligende gesellschaftliche Kontextfaktoren (vgl. EuGH 11. April 2013 – C-335/11 ua. – [Ring] Rn. 37 f.; Pärli/Naguib/Kuratli aaO S. 70). Diskriminierung ist letztlich der Endpunkt von Stigmatisierung (vgl. Pärli/Naguib/Kuratli aaO S. 35). Diese nach wie vor fest verwurzelten Vorurteile gegen HIV-Infizierte haben dazu geführt, dass in den Mitgliedstaaten des Europarats eine klare Gesamttendenz erkennbar ist, HIV-Infizierte, wenn nicht durch spezielle Vorschriften, so doch durch die jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften, die Schutz vor Diskriminierung etwa wegen Behinderung bieten, vor Ungleichbehandlungen am Arbeitsplatz, insbesondere vor diskriminierenden Kündigungen, zu schützen (EGMR 3. Oktober 2013 – 552/10 – Rn. 39, 82 f. unter Hinweis auf eine in dreißig Mitgliedstaaten des Europarats durchgeführte Vergleichsstudie). Auch die Empfehlung 200 der ILO vom 17. Juni 2010 sieht unter III. Ziff. 3 Buchst. c sowie unter IV. Ziff. 9 bis Ziff. 11 den Schutz vor Diskriminierungen und Kündigungen wegen einer HIV-Infektion vor und strebt unter IV. Ziff. 13 an, dass HIV-Infizierte ihre Arbeit ggf. mit angemessenen Vorkehrungen fortsetzen können.

BAG 2014, Urteil vom 22.05.2014, 8 AZR 662/13: Schadensersatzverlangen wegen Rückziehung des Arbeitsvertragsangebots nach Kenntniserlangung von der Schwerbehinderung

Entscheidung: Zurückverweisung an das Landesarbeitsgericht, das die Klage wegen Nichteinhaltung der Frist zur schriftlichen Geltendmachung des Schadensersatzanspruchs abgewiesen hatte und unter dieser Prämisse die zur abschließenden Beurteilung erforderlichen Tatsachenfeststellungen unterlassen hatte.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 42):

42. Zudem wird entscheidend zu berücksichtigen sein, dass ein Arbeitgeber, der eine Nichteinstellung darauf stützt, dass der Arbeitnehmer wegen seiner Behinderung nicht eingesetzt werden könne, sich nur dann auf § 8 Abs. 1 AGG berufen kann, wenn auch angemessene Vorkehrungen i. S. v. Art. 5 der Richtlinie 2000/78/EG i. V. m. Art. 27 Abs. 1 Satz 2 Buchst. i, Art. 2 Unterabs. 4 des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ergriffen werden. […]

4.2 Europäische Gerichte

4.2.1 Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

EGMR, Çam v. Türkei, Entscheidung vom 23.02.2016, Beschwerdenummer 51500/08: Zugang für eine blinde Schülerin zu einer staatlichen Musikhochschule

Entscheidung: Diskriminierung wegen einer Behinderung erstreckt sich auch auf die Weigerung, angemessene Vorkehrungen zu treffen, um Menschen mit Behinderungen den Zugang zur Bildung zu ermöglichen.

Aus den Entscheidungsgründen[2] (Rdnr. 64–65):

64. Der Gerichtshof hat im Kontext des vorliegenden Falls auch die Entwicklungen zu berücksichtigen, die hier im europäischen und internationalen Recht stattgefunden haben, und muss auf den Konsens [unter den Staaten] reagieren, der auf diesen Ebenen hinsichtlich der zu setzenden Normen gefunden wurde (vgl. EGMR (2012): Konstantin Markin v. Russland, Beschwerdenummer 30078/06, Rdnr. 126, und EGMR (2013): Fabris v. France, Beschwerdenummer 16574/08, Rdnr. 56) . Der Gerichtshof notiert diesbezüglich die Bedeutung der fundamentalen Prinzipien der Universalität und Nicht-Diskriminierung auf dem Gebiet der Bildung (EGMR (2012): Catan u. a. gegen Moldawien und Russland, Beschwerdenummern 43370/04, 8252/05 und 18454/06, Rdnr. 77–81). Demnach wird die sogenannte inklusive Bildung als bestgeeignetes Mittel angesehen,

2 Übersetzung angelehnt an die Übersetzung des Rechtsinformationssystems der Republik Österreich: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Justiz/JJT_20160223_AUSL000_000BSW51500_0800000_000/JJT_20160223_AUSL000_000BSW51500_0800000_000.pdf (aufgerufen am 20.08.2018).

um die genannten fundamentalen Prinzipien zu garantieren.

65. Art. 14 EMRK muss daher im Lichte der Anforderungen dieser Texte im Hinblick auf „angemessene Vorkehrungen“ [bei einer Behinderung] gelesen werden. Damit gemeint sind „notwendige und geeignete Änderungen und Anpassungen, die keine unverhältnismäßige oder unbillige Belastung darstellen und die, wenn sie in einem bestimmten Fall erforderlich sind, vorgenommen werden, um zu gewährleisten, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen alle Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen oder ausüben können“ (Art. 2 BRK). Derartige angemessene Vorkehrungen erlauben die Korrektur von faktischen Ungleichheiten, die eine Diskriminierung darstellen, sollten sie nicht gerechtfertigt sein.

4.2.2 Gerichtshof der Europäischen Union

EuGH, Urteil vom 17.07.2008, Rs. C-303/06 (Coleman): Assoziationsdiskriminierung

Zu den Vorlagefragen: Das vorlegende Gericht möchte wissen, ob die Richtlinie 2000/78 und insbesondere die Art. 1 und 2 Abs. 1 und 2 Buchst. a dahin auszulegen sind, dass sie eine unmittelbare Diskriminierung wegen einer Behinderung nur gegenüber einem Arbeitnehmer, der selbst behindert ist, verbieten oder ob der Grundsatz der Gleichbehandlung und das Verbot der unmittelbaren Diskriminierung auch für einen Arbeitnehmer gelten, der selbst nicht behindert ist, der aber, wie im Ausgangsverfahren, wegen einer Behinderung seines Kindes benachteiligt wird, für das er selbst im Wesentlichen die Pflegeleistungen erbringt, die dessen Zustand erfordert.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 38):

38. Somit ergibt sich aus diesen Bestimmungen der Richtlinie 2000/78 nicht, dass der Gleichbehandlungsgrundsatz, den sie gewährleisten soll, auf Personen beschränkt ist, die selbst eine Behinderung im Sinne der Richtlinie haben. Ihr Zweck ist vielmehr, in Beschäftigung und Beruf jede Form der Diskriminierung aus Gründen einer Behinderung zu bekämpfen. Der für diesen Bereich in der Richtlinie 2000/78 verankerte Gleichbehandlungsgrundsatz gilt nicht für eine bestimmte Kategorie von Personen, sondern in Bezug auf die in ihrem Art. 1 genannten Gründe. Diese Auslegung wird durch den Wortlaut von Art. 13 EG untermauert, der die Rechtsgrundlage der Richtlinie 2000/78 ist und in dem der Gemeinschaft die Zuständigkeit übertragen wird, geeignete Vorkehrungen zu treffen, um Diskriminierungen u. a. aus Gründen einer Behinderung zu bekämpfen.

EuGH, Urteil vom 11.04.2013 – verb. Rs C-335/11 und C-337/11 (HK Danmark): Krankheit als Behinderung

Zu den Vorlagefragen: Gegenstand des Verfahrens war die Vereinbarkeit dänischer Regelungen, die eine verkürzte Kündigungsfrist vorsahen, wenn die jeweiligen Beschäftigten innerhalb der letzten zwölf Monate krankheitsbedingt 120 Tage mit Entgeltfortzahlung abwesend waren. Das vorlegende Gericht stellte daher die Frage, ob der Begriff „Behinderung“ im Sinne der Richtlinie 2000/78 dahin auszulegen ist, dass er den Gesundheitszustand einer Person erfasst, die ihre Arbeit aufgrund physischer, geistiger oder psychischer Beeinträchtigungen über einen wahrscheinlich langen Zeitraum oder dauerhaft nicht oder nur in begrenztem Umfang verrichten kann. Es möchte außerdem wissen, ob dieser Begriff dahin auszulegen ist, dass er einen Zustand, der durch eine ärztlich diagnostizierte unheilbare Krankheit verursacht ist, erfasst, dass er auch einen Zustand, der durch eine ärztlich diagnostizierte heilbare Krankheit verursacht ist, erfasst und dass es für die Frage, ob der Gesundheitszustand einer Person unter diesen Begriff fällt, auf die Art der Maßnahmen ankommt, die der Arbeitgeber ergreifen muss.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 30, 41):

30. Dem Beschluss 2010/48 ist zu entnehmen, dass die Union das VN-Übereinkommen genehmigt hat. Die Bestimmungen dieses Übereinkommens bilden folglich seit dessen Inkrafttreten einen integrierenden Bestandteil der Unionsrechtsordnung (vgl. in diesem Sinne Urteil vom 30. April 1974, Haegeman, 181/73, Slg. 1974, 449, Randnr. 5).
[...]

41. Es ist daher festzustellen, dass eine heilbare oder unheilbare Krankheit unter den Begriff „Behinderung“ im Sinne der Richtlinie 2000/78 fallen kann, wenn sie eine Einschränkung mit sich bringt, die insbesondere auf physische, geistige oder psychische Beeinträchtigungen zurückzuführen ist, die in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren den Betreffenden an der vollen und wirksamen Teilhabe am Berufsleben, gleichberechtigt mit den anderen Arbeitnehmern, hindern können, und wenn diese Einschränkung von langer Dauer ist.

EuGH, Urteil vom 18.12.2014, C-354/13 (Kaltoft): Adipositas als Behinderung

Zu den Vorlagefragen: Das vorlegende Gericht möchte wissen, ob das Unionsrecht dahin auszulegen ist, dass es ein allgemeines Verbot der Diskriminierung wegen Adipositas als solcher in Beschäftigung und Beruf enthält. Außerdem stellte es die Frage, ob die Richtlinie 2000/78 dahin auszulegen ist, dass die Adipositas eines Arbeitnehmers eine „Behinderung“ im Sinne dieser Richtlinie darstellen kann und, falls ja, welche Kriterien ausschlaggebend dafür sind, dass dem Betreffenden der durch die Richtlinie gewährte Schutz gegen Diskriminierung wegen einer Behinderung zugute kommt.

Aus den Entscheidungsgründen (Rdnr. 53–57):

53. Nach der Ratifizierung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das mit dem Beschluss 2010/48/EG des Rates vom 26. November 2009 (ABl. 2010, L 23, S. 35) im Namen der Europäischen Gemeinschaft genehmigt wurde, hat der Gerichtshof festgestellt, dass der Begriff „Behinderung“ im Sinne der Richtlinie 2000/78 so zu verstehen ist, dass er eine Einschränkung erfasst, die u. a. auf physische, geistige oder psychische Beeinträchtigungen von Dauer zurückzuführen ist, die in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren den Betreffenden an der vollen und wirksamen Teilhabe am Berufsleben, gleichberechtigt mit den anderen Arbeitnehmern, hindern können (vgl. Urteile HK Danmark, EU:C:2013:222, Rn. 37 bis 39; Z., C-363/12, EU:C:2014:159, Rn. 76, und Glatzel, C-356/12, EU:C:2014:350, Rn. 45).

54. Dieser Begriff „Behinderung“ ist so zu verstehen, dass er nicht nur die Unmöglichkeit erfasst, eine berufliche Tätigkeit auszuüben, sondern auch eine Beeinträchtigung der Ausübung einer solchen Tätigkeit. Eine andere Auslegung wäre mit dem Ziel dieser Richtlinie unvereinbar, die insbesondere Menschen mit Behinderung Zugang zur Beschäftigung oder die Ausübung eines Berufs ermöglichen soll (vgl. Urteil Z., EU:C:2014:159, Rn. 77 und die dort angeführte Rechtsprechung).

55. Für den Anwendungsbereich dieser Richtlinie je nach Ursache der Behinderung zu differenzieren, würde außerdem ihrem Ziel selbst, die Gleichbehandlung zu verwirklichen, widersprechen (vgl. Urteil HK Danmark, EU:C:2013:222, Rn. 40).

56. Der Begriff „Behinderung“ im Sinne der Richtlinie 2000/78 hängt nämlich nicht davon ab, inwieweit der Betreffende gegebenenfalls zum Auftreten seiner Behinderung beigetragen hat.

57. Darüber hinaus geht die Definition des Begriffs „Behinderung“ im Sinne von Art. 1 der Richtlinie 2000/78 der Bestimmung und Beurteilung der in Art. 5 der Richtlinie ins Auge gefassten geeigneten Vorkehrungsmaßnahmen voraus. Gemäß dem 16. Erwägungsgrund dieser Richtlinie soll mit solchen Maßnahmen nämlich den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderung Rechnung getragen werden, und sie sind daher Folge und nicht Tatbestandsmerkmal der Behinderung (vgl. in diesem Sinne Urteil HK Danmark, EU:C:2013:222, Rn. 45 und 46).

5 Literaturempfehlungen

5.1 Kommentierungen und Sammelbände zur UN-BRK

Aichele, Valentin (Hg.) (2013): Das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht: Artikel 12 der UN-Behindertenrechtskonvention. Baden-Baden: Nomos

Blanck, Peter/Flynn, Eilionóir (Hg.) (2017): Routledge handbook of disability law and human rights. London, New York: Routledge

Degener, Theresia/Diehl, Elke (Hg.) (2015): Handbuch Behindertenrechtskonvention. Teilhabe als Menschenrecht- Inklusion als gesellschaftliche Aufgabe. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung

Degener, Theresia/Eberl, Klaus/Graumann, Sigrid/Maas, Olaf/Schäfer, Gerhard K. (Hg.) (2016): Menschenrecht Inklusion: 10 Jahre UN-Behindertenrechtskonvention – Bestandsaufnahme und Perspektiven zur Umsetzung in sozialen Diensten und diakonischen Handlungsfeldern. Göttingen/Bristol, CT, U. S. A.: Vandenhoeck & Ruprecht

Della Fina, Valentina/Cera, Rachele/Palmisano, Giuseppe (Hg.) (2017): The United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities. A Commentary. Springer

Kanter, Arlene S. (2015): The Development of Disability Rights Under International Law – From Charity to Human Rights. Routledge

Kreutz, Marcus/Lachwitz, Klaus/Trenk-Hinterberger, Peter (Hg.) (2013): Die UN Behindertenrechtskonvention in der Praxis – Erläuterungen der Regelung und Anwendungsgebiete. Köln: Luchterhand

O'Mahony, Charles/Quinn, Gerard (Hg.) (2017): Disability law and policy. An analysis of the UN convention. Dublin: Clarus Press

Rothfritz, Lauri Philipp (2010): Die Konvention der Vereinten Nationen zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Eine Analyse unter Bezugnahme auf die deutsche und europäische Rechtsebene. Frankfurt am Main [u. a.]: Lang

Waddington, Lisa/Lawson, Anna (Hg.) (2018): The UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities in practice: a comparative analysis of the role of courts. Oxford: Oxford University Press

Welke, Antje (Hg.) (2012): Die UN-Behindertenrechtskonvention. Kommentar mit rechtlichen Erläuterungen. Berlin: Lambertus

Ziemen, Kerstin (Hg.) (2017): Lexikon Inklusion. Göttingen/Bristol, CT: Vandenhoeck & Ruprecht

5.2 Die UN-BRK und Sozialrecht

Aichele, Valentin (2016): Die praktische Geltung der Menschenrechte – zur aktuellen Diskussion über die Bedeutung und Tragweite des UN-Völkervertragsrechts für die gerichtliche Praxis am Beispiel der UN-Behindertenrechtskonvention. In: Deutsche Richterzeitung (DRiZ) 2016, S. 342–347

Bernstorff, Jochen von (2011): Anmerkungen zur innerstaatlichen Anwendbarkeit ratifizierter Menschenrechtsverträge. Welche Rechtswirkungen erzeugt das Menschenrecht auf inklusive Schulbildung aus der UN-Behindertenrechtskonvention im deutschen Sozial- und Bildungsrecht? In: Recht der Jugend und des Bildungswesens (RdJB): Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugenderziehung 59 (2), S. 203–217

Kroworsch, Susann (2015): Einfluss internationaler Menschenrechtsübereinkommen auf die deutsche Sozialrechtspraxis. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins (NDV), S. 337–343

Masuch, Peter (2011): Die UN-Behindertenrechtskonvention anwenden! In: Hohmann-Dennhardt, Christine/Masuch, Peter/Villiger, Mark (2011): Grundrechte und Solidarität. Durchsetzung und Verfahren. Festschrift für Renate Jaeger. Kehl am Rhein: N. P. Engel Verlag, S. 245–263

Nieding, Joachim (2016): Die Rechtsprechung zur Bedeutung der UN-BRK in Deutschland. In: Deutscher Sozialrechtsverband, 50 Jahre Deutscher Sozialverband. Inklusion behinderter Menschen als Querschnittsaufgabe. Bundestagung des Deutschen Sozialverbandes e. V. am 8./9. Oktober 2015 in Hamburg, SDSRV 66, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 77–92

Röhl, Matthias (2016): Die UN-Behindertenrechtskonvention in der Rechtsprechung des BSG. In: juris – Die Monatszeitschrift (jM) 2016, S. 461–466

Roller, Steffen (2016): Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention auf das sozialgerichtliche Verfahren. In: Die Sozialgerichtsbarkeit (SGb) 2016, S. 17–24

Uerpmann-Wittzack, Robert (2016): Völker- und verfassungsrechtliche Vorgaben für die Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. In: Deutscher Sozialrechtsverband, 50 Jahre Deutscher Sozialverband. Inklusion behinderter Menschen als Querschnittsaufgabe. Bundestagung des Deutschen Sozialverbandes e. V. am 8./9. Oktober 2015 in Hamburg, SDSRV 66, Berlin: Erich Schmidt Verlag, S. 29–76

Welti, Felix (2016): Potenzial und Grenzen der menschenrechtskonformen Auslegung des Sozialrechts am Beispiel der UN-BRK. In: Faber, Ulrich/Feldhoff, Kerstin/Nebe, Katja/Schmidt, Kristina/Waßer, Ursula (Hg.) (2016): Gesellschaftliche Bewegungen – Recht unter Beobachtung und in Aktion. Festschrift Wolfhard Kothe, Baden-Baden: Nomos, S. 635–658

5.3 Literatur und Dokumente zu einzelnen Rechten der UN-BRK (Auswahl)

Art. 5 (Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:

UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2018): General comment No. 6 on equality and non-discrimination, UN Doc. CRPD/C/GC/6

UN, General Assembly (2016): Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on equality and non-discrimination under article 5 of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities, UN Doc. A/HRC/34/26

UN, Ausschuss für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte (2009): Allgemeine Bemerkung Nr. 20 zu Nichtdiskriminierung bei den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, UN Doc. E/C.12/GC/20

Literatur:

Aichele, Valentin/Althoff, Nina (2012): Nicht-Diskriminierung und angemessene Vorkehrungen in der UN-Behindertenrechtskonvention. In: Welke, Antje (Hg.) (2012): UN-Behindertenrechtskonvention. Mit rechtlichen Erläuterungen. Berlin/Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag, S. 104–118

Scherr, Albert/El-Mafaalani, Aladin/Yüksel, Gökçel (2017): Handbuch Diskriminierung. Springer Verlag

Welti, Felix (2012): Das Diskriminierungsverbot und die „angemessenen Vorkehrungen" in der BRK – Stellenwert für die staatliche Verpflichtung zur Umsetzung der in der BRK geregelten Rechte. In: Recht der Lebenshilfe (RdLH) 2012, S. 1–3

Welti, Felix (2018): Angemessene Vorkehrungen und Sozialrecht. Gutachten erstattet für die Schlichtungsstelle nach dem Behindertengleichstellungsgesetz, Berlin, online verfügbar: http://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Downloads/DE/SchlichtungsstelleBGG/

Forschungsgutachten.pdf?__blob=publicationFile&v=1 (aufgerufen am 30.08.2018)

Art. 6 (Frauen mit Behinderungen)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:
UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2016): General Comment No. 3 on women and girls with disabilities, UN Doc. CRPD/C/GC/3
UN, Working Group on the issue of discrimination against women in law and in practice (2016): Report on discrimination against women with regard to health and safety, UN Doc. A/HRC/32/44
UN, CEDAW (2017): General recommendation No. 36 on the right of girls and women to education, UN Doc. CEDAW/C/GC/36

Art. 7 (Kinder mit Behinderungen)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:
UN-Fachausschuss für die Rechte von Kindern (2006): Allgemeine Bemerkung Nr. 9: die Rechte von Kindern mit Behinderungen, UN Doc. CRC/C/GC/9
UN-Kinderrechtsausschuss (2013): Allgemeine Bemerkung Nr. 14 zu Artikel 3 Abs. 1 UN-KRK: Recht des Kindes auf die vorrangige Berücksichtigung seines oder ihres Kindeswohls, UN Doc. CRC/C/GC/14
UN-Kinderrechtsausschuss (2017): Allgemeine Bemerkung Nr. 23 und UN-Wanderarbeiterausschuss (2017): Allgemeine Bemerkung Nr. 4 im Kontext internationaler Migration: Staatenverpflichtungen für Transit- und Zielstaaten, Joint General Comment, UN Doc. CMW/C/GC/4-CRC/C/GC/23

Literatur:
Hellrung, Christina (2017): Inklusion von Kindern mit Behinderungen als sozialrechtlicher Anspruch. Wiesbaden: Springer
Schmahl, Stefanie (2017): Kinderrechtskonvention mit Zusatzprotokollen – Handkommentar, 2. Auflage. Baden-Baden: Nomos (insbesondere Artikel 23 KRK)

Art. 9 (Zugänglichkeit)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:
UN, Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2014): Allgemeine Bemerkung Nr. 2 zur Zugänglichkeit, Art. 9 UN-BRK, UN-Doc. CRPD/C/GC/2

Literatur:
Welti, Felix (2013): Barrierefreiheit als Rechtsbegriff. In: Welti, Felix (2013): Rechtliche Instrumente zur Durchsetzung von Barrierefreiheit. Kassel: Kassel University Press, S. 23–33, online verfügbar: http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-410-0.volltext.frei.pdf (aufgerufen am 21.08.2018)

Art. 12 (Gleiche Anerkennung vor dem Recht)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:
UN, Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (2014): Allgemeine Bemerkung Nr. 1 zur gleichen Anerkennung vor dem Recht, Art. 12 UN-BRK, UN Doc. CRPD/C/GC/1
UN, Independent Expert on the enjoyment of all human rights by older persons (2015): Report on the enjoyment of all human rights by older persons, UN Doc. A/HRC/30/43
UN, Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities (2017): Report on legal capacity reform and supported decision-making, UN Doc. A/HRC/37/56

Literatur:
Aichele, Valentin (Hg.) (2013): Das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht: Artikel 12 der UN-Behindertenrechtskonvention. Baden-Baden: Nomos
Arstein-Kerslake, Anna/Flynn, Eilionóir (2016): The General Comment on Article 12 of the Convention on the Rights of Persons with Disabilities: a raodmap for equality before the law. In: The International Journal of Human Rights 20(4), S. 471–490
Brosey, Dagmar (2014): Einwilligungsvorbehalt und Art. 12 der UN-BRK. Anforderungen an einen Eingriff in das Recht auf gleiche Anerkennung vor dem Recht, in: BtPrax 6, S. 243–247

Lipp, Volker (2017): Assistenzprinzip und Erwachsenenschutz – Zur Kritik des Fachausschusses zur UN-Behindertenkonvention am Betreuungsrecht. In: Zeitschrift für das gesamte Familienrecht (FamRZ) 2017, S. 4–11

Art. 13 (Zugang zur Justiz)

Literatur:

Flynn, Eilionóir (2015): Disabled justice? Access to justice and the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities. Farnham: Ashgate

Graf-van Kesteren, Annemarie (2015): Kindgerechte Justiz. Policy Paper Nr. 34. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte

Loytved, Helge: Zur Bedeutung der Art. 12 und 13 UN-BRK für sozialrechtliche Verwaltungs- und Gerichtsverfahren. In: Die Sozialgerichtsbarkeit (SGb) 02/18, S. 86–90

Palleit, Leander (2016): Zugang zum Recht. Positionen Nr. 9. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, online verfügbar: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Positionen/Positionen_9_Zugang_zum_Recht.pdf (aufgerufen am 28.08.2018)

Roller, Steffen (2016): Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention auf das sozialgerichtliche Verfahren. In: Die Sozialgerichtsbarkeit (SGb) 2016, S. 17–24

Rudolf, Beate (2014): Rechte haben – Recht bekommen. Das Menschenrecht auf Zugang zum Recht, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte, online verfügbar: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/Rechte_haben_Recht_bekommen_Das_Menschenrecht_auf_Zugang_zum_Recht.pdf (aufgerufen am 28.08.2018)

Art. 14 (Freiheit und Sicherheit der Person)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:

UN, Human Rights Committee (2014): General comment No. 35 on Article 9 (Liberty and security of person), UN Doc. CCPR/C/GC/35

Art. 16 (Freiheit von Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:

UN, Working Group on the issue of discrimination against women in law and in practice (2016): Report on discrimination against women with regard to health and safety, UN Doc. A/HRC/32/44

Art. 17 (Schutz der Unversehrtheit der Person)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:

UN, Human Rights Council (2017): Bericht des UN-Sonderberichterstatters für Gesundheit über das Recht aller Menschen auf bestmögliche körperliche und seelische Gesundheit, UN Doc. A/HRC/35/21

UN, Human Rights Council (2013): Bericht des Sonderberichterstatters über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, Juan E. Mendéz, UN Doc. A/HRC/22/53. (Information und nicht-autorisierte Übersetzung der Monitoring-Stelle UN-BRK: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/Information_der_Monitoring_Stelle_anlaesslich_der_deutschen_Uebersetzung_des_Berichts_des_Sonderberichterstatters_ueber_Folter_und_andere_grausame_unmenschliche_oder_erniedrigende_Behandlung_oder_Strafe_Juan_E_Mendez.pdf)

Literatur:

Zinkler, Martin/Laupichler, Klaus/Osterfeld, Margret (Hg.) (2016): Prävention von Zwangsmaßnahmen. Menschenrechte und therapeutische Kulturen in der Psychiatrie. Köln: Psychiatrie-Verlag

Art. 19 (Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:

UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2017): General Comment No. 5 on living independently and being included in the community, UN Doc. CRPD/C/18/1

UN, Special Rapporteur on adequate housing as a component of the right to an adequate standard of living, and the right to non-discrimination in this context (2017): Report on the

right to housing of persons with disabilities, UN Doc. A/72/128
UN, Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities (2017): Report on access to rights-based support for persons with disabilities, UN Doc. A/HRC/34/58

Literatur:

Rambausek, Tonia (2017): Behinderte Rechtsmobilisierung. Eine rechtssoziologische Untersuchung zur Umsetzung von Artikel 19 der UN-Behindertenrechtskonvention. Wiesbaden: Springer

Art. 24 UN-BRK (Bildung)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:

UN, Committee on the Rights of Persons with Disabilities (2016): General Comment No. 4 on the right to inclusive education, UN Doc. CRPD/C/GC/4
UN, General Assembly (2013): Thematic study on the right of persons with disabilities to education, UN-Doc. A/HRC/25/29. Dazu: Information der Monitoring-Stelle zur UN-Behindertenrechtskonvention anlässlich der Veröffentlichung der Thematischen Studie des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte zum Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung (2014) (UN-Dok. A/HRC/25/29 vom 18. Dezember 2013)
UN, CEDAW (2017): General Recommendation No. 36 on the right of girls and women to education, UN Doc. CEDAW/C/GC/36
UN, Special Rapporteur on the right to education (2017): Report on inclusion, equity and the right to education, UN Doc. A/72/496

Literatur:

Aichele, Valentin/Kroworsch, Susann (2017): Inklusive Bildung ist ein Menschenrecht – Warum es die inklusive Schule für alle geben muss, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/POSITION/Position_10_Inklusive_Bildung.pdf
Bernhard, Thomas (2016): Anforderungen an ein inklusives Bildungssystem nach der UN-Behindertenrechtskonvention. Eine Untersuchung der Rechtslage im Freistaat Bayern. Baden-Baden: Nomos (Schriften zum Bildungs- und Wissenschaftsrecht, 18)
Degener, Theresia (2012): Das Recht auf inklusive Bildung als Menschenrecht. In: Kritische Justiz (KR) 2012, Heft 4, S. 405–419
Riedel, Eibe (2010): Zur Wirkung der internationalen Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung und ihres Fakultativprotokolls auf das deutsche Schulsystem. Gutachten erstattet der LAG Gemeinsam Leben, Gemeinsam Lernen NRW in Projektpartnerschaft mit der BAG Gemeinsam Leben, Gemeinsam Lernen und SoVD, online verfügbar unter https://www.sovd.de/fileadmin/downloads/pdf/positionspapiere/Kurzfassung_Riedel-Gutachten.pdf
Valta, Stefanie/Opel, Anna (2017): Inhalt und Umfang der Verpflichtung zur schrittweisen Verwirklichung des Rechts auf Bildung nach der UN-Behindertenrechtskonvention. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens (RdJB): Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugenderziehung (2), S. 134–152

Art. 25 (Gesundheit)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:

UN, CESCR: General Comment No. 14: The Right to the Highest Attainable Standard of Health (Art. 12), UN Doc. E/C.12/2000/4
UN, Human Rights Council: Report of the Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities (2017): Report on sexual and reproductive health and rights of girls and young women with disabilities, A/72/133
UN, Special Rapporteur on the right of everyone to the enjoyment of the highest attainable standard of physical and mental health (2017): Report on the right to mental health, UN Doc. A/HRC/35/21

Literatur:

Bieback, Karl-Jürgen u. a. (Hg.) (2016): Der Beitrag des Sozialrechts zur Realisierung des Rechts auf Gesundheit und auf Arbeit für behinderte Menschen. Berlin/Münster: LIT-Verlag
Frewer, Andreas/Bielefeldt, Heiner (Hg.) (2016): Das Menschenrecht auf Gesundheit. Normative Grundlagen und aktuelle Diskurse. Bielefel: Transcript-Verlag
Hlava, Daniel (2018): Barrierefreie Gesundheitsversorgung. Rechtliche Gewährleistung unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsdurchsetzung. Baden-Baden: Nomos

Art. 27 (Arbeit und Beschäftigung)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:
UN, Ausschuss für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte (2016): Allgemeine Bemerkung Nr. 23 zu Artikel 7 UN-Sozialpakt: Recht auf gerechte und günstige Arbeitsbedingungen, UN Doc. E/C.12/GC/23
UN, Ausschuss für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte (2006): Allgemeine Bemerkung Nr. 18 zu Artikel 6 UN-Sozialpakt: Recht auf Arbeit, UN Doc E/C.12/GC/18

Literatur:
Banafsche, Minou/Platzer, Hans-Wolfgang (Hg.) (2015): Soziale Menschenrechte und Arbeit. Multidisziplinäre Perspektiven. Baden-Baden: Nomos
Brose, Wiebke (2016): Das Recht behinderter Menschen auf Arbeit nach Art. 27 UN-BRK. In: Rechtsdienst der Lebenshilfe (RdLH) 1/2016, S. 1–5
Colneric, Ninon (2016): Das Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung in der Rechtsprechung des EuGH. In: Faber, Ulrich/Feldhoff, Kerstin u. a.: Gesellschaftliche Bewegungen – Recht unter Beobachtung und in Aktion. Festschrift für Wolfhard Kohte. Baden-Baden: Nomos, S. 243–258
Küstermann, Burkhard/Eikötter, Mirko (Hg.) (2016): Rechtliche Aspekte inklusiver Bildung und Arbeit. Die UN-Behindertenrechtskonvention und ihre Umsetzung im deutschen Recht. Weinheim/Basel: Beltz Juventa
Misselhorn, Catrin/Behrendt, Hauke (Hg.) (2017): Arbeit, Gerechtigkeit und Inklusion. Wege zu gleichberechtigter gesellschaftlicher Teilhabe. Stuttgart: J. B. Metzler Verlag
Nebe, Katja/Giese, Maren (2015): Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben aus dem Blickwinkel der UN-Behindertenrechtskonvention, in: Recht & Praxis 1, S. 55–61
Wansing, Gudrun/Welti, Felix/Schäfers, Markus (Hg.) (2018): Das Recht auf Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Internationale Perspektiven. Baden-Baden: Nomos

Art. 28 (Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:
UN, Ausschuss für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Rechte (2008): Allgemeine Bemerkung Nr. 19 zum Recht auf soziale Sicherheit, UN Doc. E/C.12/GC/19
UN, Secretary General (2014): Report on Social protection floors and economic and social rights, UN Doc. A/HRC/28/35
UN, Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities (2015): Report on the right of persons with disabilities to social protection, UN Doc. A/70/297
UN, Independent Expert on the enjoyment of all human rights by older persons (2016): Report on the enjoyment of all human rights by older persons, UN Doc. A/HRC/33/44

Literatur:
Gehrken, Jan (2012): Artikel 28 – Angemessener Lebensstandard und sozialer Schutz. In: Welke, Antje (Hg.) (2012): Die UN-Behindertenrechtskonvention. Kommentar mit rechtlichen Erläuterungen. Berlin: Lambertus. S. 203–213

Art. 29 (Teilhabe am politischen und öffentlichen Leben)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:
UN, Office of the United Nations High Commissioner (2014): Report on factors that impede equal political participation and steps to overcome those challenges, UN Doc. A/HRC/27/29
UN, Special Rapporteur on the rights of persons with disabilities (2016): Report on participation in political and public life and in public decision-making, UN Doc. A/HRC/31/62

Literatur:
Palleit, Leander (2011): Gleiches Wahlrecht für alle? Menschen mit Behinderungen und das Wahlrecht in Deutschland. In: Policy Paper des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Nr. 18 online verfügbar: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/uploads/tx_commerce/policy_paper_18_gleiches_wahlrecht_fuer_alle.pdf (aufgerufen am 21.08.2018)

Art. 30 (Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport)

Völkerrechtliche Rechtserkenntnisquellen:
UN, Ausschuss für soziale, kulturelle und wirtschaftliche Rechte (2009): Allgemeine Bemerkung Nr. 21 zum Recht jeder Person auf Teilnahme am kulturellen Leben, UN Doc. E/C.12/GC/21
UN, Committee on the Rights of the Child (2013): General comment No. 17 on the right of the child to rest, leisure, play, recreational activities, cultural life and the arts (Art. 31 CRC), UN Doc. CRC/C/GC/17

Literatur:
Kiuppis, Florian/Kurzke-Maasmeier, Stefan (Hg.) (2012): Sport im Spiegel der UN-Behindertenrechtskonvention. Interdisziplinäre Zugänge und politische Positionen, Stuttgart: Kohlhammer;
Kiuppis, Florian (2016): Sport im Lichte der UN-Behindertenrechtskonvention. In: Zeitschrift für Menschenrechte, Jahrgang 10, Band 2, S. 80–91
Litschke, Peter (2017): Inklusion durch Sport. Zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Breitensport, Position Nr. 12, Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte; online: https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/show/inklusion-durch-sport/ (aufgerufen am 30.08.2018)

Art. 50 (Verbindliche Wortlaute)

Literatur:
Bernhardt, Rudolf (1963): Die Auslegung völkerrechtlicher Verträge insbesondere in der neueren Rechtsprechung internationaler Gerichte. Köln/Berlin: Heymann
Böth, Katharina (2013): Evolutive Auslegung völkerrechtlicher Verträge. Eine Untersuchung zu Voraussetzungen und Grenzen in Anbetracht der Praxis internationaler Streitbeilegungsinstitutionen. Berlin: Duncker & Humblot
Gardiner, Richard (2015): Treaty Interpretation, 2. Auflage, Oxford: Oxford University Press
Hilf, Meinhard (1973): Die Auslegung mehrsprachiger Verträge: eine Untersuchung zum Völkerrecht und zum Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/Heidelberg: Springer

Impressum

HERAUSGEBER
Deutsches Institut für Menschenrechte
Zimmerstraße 26/27 | 10969 Berlin
Tel.: 030 259 359–0 | Fax: 030 259 359–59
info@institut-fuer-menschenrechte.de
www.institut-fuer-menschenrechte.de

Praxis I November 2018
ISBN 978-3-946499-33-6 (Print)
ISBN 978-3-946499-34-3 (PDF)

SATZ
Da-TeX, Leipzig

TITELBILD
shutterstock

DRUCK
bud Potsdam

RECYCLED
Papier aus Recyclingmaterial
FSC® C081629
www.fsc.org

klimaneutral gedruckt
www.klima-druck.de
ID-Nr. 1875417
bvdm.

Gefördert durch:

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

© Deutsches Institut für Menschenrechte, 2018
Alle Rechte vorbehalten

**Deutsches Institut
für Menschenrechte**

Zimmerstraße 26/27
10969 Berlin

www.institut-fuer-menschenrechte.de